



# HESSISCHER LANDTAG

24. 09. 2008

## 17. Sitzung

Wiesbaden, den 24. September 2008

	Seite		Seite
<b>Amtliche Mitteilungen</b> . . . . .	1021		
<i>Entgegengenommen</i> . . . . .	1021		
Erster Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	1021		
Mathias Wagner (Taunus) . . . . .	1047		
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	1047		
Vizepräsidentin Sarah Sorge . . . . .	1047		
52. Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend <b>Rechtsstaat duldet keinen Rechtsbruch – Weg des regionalen Dialogs war und ist erfolgreich</b> – Drucks. 17/658 – . . . . .	1021	3. <b>Hinweis auf den bereits geleisteten Eid</b> zweier rich- terlicher Mitglieder des Staatsgerichtshofs des Lan- des Hessen durch den Präsidenten des Staatsge- richtshofs des Landes Hessen nach § 9 Abs. 3 und 2 StGHG . . . . .	1047
<i>Abgelehnt</i> . . . . .	1046	<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . .	1047
 		Vizepräsidentin Sarah Sorge . . . . .	1047
78. Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betref- fend <b>Rechtsstaat setzt auf Dialog statt Konfronta- tion – regionalen Dialog weiterentwickeln</b> – Drucks. 17/701 – . . . . .	1021	 	
<i>Ziffern 1, 2, 3, 4, 6 und 7 angenommen, Ziffer 5 abgelehnt</i> . . . . .	1046	44. Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Energieanhörung zeigt: Hessen muss endlich mit der Energiewende beginnen</b> – Drucks. 17/648 – . . . . .	1047
 		<i>Angenommen</i> . . . . .	1065
79. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend <b>rechtswidrige Eröffnung des Bü- ros der Fraktion DIE LINKE im Kelsterbacher Wald</b> – Drucks. 17/702 – . . . . .	1021	 	
<i>Ziffern 1 und 2 angenommen, Ziffer 3 abgelehnt</i> . . . . .	1047	37. Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend <b>keine staatliche Bevor- mundung im Energiebereich</b> – Drucks. 17/528 – . . . . .	1047
Michael Boddenberg . . . . .	1021	<i>Abgelehnt</i> . . . . .	1066
Uwe Frankenberger . . . . .	1023	Tarek Al-Wazir . . . . .	1047, 1065
Frank-Peter Kaufmann . . . . .	1025	Elisabeth Apel . . . . .	1050, 1056
Jörg-Uwe Hahn . . . . .	1028, 1038, 1042	Heinrich Heidel . . . . .	1051
Dieter Posch . . . . .	1029	Gernot Grumbach . . . . .	1053, 1064
Janine Wissler . . . . .	1031	Marjana Schott . . . . .	1056
Axel Wintermeyer . . . . .	1033, 1042, 1046	Klaus Peter Möller . . . . .	1057
Peter Beuth . . . . .	1034	Janine Wissler . . . . .	1058
Hermann Schaus . . . . .	1034, 1045	René Rock . . . . .	1060
Minister Volker Bouffier . . . . .	1035	Frank Gotthardt . . . . .	1060
Tarek Al-Wazir . . . . .	1038	Minister Dr. Alois Rhiel . . . . .	1060, 1065
Norbert Schmitt . . . . .	1039	Ursula Hammann . . . . .	1063
Dr. Christean Wagner (Lahntal) . . . . .	1040	Vizepräsident Hermann Schaus . . . . .	1065
Willi van Ooyen . . . . .	1041, 1043	 	
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	1042, 1043 1046	46. Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Hessen braucht einen Kassensturz</b> – Drucks. 17/652 – . . . . .	1066
Ministerpräsident Roland Koch . . . . .	1043 1045	<i>Dem Haushaltsausschuss überwiesen</i> . . . . .	1084
		43. Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Missachtung der Be- schlüsse des Landtags durch die Landesregierung zur Verschleierung des Haushaltsdesasters</b> – Drucks. 17/647 – . . . . .	1066
		<i>Dem Haushaltsausschuss überwiesen</i> . . . . .	1084

	Seite		Seite
50. Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend <b>Haushalt konsolidieren – das schafft man nicht mit links</b>		6. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP für ein <b>Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Reisekostenvergütung für die Beamten und Richter im Lande Hessen (Hessisches Reisekostengesetz – HRKG)</b>	
– Drucks. 17/656 –	1066	– Drucks. 17/627 –	1089
<i>Dem Haushaltsausschuss überwiesen</i>	1084	<i>Nach erster Lesung dem Innenausschuss, federführend, und dem Haushaltsausschuss, beteiligt, überwiesen</i>	1089
Reinhard Kahl	1066, 1084	Wolfgang Greilich	1089
Gottfried Milde (Griesheim)	1068	Vizepräsident Dieter Posch	1089
Frank-Peter Kaufmann	1071, 1076	7. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Gesetz zur Aufhebung von Rechtsvorschriften in den Geschäftsbereichen des Hessischen Sozialministeriums und des Hessischen Ministeriums für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz sowie zur Verlängerung der Geltungsdauer des Hessischen Krankenhausgesetzes 2002</b>	
Fritz-Wilhelm Krüger	1074, 1077	– Drucks. 17/641 –	1089
Willi van Ooyen	1077	<i>Nach erster Lesung dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen</i>	1089
Leif Blum	1079	Ministerin Silke Lautenschläger	1089
Minister Karlheinz Weimar	1080	Vizepräsident Dieter Posch	1089
Mathias Wagner (Taunus)	1083	66. Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu <b>Petitionen</b>	
Vizepräsident Dieter Posch	1084	– Drucks. 17/583 –	1090
5. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion DIE LINKE für ein <b>Gesetz zur Änderung der Hessischen Gemeindeordnung und der Hessischen Landkreisordnung</b>		<i>Beschlussempfehlungen angenommen</i>	1090
– Drucks. 17/516 –	1084	Vizepräsident Dieter Posch	1090
<i>Nach erster Lesung dem Innenausschuss, federführend, und dem Sozialpolitischen Ausschuss, beteiligt, überwiesen</i>	1089		
Hermanns Schaus	1084		
Wolfgang Greilich	1085		
Patrick Koch (Otzberg)	1086		
Holger Bellino	1087		
Mürvet Öztürk	1087		
Minister Volker Bouffier	1088		
Vizepräsident Dieter Posch	1089		

Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann  
 Erster Vizepräsident Lothar Quanz  
 Vizepräsident Dieter Posch  
 Vizepräsidentin Sarah Sorge  
 Vizepräsident Hermann Schaus

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Roland Koch  
 Minister und Chef der Staatskanzlei Stefan Grüttner  
 Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigter des Landes Hessen beim Bund Volker Hoff  
 Minister des Innern und für Sport Volker Bouffier  
 Minister der Finanzen Karlheinz Weimar  
 Minister der Justiz Jürgen Banzer, zugleich mit der Leitung des Kultusministeriums beauftragt  
 Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dr. Alois Rhiel  
 Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz Wilhelm Dietzel  
 Sozialministerin Silke Lautenschläger, zugleich mit der Leitung des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst beauftragt  
 Staatssekretär Dirk Metz  
 Staatssekretärin Oda Scheibelhuber  
 Staatssekretär Dr. Walter Arnold  
 Staatssekretär Dr. Thomas Schäfer  
 Staatssekretär Karl-Joachim Jacobi  
 Staatssekretär Prof. Dr. Ralph Alexander Lorz  
 Staatssekretär Klaus-Peter Güttler  
 MinDirigin Cornelia Lange

Abwesende Abgeordnete:

Silke Tesch

(Beginn: 9.03 Uhr)

**Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 17. Plenarsitzung am heutigen Mittwoch, den 24. September 2008. Ich darf zunächst die Beschlussfähigkeit feststellen.

Einige Hinweise zur Tagesordnung. Erledigt sind die Punkte 1, 2, 13, 14, 15, 16, 48, 75, 76 und 77.

Eingegangen und auf Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend Rechtsstaat setzt auf Dialog statt Konfrontation – regionalen Dialog weiterentwickeln, Drucks. 17/701. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Entschließungsantrag Tagesordnungspunkt 78, und ich schlage vor, ihn mit Tagesordnungspunkt 52 zum gleichen Thema aufzurufen. – Kein Widerspruch, so beschieden.

Außerdem eingegangen und auf Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Entschließungsantrag der CDU betreffend rechtswidrige Eröffnung des Büros der Fraktion DIE LINKE im Kelsterbacher Wald, Drucks. 17/702. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Entschließungsantrag Tagesordnungspunkt 79 und kann mit den Tagesordnungspunkten 52 und 78 zu diesem Thema aufgerufen werden. – Das ist so beschlossen.

Unter Tagesordnungspunkt 80 finden Sie die dritte Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein Gesetz zur Einrichtung einer Härtefallkommission. Wir müssten uns noch über die Redezeit verständigen. Fünf Minuten? – Es besteht Konsens.

Unter Tagesordnungspunkt 81 steht die dritte Lesung des Dringlichen Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Sparkassengesetzes und zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung der Frankfurter Sparkasse als Anstalt des öffentlichen Rechts, Drucks. 17/698 zu Drucks. 17/682 zu Drucks. 17/326. Redezeit ebenfalls fünf Minuten? – So beschlossen.

Zum Ablauf der heutigen Sitzung. Wir tagen heute bis 18 Uhr bei einer Mittagspause von zwei Stunden. Wir beginnen mit Tagesordnungspunkt 52, Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Rechtsstaat duldet keinen Rechtsbruch – Weg des regionalen Dialogs war und ist erfolgreich, Drucks. 17/658. Gleichzeitig werden die Tagesordnungspunkte 78 und 79 aufgerufen.

Danach folgt Tagesordnungspunkt 44, Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Energieanhörung zeigt – Hessen muss endlich mit der Energiewende beginnen, Drucks. 17/648. Dazu wird Tagesordnungspunkt 37 aufgerufen.

Nach der Mittagspause beginnen wir mit Tagesordnungspunkt 3.

Ich erlaube mir zwei weitere Hinweise. Heute Abend spielt unsere Fußballmannschaft gegen eine Mannschaft der IG-Nied in Frankfurt. Auch dieses Spiel wird einem guten Zweck dienen. Ich weise zweitens darauf hin, dass die „Faire Woche“ eine Ausstellung im Foyer organisiert hat. Sie sind herzlich eingeladen. Wie Sie sicher schon feststellen konnten, werden Tüten verteilt, deren Inhalt köstlich ist. Er darf aber bekanntermaßen nicht im Plenarsaal verpeist werden.

Wir beginnen mit dem Setzpunkt der CDU-Fraktion. Ich rufe **Tagesordnungspunkt 52** auf:

**Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Rechtsstaat duldet keinen Rechtsbruch – Weg des regionalen Dialogs war und ist erfolgreich – Drucks. 17/658 –**

Gleichzeitig werden die **Tagesordnungspunkte 78 und 79** aufgerufen:

**Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend Rechtsstaat setzt auf Dialog statt Konfrontation – regionalen Dialog weiterentwickeln – Drucks. 17/701 –**

**Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend rechtswidrige Eröffnung des Büros der Fraktion DIE LINKE im Kelsterbacher Wald – Drucks. 17/702 –**

Das Wort hat der Abg. Boddenberg für die CDU-Fraktion. Vereinbarte Redezeit: 15 Minuten.

**Michael Boddenberg (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben in den vergangenen zehn Jahren über kaum ein Projekt, über kaum ein Thema im Hessischen Landtag häufiger gesprochen als über den Ausbau des Frankfurter Flughafens. Wir reden bei diesem Vorhaben – ich glaube, das darf man sagen – vom größten Bauprojekt in der Bundesrepublik Deutschland in den letzten Jahrzehnten. Wir reden über eine großartige Chance für die Menschen in unserem Lande. Wir reden an dieser Stelle aber auch über eine sehr grundsätzliche Frage, was den Rechtsstaat und den Umgang von Politik und Gesellschaft mit einem Projekt anbelangt, das natürlich nicht nur Befürworter hat, sondern an dem auch Kritik geübt wird, die in verschiedenen Formen zum Ausdruck kommt.

Mit Blick auf die Vergangenheit unseres Bundeslandes hat der damalige Ministerpräsident Hans Eichel 1998 den Vorschlag gemacht, eine neue Form des Dialogs bei einem so großen Projekt zu suchen. Er hat damals die Einleitung eines Mediationsverfahrens vorgeschlagen. Wer sich die im Hessischen Landtag gehaltenen Reden zu diesem Projekt anschaut, der kann nachvollziehen, warum die damalige rot-grüne Regierungsmehrheit diesen Weg beschritten hat. Ich habe immer behauptet, dass das auch damit zu tun hatte, dass man versuchte, dieses für Rot-Grün starke Spannungsfeld, das mit einem möglichen Flughafenausbau verbunden war und ist, über den Wahltag zu schieben. Alle Parteien im damaligen Landtag haben aber deutlich gemacht, dass es mit Blick auf die Ereignisse an der Startbahn West – 15 Jahre zuvor – notwendig ist, einen neuen Weg des Dialogs zu suchen.

1997 hat der damalige Vorstandsvorsitzende der Luft hansa die Notwendigkeit eines Flughafenausbaus erstmals öffentlich gemacht. Manche beklagen, dass wir jetzt zehn Jahre weiter, aber noch nicht dabei sind, dieses Projekt auch baulich umzusetzen. Es ist aber Ausdruck eines starken Rechtsstaates, dass wir ein Verfahren haben, das jedwede Möglichkeit und Form der Kritik und des Protestes zulässt. Dieser Protest muss aber dort eine Grenze haben, wo er geeignet ist, Gewalt zu provozieren und am Ende Gewalt zu vollziehen.

(Beifall bei der CDU)

Schauen wir uns einmal an, wer damals gebeten worden ist, eine Mediation durchzuführen. Viele Vertreter gesell-

schaftlicher Gruppen, bis hin zu den Bürgerinitiativen, waren aufgerufen, sich an einem friedlichen Dialog zu beteiligen. Das zeigt sehr deutlich, dass schon damals der Wunsch maßgeblich war, eine Eskalation um jeden Preis zu verhindern. Die Tatsache, dass ein Vertreter der Wirtschaft, Herr Niethammer, einer der drei Mediatoren war, und Pfarrer Oeser, einer der an den Protesten gegen die Startbahn 18 West aktiv Beteiligten, Teil des Mediationsteams war, zeigt das Bemühen, zu erreichen, dass die betroffenen Menschen bei einer so wichtigen Frage friedlich, fair und rechtsstaatlich miteinander umgehen.

Wenn man sich anschaut, was in den Achtzigerjahren passiert ist, will ich daran erinnern, dass alles einmal ganz „harmlos“ angefangen hat. 1980 ist das Hüttendorf an der Startbahn 18 West errichtet worden. Dieses Hüttendorf ist 1981 geräumt worden. 1984 wurde die Startbahn 18 West in Betrieb genommen.

Aber es hat auch nach dem Bau der Startbahn regelmäßig – jeweils anlässlich des Jahrestags der ersten Räumung des Hüttendorfs – Protestveranstaltungen gegeben. Manche sprachen verharmlosend von „Sonntagsspaziergängen“.

Aber es gab dann schlimme Ereignisse. Wir wollen heute davor warnen, dass sich so etwas in diesem Land jemals wieder ereignet.

(Beifall bei der CDU)

Als Ergebnis der damaligen Bewegung, die ihren Ursprung im Hüttendorf hatte, hat es tote Polizisten gegeben. Von dem, was dort passiert ist, haben sich alle distanziert. Joschka Fischer hat nach diesen schlimmen Ereignissen im Hessischen Landtag gesagt:

Es darf solche Dinge, wie sie am 2. November passiert sind, nie wieder geben. Es darf vor allem deswegen nicht weitergehen wie bisher – von der persönlichen Betroffenheit über die Katastrophe und von der Trauer der Angehörigen ganz zu schweigen –, weil wir sonst in einen Albtraum von Eskalation und Gewalt hineinlaufen.

Joschka Fischer spricht davon, dass es notwendig sei, Feindbilder abzubauen. Er spricht davon, dass das Recht durchgesetzt werden müsse.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das gilt für alle!)

– Herr Al-Wazir, das gilt für alle. Aber es gilt vor allem für diejenigen, die politisch die Verantwortung dafür tragen, dass das, was damals als richtig erkannt wurde, auch in diesem und in den nächsten Jahren in Hessen stattfindet.

(Beifall bei der CDU)

Herr Al-Wazir, Joschka Fischer hat von Selbstkritik gesprochen. Aber es hat damals auch Stimmen aus den Reihen der Bürgerinitiativen gegeben. Einer der Sprecher, Herr Treber, hat damals gesagt, diese Tat – der Mord an den Polizisten – sei absolut unbegreiflich.

Aber derselbe Herr Treber sagt jetzt, 20 Jahre später, es müsse weiterhin Formen des zivilen Ungehorsams geben; denn sie seien notwendig, um Aufsehen zu erregen. Wir glauben, dass es erste durchaus sichere Anzeichen dafür gibt, dass viele, die an dem beteiligt sind, was aktuell im Kelsterbacher Wald passiert – wo in diesen Tagen ein neues Hüttendorf entsteht –, genau das Gegenteil von dem erreichen, was damals auch grüne Politiker für unsere Gesellschaft gewollt haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das ist der Grund dafür, weshalb wir heute diesen Antrag einbringen. Wir wollen eben nicht nur über die wirtschaftlichen Fragen reden, sondern wir wollen deutlich machen, dass es gilt, den Anfängen zu wehren, wenn es um die Verhinderung von Gewalteskalation geht.

Wir sprechen darüber insbesondere anlässlich eines von der LINKEN für das kommende Wochenende geplanten Vorgangs, den ich als völlig inakzeptabel, ja sogar als skandalös bezeichnen möchte: Eine Fraktion im Hessischen Landtag lädt zur Eröffnung eines Fraktionsbüros im Hüttendorf im Kelsterbacher Wald ein und begründet dies damit, dass verhindert werden müsse, was der Rechtsstaat, die politische Mehrheit und die gesellschaftliche Mehrheit wollen.

Das passt in den Kontext vieler weiterer Punkte, die mit den LINKEN zu tun haben und darauf abzielen, Ressentiments zu schüren, Reiche – wie Sie sie nennen – zu diskreditieren, unsere Gesellschaft zu spalten, und sogar klassenkämpferische Überschriften haben, Herr van Ooyen.

(Beifall bei der CDU)

Dazu gehören Aussagen von Herrn Schaus, der sagt: Wir wollen Veränderungen der wirtschaftlichen Verhältnisse und damit auch eine Veränderung der Eigentumsverhältnisse. – Dazu passen die Aussagen eines Ihrer Parteifreunde in Hamburg, der sagt: „Enteignen wollen wir sie nicht, dafür haben wir noch nicht die Mehrheit“, wenn er über die sogenannten Reichen spricht. Dazu passen Aussagen von Oskar Lafontaine, der sagt, kein Mensch könne im Laufe seines Lebens 10 Milliarden € auf verfassungsgemäße Weise anhäufen; das müsse enteignet werden. Das Ergebnis einer „fortdauernden Enteignung der Belegschaft“ und deren großer Beitrag zu Produktivität und Wertschöpfung berechtigen Herrn Lafontaine nicht zu der Aussage, dass die Enteignung ein rechtsstaatliches Mittel ist, Herr van Ooyen.

(Beifall bei der CDU)

Andere Mitglieder der LINKEN und auch Herr Lafontaine sagen: Wir müssen über unsere Kampfformen nachdenken. Ich sage deshalb, wir müssen neue Kampfformen entwickeln. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, was außer dem Aufruf zur Gewalt und der Provokation zur Gewalt ist denn damit gemeint?

(Beifall bei der CDU)

Frau Wissler, Sie tragen sich an jeder möglichen Stelle in genau dieses Buch ein, indem Sie versuchen, Eskalation zu verharmlosen und die außerparlamentarische Gewalt als eine natürliche Aufgabe der Politik zu definieren.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Das habe ich nie gesagt!)

– Doch, Frau Wissler, ich will Ihnen das beweisen. Ich finde, das müssen die Menschen in diesem Land wissen.

(Marjana Schott (DIE LINKE): Das ist eine üble Verleumdung! Ich erwarte, dass Sie sich für diese Verleumdung entschuldigen! Sie haben uns gerade der Gewaltanstiftung bezichtigt! Entschuldigen Sie sich dafür, Herr Boddenberg!)

Es gibt eine linke Jugendbewegung. Mitglieder dieser Jugendbewegung [solid] sind Vorstandsmitglieder der hes-

sischen LINKEN. Ich glaube, Sie haben sich noch nie von der Jugendbewegung [solid] distanziert.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Das wäre ja noch schöner!)

– „Das wäre ja noch schöner.“ Ich nehme es sehr ernst, was Sie da gerade gesagt haben.

(Marjana Schott (DIE LINKE): Entschuldigen Sie sich dafür, Herr Boddenberg!)

Es wäre noch schöner, wenn Sie sich von dem distanzieren, was Sie selbst häufig propagieren.

(Beifall bei der CDU)

Diese linke Jugendbewegung wirbt auf ihrer Internethomepage mit Plakaten in dieser und ähnlicher Form.

(Der Redner hält ein Plakat hoch.)

Ich lese es vor; denn ich weiß nicht, ob alle es erkennen können: „Selbst machen, die Linke stark machen, Kapitalismus kaputt machen!“ Ich habe viele gefragt, was denn damit gemeint sei, wenn auf diesem Plakat angezündete Streichhölzer gezeigt werden. Jeder, den ich gefragt habe, hat mir gesagt: Das ist offensichtlich ein deutliches Signal der linken Jugend, dass man zündeln soll. Wozu braucht man sonst Streichhölzer?

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Marjana Schott (DIE LINKE))

Ich erwarte nicht, dass Sie sich davon distanzieren; denn Ihre Art von Politik besteht offensichtlich auch in dieser Form der Eskalation bzw. der Provokation von Gewalt.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das ist unerträglich! – Weitere Zurufe von der CDU)

Unser heutiger Antrag richtet sich an die demokratischen Parteien im Hessischen Landtag. Er richtet sich an Sie alle bei den GRÜNEN und bei der SPD, die Sie nach wie vor glauben, dass man gemeinsam mit dieser LINKEN Politik machen darf. Er ist nicht nur ein klares Bekenntnis zum Ausbau des Flughafens, sondern er richtet sich an Sie auch als ein Signal, dass Sie ein klares Bekenntnis zum Rechtsstaat und zu einer ordentlichen, rechtsstaatlichen und fairen demokratischen Auseinandersetzung abgeben müssen. Vor allen Dingen appelliert er an Sie, dass Sie im Hessischen Landtag gemeinsam mit uns der Gewalt eine klare Absage erteilen. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Beifall bei der FDP)

### **Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke sehr, Herr Boddenberg. – Als Nächster hat Herr Frankenberger für die SPD-Fraktion das Wort.

### **Uwe Frankenberger (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Boddenberg, Sie haben hier viel über die Fraktion – die Partei – DIE LINKE schwadroniert. Sie haben aber sehr wenig über den vorliegenden Antrag von CDU und FDP gesagt.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ich will das nachholen. Die Sozialdemokraten begrüßen es ausdrücklich,

(Zuruf von der CDU: Was haben Sie mit der LINKEN gemein?)

dass sich auch CDU und FDP in einem gemeinsamen Antrag lobend über das von dem damaligen Ministerpräsidenten Hans Eichel ins Leben gerufene Mediationsverfahren äußern.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir stehen hinter den Ergebnissen des Mediationsverfahrens, weil wir den Ausbau des Frankfurter Flughafens haben wollen. Wir wollen den Ausbau des Frankfurter Flughafens aus drei Gründen.

Erstens. Für die Sozialdemokraten ist der Ausbau des Flughafens das wichtigste Infrastrukturprojekt in Hessen.

Zweitens. Der Ausbau ist notwendig, damit dieser Flughafen weiterhin eine zentrale Drehscheibe in Europa bleibt.

Drittens. Das ist für uns Sozialdemokraten immer ein ganz gewichtiges Argument: Der Ausbau des Frankfurter Flughafens steht für die Schaffung von mindestens 40.000 Arbeitsplätzen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU)

Herr Kollege Boddenberg hat darauf hingewiesen: Der Ausbau des Frankfurter Flughafens in der Region Rhein-Main war und ist auch weiterhin Spannungsgeladen. Wir alle erinnern uns noch an die tragischen Ereignisse beim Bau der Startbahn West. Gerade unter dem Eindruck der damals erfolgten Auseinandersetzung muss man sagen, dass der Wert des Mediationsverfahrens und des Regionalen Dialogforums, das die Regierung Hans Eichel auf den Weg gebracht hat – dazu gehören das Ergebnis und die Arbeit –, für den Frieden in der Region nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das Mediationsverfahren wurde von der Nachfolgeregierung unter Roland Koch weitergeführt.

Ich komme jetzt zu einem ganz zentralen Punkt. Das Ergebnis des Mediationsverfahrens wurde von der CDU, der SPD und der FDP gemeinsam politisch mitgetragen. Dass diese drei Fraktionen das Ergebnis gemeinsam getragen haben, hatte eine gewaltige politische Bedeutung.

Die Menschen in der Region haben den Worten des Ministerpräsidenten vertraut, der noch im September vergangenen Jahres im Hessischen Landtag beteuert hat: Wir stehen zu dem Mediationsergebnis, es wird keinen Ausbau ohne ein Nachtflugverbot geben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Michael Boddenberg (CDU): Nicht vom Thema ablenken!)

Die Menschen, die den Worten Roland Kochs geglaubt haben, wurden bitter enttäuscht.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – Michael Boddenberg (CDU): Nicht vom Thema ablenken!)

– Herr Kollege Boddenberg, wenn wir über den Rechtsstaat reden, dann müssen wir auch über den von dieser Landesregierung erlassenen Planfeststellungsbeschluss reden. Das gehört dazu.

(Michael Boddenberg (CDU): Das ist richtig!)

Das müssen Sie schon aushalten. Sie haben gewollt, dass wir diese Debatte führen. Dann bekommen Sie sie auch.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Von der Landesregierung wurde versprochen: Es gibt keinen Ausbau ohne ein Nachtflugverbot. – Erlassen wurde ein Planfeststellungsbeschluss, der eine Ausnahme von dem Nachtflugverbot mit 17 Nachtflügen vorsieht.

(Michael Boddenberg (CDU): Haben Sie einmal in den Planfeststellungsbeschluss hineingeschaut?)

So verspielt man Vertrauen in der Bevölkerung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die CDU versucht nun auch noch, das in dem Sinne zu verkaufen, als hätte sie ihr Wort gehalten. Herr Präsident, mit Ihrer Erlaubnis möchte ich jetzt aus einer Pressemitteilung der CDU-Fraktion zitieren:

Der vorgelegte Planfeststellungsbeschluss zeige: Die CDU-Landesregierung hat Wort gehalten.

Weiter heißt es dort:

Boddenberg betonte, dass der Planfeststellungsbeschluss von Wirtschaftsminister Dr. Alois Rhiel der klaren Beschlusslage des Hessischen Landtags zum Mediationsergebnis nachgekommen sei.

(Demonstrativer Beifall des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU) – Michael Boddenberg (CDU): Das ist richtig!)

So werde es für die neue Landebahn ein Flugverbot in der Zeit von 23 und 5 Uhr geben. Auf dem bisherigen Bahnsystem werde es ein Nachtflugverbot geben mit lediglich einer begrenzten Ausnahme von höchstens 17 Flugbewegungen, die notwendig seien, damit Rechtssicherheit herrsche.

(Michael Boddenberg (CDU): Herr Frankenberger, lesen Sie weiter vor, lassen Sie nicht die Hälfte weg!)

Meine Damen und Herren, das, was Sie hier versuchen, als „Wort gehalten“ zu verkaufen, ist ein glatter Wortbruch gegenüber den Menschen in der Region.

(Beifall bei der SPD)

Glauben Sie wirklich, die Menschen in der Region würden Ihnen das durchgehen lassen? Für wie naiv halten Sie die Menschen eigentlich?

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Für wie dumm verkaufen Sie im Augenblick die Öffentlichkeit?)

Die Menschen in der Region haben sehr wohl wahrgenommen, dass die von der CDU geführte Landesregierung in einem wichtigen zentralen Punkt, nämlich beim Nachtflugverbot, vom Mediationsergebnis abgewichen ist. Sie haben Ihr Wort nicht gehalten.

(Beifall bei der SPD – Michael Boddenberg (CDU): Wo ist denn Frau Ypsilanti?)

– Herr Kollege Boddenberg, regen Sie sich doch nicht so auf.

(Michael Boddenberg (CDU): Ich rege mich nicht auf! Ich frage nur, wo Frau Ypsilanti ist!)

Als Sozialdemokraten stellen wir fest: Wir hätten einen solchen Planfeststellungsbeschluss nicht verabschiedet. Denn wir fühlen uns an unser Wort und an die Beschlüsse des Landtags gebunden.

(Beifall bei der SPD – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das wäre rechtswidrig gewesen! – Mi-

chael Boddenberg (CDU): Wer fühlt sich hier an sein Wort gebunden?)

Wir sind überzeugt: Ein Nachtflugverbot wäre zu realisieren gewesen, wenn wir den Verbund der Flughäfen Frankfurt am Main und Frankfurt-Hahn genehmigt bekommen hätten. – Wir Sozialdemokraten haben eine andere Lösung favorisiert. Man hätte auch eine Vereinbarung mit den Luftverkehrsgesellschaften abschließen können, die folgenden zentralen Punkt beinhaltet hätte: Die Luftverkehrsgesellschaften bekommen den Ausbau des Frankfurter Flughafens nur, wenn sie mit einem absoluten Nachtflugverbot einverstanden sind. – Wir sind davon überzeugt: Diesen Weg hätte man gehen können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Landesregierung und der Ministerpräsident haben sich dafür entschieden, einen anderen Weg zu gehen. Angesichts der Tatsache, dass sich die Landesregierung jahrelang zum Nachtflugverbot bei einem Ausbau bekannt hat und dafür um Vertrauen geworben hat, ist das mehr als schwach. Der Hessische Ministerpräsident hat dieses Vertrauen verspielt, weil ihm die Kraft fehlte, den von uns vorgeschlagenen Weg zu beschreiten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das zu sagen, gehört auch dazu: Wir müssen feststellen, dass die Hessische Landesregierung mit diesem Planfeststellungsbeschluss Fakten geschaffen hat. Eine Änderung des Planfeststellungsbeschlusses aus dem Parlament heraus ist nicht möglich.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Jetzt kehrt er zur Realität zurück!)

Aber auch eine Landesregierung, gleich welcher Farbe, hat hier nur noch eingeschränkten Handlungsspielraum. Selbstverständlich würde sich aber eine SPD-geführte Landesregierung in einem Gerichtsverfahren im Rahmen des rechtlich Zulässigen für eine Reduzierung der Flüge in der Nacht auf null einsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Außerhalb eines Gerichtsverfahrens ist es unserer Ansicht nach ohne unkalkulierbare und schwerwiegende Folgewirkungen nicht möglich, den Planfeststellungsbeschluss zu ändern.

(Beifall des Abg. Jürgen Walter (SPD) – Michael Boddenberg (CDU): Das stimmt!)

Meine Damen und Herren, unabhängig davon, ob einem das passt oder nicht: Das haben wir zu akzeptieren.

(Zuruf: Nein!)

Auch wenn der Planfeststellungsbeschluss, so wie er hier vorgelegt wurde, von einem Gericht als in Ordnung befunden werden sollte, gilt weiterhin: Nicht alles, was vor Gericht Bestand hat, ist politisch klug. – Die CDU und die geschäftsführende Landesregierung müssen mit dem Vertrauensbruch, den sie zu verantworten haben, leben. Sie müssen das den Menschen in der Region erklären. Das ist die Verantwortung der geschäftsführenden Landesregierung, der CDU und der FDP.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die hessischen Sozialdemokraten sind froh darüber, dass es bei den bisherigen Demonstrationen gegen den geplanten Ausbau des Frankfurter Flughafens zu keiner Eskalation gekommen ist,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie der Abg. Michael Boddenberg (CDU) und Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

die auch nur annäherungsweise mit den Auseinandersetzungen vergleichbar wäre, zu denen es beim Bau der Startbahn West gekommen ist.

Ich sage auch eines ganz deutlich – davon gehen wir aus, dafür gibt es auch keine Anzeichen –: Niemand glaubt, dass die Demonstranten im Kelsterbacher Wald etwas anderes wollen.

(Michael Boddenberg (CDU): Das haben viele auch 1980 und 1981 gesagt! Ich wollte nur daran erinnern!)

– Herr Kollege Boddenberg, wir gehen davon aus, dass niemand gewalttätige Auseinandersetzungen provozieren will. Lassen Sie doch heute Morgen die Kirche bitte im Dorf.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf: Das ist blauäugig!)

Meine Damen und Herren, warum Sie heute Morgen unbedingt aufgrund des vorliegenden Antrages den Anschein erwecken wollen, als ginge es darum, den jetzigen Widerstand zu kriminalisieren, dafür haben wir Sozialdemokraten kein Verständnis.

(Beifall bei der SPD – Michael Boddenberg (CDU): Fragen Sie einmal Ihren Bürgermeister!)

Sozialdemokraten setzen auf Deeskalation statt auf Konfrontation.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Aber DIE LINKE nicht! Die setzen auf Konfrontation!)

Und Sozialdemokraten setzen auf Dialog. Darin sind wir uns mit der Polizei einig: Gewalt und Ausschreitungen, wie bei den Auseinandersetzungen um die Startbahn West in den Achtzigerjahren, müssen verhindert werden. Da sind wir an der Seite der Polizei. In einem Rechtsstaat mit rechtsstaatlichen Verfahren werden die Zuständigkeiten genau geregelt.

Zuständig ist im vorliegenden Fall die Stadt Kelsterbach und nicht der Hessische Landtag. Es bleibt erst einmal festzuhalten – dafür gebührt den Verantwortlichen ein dickes Lob –, dass sich die Verantwortlichen der Stadt Kelsterbach, an der Spitze Bürgermeister Ockel, sehr besonnen verhalten haben. Dafür gebührt den Verantwortlichen Respekt und Anerkennung.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich möchte erwähnen, dass der Bürgermeister nicht von einer Räumung, sondern von einer Teilräumung gesprochen hat. Meine Damen und Herren, niemand will natürlich, dass sich bei Abwägung der einzelnen Rechtspositionen und zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung rechtswidrige Zustände verfestigen. Aber auch hier liegt die Zuständigkeit vor Ort bei der Stadt Kelsterbach. Herr Kollege Boddenberg, die Situation ist doch im Moment bei Weitem nicht so dramatisch, wie sie von Ihnen im Antrag und in Ihrer Rede dargestellt wird.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Sie kann es aber werden! Sie verharmlosen, weil es Ihnen passt!)

Meine Damen und Herren, ein Wort an die Kollegen der Fraktion DIE LINKE. Wenn das Ganze nicht so ernst

wäre, dann würde ich Ihnen sagen: Wenn Sie Dschungelcamp wollen, gehen Sie zu Dirk Bach bei RTL.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Oh Mann, oh Mann! Wie peinlich! Wir wollen Jürgen Walter hören!)

Was treibt Sie eigentlich um, im Kelsterbacher Wald ein Fraktionsbüro zu eröffnen? Sie wecken damit Hoffnungen – das ist das Unverantwortliche –, die Sie als Landtagsabgeordnete bei den Menschen niemals einlösen können.

(Beifall bei der SPD)

Das ist die Verantwortung der LINKEN, die Sie allein zu tragen haben.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Was glauben Sie, was passiert?)

Sie untergraben mit Ihrer Aktion das besonnene und verantwortungsvolle Handeln der Stadt Kelsterbach und der Polizei. Diese Verantwortung liegt auch allein bei Ihnen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Wir Sozialdemokraten unterstützen das bisher sehr besonnene Verhalten der hessischen Polizei und der Stadt Kelsterbach im Umgang mit den Demonstranten. Damit ist der Sache mehr gedient als mit dem Eröffnen von Fraktionsbüros. Es ist auch wirkungsvoller als das Einbringen des vorliegenden Antrags. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

#### **Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Frankenberger. – Als Nächster hat sich Herr Kollege Kaufmann für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemeldet.

#### **Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir leben wirklich in merkwürdigen, ja geradezu verwunderlichen Zeiten. In der erst fünften Plenarwoche dieser Legislaturperiode haben wir bereits zum dritten Mal eine Debatte zum Thema Flughafenausbau im Landtag, und jedes Mal von der Seite des Hauses auf die Tagesordnung gebracht, die vor gar nicht allzu langer Zeit uns GRÜNEN ziemlich vorwurfsvoll erklärte, zum Thema Flughafen Frankfurt gebe es im Parlament nun wirklich gar nichts mehr zu debattieren, da nur noch die Genehmigungsbehörde und die Gerichte etwas zu sagen hätten. Herr Kollege Boddenberg, so kann man sich täuschen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Es war die FDP-Fraktion im Juni, dann im August die Regierung selbst, und jetzt sind es CDU und FDP zusammen, die heute angeblich über den Flughafenausbau und den Kelsterbacher Wald reden wollten. Worüber Herr Boddenberg geredet hat, haben wir alle gehört.

Meine Damen und Herren, die Verwunderung wird noch ein bisschen größer, wenn man sich den Titel des heutigen Antrags vor Augen führt. Es wird geradezu bedrohlich formuliert: „Rechtsstaat duldet keinen Rechtsbruch – Weg des regionalen Dialogs war und ist erfolgreich“. Schon daran merken Sie doch, dass die Qualität der Formulierung stark nachlässt.

Ich will noch anmerken, dass sich die Anträge aus dem Juni bezüglich der Fortsetzung des Regionalen Dialogforums bis heute in der Diskussion im Verkehrsausschuss befinden, sodass zu diesem Thema heute, wenn es wirklich um die Sache ginge, nun keine neuerliche Plenardebatte notwendig wäre, ja auch nicht sinnvoll wäre, weil wir die Anträge im Ausschuss immer noch zur abschließenden Klärung liegen haben. Damit wird deutlich, es geht nicht um die Sache, wie der heutige Antragstitel unterstreicht.

Schauen wir uns den ersten Halbsatz an: „Der Rechtsstaat duldet keinen Rechtsbruch“. Ich sage Ihnen, dieses Postulat entspringt einer bestimmten politischen Mentalität, die man gewiss nicht als aufgeklärt oder liberal oder freiheitlich bezeichnen kann. Deshalb bezeichnet der Begriff des Rechtsstaates, wie er von den Antragstellern benutzt wird, eher eine politische Himmelsrichtung, sozusagen: Rechtsstaat im Gegensatz zum Linksstaat,

(Zurufe von der FDP)

als dass er, was eigentlich nötig wäre, als Synonym für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung genutzt würde.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das ist der blödeste Witz, den es gibt!)

Herr Boddenberg, im klaren Gegensatz zu Ihrer Aussage betone ich mit Nachdruck: Freiheit muss sehr wohl duldsam sein. Für die Verfolgung einzelner Interessen darf sie nicht grenzenlos sein, aber noch weniger chancenlos. Ein Rechtsstaat in unserem Verständnis zeichnet sich genau dadurch aus, dass er den Menschen zuerst Freiheit zur Entfaltung ihrer Talente und Wünsche gibt und nicht als Erstes Gehorsam, Unterwürfigkeit und Unduldsamkeit propagiert. Erst danach, nach der Freiheit, kommen die Regeln,

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Nach der Freiheit kommt die Regel?)

deren Verletzungen zu klar definierten Verfahren und im Vorhinein definierten Konsequenzen führen müssen – das ist völlig unstrittig, aber erst danach und nicht davor, wie es hier insinuiert wird.

Meine Damen und Herren, damit wird schon aus der ersten Titelhälfte des Antrages überdeutlich, was Sie mit ihm nicht bezwecken, nämlich eine sachgerechte Debatte über die Probleme, die sich mit dem geplanten Flughafenausbau für die Menschen in der Region tatsächlich stellen.

#### **Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Kaufmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Hahn?

#### **Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, ich möchte gerne meine Gedanken fortsetzen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Feigling!)

Es ist in Ihrem Antrag überhaupt keine Rede davon, wie z. B. die totale Verlärmung von bestehenden Wohngebieten in Flörsheim oder der Verlust der Naherholungsflächen in Kelsterbach verhindert werden kann. Es ist keine Rede über die Verfahrenstricks.

(Michael Boddenberg (CDU): Zweieinhalbtausend Seiten Planfeststellungsverfahren!)

Wir erinnern uns. Schon im ersten Verfahren, wo es um die Raumordnung ging, war die Rede davon, dass eine Übereinstimmung mit den Erfordernissen der Raumordnung hergestellt werden kann. Bereits das ist ein Verfahrenstrick, weil ein Raumordnungsverfahren festzustellen hat, ob es übereinstimmt – ja oder nein. In dem Fall war die Antwort eigentlich Nein.

(Michael Boddenberg (CDU): Völlig falsche Interpretation!)

Weiter ging es mit den gebrochenen Versprechen – es ist schon davon die Rede gewesen: ein Nachtflugverbot, das versprochen war und jetzt pro Nacht durchschnittlich 17 erlaubte geplante und ungezählte und ebenso erlaubte ungeplante Flugbewegungen haben wird, also bestimmt mehr als 7.000 Flugbewegungen im Jahr, und das zu einer Zeit, in der Ruhe versprochen war.

Es ist erst recht in dem Antrag keine Rede mehr von den immer wieder auftauchenden Ungereimtheiten in den Unterlagen des Planfeststellungsverfahrens. Die Zeitpläne stimmen nicht. Auf einmal erfahren wir – nur durch Nachfragen und natürlich nebenbei –, dass jetzt Provisorien bezüglich des Terminals 3 vorgesehen sein werden. Wir erfahren weiterhin, dass aktuell versucht wird, kommunale Klagen nach völlig unklaren Kriterien auszusondern, damit man es nicht mit schwierigen Vorträgen vor Gericht zu tun hat.

Meine Damen und Herren, das alles stärkt mit Sicherheit nicht das Vertrauen in das Verfahren, das Sie hier eingefordert haben, Herr Kollege Boddenberg.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Hannelore Eckhardt (SPD))

Jetzt versuchen Sie, die sich Bemühenden mit den vielen guten Argumenten, die den Protest unterstützen und die sich gegen die Vernichtung des Kelsterbacher Waldes und die immer weiter steigenden Belastungen der Region durch Fluglärm und Schadstoffe richten, einzuschüchtern.

Beschwörungsgleich wie ein Glaubensbekenntnis der Ausbaubefürworter wird wiederholt, dass am Flughafenausbau kein Weg vorbeigeht. Das ist doch wie diese neue hessische Werbeparole – in diesem Fall ganz schlecht angewendet. Ergänzt wird das durch solche Bemerkungen wie die in Abs. 5 des Antrags, „dass das Hüttendorf im Kelsterbacher Wald bereits jetzt die Grenzen des Rechtsstaats tangiert“.

(Michael Boddenberg (CDU): Ja!)

Meine Damen und Herren – ich spreche jetzt vor allem die Antragsteller an –, merken Sie denn nicht, wie Sie genau das, was Sie vorgeblich ablehnen, faktisch befördern? Viele Menschen, die diese Hütten im Wald für keine sinnvolle Aktion halten – ich persönlich gehöre dazu –, werden sich über den Antragsteller und dessen Aussagen dennoch zu Recht empören.

Herr Boddenberg, Sie stellten sich hierhin und sagten, das Ziel müsse es sein, Feindbilder abzubauen.

(Michael Boddenberg (CDU): Joschka Fischer war das!)

Das Gegenteil davon haben Sie mit Ihrer Rede und mit Ihrem Antrag getan.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Denn das, was mit dieser Formulierung im Antrag versucht wird, ist doch eine Kriminalisierung der Ausbaueegner – indem im völligen Widerspruch zu den historischen Fakten, und die haben Sie sogar selbst angesprochen, und damit in eindeutig unzulässiger Weise eine Parallele zwischen Formen zivilen Ungehorsams und der Ermordung zweier Polizeibeamter an der Startbahn West gezogen wird.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Herr Boddenberg, dafür sollten Sie sich schämen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Wehret den Anfängen! Das sind die geistigen Brandstifter!)

Sie wissen ganz genau wie alle anderen auch, dass es in den Reihen der Ausbaueegner niemanden gibt, der die Ermordung von Polizeibeamten in dieser Weise verharmlost sehen möchte.

(Michael Boddenberg (CDU): Wer hat denn das gesagt?)

Ich finde es von Ihnen äußerst niederträchtig, dies hier zu unterstellen. Letztendlich zeigt das nichts weiter, als dass Sie in der Sache überhaupt keine Argumentationskraft haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Meine Damen und Herren, wenn CDU und FDP nichts anderes mehr einfällt, als die Ausbaueegner derart zu beleidigen und als Kriminelle zu denunzieren, dann sollten sie lieber schweigen.

Sie können sich vorstellen, dass wir Ihren Antragstext insgesamt für eine Zumutung halten und ihn selbstverständlich ablehnen.

(Michael Boddenberg (CDU): Offenbar haben Sie Ihre Rede aufgeschrieben, bevor Sie meine gehört haben!)

Ich bin froh, dass sich auch die SPD negativ zu Ihrem Antrag stellt – obwohl Sie doch versucht haben, durch Name-Dropping mit den Namen des Ministerpräsidenten und des Bürgermeisters von Kelsterbach ein bisschen Stimmung in Richtung SPD zu machen. Herr Boddenberg, das ist erkannt worden. Ich bin fest davon überzeugt, Sie werden mit Ihrem Antrag scheitern.

Der nachgeschobene Antrag von heute Morgen macht die Sache eher noch ein bisschen schlimmer. Insoweit wird der Landtag Ihnen hier – das hoffe und erwarte ich – mehrheitlich nicht folgen.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Meine Damen und Herren, die Anmerkung, dass wir mit vielen Passagen dieses SPD-Antrags unsere Schwierigkeiten haben, überrascht hier niemanden. Denn wir haben nach wie vor klar und deutlich die Position: Wir halten den Flughafenausbau aus vielen gut erwogenen Gründen für falsch.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Meine Damen und Herren, ich will jetzt noch zwei Punkte des Antrags ansprechen.

Zum einen greife ich Abs. 4 auf. Damit meine ich nicht die eher als Plattitüde zu verstehende Aussage, „dass der gerichtliche Weg über die Rechtmäßigkeit des Planfeststel-

lungsbeschlusses zum Ausbau des Frankfurter Flughafens zu akzeptieren ist“.

Meine Damen und Herren, da der Rechtsweg auch von etlichen Ausbauegnern beschritten wird, steht doch diese Frage überhaupt nicht zur Debatte – ob ein Rechtsweg akzeptiert wird. Zur Debatte steht doch vielmehr, dass es aus unserer Sicht jenseits dessen eindeutig geboten ist, den Planfeststellungsbeschluss zum Flughafenausbau seitens der Landesregierung zu verändern. Unsere Überzeugung ist: Er kann nicht so bleiben, wie er ist – zumal er den fortwährenden Makel des Wortbruchs in sich trägt.

Alle politischen Kräfte, denen es ehrlich auf eine Deeskalation des Konflikts ankommt, können es nicht bei diesem Planfeststellungsbeschluss belassen. Deshalb müssen sich diejenigen, die sich strikt einer Änderung verweigern – wie insbesondere die heutigen Antragsteller –, den Vorwurf gefallen lassen, ihrerseits an der Eskalation der Auseinandersetzung mitzuwirken.

Meine Damen und Herren – ich spreche jetzt die Antragsteller CDU und FDP an –, dieses Problem beseitigen Sie nicht, indem Sie irgendwelche Kraftmeiersprüche, die nichts anderes sind als Selbstverständlichkeiten, hier aufschreiben, nämlich: „alles rechtsstaatlich Gebotene“ soll unternommen werden, „um eine Verfestigung von rechtswidrigen Zuständen zu vermeiden“. Was heißt denn das im Konkreten?

Wie wäre es denn, wenn Sie vielmehr einen Text schreiben, der besagt, es sei alles rechtlich Mögliche zu unternehmen, um eine Fortdauer des Wortbruchs des Ministerpräsidenten zu vermeiden und das versprochene Nachtflugverbot auch tatsächlich durchzusetzen? Das wäre der Durchbruch.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Meine Damen und Herren, zu guter Letzt will ich mich noch mit dem einzigen einigermaßen sachbezogenen Punkt dieses Antrags befassen. Das ist Abs. 2. Dort geht es um den Lärmindex.

Der Lärmindex, wie ihn Prof. Wörner entwickelt hat, wird hier gelobt. Wenn er so großartig ist – und damit wende ich mich wieder an die Antragsteller des Ausgangsantrags –, warum hat er dann eigentlich nicht Eingang in den Planfeststellungsbeschluss gefunden? Warum weigern Sie sich weiterhin, ihn jetzt noch ergänzend hinzuzunehmen – wenn er doch so toll ist?

Liegt das vielleicht daran, dass er doch nicht so toll ist? Die wissenschaftliche Bewertung des Lärmindex liegt nun vor, und man kann sie bestimmt nicht als besonders euphorisch bezeichnen.

Er wird zwar als grundsätzlich geeignet angesehen – was angesichts der Tatsache, dass auch das DLR mit begutachtet hat, nicht so überrascht –, aber immerhin werden 20 Modifikationen für erforderlich gehalten. So steht es im einschlägigen Gutachten.

Unter anderem wird darauf hingewiesen, dass der Maßstab für die anzuwendende Lärmobergrenze – und die Höhe der Reduktionsvorgabe – ich zitiere – „gesellschaftspolitisch diskutiert und entschieden“ werden muss.

Meine Damen und Herren, das heißt doch eindeutig, die Lärmindexarithmetik kann letztlich nichts anderes ermitteln, als vorgegebene Setzungen von interessierter Seite festzuschreiben. Damit wird das gesamte Verfahren eher

als eine Verschleierungsmethode denn als eine tatsächliche Hilfestellung zur Reduzierung des Lärms wirken.

Meine Damen und Herren, wie Sie wissen, war ich selbst einmal Physiker.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das sind Sie heute noch!)

– Ich praktiziere diese Tätigkeit nicht mehr.

(Zurufe)

In der Physik wird seit Jahrhunderten immer das Perpetuum mobile diskutiert und mit neuen Formen und Ideen angereichert – obwohl längst bewiesen ist, dass es ein solches Gerät nicht geben kann, nämlich ein Gerät, das bei Bewegung keine Energie verbraucht.

Herr Boddenberg, genauso verhält es sich mit dem Fluglärm. Immer mehr Flugzeuge produzieren immer mehr Fluglärm,

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Nein! – Michael Boddenberg (CDU): Falsch!)

egal, mit welchen Umrechnungsfaktoren und Bewertungsformeln Sie dies behandeln. Immer mehr Flugzeuge produzieren immer mehr Fluglärm.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Michael Boddenberg (CDU): Sie wissen, dass das falsch ist!)

Deswegen ist es ausgeschlossen, dass der Lärmindex eine Chance ist – wie Sie schreiben –, „zukunftsorientiert Lärminderung für Anwohner in der Flughafenregion zu erreichen“.

(Michael Boddenberg (CDU): Sie wissen, dass das falsch ist! – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Sie sind doch nicht mehr Physiker!)

Das werden Sie nur erreichen, wenn Sie die Zahl der Flugbewegungen reduzieren.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Nein! – Widerspruch des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU))

Darüber muss man nicht streiten. Aber Sie wollen das Gegenteil machen.

Meine Damen und Herren, auch ein Beschluss darüber würde die Wahrheit nicht ändern. Denn Sie wissen ja: Mehrheit ist noch lange nicht Wahrheit.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Aber Sie sind nicht die Wahrheit, Herr Kaufmann!)

Wirksam ist ein Lärmindex nach dem Willen seiner Erfinder allenfalls als ein Instrument zur Abwehr von Beschwerden gegen die wachsenden Fluglärmbelastungen und zur Beruhigung der Beschwerdeführer.

Nein, in aller Ernsthaftigkeit sage ich zum Schluss nochmals sehr deutlich: Anträge wie der vorliegende helfen den Menschen, die rund um den Flughafen leben, nicht einen einzigen Millimeter weiter. Sie sind vollständig überflüssig, und wenn sie so formuliert sind wie Drucks. 17/658, dann sind sie obendrein nichts als ärgerlich.

Ich erinnere daran, dass seit Februar 2000, seit dem Ende der Mediation, bis heute, dem 24. September 2008, das sind rund achteinhalb Jahre, von den damaligen Versprechen zur Reduzierung der Lärmbelastung der Bevölkerung nichts, aber rein gar nichts tatsächlich umgesetzt wurde.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Statt weniger Krach ist es mehr Krach geworden. Vielleicht fragen sich die Landesregierung und die Antragsteller von CDU und FDP endlich einmal ernsthaft, wer nach alledem Ihnen eigentlich in Sachen Flughafen noch irgendetwas glauben soll. Ich meine, darüber sollten Sie nachdenken – Herr Boddenberg und die Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP –, dann kämen Sie vielleicht endlich einen Schritt weiter. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

#### **Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke, Herr Kaufmann. – Herr Hahn, Sie haben sich zu einer Kurzintervention gemeldet. Bitte – endlich.

#### **Jörg-Uwe Hahn (FDP):**

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich für die schöne Begrüßung.

Herr Kollege Kaufmann, ich möchte zwei Bereiche kurz ansprechen.

Der eine Bereich ist: Sie haben eben gesagt, dass Sie kein Physiker mehr sind. Christean Wagner und ich haben widersprochen, weil wir beachten, dass man immer Physiker ist, wenn man einmal Physik studiert hat. Aber mit Ihrer Aussage, dass immer mehr Flugzeuge auch mehr Fluglärm hervorbringen, haben Sie bewiesen, dass Sie tatsächlich kein Physiker mehr sind.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Es ist sogar für Juristen wie mich und Herrn Dr. Christean Wagner erkennbar, dass man allein dann feststellt, wenn man sich die Karten der Lärmverursachung am Frankfurter Flughafen anschaut, dass das Lärmfeld in den letzten 20 Jahren auf ein Viertel reduziert worden ist, obwohl dort mehr Flugzeuge – nämlich wiederum mal vier – starten und landen. Lieber Herr Physiker, das hat etwas damit zu tun, dass die Geräte um Längen leiser geworden sind. Das erhoffen wir uns von der Technik auch weiterhin.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich habe mich nicht deshalb gemeldet, weil ich Jurist bin, sondern weil ich durch und durch ein Liberaler bin.

Herr Kollege Kaufmann, Sie haben vorhin die Äußerung getätigt – leider haben Sie meine Zwischenfrage nicht zugelassen –, dass Freiheit immer vor Regeln gehe. Als eingefleischter Liberaler muss ich Ihnen sagen: Das ist falsch. Freiheit ist kein absoluter Wert. Freiheit steht nicht über irgendetwas, sondern Freiheit ist im Rahmen anderer Werte zu beachten. Freiheit ist der eine Wert; Gleichheit ist der andere. Manche setzen hier noch dritte Werte hinzu.

(Zurufe von der LINKEN: Oh!)

Meine Damen und Herren, ich kann nicht akzeptieren, dass gerade ein GRÜNER, der ansonsten immer wieder Regeln setzt und uns Liberalen häufig vorwirft, dass wir regellos seien, nunmehr während einer Debatte wie an diesem Tage sagt, dass Freiheit vor Regeln gehe. Das ist der Freiheitsbegriff eines politischen Systems des 18. und 19. Jahrhunderts. Das haben wir – –

**Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Hahn, die Redezeit ist um. Kommen Sie bitte zum Schluss.

**Jörg-Uwe Hahn (FDP):**

Ich komme zu meinem letzten Satz. – Das kann man mit dem Begriff „Manchesterliberalismus“ umschreiben. Lieber Herr Kollege Kaufmann, seien Sie sich bitte über das im Klaren, was Sie gerade gesagt haben; denn Freiheit ist in Regeln eingebettet, nur dann können Freiheit und Liberalismus überhaupt existieren. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

**Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Für die FDP-Fraktion hat sich Herr Posch zu Wort gemeldet. Herr Posch, bitte.

**Dieter Posch (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich gehöre zu jenen Mitgliedern des Hessischen Landtags, die die Diskussion um den Ausbau der Startbahn West innerhalb der hessischen FDP gemeinsam mit Heinz Herbert Karry und Ekkehard Gries sehr intensiv diskutiert haben.

Wenn ich diese beiden Namen nenne, dann wissen wir alle, wovon ich spreche. Beide Namen haben etwas damit zu tun, dass wir aus der Diskussion über die damaligen Vorkommnisse die Schlussfolgerung gezogen haben: Das, was damals passiert ist, darf es in diesem Lande nie mehr geben.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, ich betone das deshalb, weil ich eigentlich bis vor Kurzem noch guten Mutes war, da ich uns auf dem Wege glaubte, eine solche Situation tatsächlich nicht herbeizuführen.

Der eine oder andere wird sich noch daran erinnern, dass es damals, als wir zu Zeiten der rot-grünen Koalition das Thema Mediation diskutiert haben, nicht deswegen umstritten gewesen ist, weil man keine Deeskalation wollte, sondern weil wir uns damals die Frage gestellt haben: In welchem Verhältnis steht die Mediation künftig zu den üblichen Genehmigungsverfahren? Das ist im Übrigen ein Konflikt, den wir bis heute nicht gelöst haben, weil nämlich die Mediation und deren Ergebnisse im öffentlichen Bewusstsein natürlich häufig den Eindruck erwecken, als ersetzen sie das Genehmigungsverfahren. Mit diesem Konflikt, dem Dualismus beider Verfahren, haben wir in den letzten zehn Jahren permanent zu tun gehabt.

Herr Kollege Kaufmann und Herr Kollege Frankenberger, ich frage Sie daher: Wissen Sie, worin wir uns bei der Diskussion der letzten zehn Jahre immer unterschieden haben? – Die FDP-Fraktion hat immer gesagt, was sie politisch möchte. Ich stehe auch dazu, dass wir gesagt haben: Wir wollen ein absolutes Nachtflugverbot. Im gleichen Atemzug haben wir aber auch gesagt, dass dies keine Frage sei, die im Hessischen Landtag bzw. vom Parlament entschieden wird, sondern dass wir zwischen politischem Willen einerseits und den genehmigungsrechtlichen Verfahren im Rechtsstaat andererseits unterscheiden müssen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Herr Frankenberger, da Sie soeben fast wörtlich gesagt haben, Sie hätten sich als Genehmigungsbehörde an die Beschlüsse des Parlaments gehalten, darf ich Sie daran erinnern,

(Zuruf des Abg. Uwe Frankenberger (SPD))

lassen Sie mich bitte ausreden, dass wir gemeinsam – Sozialdemokraten, Christdemokraten und Liberale – Anträge eingebracht und beschlossen haben, in welchen wir – Herr Kollege Walter hat damals zu Recht immer hierauf hingewiesen – zwischen dem differenziert haben, was wir einerseits politisch wollen, und dem, was nach einer Überprüfung im Planfeststellungsbeschluss andererseits herauskommen kann. Tun Sie bitte nicht so, als hätte es diese Differenzierung nicht gegeben.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wir haben es mit einem unglaublichen Problem zu tun, weil hier 110 Abgeordnete über etwas diskutieren, dessen rechtliche Relevanz – wenn wir die gerichtlichen Entscheidungen lesen, werden wir dies ebenfalls feststellen müssen – nur bedingt von Bedeutung ist. Das ist unser Problem. Wir haben es aber gemacht, weil wir den Menschen gegenüber deutlich machen wollten, dass wir ihre Probleme ernst nehmen.

Glauben Sie denn im Ernst, wir würden der Auffassung sein, Fliegen sei ohne Lärm möglich? – Wir wissen natürlich, dass dem nicht so ist. Tun Sie aber bitte nicht so, als hätten wir in den letzten 10 bis 15 Jahren auf diesen Gebieten nichts erreicht. – Wir haben Deckelungen, unterschiedliche Kategorien, fluglärmbezogene Entgelte und Ähnliches mehr. In Bezug auf das subjektive Empfinden ist es natürlich so, dass der eine oder andere sagen wird, da hat sich keine Verbesserung ergeben. Das liegt natürlich daran, dass wir gleichzeitig einen Anstieg haben. Da es diesen gibt, brauchen wir auch eine neue Landebahn.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Herr Kollege Kaufmann, wenn die CDU und die FDP heute einen Antrag einbringen, der sich auch mit dem Thema Rechtsstaat befasst, dann sollten Sie diesen bitte richtig lesen; und Sie sollten diesen bitte nicht nur bis zur Hälfte vorlesen, denn dem Betreff „Rechtsstaat duldet keinen Rechtsbruch“ ist hinzuzufügen: „Weg des regionalen Dialogs war und ist erfolgreich“.

Die FDP-Fraktion war neben anderen eine Fraktion, die gesagt hat: Es darf nach der Mediation und dem Regionalen Dialogforum nicht sein, dass im Anschluss kein Dialog mehr mit der Region geführt wird. Wir waren diejenigen, die gleich während der Sommerpause gesagt haben: Wir wollen eine Nachfolgeorganisation für das Regionale Dialogforum.

Herr Kaufmann, wir haben auch gesagt, dass wir darüber diskutieren wollen, ob künftig beispielsweise der Lärminde- x eine Möglichkeit sein könnte. Sie wissen ganz genau, dass sich der Lärminde- x gemäß der gegenwärtigen Rechtslage im Planfeststellungsbeschluss nicht wiederfinden kann, sondern ausschließlich – ich füge hinzu: leider – in der Begründung des Planfeststellungsbeschlusses erwähnt wird. Daher haben wir gesagt und an Sie appelliert, zu dieser Gemeinsamkeit zurückzukommen und darüber nachzudenken, wie wir das Regelwerk insgesamt, also nicht nur für Frankfurt, sondern deutschland- und europaweit, so verändern können, dass wir in der Tat zu einem

Regelwerk kommen werden, das dem Gedanken des Lärmschutzes noch mehr Rechnung trägt.

Meine Damen und Herren, wenn ich soeben gesagt habe, dass ich dies heute mit tiefer Betroffenheit feststellte, weil ich geglaubt hätte, dass wir nicht mehr zu solchen Diskussionen kommen würden, dann hat das etwas mit dem Verhalten der neuen Fraktion in diesem Hause zu tun. – Herr Kaufmann, wir sind in der Frage der Notwendigkeit des Ausbaus unterschiedlicher Auffassung. Dennoch gab es in Bezug auf das Regionale Dialogforum und die Mediation einen Konsens. DIE LINKE schließt sich aber diesem Konsens zum Dialog nicht an, sondern unterstützt das Hüttendorf aktiv.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der LINKEN)

Meine Damen und Herren, wer wie DIE LINKE ein sogenanntes Fraktionsbüro zur Unterstützung eines rechtswidrig errichteten Camps im Kelsterbacher Wald einrichtet und damit rechtswidriges Verhalten der Initiatoren aktiv unterstützt, stellt sich außerhalb des bisher im Hessischen Landtag vorhandenen verfassungspolitischen Grundsatzes, sich als Teil des Verfassungsorgans Landtag an Recht und Gesetz zu halten. Dieser Grundkonsens wird von dieser Fraktion aufgegeben, wenn sie auf diese Art und Weise ein rechtswidriges Verhalten Dritter im Kelsterbacher Wald unterstützt.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Darüber sollten sich die Fraktionen von SPD und GRÜNEN einig sein. Sie müssten von einer Fraktion, mit der Sie gemeinsam arbeiten wollen, erwarten, dass dieser verfassungspolitische Konsens nicht infrage gestellt wird. Ich kann von dem Bürger nicht verlangen, dass er sich an Recht und Gesetz hält, ich kann von der Verwaltung nicht verlangen, dass der Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung ein tragender Grundsatz des Rechtsstaates ist, und es gleichzeitig verharmlosen, wie Sie es eben getan haben, dass die Linksfraktion rechtswidriges Tun im Kelsterbacher Wald nicht nur toleriert, sondern aktiv unterstützt.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Das hat etwas mit sehr prinzipiellen Fragen zu tun. Ich kenne die Diskussion aus den Sechziger-, Siebzigerjahren mit der Doppelstrategie, außerparlamentarisch tätig zu sein und gleichzeitig parlamentarisch mitagieren zu wollen. Wenn man in diesem Parlament ist, dann ist es die verdammt Pflicht und Schuldigkeit, selbst Recht und Gesetz zu beachten. Das wird durch eine Fraktion nicht gemacht.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Herr Kollege Kaufmann, dann ist es kein vernünftiger Stil, so zu tun, als würden wir krampfhaft ein Problem hochblasen. Ich bin davon betroffen, weil wir jetzt eine ähnliche Situation haben, wie sie damals begonnen hat. Herr Frankenberger, ich bin bei Ihnen, wenn Sie sagen, man solle Deeskalation praktizieren. Aber machen Sie es sich bitte nicht so einfach, wie Sie es eben getan haben. Sie haben fälschlicherweise gesagt, das sei eine Sache von Kelsterbach und des dortigen Bürgermeisters. Wenn die Frage der Besitzweisung rechtlich relevant wird – wenn Sie es nicht wissen, lassen Sie sich von Ihrem Kollegen Walter aufklären; der kennt sich in der Materie bestens aus –, dann ist das keine Frage mehr des Bürgermeisters von Kelsterbach. Haben Sie völlig vergessen, dass wir Anteilseigner von Fraport sind?

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Wir sind Mehrheitseigentümer. Letztendlich muss Fraport den Antrag auf vorläufige Besitzweisung stellen. Dann haben wir den Konflikt. Dann tun Sie doch nicht so, und bagatellisieren dies und sagen, damit hätten wir als Hessischer Landtag nichts zu tun. Herr Kollege Frankenberger, so doof kann man doch gar nicht sein.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Lebhaftes Zurufe von der SPD)

– Entschuldigung, wenn ich das in dieser Art und Weise ausdrücke. Ein bisschen mehr Behutsamkeit in der Recherche. – Ich habe mich dafür entschuldigt. Ich glaube, damit ist es gut.

#### **Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Kollege Posch, ich glaube, das Wort „doof“ war überzogen.

(Jörg-Uwe Hahn und Florian Rentsch (FDP): Er hat sich schon entschuldigt!)

Sie haben sich entschuldigt, damit ist das geklärt.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

#### **Dieter Posch (FDP):**

Herr Präsident, ich nehme das gerne zur Kenntnis. Darüber werden wir uns bei Gelegenheit noch auf andere Art und Weise unterhalten.

Herr Kollege Frankenberger, ich will deshalb noch einmal auf das eingehen, was Sie in einem anderem Zusammenhang hier gesagt haben. Sie haben erneut die Position vertreten, der Planfeststellungsbeschluss könne aus dem Parlament heraus nicht geändert werden. Da haben Sie Recht. Das ist richtig. Das ist völlig unstrittig. Aber Sie haben wieder die These vertreten, man hätte das vertraglich regeln können. Der Ministerpräsident hat Herrn Walter in einer der Debatten ein Kolloquium privatissime et gratis gegeben, indem er dargestellt hat, dass die vertragliche Regelung nicht geht. Tun Sie auch bitte nicht so, als könne man im gerichtlichen Verfahren einen Vergleich abschließen, nach dem Motto: Wir handeln gerade eben ein paar Nachtflüge aus. – Das ist ein völlig falsches Verständnis eines solchen Verfahrens.

Wir befinden uns nicht in einem Zivilprozess, wo wir befugt sind, über bestimmte Dinge zu verfügen und dementsprechende Vergleiche zu schließen. In einem gerichtlichen Verfahren wird entschieden, ob der Abwägungsprozess, den die Genehmigungsbehörde vorgenommen hat, richtig ist oder nicht. Das kann man nicht einfach verhandeln.

(Zuruf der Abg. Hildegard Pfaff (SPD))

Sie versuchen, damit den Eindruck zu erwecken, als sei das disponibel. Das ist nicht der Fall.

Herr Kaufmann hat moniert, dass wir uns innerhalb von fünf Plenarwochen das dritte Mal des Themas Frankfurter Flughafen annehmen. Ich meine, aus gutem Grund. Die Fortsetzung des Regionalen Dialogforums mit anderen Mitteln ist, glaube ich, ein politisches Anliegen, das im Hessischen Landtag diskutiert werden muss. Die Tatsache, dass es erste Ansätze gibt, dass sich das Hüttendorf oder Camp verfestigt, ist ebenfalls ein Grund dafür, dass sich der Hessische Landtag über diese Frage auseinandersetzt. Meine Damen und Herren, deswegen ist unser An-

trag hier gestellt worden. Wir wollen damit dokumentieren, welche Bedeutung der Frankfurter Flughafen für uns hat und mit welchen Mechanismen wir versuchen wollen, einen Ausgleich in der Region, zwischen den betroffenen Menschen einerseits und der wirtschaftlichen Bedeutung des Frankfurter Flughafens andererseits, herzustellen. Das ist der Sinn unseres Antrages. Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie uns unterstützen können. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

#### **Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Kollege Posch. – Für die Fraktion DIE LINKE hat sich Frau Wissler zu Wort gemeldet. Frau Wissler, bitte.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das ist die Richtige! – Gegenruf der Abg. Marjana Schott (DIE LINKE): Ja!)

#### **Janine Wissler (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch heute Morgen ist der Flughafenausbau wieder Thema im Hessischen Landtag. Da scheint es bei der CDU noch einiges an Diskussionsbedarf zu geben. Dafür, dass der Landtag oder die Politik zum Flughafenausbau eigentlich gar nichts mehr zu sagen hätte, wie es immer heißt, sagen Sie doch relativ viel dazu. Das bestätigt mich in der Annahme, dass Herr Minister Rhiel im Unrecht ist, was die Frage des Nichtkönnens angeht, was den Planfeststellungsbeschluss angeht, sondern es geht vielmehr um das Nichtwollen. Das letzte Wort liegt bei der Politik. Deswegen ist es gut, dass wir heute wieder darüber reden und dass wir die wichtigen Argumente der Ausbaueegner vortragen und unsere Position darstellen können.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Wir wollen über Ihre APO-Methoden sprechen! Das ist der Punkt!)

Ich möchte zu verschiedenen Punkten Ihres Antrages etwas sagen. Ich fange oben an. Zum Regionalen Dialogforum möchte ich bemerken, dass ich denke, dass man mit überschüssigen Entschließungsanträgen zum Erfolg des Regionalen Dialogforums angesichts der Kritik, die es daran von allen Seiten gibt, doch zumindest sehr vorsichtig sein sollte. Verschiedene Beteiligte haben festgestellt, dass hier kein Dialog auf Augenhöhe stattgefunden hat. Bei den abschließenden Veranstaltungen des RDF waren Verärgerung und Wut aufseiten der Vertreter der Kommunen groß. Das haben Sie alle mitbekommen. Wichtige Dialogpartner, wie das Bündnis der Bürgerinitiativen gegen den Flughafenausbau, aber auch die Umweltverbände, wurden mit inakzeptablen Festlegungen oder durch Tatsachen schaffendes Handeln der Landesregierung aus dem Dialog herausgedrängt. Der Dialog hatte einzig und allein die Funktion, einem erklärten und vorab festgelegten Ziel, nämlich dem weiteren Ausbau des Rhein-Main-Flughafens, zumindest ein wenig Akzeptanz in der Bevölkerung zu verschaffen. Es besteht auch kein Anlass, zu hoffen, dass das neu geschaffene Forum Flughafen und Region, weiter unter der Führung von Johann-Dietrich Wörner, der bereits das Dialogforum zum Misserfolg geführt hat, einen wesentlich anderen Charakter haben wird.

(Beifall des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE) – Mark Weinmeister (CDU): Blödsinn!)

Oder, um es mit den Worten des Offenbacher Stadtrates Paul-Gerhard Weiß, der der FDP angehört, zu sagen, der es auf den Punkt gebracht hat:

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Guter Mann!)

„Ein neues Gremium, das die Region nur chloroformiert, brauchen wir nicht.“

(Beifall bei der LINKEN)

Die Mediation war misslungen. Wesentliche gesellschaftliche Gruppen und große Teile der Bevölkerung fühlen sich nicht gehört. Aber selbst die dürftigen Ergebnisse der Mediation wurden von der Landesregierung eben nicht im Planfeststellungsbeschluss umgesetzt. Dieser wurde viel zu hastig und ohne ausreichende Prüfung erlassen. Damit wurden Tatsachen geschaffen.

Nach der Vielzahl gebrochener Versprechen der verschiedenen Landesregierungen zum Thema Flughafenausbau – beispielsweise, für den Flughafen werde kein Baum mehr fallen – hat nun der geschäftsführende Ministerpräsident

(Ministerpräsident Roland Koch: Hier!)

– hier ist er – noch eins draufgesetzt: von dem nicht verhandelbaren Nachtflugverbot ohne Interpretationsspielräume zu regelmäßigen Nachtflügen im 20-Minuten-Abstand. Sie stehen nicht zu Ihren eigenen Zusagen. Das war ein klares Versprechen an die Menschen in der Region. Das haben Sie gebrochen.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf des Abg. Frank Gotthardt (CDU))

Der Antilärmpaket, der in Ihrem Antrag auch angesprochen ist, enthält nichts Substantielles für die Städte und Gemeinden im Großraum Rhein-Main. Er enthält keine belastbaren und konkreten Verbesserungen für die Menschen, die vom Fluglärm geplagt sind. Er enthält nicht einmal ein Nachtflugverbot in der sogenannten Mediationsnacht – ein aberwitziger Begriff –, also in der reduzierten Nacht zwischen 23 und 5 Uhr. Stattdessen ist er eine Sammlung von vagen Versprechungen und Absichtserklärungen der Beteiligten, die keinerlei verbindliche und nachprüfbar Vereinbarungen enthält.

(Michael Boddenberg (CDU): Und jetzt kommen Sie zum Hüttendorf!)

Dies ist ein Antilärmpaket im Interesse der Luftverkehrsunternehmen, der weit hinter dem heute technisch und wirtschaftlich Möglichen und gesundheitlich wie ökologisch Notwendigen zurückbleibt. Auch hier wird das Versagen des Dialogforums sichtbar. War in der Dokumentation zum Mediationsverfahren von 2000 noch die Rede davon, dass „die Kenntnis über die Auswirkungen von Lärm auf besonders empfindliche oder schutzwürdige Gruppen, wie etwa Alte, Kranke und Kinder,“ besonders lückenhaft sei, hat das RDF keine ernst zu nehmenden Anstrengungen unternommen, eben dies zu ändern.

#### **Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Frau Wissler, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Boddenberg?

**Janine Wissler (DIE LINKE):**

Herr Boddenberg möge zuhören. Er kann anschließend eine Kurzintervention machen, dann entscheide ich, ob ich darauf eingehe.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der CDU: Ui! – Weitere Zurufe von der CDU)

Der Frankfurter Mediziner Prof. Scheuermann

(Michael Boddenberg (CDU): Frau Wissler, jetzt zum Hüttendorf!)

– jetzt kenne ich auch Ihre Zwischenfrage, vielen Dank – stellt im Rahmen einer umfassenden Literaturrecherche zum Thema „Neue Erkenntnisse zu den gesundheitlichen Risiken des Ausbaus des Flughafens Rhein-Main“ fest – –

(Anhaltende Zurufe von der CDU)

– Herr Kollege, ich rede zu Ihrem Antrag.

**Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Meine Damen und Herren, Herr Boddenberg, bitte dämpfen Sie die Stimme ein bisschen, damit man die Rednerin hören kann.

(Petra Fuhrmann (SPD): Fehlende Contenance!)

**Janine Wissler (DIE LINKE):**

Ich will nur feststellen, dass ich zu Ihrem Antrag spreche. Ihr Antrag besteht größtenteils aus Beispielen aus dem Regionalen Dialogforum und dem Antilärmpakt. Herr Boddenberg, dazu spreche ich gerade.

(Frank Gotthardt (CDU): Sie müssen ihn auch lesen!)

Zum letzten Punkt werde ich auch noch kommen, wenn ich es noch schaffe.

(Zuruf von der CDU: Ah!)

Ich zitiere:

Das Dialogforum hat sich nicht um die Klärung der im Mediationsbericht gestellten Fragen gekümmert, die für die betroffene Bevölkerung von existenzieller Bedeutung sind.

Seit Februar dieses Jahres liegt zudem eine internationale Studie im Auftrag der EU-Kommission vor – der trauen Sie ja sonst in anderen Fragen so. Diese Studie belegt, dass selbst eine geringe Veränderung im nächtlichen Fluglärm im leisen Schallpegelbereich von 30 bis 60 dB bereits zu einem 14-prozentigen Risiko für Bluthochdruck führt.

Lärm macht krank. Wir bleiben dabei, wir wollen einen echten Lärmschutz. Wir wollen ein Nachtflugverbot, das den Namen verdient, nämlich für die gesamte Nacht und ohne Ausnahmegenehmigung. Weltweit gilt als Nacht die Zeit von 22 bis 6 Uhr. Im Rhein-Main-Gebiet soll sie verkürzt werden. Das ist nicht hinnehmbar.

Deswegen müssen wir an den Planfeststellungsbeschluss heran. Das Nachtflugverbot war auch ein Wahlversprechen der SPD, und daran sollte man sich halten.

(Beifall bei der LINKEN – Axel Wintermeyer (CDU): Könnten Sie das konkretisieren?)

DIE LINKE lehnt jeden weiteren Ausbau des Frankfurter Flughafens ab.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Und Arbeitsplätze! Was sagt der Betriebsrat von Fraport dazu?)

Naturzerstörungen, Landschaftsverbrauch, Zunahme von Lärm, Abgasen und Gesundheitsgefahren und ein erhöhtes Risiko von Abstürzen und Unfällen, all das sind Argumente gegen den erneuten Ausbau.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Arbeitsplätze! – Axel Wintermeyer (CDU): Was hat der Betriebsrat von Fraport dazu gesagt?)

Rhein-Main ist Ausdruck einer verfehlten Politik, einer allein an den Interessen der internationalen Konzerne ausgerichteten Internationalisierung von Produktions- und Handelsströmen, und ein Symbol für das Versagen der Bundesrepublik beim Klimaschutz.

(Zuruf des Abg. Frank Gotthardt (CDU))

Deshalb müssen wir an den Planfeststellungsbeschluss heran. Zu den vom Flugverkehr verursachten Gesundheitsschäden liegen neue Erkenntnisse vor.

(Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Fachleute können nicht nachvollziehen, wie die Fraport im Antrag trotz annähernder Verdoppelung der Flugbewegungen dennoch eine niedrigere Schadstoffbelastung errechnen kann. Solche technologischen Quantensprünge sind in der Zukunft nicht zu erwarten.

(Unruhe bei der CDU und der FDP)

Das immer wieder vorgebrachte Arbeitsplatzargument dient ausschließlich der Rechtfertigung des Ausbaus und den betriebswirtschaftlichen Zielen zweier Großunternehmen, nämlich der Fraport und der Lufthansa. Bei näherer Betrachtung entpuppt sich die von Fraport propagierte Jobmaschine als Luftnummer. Das Gutachten basiert auf falschen Grundlagen. Es wurde eine Korrelation zwischen Beschäftigung und Passagierzahlen unterstellt. Diese Korrelation existiert nicht, das ist durch die Realität der letzten Jahre widerlegt.

(Beifall bei der LINKEN – Michael Boddenberg (CDU): Jetzt zum Hüttendorf! – Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Das Versprechen, es würden durch den Ausbau 40.000 Arbeitsplätze geschaffen – es waren auch schon einmal mehr: 40.000, 60.000, 100.000 –, ist fernab der Realität. Das ist reiner Populismus, um die Menschen in der Region einzukaufen.

(Zuruf von der CDU: Sie kennen sich ja aus!)

Der Ausbau des Frankfurter Flughafens ist auch unnötig. Die Mehrzahl aller Flüge sind Umsteigeflüge, Nahverbindungen und Frachttransporte. Für die Fluggäste in der Region muss der Flughafen nicht ausgebaut werden. Wir müssen die Nahverbindungen auf die Schiene legen. Das ist unsere politische Forderung. Wir sollten die Schiene als Beitrag zum Klimaschutz fördern.

(Beifall bei der LINKEN – Anhaltende Zurufe von der CDU)

Der Hessische Landtag hat bereits beschlossen, dass wir eine Gesamtbelastungsstudie für die Umweltbelastungen im Großraum Rhein-Main brauchen. Das brauchen wir für alle Neu- und Ausbauprojekte in der Region. Das finde ich auch entscheidend. Bevor wir überhaupt über neue Großprojekte reden, muss diese Studie vorliegen. Sie muss auch über einen gewissen Zeitraum erstellt werden.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der CDU)

Jetzt möchte ich etwas zum Widerstand gegen den Ausbau des Rhein-Main-Flughafens sagen. Dieser Widerstand geht seit vielen Jahren quer durch alle Bevölkerungsschichten und Altersgruppen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Betriebsrat!)

Er wird getragen von einer großen Zahl örtlicher Bürgerinitiativen, die sich in einem Bündnis zusammengeschlossen haben. Mitglieder der LINKEN sind in diesen Bürgerinitiativen aktiv und tragen ihren Teil zur Mobilisierung bei. DIE LINKE steht solidarisch an der Seite der Bürgerinitiativen und unterstützt deren Protest.

(Zuruf von der CDU: Personalrat!)

Dazu gehört auch das friedliche Protestdorf im Kelsterbacher Wald. Als sichtbaren Ausdruck dieser Unterstützung wird die Fraktion DIE LINKE im Hessischen Landtag am kommenden Sonntag ein Fraktionsbüro im Hütendorf eröffnen.

(Zurufe von der CDU)

Dieser Widerstand ist mitnichten gewalttätig. Er ist ein Ausdruck der massenhaften Ablehnung des Flughafenbaus durch die Menschen in der Region.

(Michael Boddenberg (CDU), ein Plakat hochhaltend: Was bedeuten die Streichhölzer?)

Mit unserem neuen Fraktionsbüro wollen wir einen Beitrag zu einer gewaltfreien und engagierten Protestkultur leisten.

(Beifall bei der LINKEN – Frank Gotthardt (CDU): Ist das legal? – Weitere Zurufe von der CDU)

Sie wollen eine neue Landebahn in Zement gießen, wir stellen eine Holzhütte auf.

(Anhaltende Zurufe von der CDU)

Wir werden nicht einmal das Fundament in Beton gießen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Mit Steuergeldern! – Frank Gotthardt (CDU): Ist das denn legal? – Weitere Zurufe von der CDU)

Herr Boddenberg, das möchte ich ganz klar sagen: Wenn Sie meine Fraktion oder mich als Person beschuldigen, zu Gewalt aufzurufen, dann ist das eine ungeheuerliche Unterstellung. Die haben Sie entweder zu belegen, oder Sie haben sich dafür zu entschuldigen.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der CDU und des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Herr Boddenberg, weisen Sie mir nach, wo ich zu Gewalt aufgerufen habe.

(Michael Boddenberg (CDU), ein Plakat hochhaltend: Was bedeuten diese Streichhölzer?)

Ich werde im Stenografischen Bericht genau nachlesen, was Sie gesagt haben.

(Zurufe von der CDU: Ui! – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Aber den Verfassungsschutz beleidigen!)

#### **Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Meine Damen und Herren, ein bisschen ruhiger, ein bisschen Entspannung, dann kann Frau Wissler zum Schluss ihrer Rede kommen.

#### **Janine Wissler (DIE LINKE):**

Ein Plakat des Jugendverbandes, auf dem steht: „Kapitalismus kaputt machen“, als Aufruf zur Gewalt zu sehen,

(Michael Boddenberg (CDU): Was bedeuten die Streichhölzer?)

das ist nun wirklich sehr abenteuerlich.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Wie macht man ein Spielzeug kaputt? Indem man darauftritt!)

Was nun meine Person damit zu tun haben soll, weiß ich auch nicht. Ich frage mich, ob Sie nichts Besseres zu tun haben, als diese Art der Showanträge zu stellen. Herr Boddenberg, ich frage mich, mit was sich Ihre Fraktion eigentlich beschäftigt hat, als DIE LINKE noch nicht Mitglied im Hessischen Landtag war.

(Beifall bei der LINKEN – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das zeigt, wes Geistes Kind Sie sind!)

Wir wollen durch diese Hütte unsere Solidarität mit den Aktivisten zeigen. Wir wollen klarstellen, dass die Region den Menschen und nicht der Fraport und der Lufthansa gehört.

(Frank Gotthardt (CDU): Ist das denn legal? – Weitere Zurufe von der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Rechtsstaat gehört auch das Recht auf Widerstand.

(Beifall bei der LINKEN – Anhaltende Zurufe von der CDU)

Das Recht nehmen wir uns, das verteidigen wir. Wir fordern Sie auf, das ebenfalls zu tun. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der CDU)

#### **Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke, Frau Wissler. – Zu einer Kurzintervention, Herr Wintermeyer.

#### **Axel Wintermeyer (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Wissler, ich hätte mir gewünscht, dass Sie einfach einmal einen Takt dazu sagen, ob diese Besetzung, die dort im Wald gemacht wird, legal ist. Das wäre etwas gewesen, wo Sie hätten sagen können, wie Ihr Rechtsverständnis ist.

(Beifall bei der CDU)

Unserer Meinung nach ist es illegal. Sie als LINKE-Fraktion nutzen Staatsknete dazu – ich wähle bewusst diesen Jargon, den Sie sonst in einem anderen Zusammenhang benutzen –, um ein illegales Projekt zu unterstützen.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Das sagt die Partei der schwarzen Kassen!)

Genauso haben Sie Staatsknete aus der DDR genutzt, um Friedensdemonstrationen zu finanzieren.

(Beifall bei der CDU und FDP – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Sogenannte DDR!)

Das ist alles eine große Friedensdemonstration, die Sie uns hier vorführen? Sie können uns doch nicht ein X für ein U vormachen. Ich hätte von Ihnen erwartet – nehmen Sie die Chance wahr, nach mir hier zu sprechen –: Sagen Sie etwas zu den Gewerkschaften. Sagen Sie etwas zu dem

Betriebsrat, dem es um Arbeitsplätze geht, der davor warnt, dass Sie in irgendeiner Art und Weise an einer hessischen Regierung beteiligt oder duldend mitbeteiligt werden, der davor warnt, dass es dazu kommt.

Ein Letztes. Erklären Sie den Zuschauern, die hier im Raume sind, wie Sie zu Ihrem revolutionären Freund, Herrn Chávez, nach Venezuela gekommen sind. Ich danke, nicht mit einem dunkelroten Gummiboot.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Meine Damen und Herren, die nächste Wortmeldung liegt vor. Sie stammt von Herrn Beuth. Sie haben drei Minuten und 30 Sekunden zur Verfügung.

(Michael Boddenberg (CDU): Keine Antwort ist auch eine Antwort)

**Peter Beuth (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich greife das auf, was Frau Kollegin Wissler zuletzt gesagt hat, und will Ihnen sagen, Frau Kollegin Wissler, dass wir uns hier nicht mit Showanträgen beschäftigen. Wenn es darum geht, dass die Fraktion DIE LINKE den rechtswidrigen Bau einer Hütte im Kelsterbacher Wald ankündigt, dann kümmern wir uns darum, dann diskutieren wir hier über den Kern unseres Staates und unserer gesellschaftlichen Ordnung.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Ich glaube, es ist klug, dass wir uns dafür auch die Zeit nehmen. Lassen Sie mich mit Startbahnpfarrer Prof. Kurt Oeser beginnen, der im Jahr 2000 in der Sendung „Kontraste“ gesagt hat:

Eines wünsche ich mir, dass bei allem Protest, der bei einer Demokratie einfach dazugehört, wenn sie nicht schläft, dass bei allem Protest es zu keiner Gewalt kommt. Das ist mein dringender Wunsch – das war auch mit der Grund, mich als Mediator zur Verfügung zu stellen.

Ich finde, wenn Bürgermeister Manfred Ockel nunmehr am 6. August in der „Frankfurter Rundschau“ erklärt, er befürchte, dass der zivile Ungehorsam gewalttätige Leute aus ganz Deutschland anziehe, dass dies außerordentlich bemerkenswert ist und in die Mitte dieses Parlaments gehört.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir seine Sorge hier im Parlament teilen, dann geben wir damit auch zu erkennen, Herr Kollege Kaufmann, dass wir Ausbaugegner gerade nicht denunzieren.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, der friedliche Protest ist Wesensmerkmal unserer Demokratie. Frau Wissler, Sie haben unrecht. Es gibt kein Recht auf Widerstand in unserem Rechtsstaat. Es gibt kein Recht auf Widerstand und schon gar kein Recht auf gewalttätigen Widerstand in unserem Land.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Frau Kollegin Wissler, ziviler Ungehorsam, die illegale rechtswidrige Aktion im Kelsterbacher Wald, das läuft unserem Rechtsstaat zuwider. Das ist das Thema dieser Debatte.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich könnte an das anknüpfen, was wir hier zuletzt zum Thema Landesverfassungsschutz diskutiert haben, die unerträglichen Äußerungen des Kollegen Schaus, des innenpolitischen Sprechers, die auch die Integrität dieses Staates untergraben sollten. Das war sozusagen das Ziel dessen, was er damals hier vorgetragen hat.

Meine Damen und Herren, wir haben gesehen, dass Sie auf Plakaten Streichhölzer ins Bild bringen, dass Sie zünden. Aber zum Kern unseres Rechtsstaates gehört, dass demokratisch auf dem ordentlichen Verwaltungswege getroffene Entscheidungen hinterher gerichtlich überprüft werden. Das geschieht auch im Moment mit Klagen. Es gibt 260 Klagen. 30 Kommunen, viele Klagevereine, der BUND und einige Firmen klagen gegen das, was hier auf rechtsstaatliche Art und Weise zustande gekommen ist. Das ist sozusagen der Kern dessen, was uns ausmacht: Das Gericht ist hier die letzte Instanz unserer staatlichen Ordnung.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Kollege Beuth, Sie müssen zum Schluss kommen. Die Redezeit ist zu Ende.

**Peter Beuth (CDU):**

Ich komme zum Schluss. – Das ist die Grundlage unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Da gibt es keinen Raum für zivilen Ungehorsam. Wer hier nach zivilem Ungehorsam ruft, der verlässt den Boden unseres Rechtsstaates, der untergräbt die Autorität unserer staatlichen Ordnung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Beuth, vielen Dank. – Mir liegt noch eine Wortmeldung von Herrn Schaus vor. Sie haben eine Minute und 27 Sekunden Redezeit. – Das Tempo beginnt offenbar bereits beim Laufen.

**Hermann Schaus (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist doch wirklich Verlass auf die CDU. Wir danken Ihnen recht herzlich für die Publicity, die Sie unserer Veranstaltung am Sonntag schon jetzt bereitet haben.

(Beifall bei der LINKEN – Janine Wissler (DIE LINKE): Sag doch einmal, welche Band spielt!)

Die LINKE versteht sich als Teil der demokratischen Protestbewegung gegen die neue Landebahn.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Die Partei oder die Fraktion?)

Dabei beziehen wir uns im Übrigen auf die Zusage, die seinerzeit die Landesregierung von Herrn Börner gegeben hat, dass es nach dem Bau der Startbahn West keinen

weiteren Ausbau mehr geben wird. Der CDU-Versuch, die Kriminalisierung der Protestbewegung bereits im Vorfeld vorzunehmen und dabei Bezug zu nehmen auf die Ereignisse bei der Startbahn West – da bitte ich Sie, noch einmal nachzudenken.

(Michael Boddenberg (CDU): Ist das illegal oder nicht? – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Wehret den Anfängen! – Hans-Jürgen Irmer (CDU): So fing es damals auch an!)

Diese Protestbewegung war eine breite Protestbewegung. Im Hüttendorf gab es eine Kirche. Es gab Häuser und Gebäude von Gewerkschaften und auch von Parteien. Wenn Sie jetzt schon hergehen und dies im Vorfeld kriminalisieren, dann ist das ungehörig und unrecht.

(Michael Boddenberg (CDU): Was sollen die Streichhölzer?)

### **Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Schaus, letzter Satz. Die Redezeit ist zu Ende.

### **Hermann Schaus (DIE LINKE):**

Es gibt Verabredungen mit der Stadt Kelsterbach über das Camp, und an diese Verabredung halten wir uns. In diesem Rahmen bewegen wir uns auch. – Nochmals vielen Dank für die Publicity.

(Beifall bei der LINKEN – Axel Wintermeyer (CDU): Reden Sie mit den Gewerkschaftern!)

### **Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Für die Landesregierung darf ich Herrn Staatsminister Bouffier das Wort erteilen.

### **Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Ich habe mich nicht zu Wort gemeldet, um Ausführungen über das Regionale Dialogforum oder Ähnliches zu machen.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Das steht aber im Antrag!)

Ich will ausdrücklich bekennen, dass man für den Flughafen ausbau sein kann. Man kann auch dagegen sein. Es gibt Argumente. Das will ich alles durchaus würdigen. In diesem Hause muss aber die klare Kante verlaufen – um mit Herrn Müntefering zu sprechen –, ob dieser Landtag die Pflicht und die einzelnen Fraktionen die Kraft haben, klarzumachen, wo legitimer politischer Streit und wo illegitime politische Aktion verlaufen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Es ist nicht so, wie Herr Schaus eben gesagt hat, dass er sich im Rahmen der Absprache mit der Stadt hält, dass Sie im Rahmen des Rechtsstaats agieren. Alles, was Sie tun, ist rechtswidrig, schlicht und ergreifend rechtswidrig.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Michael Boddenberg (CDU): Dann hat Herr Schaus ja gelogen!)

In der „FAZ“ von heute können Sie eine Stellungnahme der Stadt Kelsterbach nachlesen, dass die Errichtung Ihres Büros rechtswidrig ist – überhaupt keine Frage. Das kann ernsthaft niemand bestreiten. Meine einzige Frage

ist: Wie steht die Sozialdemokratische Partei, wie steht die grüne Partei dazu?

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich werde es nicht zulassen, dass mit allgemein freundlichen Erklärungen diese Debatte zu Ende geht. Es kann nicht wahr sein, und es ist nahezu ein Treppenwitz, dass Sie mit den Mitteln des Steuerzahlers, die Sie als Fraktion auch bekommen – das will ich nicht kritisieren –, im Wald in rechtswidriger Weise ein Büro errichten und der gleiche Steuerzahler wiederum die Polizeibeamten bezahlen muss, damit sie anschließend dieses Büro abräumen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Es muss ganz klar sein, und ich werde niemanden aus dieser Debatte herauslassen: Es gibt keinerlei Rechtsgrund, um juristisch zu reden, der Sie berechtigen würde, dort ein Büro zu errichten.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das ist eine Veruntreuung von Steuergeldern!)

– Auch das, aber es ist viel schlimmer. – Der von Ihnen, Herr Kollege Frankenberger, zu Recht gelobte Bürgermeister hat immer wieder deutlich gemacht, dass die Hütten, die dort errichtet wurden, rechtswidrig sind.

Sie sind auch nicht genehmigungsfähig – abgesehen davon, dass niemand einen Antrag auf Genehmigung gestellt hat. Sie wurden rechtswidrig errichtet. Man muss das sauber unterscheiden von dem Bemühen der Polizei und der Vertreter der Stadt um Deeskalation, das von mir ausdrücklich gebilligt und mitgetragen wird. Dieses Bemühen wird der Polizei und den Vertretern der Stadt täglich schwerer gemacht, weil bestimmte Leute versuchen, schon die Kommunikation zu unterbinden. Das, was wir seit Wochen in diesem Wald erleben, ist aber kein blindes Abräumen, kein blindes Draufschlagen, sondern der Versuch, möglichst intelligent die Verfestigung rechtswidriger Strukturen frühzeitig zu verhindern.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Meine Damen und Herren, darüber kann es in diesem Hause eigentlich keinen Streit geben. Es gibt ihn aber. – Herr von Ooyen, ich bin dankbar, dass Sie genickt haben. Jetzt frage ich Sie: Wo soll das eigentlich hinführen? Glauben Sie von den Sozialdemokraten und den GRÜNEN, Sie könnten sich heute wegducken und hätten damit das Problem vom Tisch? Das wäre doch die gleiche falsche Verhaltensweise, die zu bürgerkriegsähnlichen Verhältnissen geführt hat.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na, na, na! – Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich lese Ihnen einmal vor, wie es dort mittlerweile aussieht, damit wir nicht nur theoretisch darüber reden. Wenn man sich die Entwicklung im Kelsterbacher Wald anschaut, muss einen das mit Sorge erfüllen. Die Strukturen verfestigen sich. Es werden illegal feste Hütten errichtet, hüttendorfähnliche Strukturen geschaffen, Versammlungsräume für bis zu 100 Teilnehmer gebaut.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Am Ende bauen die noch die Landebahn!)

Die Hütten werden ausdrücklich – das können Sie in der „Frankfurter Rundschau“ vom 6. August nachlesen – an die Form der BI-Hütte aus Zeiten der Startbahn West angelehnt. Die Hütten werden auf Plattformen in den Bäu-

men errichtet – insofern sind wir heute weiter, denn das können Sie alles im Internet nachlesen –, um zu verhindern, dass die Polizei eventuell räumen kann. Die Camp-Bewohner richten sich auf einen langen Daueraufenthalt ein. Sie fordern außerdem Unterstützung.

Bürgermeister Ockel hat nicht nur darauf hingewiesen, dass die Errichtung des Hüttendorfes rechtswidrig ist, sondern die Stadt Kelsterbach hat mittlerweile auch zur Räumung aufgefordert. Auch darüber sollten wir einmal reden. Die Frage, der sich die LINKEN und auch die, die mit den LINKEN die Zukunft dieses Landes gemeinsam gestalten wollen, stellen müssen: Was machen Sie eigentlich, wenn die Stadt Kelsterbach die Hüttenbewohner auffordert, bis spätestens 30. November ihre Hütten abzureißen und den Protest dort einzustellen?

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Dann lässt sich Herr van Ooyen von der Polizei wegtragen!)

Die LINKEN heben immer wieder ihre Gemeinsamkeiten mit außerparlamentarischen Gruppen hervor. Es ist gut, dass wir wieder einmal darüber diskutieren. Die LINKEN, insofern muss ich professionellen Respekt zollen, sagen selbst, für sie sei die außerparlamentarische Bewegung von außerordentlich großer Bedeutung. Das sei ihnen geschenkt. Sie sollten in diesem Hause allerdings einmal darstellen, ob Sie der Aufforderung der Stadt Kelsterbach folgen. Oder werden Sie ihr nicht folgen?

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das ist der Punkt!)

Diese Frage hätten wir doch gerne geklärt. Damit wir es auf einen Punkt bringen, Herr Al-Wazir, der Sie nach mir reden: Bevor Sie sich zur gemeinsamen Gestaltung dieses Landes aufraffen, wird man doch eine Antwort auf die Frage erwarten können, ob die Grundzüge des Rechtsstaats in einer rot-rot-grünen Koalition Geltung haben oder nicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Sie hoffen, dass Ihnen dieses Thema erspart bleibt. Sie hoffen, dass Sie sich wegmogeln können. Jetzt komme ich wieder zur SPD. Lieber Herr Kahl, wenn Frau Ypsilanti schon nicht da ist, kann man von Ihnen erwarten, dass Sie hier sagen: „Mit den LINKEN geht nichts, wenn sie nicht vorher räumen.“ Das hätte ich gerne einmal gewusst.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Lachen bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Ich werde Ihnen sagen, was Sie tun werden. Entweder kommen Sie gar nicht ans Pult, oder Sie werden sagen: Das ist jetzt wieder das falsche Thema.

(Zuruf von der SPD: Das ist zu durchsichtig! – Reinhard Kahl (SPD): Gestern hätten Sie zum Besoldungsgesetz reden können! – Heiterkeit bei der SPD und der LINKEN – Zurufe von der CDU und der FDP)

– Herr Kahl, ich schätze Sie aus professioneller Sicht durchaus. Diese Bemerkung lasse ich Ihnen aber nicht durchgehen.

(Zurufe von der SPD: Oh! – Reinhard Kahl (SPD): Das war nur ein Vorschlag!)

Meine Damen und Herren von der SPD, Ihr parlamentarischer Geschäftsführer weiß ganz genau, in welcher bescheidener Lage er ist. So einen Quatsch, ein Thema, über

das man durchaus unterschiedlicher Meinung sein kann, in einen Zusammenhang mit einer Grundfrage des Rechtsstaats zu stellen –

(Beifall bei der CDU und der FDP – Petra Fuhrmann (SPD): „So ein Quatsch“, das war richtig! – Weitere Zurufe von der SPD und der LINKEN)

das ist doch Ihr Problem. Herr Kahl, es sind nicht mehr viele im Hause, die die damaligen Geschehnisse miterlebt haben. Ich war junger Abgeordneter, als Holger Börner vor dem Parlament stand. Wir haben doch eine Geschichte.

(Gernot Grumbach (SPD): Aber Sie haben nichts daraus gelernt!)

Wenn wir nicht blind sind, dann müssen wir doch sehen und uns überlegen, wie wir klugerweise verhindern können, dass sich Zustände verfestigen, die am Ende wieder zu bürgerkriegsähnlichen Verhältnissen in Hessen führen. Diese Verhältnisse dürfen nicht wiederkommen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD und der LINKEN)

Deshalb gilt es, den Anfängen zu wehren. Das, was hier gehört haben, ist eine grundsätzlich andere Position als die, die die Landesregierung vertritt. Ich denke, dass wir nicht nur zu Recht darüber diskutieren, sondern dass auch die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land einen Anspruch darauf haben, zu erfahren und zu wissen, wo die Grenzen verlaufen – nicht der politischen Opportunität in diesen und jenen Sachfragen, sondern zwischen dem, was in diesem Staat hingenommen werden kann oder hingenommen werden muss, und dem, was nicht mehr geht.

Der Kernsatz ist – das will ich noch einmal herausarbeiten –: Frau Wissler sagt, es gebe ein Recht auf Widerstand. Das ist Ihre Position, die Position der LINKEN, die Sie hier noch einmal verkündet haben.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Verfassung! – Gegenruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP): Nein, das ist nicht Verfassung!)

Der Kollege Beuth hat es eben schon ausgeführt. Ich erwarte von der SPD und den GRÜNEN, dass sie hierher kommen und sagen: In einem Rechtsstaat gibt es kein Recht auf Widerstand.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Janine Wissler (DIE LINKE): Gibt es auch kein Recht auf Streik mehr?)

Wenn Sie beginnen, rechtsstaatliche Mechanismen zu relativieren, wie Sie das permanent und in bewusst falscher Weise tun, dann geraten Sie auf eine schiefe Ebene und in eine Situation, die Sie am Schluss nur noch mit massivster Polizeigewalt in den Griff bekommen können und in der alle staatlichen Institutionen infrage gestellt werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe von der LINKEN)

Es ist schon interessant: Herr Schaus hat öffentlich erklärt, die Vorarbeiten der Fraport im Kelsterbacher Wald seien „eine Provokation, die leicht zu einer Eskalation führen“ könne. Meine Damen und Herren, die Vorarbeiten der Fraport – man mag diese Entscheidung der Fraport für richtig oder falsch halten, aber das ist nicht mein Thema – sind gerichtlich ausdrücklich gestattet und für rechtmäßig erklärt worden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wer ein Recht nutzt, das ihm ein Gericht eingeräumt hat, der provoziert keine Eskalation, sondern der nimmt sein Recht in Anspruch. Wenn sich ein Mitglied des Hauses in seiner Funktion als Sprecher der Fraktion der LINKEN hinstellt und sagt: „Die Tatsache, dass du dein Recht nutzt, das dir das Gericht gegeben hat, führt dazu, dass es zu einer Eskalation kommt“, dann ist das eine Verdrehung der Umstände und der Tatsachen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Zuruf von der CDU: Geistige Brandstiftung!)

Es ist der durchschaubare Versuch, diejenigen, die sich nicht an Recht und Gesetz halten, freizusprechen. Fraport ist das Opfer der Aggression, die jede Nacht dort stattfindet. Man weiß ja, worum es geht, wenn jede Nacht Zäune niedergerissen werden, wenn alles zertrampelt wird. Das ist eigentlich kein Ausdruck rechtstreuen Verhaltens. Wenn sich die Fraport dagegen wehrt, dann schreien Sie „Haltet den Dieb“ – nach dem Motto: Warum machst du das eigentlich? Und weil du das machst, müssen fantasiebegabte Leute ihren Widerstand öffentlich und gewalttätig ausleben.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Ein gebrochenes Verhältnis zum Rechtsstaat!)

– Das, was Dr. Wagner sagt, ist richtig. Sie haben ein gebrochenes Verhältnis zum Rechtsstaat. Das wäre, für sich genommen, zwar bedauerlich, aber noch nicht wirklich schlimm. Schlimm wird es, wenn eine Fraktion, die diesen Rechtsstaat, seine Grenzen und seine Grundvoraussetzungen nicht akzeptiert, in die Lage gerät, in diesem Land zu regieren – ob nun direkt oder indirekt. Darin liegt das Problem.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Frau Ypsilanti, es freut mich, dass Sie wieder anwesend sind. Was machen Sie denn, wenn es so ist? Am 30.11. läuft die Frist ab. Die Stadt Kelsterbach sagt: Wir wollen, dass geräumt wird. – Wird dann Frau Ministerpräsidentin Ypsilanti sagen: „Jawohl, wir halten Recht und Gesetz ein“? Oder werden Sie versuchen, sich wegzuducken? Oder werden Sie mit Willi van Ooyen telefonieren oder diskutieren und sagen: „Wir müssen einmal gucken, wie wir das Problem lösen“?

(Zuruf von der CDU: Schauen mer mal!)

– Werden Sie sagen: „Schaun mer mal“?

Meine Damen und Herren, was muten Sie eigentlich der Polizei zu?

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD – Norbert Schmitt (SPD): Ausgerechnet Sie!)

– Herr Schmitt, Sie sollten nicht lachen. – In der hessischen Polizei und weit darüber hinaus ist das Andenken an die beiden – –

(Norbert Schmitt (SPD): Wer hat von „Krakeelern“ gesprochen?)

– Lieber Herr Schmitt, ich versuche es wirklich sehr ernsthaft. Sie sind Generalsekretär der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Landesverband Hessen, wenn ich richtig informiert bin. Von dem kann ich erwarten, dass er sich diesem Thema ernsthaft stellt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Herr Schmitt, ich erwarte von Ihnen und Ihrer Fraktion, dass Sie Verständnis dafür haben, wenn wir darauf hin-

weisen, dass am 7. September ein aus dem Widerstand gegen die Startbahn West bekannter Mann – was öffentlich ist: Herr Michael Wilk – dort seine Aktivisten versammelt und einen Vortrag mit dem Titel „Militanter Widerstand damals und heute – ein kritischer Beitrag. Wie kommen wir zu aktivem Widerstand?“ gehalten hat. Das war nicht irgendwann, das war vor wenigen Tagen.

Dann müssten Sie Verständnis dafür haben – ich habe dieses Verständnis, und ich finde, jeder müsste es haben –, dass sich Polizeibeamte Sorgen machen, wenn sie sehen, dass dort rechtswidrig Hütten errichtet, Baumhäuser gebaut und im Internet zum Widerstand und eben nicht zur Akzeptanz von Recht und Gesetz aufgerufen wird. Sie müssten dafür Verständnis haben, dass man sich als Polizist darüber Gedanken macht und sagt: Zwei unserer Kollegen sind dort erschossen worden; es hat genauso angefangen, und deshalb wehret den Anfängen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Staatsminister, ein Hinweis: Die Redezeit der Fraktionen ist abgelaufen.

#### **Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Herr Präsident, ich komme zum Schluss. – Es gäbe hierzu noch eine Menge auszuführen. Ich will hier festhalten: Es gibt für die dort errichteten Hütten keine rechtliche Grundlage. Die Stadt Kelsterbach hat zur Räumung aufgefordert. Die Polizei, ausdrücklich von mir dazu ermuntert, hat bisher in sehr kluger Weise versucht, deeskalierend zu wirken. Man kann für oder gegen diesen Ausbau sein. Man kann auch zum Kaffeetrinken dorthin gehen und sich solidarisieren. All das muss man gelegentlich ertragen.

Aber es geht nicht, dass wir die Grenze, die der Rechtsstaat zieht, überschreiten. Wir dürfen sie nicht überschreiten lassen. Es geht nicht, dass wir nicht klar und deutlich sagen, wo das Ende einer solchen Entwicklung ist. Nicht nur die Polizei, sondern auch die Bürgerinnen und Bürger und nicht zuletzt diejenigen, die sich dort aufhalten, haben einen Anspruch darauf, dass wir klar sagen, was geht und was nicht.

Dass sich eine Fraktion dieses Landtags bei klaren Verhältnissen entschließt, dort rechtswidrig ein Fraktionsbüro einer Landtagspartei einzurichten, geschieht, soweit ich weiß, zum ersten Mal – auch in ganz Deutschland. Das ist ein unglaublicher Vorgang, und es ist der Beweis dafür, dass die Fraktion der LINKEN ein gebrochenes Verhältnis zum Rechtsstaat hat und völlig ungeeignet ist, in unserem Land Verantwortung zu tragen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Beifall bei der FDP)

#### **Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke sehr, Herr Staatsminister Bouffier. – Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich ihr Vorsitzender, Herr Al-Wazir, gemeldet.

**Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gab ein Wort – es war, wenn ich es richtig gehört habe, das einzige Wort, das von allen Rednerinnen und Rednern gebraucht wurde –, das die Debatte bestimmt hat: Das war das Wort „Deeskalation“. Das hat gerade im Hessischen Landtag einen Grund, wie man weiß, wenn man die Vorgeschichte der Auseinandersetzung über den Bau der Startbahn West mit allem, was folgte, kennt.

Herr Innenminister, wir sind gern bereit, uns mit allen in diesem Haus über die Frage auseinanderzusetzen, was eskalierend und was deeskalierend wirkt. Aber, Herr Innenminister, Sie sollten sich einmal selbstkritisch fragen, ob Ihre Rede ein Beitrag zur Deeskalation war.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Bouffier, ich glaube, an dem Punkt, als Sie gesagt haben: „Herr Kahl, jetzt sagen Sie doch einmal, dass mit den LINKEN nichts geht, solange die ihr Büro nicht räumen“, haben Sie bewiesen, dass es Ihnen nicht um Deeskalation geht, sondern um eine ziemlich kleine, billige parteipolitische Münze.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Michael Boddenberg (CDU): Hier geht es um mehr als Taktik, Herr Al-Wazir!)

Gerade angesichts der hessischen Geschichte finde ich das unangemessen. Ich sage Ihnen: Ich war als Kind des Öfteren im Hüttendorf im Flörsheimer Wald, unter anderem deshalb, weil mein Stiefvater dort Sanitäter aufseiten der Demonstranten war. Bei uns auf dem Küchentisch stand eine Kiste, in der Polaroidfotos von verletzten Demonstranten abgelegt wurden.

Ich weiß, wie es war, wenn damals der andere – aus Sicht der Demonstranten war der andere immer der Polizist – nur noch als Gegner wahrgenommen wurde. Ich weiß, wie das damals war. Als ich 1995 ins Parlament kam und innenpolitischer Sprecher wurde, hatte ich natürlich auch Termine bei der Polizei, unter anderem mit sogenannten Aufsteigern, also Polizisten in Ausbildung, die schon länger im Dienst waren.

Damals habe ich erstmals gemerkt, dass es auch in der heutigen Generation der Polizistinnen und Polizisten ein Startbahntrauma gibt. Die haben gesagt: Nie wieder dürfen uns die Politiker, nur weil sie nicht in der Lage sind, die Probleme zu lösen, immer wieder in diese Konflikte hineinschicken. – Da ist mir noch einmal klar geworden, welch eine Tragik – auch aus heutiger Sicht – dieser Konflikt um die Startbahn West eigentlich war.

Herr Kollege Beuth, wenn Sie Kurt Oeser schon erwähnen, müssten Sie auch sagen, dass es Kurt Oeser war, der die Hüttenkirche im Dorf im Flörsheimer Wald geweiht hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Demnach wäre auch Kurt Oeser einer dieser Rechtsbrecher, so, wie Sie es heute gesagt haben.

Wir müssen unseren Beitrag dazu leisten, dass dieser Konflikt nicht eskaliert. Ich sage Ihnen ausdrücklich: Ich finde, es gibt in der Auseinandersetzung Unterschiede. Einer der Unterschiede zwischen heute und damals ist, dass 1981 keine Ausbaugesner im Hessischen Landtag saßen und dass diejenigen, die gegen den Ausbau waren, das Gefühl hatten, sie seien ohnmächtig. Das ist übrigens ein gro-

ßer Unterschied zu heute. Es gibt in diesem Parlament auch Leute, die sagen: Ich halte diesen Ausbau für falsch. – Deshalb muss man sich überlegen, ob die Protestformen von damals heute noch tragen oder nicht.

Aber, Herr Innenminister, ich hielte es für völlig falsch, wenn man versuchte, den Weg der Deeskalation, den wir alle miteinander gehen müssen, zu verlassen, nur weil man eine Fraktion, die Sachen macht, die man selbst nicht für richtig hält und die die eigene Fraktion auch nicht machen würde, in ein schlechtes Licht rücken möchte.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Herr Innenminister, wenn die Aussage mit dem Rechtsbruch ernst gemeint ist, der da täglich stattfinden soll, dann frage ich Sie, ob es richtig ist, dass die Polizei bisher – ich finde: zu Recht – deeskalierend wirkt. Ist es dann richtig, dass z. B. die Polizei letzte Woche, als dort ein Blindgänger aus dem Weltkrieg entschärft wurde, ausdrücklich gesagt hat, sie greife nicht ein, auch wenn die Bewohner heraus- und nachher wieder hineingingen? Herr Innenminister, ich sage ausdrücklich: Ich finde es richtig, dass sich alle darum bemühen, dass dieser Konflikt nicht eskaliert. Herr Innenminister, ich finde, Ihr Beitrag war keiner zur Deeskalation. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bitte Sie, den Weg der Deeskalation nicht zu verlassen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

**Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Al-Wazir, danke schön. – Als Nächster erhält Herr Hahn, der Fraktionsvorsitzende der FDP, das Wort.

**Jörg-Uwe Hahn (FDP):**

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben vorhin mit einigen Zwischenrufen und auch einem kleinen Duell an Zwischenrufen zwischen Herrn Kollegen van Ooyen und mir die Frage erörtert, ob ein Widerstandsrecht besteht. Der Fraktionsvorsitzende der LINKEN hat erklärt, das ergebe sich aus der Verfassung. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist schon schade, dass man einem neuen Mitglied eines Verfassungsorgans mitteilen muss, dass er damit schlicht unrecht hat.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Er hat damit schlichtweg unrecht. Art. 20 Abs. 4 unseres Grundgesetzes schreibt Folgendes fest:

Gegen jeden, der es unternimmt, ...

(Zurufe zwischen den Abgeordneten)

– Wenn ich störe, warte ich gerne.

Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Hier geht es nicht darum, dass die bundesstaatliche Ordnung oder der demokratische und soziale Bundesstaat als gefährdet anzusehen sind. Vielmehr geht es hier darum, dass rechtsstaatlich getroffene Entscheidungen einer Behörde, die teilweise auch schon von Gerichten bestätigt wurden, zu achten sind. Herr Kollege van Ooyen, dagegen haben Sie kein Widerstandsrecht.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Das haben Sie im Rahmen der Gewaltenteilung und gerade auch als Mitglied der ersten Gewalt zu akzeptieren. Ansonsten würden Sie die bundesstaatliche Ordnung damit auf den Kopf stellen. Aber das wollen Sie in diesem Hause als Postkommunisten ganz offensichtlich machen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich komme zu meiner zweiten Bemerkung. Ich beziehe mich dabei auf die Rede des Herrn Kollegen Al-Wazir. – Ich habe immer das Pech, dass, wenn ich die Menschen anspreche, sie gerade von anderen abgelenkt werden.

Herr Kollege Al-Wazir, Sie haben vollkommen recht, wenn Sie von diesem Pult aus die Botschaft verkünden, dass Sie von jedem erwarten, dass er sagt, die Deeskalation müsse weiter betrieben werden. Ich habe das jetzt sehr bewusst mit Blick auf den Innenminister gesagt.

Herr Kollege Al-Wazir, sind Sie nicht auch wie ich der Auffassung, dass gerade die LINKEN mit ihrer Aktion „Wir machen ein Fraktionsbüro in diesem Wald auf“ zur Eskalation beitragen?

(Beifall bei der FDP und der CDU sowie der Minister Volker Bouffier und Volker Hoff)

Haben Sie nicht wie ich das Gefühl, dass sie ganz bewusst an dem Gerüst unseres Rechtsstaats rütteln und dass sie ganz bewusst diese rechtswidrig erbaute Hütte nutzen wollen, weil sie eine stärkere Eskalation haben wollen? Denn von einer Eskalation können nur die Postkommunisten gewinnen. Wenn wir Demokraten vernünftig wären, würden wir weiterhin gemeinsam die Deeskalation betreiben. Herr Kollege Al-Wazir und Frau Kollegin Ypsilanti, dazu rufe ich Sie auf. Schließen Sie doch mit uns, den Liberalen, und den Konservativen wieder einen Pakt, wie er im Übrigen Anfang der Achtzigerjahre geschlossen wurde. Damals waren die GRÜNEN noch nicht im Parlament. Wir sollten in diesem Hause einen Pakt zur Deeskalation organisieren. Grenzen wir doch endlich die Eskalierer der LINKEN bei diesem Thema aus.

(Beifall bei der FDP und der CDU sowie des Ministers Volker Bouffier)

Ich möchte eine dritte, sehr persönliche Bemerkung machen. Herr Kollege Al-Wazir, Sie haben von Ihren Erfahrungen gesprochen, die Sie Anfang der Achtzigerjahre gemacht haben. Ich möchte das jetzt auch tun.

Ich wusste damals nicht, dass ich einmal sein Nachfolger als Landesvorsitzender der hessischen FDP werden würde. Ich war damals persönlicher Mitarbeiter des ehemaligen Innenministers Ekki Gries. Er war das übrige im Kabinett Holger Börner. Ich sage das, damit die Sozialdemokraten wissen, wovon ich spreche.

(Zuruf: Das war ein guter Mann!)

Ich war an dem Tag vor Ort, als der damalige hessische Innenminister Ekki Gries mit den Demonstranten sprach. Viele von Ihnen werden noch das Bild mit den Demonstranten mit den nackten Oberkörpern vor Augen haben.

Lieber Herr Kollege Al-Wazir, wenn Sie in jungen Jahren das erlebt haben, was ich erlebt habe, werden Sie nachvollziehen können, dass ich der Auffassung bin, dass die Staatsmacht immer darauf aus sein muss, zu deeskalieren. Einige Jahre später mussten wir in eine Kirche in Frankfurt gehen, weil Polizeibeamte erschossen wurden. Man muss also auch wissen, dass eine Deeskalation immer so angelegt sein muss, dass sie nachher auch erfolgreich ist.

Deshalb sage ich hinsichtlich dessen, was dort in diesem Hüttendorf passiert: Wehret den Anfängen.

(Beifall bei der FDP und der CDU sowie des Ministers Volker Hoff)

In den Jahren 1980 und 1981 war es auch so, dass manche erst einmal damit begonnen haben.

Aufgrund zahlreicher Gespräche mit Pfarrer Oeser, die wir unter vier Augen geführt haben, darf ich Ihnen Folgendes sagen. Ich hatte niemals das Gefühl, dass Pfarrer Oeser derjenige war, der mit großer Freude in diese Hütten und in diese Kirche gegangen ist.

(Michael Boddenberg (CDU): Das ist richtig!)

Vielmehr hat er gegen seine persönliche Auffassung seine Autorität dazu genutzt, dort dafür zu sorgen, dass es zur Deeskalation kommt.

Sie haben gesagt, er habe die Kirche geweiht. Sie haben ihn damit für diejenigen vereinnahmt, die im Hüttendorf waren.

Nein, Pfarrer Oeser war immer einer derjenigen, die gewarnt haben. Ich weiß, dass auch Roland Koch häufiger mit ihm gesprochen hat, denn wir haben häufiger persönlich darüber geredet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deswegen sage ich von dieser Stelle aus: Wenn wir Deeskalation wollen, wenn wir wollen, dass der Ausbau rechtsstaatlich und ohne Missbrauch unseres Grundgesetzes erfolgt, dann müssen jetzt Andrea Ypsilanti und Tarek Al-Wazir hier an das Pult treten und sagen: Mit denen, die die Eskalation im Wald betreiben, haben wir nichts zu tun. – Wenn Sie das nicht tun, erwecken Sie den Eindruck, es gehe Ihnen um etwas ganz anderes. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU sowie der Minister Volker Bouffier und Volker Hoff)

#### **Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Hahn, danke sehr. – Als Nächster erhält Herr Schmitt für die SPD-Fraktion das Wort.

(Zuruf von der CDU: Frau Ypsilanti soll einmal dazu reden!)

#### **Norbert Schmitt (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, die letzten zwei Sätze des Herrn Kollegen Hahn haben deutlich gemacht, welches Bild hier gestellt werden soll.

(Peter Beuth (CDU): Herr Kollege Schmitt, treten Sie dem Bild entgegen!)

Herr Kollege Hahn, Sie wissen es besser. Deswegen sage ich Ihnen, aber auch Herrn Innenminister Bouffier: Gerade wir Sozialdemokraten haben dazu eine Geschichte. Sie haben das Kabinett Holger Börner mit dem Innenminister Ekki Gries angesprochen. Aber auch später gab es Innenminister, die sehr verantwortungsvoll gehandelt haben. Sie haben genau diese Strategie, die einzig richtige Strategie, immer verfolgt. Sie haben nämlich auf Dialog und Deeskalation gesetzt, aber Gesetzesverstöße nicht hingegenommen. Meine Damen und Herren, wir haben von Ihnen zu diesem Thema wahrlich keine Belehrungen nötig.

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Beifall des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Herr Hahn, ich bin von Ihnen enttäuscht. Die CDU versucht seit Monaten, ein Bild zu stellen, dem zufolge diese Sozialdemokraten hinsichtlich der Frage der Rechtsstaatlichkeit unzuverlässige Gesellen seien. Das ist eine infame Unverschämtheit. Das weise ich von diesem Pult aus zurück.

(Beifall bei der SPD – Wolfgang Greilich (FDP): Sagen Sie einmal etwas zur Sache!)

Herr Hahn, auf den Nebenschauplätzen wird eines deutlich. Sie versuchen, zu erklären, das ehemalige Hüttendorf sei die Keimzelle der Gewalt gewesen. Das ist die Parallele, die gerade gezogen wird. Da waren Landfrauen mit dabei. Da waren Vertreter der Kirche mit dabei. Aufgrund der Enttäuschung, dass ihre Anliegen damals vom Rechtsstaat anscheinend nicht aufgegriffen wurden und es eine entsprechende politische Entwicklung gab, haben sie sich damals zusammengefunden. Es handelte sich eben nicht um die Keimzelle der Gewalt. Vielmehr war es Ausdruck des Protestes gegen eine heikle landespolitische Entscheidung.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE) – Zurufe von der CDU)

Das ist übrigens auch etwas, was Bürgermeister Manfred Ockel verfolgt.

(Zuruf des Abg. Peter Beuth (CDU))

Was hat er in einer Situation, die sich hätte problematisch entwickeln können – die Frage der Räumung wegen der Beseitigung der Bombe – gemacht? Er ist vor Ort gegangen. Er hat sich dem Dialog gestellt. Das ist die richtige Herangehensweise. Dazu fordere ich auch die Landesregierung auf, und nicht, mit solchen Reden weiter zu zündeln. Sie haben vorher das Bild mit Zündhölzern gebracht. Das ist genau die Diskussion, die Sie versuchen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – Michael Boddenberg (CDU): Das ist wohl ungeheuerlich! – Weitere Zurufe von der CDU)

Sozialdemokraten, ob vor Ort oder im Land, setzen darauf, dass es zu einem Dialog kommt, dass es zur Deeskalation kommt. Wir stellen aber auch eindeutig fest, Sozialdemokraten stehen immer dafür, dass Gesetzesverstöße nicht hingenommen werden und dass ihnen auch mit den staatlichen Mitteln begegnet wird, die dazu nötig sind.

(Beifall bei der SPD – Florian Rentsch (FDP): Dann können Sie dem Antrag zustimmen!)

Meine Damen und Herren, eine Regierung hat große Verantwortung gegenüber der Bevölkerung, auch gegenüber denjenigen, die Protest ausüben, gegenüber der Polizei und natürlich auch gegenüber der Entwicklung des Landes. Herr Bouffier, ich rate Ihnen für die Zeit, die Sie noch im Amt sind, diese Verantwortung ausgewogen auszuüben. Solche Reden, wie Sie sie heute gehalten haben, auch mit Unterstellungen gegenüber politischen Gegnern – auch an die LINKE –, verschärfen die Lage.

(Lachen bei der FDP – Zurufe von der CDU)

– Natürlich. Dazu will ich etwas sagen. Sie haben einen Antrag eingebracht. Ich werde hier keinen Deut ausweichen. Sie haben zu Recht in Ihrem Antrag geschrieben, dass ein rechtswidriger Zustand wie mit der Einrichtung des Büros nicht hingenommen werden soll – volle Unter-

stützung. Aber was schreiben Sie weiter? Dass die Linkspartei „billigend in Kauf nimmt, dass Gewalttätige angezogen und durch diese Aktion unterstützt werden“. Das finde ich eine Verschärfung der Diskussion,

(Michael Boddenberg (CDU): Das sagt Ihr Bürgermeister! – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das sagt der SPD-Bürgermeister!)

die nicht akzeptabel ist. Wir kommen wieder zur Frage der Bewertung. Ist das eine Keimzelle, von der Gewalt ausgeht?

(Minister Volker Bouffier: Eindeutig ja!)

Muss man nicht alles tun, um die Menschen zu überzeugen und eben nicht zu einer Verschärfung beizutragen? So wie es Bürgermeister Ockel in der vergangenen Woche getan hat, ist es die richtige Strategie. Deswegen sage ich Ihnen: Sozialdemokraten haben mit ihrer Geschichte wahrlich keine Ratschläge von Ihnen nötig, was die Frage der Rechtsstaatlichkeit angeht.

Wir stehen vor einer wichtigen und zentralen landespolitischen Frage. Es bleibt bei unserer Linie: Es muss mit den Menschen geredet werden. Es müssen Menschen auch von der Bedeutung dieses Projektes, das wir vorhaben, überzeugt werden.

Aber es darf nicht verschärft werden, sondern es muss, wenn es zu Gesetzesverstößen kommt, dazu kommen, dass der Rechtsstaat in großer Verantwortung gegenüber der Bevölkerung, gegenüber dem Projekt, aber auch gegenüber der Polizei eintritt. Es bleibt bei unserer Auffassung. Wir werden Ihrem neuesten Antrag nicht zustimmen können, weil er Unterstellungen beinhaltet.

#### **Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Schmitt, bitte kommen Sie zum Schluss.

#### **Norbert Schmitt (SPD):**

Unsere Linie ist klar. Die Landesregierung zeigt anscheinend wieder nicht, dass sie zu einer Balance in der Gesellschaft beiträgt. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

#### **Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke sehr, Herr Schmitt. – Als Nächster hat Herr Dr. Wagner für die CDU-Fraktion das Wort.

#### **Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Schmitt, ich möchte zunächst einmal auf Ihren Redebeitrag eingehen. Sie haben sich beklagt und haben von der CDU gefordert, dass Sie nicht belehrt werden möchten, was die innere Sicherheit und die Sicherheitspolitik der Sozialdemokraten angeht. Ich will klar und deutlich sagen, dass das überhaupt nicht unsere Bewusstseinslage ist.

Wir sind der Auffassung, dass es sehr beispielhafte und sehr starke sozialdemokratische Innenminister auf allen Ebenen gegeben hat. Ich erinnere an den Bundesinnenminister Schily. Ich erinnere an den früheren hessischen Innenminister Günther. Ich erinnere an den ehemaligen sozialdemokratischen Innenminister Bökel, der sich ges-

tern im „Stadtgespräch“ sehr deutlich zur landespolitischen Situation geäußert hat. Wir haben keine Zweifel daran, dass Sozialdemokraten in Sachen innerer Sicherheit klare Position zugunsten unseres Rechtsstaats beziehen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Aber das ist nicht die Diskussionslage in diesem Land, Herr Kollege Schmitt. Diskussionslage ist, dass Sie mit Ihrer Fraktion auf dem Weg sind, mit einer politischen Partei und Fraktion gemeinsame Sache zu machen, die allen Anlass dazu gibt, dass wir misstrauisch im Hinblick darauf sind, dass die LINKE diesen Rechtsstaat und die innere Sicherheit in unserem Rechtsstaat gefährdet. Das ist die Thematik.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Ich füge deshalb hinzu, dass es reihenweise Zitate aus dem Mund von Herrn van Ooyen und der Linkspartei bis hin zur Bundesebene gibt, die diesen Rechtsstaat bekämpfen wollen und deshalb die innere Sicherheit unserer Bevölkerung infrage stellen.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Belegen, Herr Wagner!)

– Ich kann das sofort belegen. Das mache ich gern.

(Der Redner eilt zu seinem Abgeordnetenplatz und holt Unterlagen.)

Frau Kollegin Wissler, ich bin dankbar, dass Sie mir noch Gelegenheit gegeben haben, Ihnen die Zitate vorzutragen. Herr van Ooyen sagt: „Je schießwütiger ich mich aufstelle, desto mehr Gewalt produziere ich. Was sich bei der Polizei derzeit entwickelt, geht schon in die Richtung eines Blockwartsystems.“

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Hört, hört! – Weitere Zurufe von der CDU und der FDP)

Herr Kollege Schmitt, ich frage Sie: Teilen Sie diese Auffassung, und wollen Sie mit jemanden, der diese Auffassung vertritt, gemeinsam politische Verantwortung übernehmen? Wollen Sie der LINKEN mit solchen Äußerungen zur politischen Mitverantwortung in Hessen verhelfen? Das ist das Thema.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Zurufe von der LINKEN)

In dem Zusammenhang verweise ich auf eine jüngste Äußerung des Bundesvorsitzenden der LINKEN Lafontaine. Er sagt: „Wir müssen über unsere Kampfformen nachdenken. Wir müssen über neue Kampfformen nachdenken und neue Kampfformen entwickeln.“

Das geht alles in dieselbe Richtung. Herr Schmitt, deshalb sind wir uns, die Sozialdemokraten und die CDU, darin einig, dass wir die innere Sicherheit in unserem Land gewährleisten wollen. Darin gibt es wahrscheinlich zwischen Ihnen und uns keinen Dissens. Es gibt aber einen erheblichen Dissens, dass Sie der Linkspartei, die ein gebrochenes Verhältnis zu diesem Rechtsstaat hat, dazu verhelfen wollen, Mitverantwortung über unser Land zu übernehmen. Das ist der Punkt, und das ist die Diskussion.

Ich hatte mich eigentlich gemeldet, weil ich etwas zu Herrn Al-Wazir sagen wollte. Herr Al-Wazir, Sie haben mit Ihrer persönlichen Einschätzung dem Innenminister in seinem Redebeitrag abgesprochen, dass er deeskalie-

rend gesprochen hätte. Herr Al-Wazir, in Ihrer nachfolgenden Rede ist mir eines bewusst geworden – das mag mit Ihrer Biografie und Ihrer eigenen Erfahrung, die ich ernst nehme, zusammenhängen. Mir ist bewusst geworden, dass Sie ganz zum Schluss aus meiner Sicht dem Irrtum erliegen, dass man bei der Konfrontation – jetzt aktuell am Flughafen – die Demonstranten sozusagen auf die gleiche Ebene heben kann und darf und soll, in der sich der Rechtsstaat und der verlängerte Arm des Rechtsstaates, die Polizeibeamten, befinden.

Ich habe Sie vielleicht missverstanden. Aber dieser Eindruck ist bei mir aufgekommen. Wenn dieser Eindruck richtig wäre, möchte ich klar und deutlich sagen: Wir haben im Augenblick im Kelsterbacher Wald eine rechtswidrige Situation. Das ist klar und deutlich angesprochen worden. Ich hoffe, dass Sie in der Feststellung dieser Tatsache mit mir übereinstimmen.

Nun ergibt sich folgende Frage.

#### **Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Wagner, bitte kommen Sie zum Schluss.

#### **Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU):**

Wie reagiert der Rechtsstaat hierauf?

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ist es!)

Da muss er zweierlei tun: Er muss mit der Polizei deeskaliierend tätig werden – das praktiziert der Innenminister. Er muss aber auch Unrecht Unrecht nennen, und ganz zum Schluss muss er den Rechtsfrieden wieder herstellen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Herr Präsident, ich komme zum Schluss. – Deshalb sage ich: Hier muss der Landtag ein klares Bekenntnis zum Rechtsstaat abgeben und darf sich nicht – wie das die LINKEN tun – noch mit denjenigen solidarisieren, die dort Unrechtstatbestände schaffen. Wenn sie das dann noch unter Ausnutzung von Steuermitteln tun, dann ist der Landtagspräsident aufgefordert, zu klären, ob sie hier nicht den Tatbestand der Veruntreuung begehen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Richtig!)

Das ist die Situation, über die wir uns heute hier unterhalten.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Dr. Wagner. – Herr van Ooyen, bitte sehr. Sie haben fünf Minuten Redezeit.

#### **Willi van Ooyen (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Wagner, Sie können wahrscheinlich nicht belegen, woher Sie diese Quelle haben, die Sie jetzt zitiert haben.

(Michael Boddenberg (CDU): 12. Januar, „Oberhessische Presse“, Herr Kollege!)

– Nein, es geht dabei um die Vokabel „schießwütig“. Das will ich durchaus erläutern.

(Zurufe von der CDU)

„Schießwütig“ heißt für mich, wer Menschen immer – –

(Zurufe von der CDU)

– Es geht nicht um Blockwart. In diesem Zusammenhang gibt es das nicht. In diesem Zusammenhang gab es das nicht, sondern es ging darum, die Schießwütigkeit der CDU und auch der anderen Parteien zu – –

(Lebhafte Zurufe)

– Nein, lassen Sie mich doch einmal.

(Fortgesetzte lebhafte Zurufe)

Es ging darum: Wer die Kriege in Afghanistan und Irak, wer die Kriege in aller Welt unterstützt, der kann sich natürlich als Schreibtischtäter zurückhalten.

(Fortgesetzte lebhafte Zurufe)

Aber die Mehrheit in unserem Land ist ganz entschieden und eindeutig gegen die Beteiligung an diesen Kriegen.

(Unruhe)

Deshalb zur Gewaltfrage: Ich kenne Kurt Oeser, der mit mir zusammen im Ostermarschkreis lange Jahre politisch aktiv war. Er war ein entschiedener Gegner dieser Startbahn.

(Zurufe von der CDU)

Er hat sich als Gegner dieser Startbahn für den Widerstand vor Ort entschieden. Er hat ganz eindeutig klarge macht,

(Unruhe)

dass es zu verhindern gilt, eine solche Entwicklung einfach billigend in Kauf zu nehmen.

(Zurufe von der CDU)

Er war ein gewaltfreier Mensch.

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren!

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Er war nicht derjenige, der zur Gewalt aufgerufen hat! – Zurufe von der CDU)

Herr van Ooyen!

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Deshalb sage ich noch einmal ganz eindeutig – –)

Hallo, Herr van Ooyen!

(Unruhe)

Meine Damen und Herren,

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

ich möchte Herrn van Ooyen eine Frage stellen. Darf ich das?

Herr van Ooyen, lassen Sie Zwischenfragen zu?

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Ja!)

– Herr Kollege Hahn, bitte schön.

#### **Jörg-Uwe Hahn (FDP):**

Herr Kollege van Ooyen, Sie haben eben die Schießwütigkeit der anderen Parteien angesprochen, also auch die Schießwütigkeit des Kollegen Dr. Wagner und von mir. Darüber hinaus haben Sie gesagt, dass die anderen Parteien – ich personifiziere das wieder auf meine Person – Schreibtischtäter sind.

Sind Sie gewillt, sich unverzüglich von dieser Aussage nicht nur zu distanzieren, sondern sich auch unverzüglich bei uns allen persönlich zu entschuldigen?

#### **Willi van Ooyen (DIE LINKE):**

Wenn Sie sich persönlich getroffen fühlten, dann wäre ich bereit, mich zu entschuldigen.

(Lebhafte Zurufe)

– Aber – –

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren!

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Wer gegen die Mehrheit in diesem Land Entscheidungen für eine Kriegspolitik trifft, der ist mitschuldig daran – – Fortgesetzte lebhafte Zurufe)

– Herr van Ooyen!

(Wortmeldung des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

– Eine weitere Zwischenfrage?

(Axel Wintermeyer (CDU): Zur Geschäftsordnung! Meine Damen und Herren!)

– Erst einmal bin ich dran.

(An den vorigen Redner, Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE), gewandt)

Bitte, gehen Sie hier vorne weg, denn ich muss die Sitzung kontrollieren. – Danke schön.

So, jetzt gebe ich Ihnen das Wort.

#### **Axel Wintermeyer (CDU):**

Herr Präsident, ich beantrage die unverzügliche Einberufung des Ältestenrates.

Hier hat ein Mitglied, der Fraktionsvorsitzende der Linkspartei im Hessischen Landtag, die anderen Parteien als „schießwütig“ bezeichnet und auch noch zusätzlich Abgeordnete wie Herrn Dr. Wagner und Herrn Hahn von der FDP beleidigt. Das können wir nicht auf uns sitzen lassen. Deswegen wollen wir die sofortige Einberufung des Ältestenrates.

(Beifall bei der CDU)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, dem Antrag auf Einberufung des Ältestenrates ist stattzugeben.

Ich berufe den Ältestenrat in den Raum 103 A ein. Aber wir sollten erst in zehn Minuten beginnen, damit wir einen Protokollauszug zur Verfügung haben. Ich berufe also den Ältestenrat für 11.25 Uhr ein.

(Unterbrechung von 11.15 bis 12.25 Uhr)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Ich eröffne die unterbrochene Sitzung wieder. Wir fahren fort.

Ich will Ihnen zunächst mitteilen, dass der Ältestenrat den Beschluss gefasst hat, die Äußerungen des Herrn Abg. van Ooyen, die uns bekannt geworden sind, auf das Schärfste zu verurteilen.

(Zurufe von der SPD)

– Okay, die deutsche Sprache ist, juristisch gesehen, kompliziert: zu missbilligen. – Der Ältestenrat hat ihn aufgefordert, sich für das, was er gesagt hat, zu entschuldigen, und zwar ohne Wenn und Aber.

Formal ist es so, dass wir uns in der Debatte zu einem Tagesordnungspunkt befinden und Herr van Ooyen gerade eine Rede hielt. Er hat jetzt noch eine Redezeit von 2 Minuten 30 Sekunden, und deshalb erteile ich ihm jetzt wieder das Wort.

**Willi van Ooyen (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach der Diskussion im Ältestenrat nehme ich das von mir Gesagte hinsichtlich der Schießwütigkeit der CDU, der Parteien und hinsichtlich der Schreibtischtäter im Zusammenhang mit den Kriegen in Afghanistan und im Irak und in aller Welt mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück und entschuldige mich dafür.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, ich habe im Ältestenrat mitgeteilt, dass ich die Entscheidung, welche in diesem Haus vorgesehene Ordnungsmaßnahme ich ergreife, von dieser Erklärung abhängig machen werde. Gemäß § 75 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Hessischen Landtags rufe ich Herrn Abg. van Ooyen wegen seiner hier gemachten Aussagen zur Ordnung.

Meine Damen und Herren, jetzt setzen wir die Debatte fort. Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

**Roland Koch, Ministerpräsident:**

Ich hatte mich schon vorher zu Wort gemeldet. Wie Herr Vizepräsident Quanz bestätigen kann, hat sich die Reihenfolge der Wortmeldungen nicht geändert. Das sollte ich vielleicht angesichts der Konstellation sagen, die sich ergeben hat. Denn natürlich hat die Debatte durch das, was hier im Parlament stattgefunden hat und im Ältestenrat besprochen wurde, eine andere Qualität erhalten.

Meine Damen und Herren, ich denke, trotzdem darf diese Frage nicht untergehen. Die Emotionalität hat den Begriff Deeskalation vielleicht jetzt in besonderer Weise untermalt. Es geht um die Frage, die hinter dieser Diskussion steht und die uns in den nächsten Wochen mit dem Hüttendorf beschäftigen wird.

Das, was Herr Kollege van Ooyen hier gesagt hat, war inakzeptabel. Wir haben ihm das klargemacht. Er hat sich dafür entschuldigt.

Aber ich muss auch sagen: Die Diskussion darüber, dass es ein Büro seiner Fraktion in einem rechtswidrig errich-

teten Hüttendorf gibt, besteht ebenso wie die Frage, in welcher Weise die Polizei dadurch belastet wird, fort. Es handelt sich nach wie vor um eine Diskussion, die Anlass zur Sorge, wenn nicht zu mehr, gibt. Deshalb glaube ich, dass wir gut beraten sind, wenn wir hier im Parlament das, was Herr Abg. Al-Wazir hinsichtlich des Phänomens der Deeskalation als eines der Elemente, das man aus den Debatten gelernt hat, sehr präzise ansprechen.

Herr Kollege Al-Wazir, die Sitzungsunterbrechung hat mir die Zeit und die Möglichkeit gegeben, die Rede des ehemaligen Innenministers Gottfried Milde zu lesen – ich kann nur empfehlen, das zu tun –, der der Verantwortliche für die hessische Polizei war, als die zwei Beamten Opfer wurden. Sie beschäftigt sich gerade auch sehr mit dem Begriff der Deeskalation.

Wir wollen nicht, dass in einem freiheitlichen Rechtsstaat Polizeibeamte Menschen in ihrer Freiheit einschränken. Herr van Ooyen, deshalb waren die Worte, die Sie gebraucht haben, so infam. Vielmehr wollen wir, dass die Polizeibeamten aus fester Überzeugung die Mittel der Autorität und der Gewalt einsetzen, um die Freiheit der Menschen zu sichern und zu verfestigen.

(Beifall bei der CDU, der FDP und des Ministers Volker Hoff)

Ein Polizeibeamter dieses Landes wird nicht ausgebildet und wird nicht Polizist, um andere Menschen zu drangsaliieren. Ich habe seit nahezu einem Jahrzehnt jedes Jahr gemeinsam mit dem Innenminister die Gelegenheit, die neuen Beamtinnen und Beamten dieses Landes zu vereidigen. Dabei habe ich sehr viele von ihnen kennengelernt. Das ist so der Fall, wenn man eine solche Rolle und diese Führungsverantwortung hat.

Deshalb weiß ich: Sie wollen keinen Einsatz in der Stärke von Hundertschaften mit martialischer Ausrüstung haben, bei der sie Demonstranten irgendwelcher Provenienz gegenüberstehen und am Ende Gefahr laufen, mit Steinen beworfen oder mit Zwillen beschossen zu werden. Am Ende müssen sie die Demonstranten vielleicht auch noch wegtragen. Der Traum eines deutschen oder eines hessischen Polizeibeamten – jedenfalls derer, die ich kennengelernt habe –, besteht nicht aus einem paramilitärischen Einsatz gegen Demonstranten. Vielmehr wollen sie lieber friedlich eine Demonstration begleiten.

(Beifall bei der CDU und der FDP sowie des Ministers Volker Hoff)

Ich kenne keinen Polizeibeamten, der nicht aus innerer Überzeugung deeskalieren will.

Wir sollten an all das denken, was in den letzten Jahren passiert ist. Man muss schon einmal sagen: In den letzten neuneinhalb Jahren gab es in Hessen viele Herausforderungen. Gerade in den letzten zwei Jahren gab es schwerste Bedrohungen durch Terroristen. Es hat schwierige Einsätze bei Demonstrationen mit links- und rechtsradikalen Gruppen gegeben. Das ganze Frankfurter U-Bahn-System wurde lahmgelegt. Sprengkörper wurden in Papierkörbe gelegt. Es geschah noch einiges mehr.

Sicherlich gab es, gerade auch von den Rechtsradikalen, kleinere Provokationen und Auseinandersetzungen, die ein großes Ganzes werden sollten. Es ist der hessischen Polizei unter Führung dieses Innenministers gelungen, die Problematiken so aufzulösen, dass es nicht zu martialischen Schlachten gekommen ist. Dabei hat der Rechtsstaat immer gewonnen. Genau das ist das Prinzip, das auch in Zukunft gelten muss: Wir wollen keine martiali-

schen Schlachten. Wir wollen, dass der Rechtsstaat gewinnt.

(Beifall bei der CDU, der FDP und des Ministers Volker Hoff)

Herr Al-Wazir, sehen Sie: Genau an diesem Punkt wird es spannend. Es geht dabei um die Frage, wer wen wie gefährdet und ob der Rechtsstaat dabei gewinnen kann.

Der Bürgermeister von Kelsterbach sagt, die Einrichtung des Hüttendorfs sei rechtswidrig gewesen. Er sagt – aus Sicht unserer Polizei zu Recht –: Das Hüttendorf kann Gewalttäter aus anderen Bereichen anziehen. Drittens sagt er: Ich will, dass das in absehbarer Zeit beendet ist. – Er hat dazu eine sehr konkrete Frist gesetzt. Das ist die Seite des Rechtsstaats. Ich habe bisher niemanden gehört, der gesagt hat, dass der Bürgermeister von Kelsterbach dabei mit irgendeinem seiner Sätze Unrechtmäßiges oder Unangemessenes mitteilen würde.

Vor diesem Hintergrund muss man sich das Verhalten einer Fraktion ansehen. Natürlich wollen wir uns als Parlamentarier insgesamt vor die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten stellen, die in unserem Land Dienst tun und die im Dienste dieser Verfassung arbeiten. Was passiert eigentlich, wenn diese Beamten sehen, dass es dort ein rechtswidrig errichtetes Dorf gibt, das in absehbarer Zeit geräumt werden soll und bei dem das Risiko besteht, dass es Gewalttäter anzieht? Nach allgemeiner Übereinstimmung ist das so. Und dann eröffnet eine der Fraktionen dieses Landtags in diesem Dorf ein Büro. Was für eine Botschaft geht davon aus? Herr Al-Wazir, handelt es sich dabei um Deeskalation? Ist das Deeskalation? Ich sage Ihnen: Es handelt sich dabei um eine bewusste Eskalation. Sie passiert genau in diesen Tagen aus all den Gründen, die politisch damit gemeint sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, wir bleiben bitte dabei nüchtern miteinander. Diese Eskalation geschieht nicht, weil dort in absehbarer Zeit Bäume gefällt werden. Die müssten sich nicht den ganzen Winter den Hintern im Dorf abfrieren. Die Bäume werden nicht gefällt, bevor ein Verwaltungsgerichtshof entschieden hat und vieles andere – das weiß jedes Kind.

Sie geschieht, weil Sie ihnen schon vor den Gesprächen sagen wollen, dass Sie als Linkspartei immer auf der Seite derer stehen, die im Zweifel auch mit dem, was Sie verharmlosend zivilen Ungehorsam nennen, was Sie damit beschreiben, dass Sie glauben, es sei Verfassungsrecht auf Widerstand, das Sie nicht haben, gegen die Entscheidung dieses Parlaments, gegen die Entscheidung dieser Landesregierung und möglicherweise gegen die Entscheidung von Gerichten zum Bau der Landebahn in Frankfurt vorgehen werden. Das und nichts anderes ist die Frage.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Sie sagen ihnen das jetzt, damit es vor der Regierungsbildung klar ist – keine triviale Frage. Deshalb sage ich Ihnen an dieser Stelle als politische Bemerkung sehr klar: Man kann als Landesregierung den Rechtsstaat nicht konsequent schützen, wenn man von einer Partei abhängig ist, die den Rechtsstaat nicht konsequent schützen will. Das ist der Punkt der Auseinandersetzung.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Deshalb ist es die Auseinandersetzung um diesen Punkt. Er ist ein Symbol, ja. Er kostet möglicherweise nicht viel an Staatsgeldern, wird jedenfalls die Fraktion behaupten.

Ich weiß nicht, wie viel Einsatz dort war. Sie freuen sich über Publicity. Das mag alles sein. Es ist ein Symbol, und es ist so gemeint.

Deshalb muss sich ein Polizeibeamter fragen, was das bedeutet. Eines ist zur Deeskalation auch klar. Herr Al-Wazir, Sie wissen das aus Ihrer Erfahrung, weil Sie auch mit Regierungsfraktionen gearbeitet haben. Eine der entscheidenden Voraussetzungen für die Fähigkeit der Polizei zur Deeskalation ist ihre Sicherheit des Rückhaltes derer, die für sie politisch verantwortlich sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Nichts ist für eine Deeskalation gefährlicher als eine Situation, in der eine Polizeiführung nicht weiß, was ihre Führung am Ende will oder wollen darf. Auch das gab es in der Geschichte, sodass alles nichts Neues ist. Deshalb ist diese Debatte des Symbols bewusst so gesetzt und bewusst eine Debatte, die wir zu führen haben.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, klar ist, diese Debatte kann man nicht irgendwann unter dem Motto, dass Ihnen in drei Monaten einfällt, da wäre eigentlich ein Problem, führen. Es ist entweder jetzt ein Problem, und es wird von Anfang an so behandelt, oder es ist kein Problem, und es wird nicht so behandelt.

Das mag die letzte Bemerkung sein. Abg. Hahn hat einmal darauf hingewiesen: Natürlich haben viele, die in Verantwortung stehen, mit Pfarrer Oeser lange über diese Frage diskutiert. Es ist exakt richtig, Pfarrer Oeser ist nicht deshalb dorthin gegangen, weil er dort unbedingt eine Hüttenkirche bauen wollte, sondern er hat, weil andere ein Hüttendorf gebaut haben, in seinem Versuch der Deeskalation gesagt: Ich gehe hinein und nicht von außen heran.

Das hat sicherlich unser aller Respekt verdient – unabhängig davon, wie man ihn sieht. Er hatte aber über eine zweite Erfahrung – das weiß ich auch – gegenüber den sozialdemokratischen Kollegen und anderen nie einen Zweifel gelassen: Seine Lehre daraus ist, dass nicht wieder ein Hüttendorf entstehen darf. Seine Motivation, auch des Dialogverfahrens, ob es gelungen oder nicht gelungen war, mit allen Ambivalenzen, die er darin gefunden hatte – es war der Grund seines Einsatzes, dass es nicht noch einmal eine Hüttenkirche und nicht noch einmal eine Hüttenversammlung und nicht noch einmal eine solche Eskalation gibt.

Eines haben auch wir gelernt. Die Irren, die da geschossen haben, waren nicht die friedlichen Demonstranten. Aber die Irren hätten dort nie schießen können, wenn es nicht einen Schutzwall von Demonstranten gegeben hätte, die immer militanter geworden sind und zu einer faktisch wahren militanten Auseinandersetzung mit der Polizei geführt haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Die Frage, die damals gestellt worden ist, ob man dort demonstriert, wo es zum Kampf wird, oder ob man es nicht auf den normalen Plätzen machen kann, die Frage, die damals gestellt worden ist, ob man es in die Gerichte verlagern kann, die Frage, die damals gestellt worden ist, ob Dialog etwas ersparen kann – das sind die Kernfragen.

Bei allem, was ist: Seit der Entscheidung von Hans Eichel zum Dialogforum sind wir in dieser Frage, es in die Form der Auseinandersetzung zu bringen, die einer freiheitlichen parlamentarischen Demokratie angemessen ist, weitergekommen – so weit, dass man auch ein Hüttendorf

unter den Prinzipien der Deeskalation trotz endloser Straftaten, die dort jede Woche etwa an den Amphibien-schutzzäunen und anderen Dingen begangen werden, durchaus gelassen betrachten kann.

Die Partei DIE LINKE und die Linksfraktion müssen wissen: Sie sind es, die diese Betrachtung von Deeskalation gefährden, weil Sie bewusst und gewollt aus politischen Gründen zu einer Eskalation der Situation führen, die am Ende uns Politiker beschäftigt und vielleicht beschädigt. Aber die wird auf dem Rücken von Hunderten und Tausenden Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten ausgetragen – erst mit Wochenenddienst, unter schwierigen Bedingungen einfach da zu sein, später mit körperlichen Auseinandersetzungen und am Ende mit großen persönlichen Risiken.

Das muss jeder wissen. Deshalb muss eine Parlamentsdebatte in der Lage sein, zu Protokoll sicherzustellen, dass keiner jemals behaupten kann, er habe es nicht gewusst – nicht die, die in den Wald gehen, und nicht die, die denen eine Reputation verschaffen, die in den Wald gehen wollen. – Vielen herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, das Wort hat der Abg. Schaus für die Fraktion DIE LINKE.

**Hermann Schaus (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! In dieser Debatte ist richtigerweise sehr viel über Deeskalation und über die Frage des Rechtsstaates gesprochen worden. Ich will an dieser Stelle klar zum Ausdruck bringen, dass auch das, was unsere Fraktion in der Frage des Flughafenausbaus diskutiert, und wie sie handelt, ein Beitrag zur Deeskalation ist.

Das ist deshalb ein Beitrag zur Deeskalation, weil wir die berechtigte Sorge derjenigen aufgreifen, die gegen diesen Flughafenausbau sind und die auch Angst davor haben, dass in den noch anstehenden Verfahren – oder ich sage es so: während der noch vor dem Verwaltungsgerichtshof laufenden Verfahren – Fakten gesetzt werden. Das ist sozusagen der Hintergrund für das Hüttendorf – das es ja noch gar nicht ist – im Kelsterbacher Wald. Diese Sorge besteht dort – unabhängig von unserer politischen Position.

Wir haben klar gesagt und stehen auch dazu, dass es notwendig ist, das Planfeststellungsverfahren nochmals aufzuzunähren. Denn aus unserer Sicht gibt es in den vielen Klageverfahren eine Reihe von Indizien, die das rechtfertigen könnten.

(Michael Boddenberg (CDU): Welche denn?)

– Herr Boddenberg, es gibt da z. B. das Problem der Schadstoffbelastung sowie die unterschiedlichen Zahlen, die die Fraport im ersten und im zweiten Planfeststellungsverfahren vorgelegt hat.

Auch zum Nachtflugverbot haben wir eine klare Position geäußert. Frau Wissler hat das heute Morgen bereits zum Ausdruck gebracht. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass die Nacht nicht die Mediationsnacht ist, sondern die, die weltweit definiert wird, d. h. von 22 bis 6 Uhr.

Ich will aber ausdrücklich sagen: Das ist eine politische Diskussion.

Auch wir wollen, dass der Rechtsstaat gewinnt. Deshalb hoffen wir sehr, dass in den 260 Klageverfahren, die beim Verwaltungsgerichtshof liegen, mit aller Sorgfalt sämtliche Aspekte aller Kläger zur Verhandlung kommen und dann entschieden werden.

Wir vertrauen darauf – das ist ein weiterer entscheidender Punkt –, dass die Baumaßnahmen erst dann begonnen werden, wenn all diese Verfahren rechtsgültig abgeschlossen sind, und nicht – das ist die Angst derjenigen, die am Flughafen im Kelsterbacher Wald demonstrieren – im nächsten Frühjahr nach den vorläufigen Rechtsentscheidungen. Darüber muss man dann diskutieren.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Roland Koch)

– Herr Ministerpräsident, ich habe nur die Sorge derjenigen zum Ausdruck gebracht, die im Kelsterbacher Wald demonstrieren.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Roland Koch)

Das ist auch unsere Sorge – dass mit einer vorläufigen Rechtsetzung bei nicht abgeschlossenen Verfahren Fakten geschaffen werden, die nicht mehr rückgängig zu machen sind.

(Ministerin Silke Lautenschläger: Was ist Rechtsstaat? – Ministerpräsident Roland Koch: Das steht doch im Gesetz, wie es geht!)

– Herr Ministerpräsident, es geht doch nicht um die Frage des Rechtsstaats.

(Lebhafte Zurufe von der CDU: Doch! – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das ist genau der Punkt: Ihr gebrochenes Verhältnis zum Rechtsstaat!)

– Ach, Herr Wagner. Herr Wagner, Herr Ministerpräsident, ich habe alles gesagt, was von unserer Fraktion zu dieser Frage zu sagen ist.

(Minister Volker Hoff: Für DIE LINKE gibt es keinen Rechtsstaat! Das ist klar!)

Ich denke, es ist klar geworden, dass wir uns selbstverständlich an rechtsstaatliche Entscheidungen halten, dennoch die Sorge derjenigen teilen, die im Kelsterbacher Wald demonstrieren. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat der Ministerpräsident.

**Roland Koch, Ministerpräsident:**

Verehrter Herr Kollege Schaus, damit das klar ist: Wir befinden uns in einem rechtsstaatlichen Verfahren, das nicht undefiniert werden kann.

Wie immer das am Ende ausgeht – der Verwaltungsgerichtshof in Kassel entscheidet –, eine Genehmigung nach dem Planfeststellungsrecht für das Luftverkehrswesen hat den Sofortvollzug in sich. Das heißt, aus juristischer Sicht darf heute gebaut werden, am heutigen Tag.

In Deutschland gibt es eine Absprache, an die sich alle Behörden halten, wonach wir eine verwaltungsgerichtliche

Entscheidung darüber, ob der Sofortvollzug rechtens ist oder ausgesetzt wird, abwarten.

Über diese Frage entscheidet der Verwaltungsgerichtshof in Kassel, und zwar abschließend. Beim Sofortvollzug gibt es keine zweite Instanz. Auch das steht im Gesetz.

Das heißt, nach diesem Zeitpunkt – ein Jahr später oder wann auch immer – wird das Hauptsacheverfahren entschieden. Dieses Hauptsacheverfahren hat eine Berufungsmöglichkeit zum Bundesverwaltungsgericht nach Leipzig.

Völlig klar ist: Der Antragsteller, Fraport, hat an dem Tag der Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs in Kassel Baurecht – nichts von wegen Rechtsstaat hin und her, Zweifel, Missverständnis, „wollen bewahren“ oder sonst etwas. An dem Tag nach der Entscheidung des VGH in Kassel – wenn es so kommt, wie es das Gericht gesagt hat, im Januar oder Februar – gibt es entweder eine lange Aussetzung wegen des Hauptsacheverfahrens, und dann wird über eine lange Zeit nicht gebaut; oder, wenn das Gericht sagt, der Sofortvollzug ist berechtigt, es besteht am nächsten Tag Baurecht.

Was ich nicht zulassen will, auch nicht so nebenbei in einem Protokoll, ist, dass sich irgendjemand rechtsstaatswidrig verhalten würde, wenn die Fraport dann von ihrem Baurecht Gebrauch macht und dann selbstverständlich der Staat – das sind wir hier alle zusammen – durchsetzen wird,

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Das habe ich nicht gesagt!)

dass sie im Zweifel das Baurecht hat. Das ist dann ein ganz normales Recht, das ist der Rechtsstaat. Dafür brauche ich kein Hüttendorf.

In dem Augenblick, in dem die vor dem Verwaltungsgerichtshof in Kassel nicht gewinnen und es eine Aussetzung gibt, wird keiner bauen. Dafür brauche ich nicht die Linkspartei, das ist der Rechtsstaat.

Also ist dieses Hüttendorf unter jedem denkbaren Gesichtspunkt eine Provokation oder Unsinn – und da müssen Sie sich irgendwann entscheiden. Herr Schaus, das geht so zwischen den Dingen nicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich rufe zunächst den Antrag Drucks. 17/658 der Fraktionen von CDU und FDP auf.

(Wortmeldung des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

– Dazu zur Geschäftsordnung, Herr Kollege Wintermeyer.

#### **Axel Wintermeyer (CDU):**

Herr Präsident, ich möchte darum bitten, die Entschließungsanträge, wie sie heute hier vorgelegt sind – ich mache es gleich insgesamt für alle, nämlich Drucks. 17/658 und Drucks. 17/701, der Dringliche Antrag der SPD, sowie Drucks. 17/702, unser Dringlicher Entschließungsantrag – getrennt abzustimmen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Alle drei?)

– Ja.

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Alle drei, okay.

Dann rufe ich zur Abstimmung auf: Drucks. 17/658, der Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP.

Ich rufe Nr. 1 auf. Wer stimmt zu? – Wer lehnt ab? – Wer enthält sich? – Dann ist Nr. 1 abgelehnt bei Zustimmung von CDU und FDP und Gegenstimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE.

Nr. 2: Wer stimmt zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist Nr. 2 mit dem gleichen Votum abgelehnt.

Nr. 3: Wer stimmt zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Nr. 3 mit dem gleichen Votum abgelehnt.

Nr. 4: Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Auch Nr. 4 ist mit dem gleichen Votum abgelehnt.

Nr. 5: Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist auch Nr. 5 mit dem gleichen Votum wie bisher abgelehnt.

Nr. 6: Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Nr. 6 mit dem gleichen Votum wie bisher abgelehnt.

Nr. 7: Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist auch Nr. 7 mit demselben Votum wie bisher abgelehnt.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über den Dringlichen Antrag der Fraktion der SPD, Drucks. 17/701.

Zunächst Nr. 1: Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Damit ist Nr. 1 mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP angenommen bei Ablehnung durch die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE.

Nr. 2: Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist Nr. 2 mit dem gleichen Votum wie Nr. 1 angenommen.

Nr. 3: Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist Nr. 3 mit dem gleichen Votum wie bisher angenommen.

Nr. 4: Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit wurde Nr. 4 mit bisherigem Votum angenommen.

Nr. 5: Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit wurde Nr. 5 bei Zustimmung der SPD gegen die Stimmen von CDU, FDP und DIE LINKE und bei Enthaltung der GRÜNEN abgelehnt.

Nr. 6: Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit wurde Nr. 6 mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen bei Ablehnung der Fraktion DIE LINKE.

Nr. 7: Wer möchte Nr. 7 zustimmen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit wurde Nr. 7 mit gleichem Votum wie Nr. 6 angenommen.

Ich komme nun zum Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend rechtswidrige Eröffnung des Büros der Fraktion DIE LINKE im Kelsterbacher Wald, Drucks. 17/702.

Nr. 1: Wer ist dafür? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Nr. 1 mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP bei Enthaltung der GRÜNEN sowie bei Ablehnung der Fraktion DIE LINKE beschlossen.

Nr. 2: Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist Nr. 2 mit gleichem Stimmenergebnis wie Nr. 1 angenommen.

Nr. 3: Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit wurde Nr. 3 bei Zustimmung von CDU und FDP und bei Ablehnung durch SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE abgelehnt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, damit ist der Tagesordnungspunkt erledigt. Ich teile Ihnen formlos mit, dass sich die Geschäftsführer darauf verständigt haben, dass wir nun in die Mittagspause gehen und den Tagesordnungspunkt 44 gleich nach der Mittagspause aufrufen.

(Unruhe – Wortmeldung des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Herr Kollege Wagner, ich muss doch wissen, mit was wir beginnen.

**Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, ich würde den Vorschlag machen – vorausgesetzt, dies ist organisatorisch möglich –, dass wir die Bestätigung des Eides direkt nach der Mittagspause machen, damit die Mitglieder des Staatsgerichtshofs nicht während der Debatte warten müssen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege Wagner, da die Vereidigung kein Sachpunkt ist, habe ich mich wohl missverständlich ausgedrückt. Es ist ganz selbstverständlich, dass wir zunächst vereidigen und erst im Anschluss Tagesordnungspunkt 44 aufrufen.

Ich habe den parlamentarischen Geschäftsführern mitgeteilt, dass ich die Mittagspause um eine halbe Stunde verkürze. Wir treffen uns also um 14.30 Uhr wieder. Es ist notwendig, zeitökonomisch zu arbeiten, da wir bereits ein- einhalb Stunden verloren haben und unter Umständen bis 20 Uhr tagen müssten. Wir haben noch einiges vor. Daher müssten wir die Vereidigung unter Umständen doch erst nach dem Tagesordnungspunkt 44 vornehmen. Es bleibt dennoch dabei, dass wir um 14.30 Uhr beginnen. Das ist entschieden. Ich läute hiermit die Mittagspause ein.

Der Wahlausschuss tagt in Raum 103 zur Wahl der richterlichen Mitglieder des Staatsgerichtshofs.

(Unterbrechung von 12.54 bis 14.35 Uhr)

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Meine Damen und Herren, wir fahren in der Sitzung fort. Ich darf Sie bitten, Platz zu nehmen. Ich darf die Journalisten und Fotografen bitten, sich aus dem Inneren des Saales fortzubewegen.

Noch eingegangen und auf Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Schließung von Telekom-Callcentern verhindern und Arbeitsplätze sichern, Drucks. 17/703. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Ich sehe keinen Widerspruch. Dann ist das der Fall. Damit ist der Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 82 und kann, wenn dem nicht

widersprochen wird, nach Tagesordnungspunkt 68, der Aktuellen Stunde zu diesem Thema, mit aufgerufen werden.

**Tagesordnungspunkt 3**, der Hinweis auf den bereits geleisteten Eid zweier Mitglieder des Staatsgerichtshofes des Landes Hessen, wird von der Tagesordnung abgesetzt, da gerade im Wahlausschuss keine Wahl vorgenommen wurde.

Damit kommen wir nun zu dem **Tagesordnungspunkt 44:**

**Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Energieanhörung zeigt: Hessen muss endlich mit der Energiewende beginnen – Drucks. 17/648 –**

der gemeinsam mit **Tagesordnungspunkt 37** aufgerufen wird:

**Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend keine staatliche Bevormundung im Energiebereich – Drucks. 17/528 –**

Die vereinbarte Redezeit beträgt 15 Minuten. Erster Redner ist der Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN, Herr Al-Wazir.

**Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN macht auch nach diesem Vormittag einen weiteren Versuch, Sachpolitik in diesem Hause zu betreiben. Ich hoffe, das Haus wird diesem Ansinnen folgen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben am 27. Januar eine Landtagswahl gehabt, die das Ende der absoluten CDU-Mehrheit bedeutete. Ich denke, so viel dürfte unstrittig sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Clemens Reif (CDU): Sie haben auch verloren!)

– Ich weiß, es gab unterschiedliche Wahlergebnisse unterschiedlicher Parteien. Manche haben verloren, manche haben gewonnen.

(Clemens Reif (CDU): Sie haben verloren! Nur damit wir das wissen!)

Aber, Herr Kollege Reif, am Ende des 27. Januar war klar: Es gibt keine absolute Mehrheit der CDU mehr. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das hat die Türen für eine neue Energie- und Klimaschutzpolitik im Lande Hessen aufgemacht. Es hat die Türen für ein Ende der Blockade der erneuerbaren Energien aufgemacht. Das ist ausdrücklich gut so. Wir als GRÜNE können nur sagen: Endlich ist es passiert.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei einem Blick zurück müssen wir konstatieren, wo wir als Bundesland Hessen stehen. Hessen hat beim Klimaschutz und bei den erneuerbaren Energien einen der letzten Plätze in Deutschland. Um es ganz deutlich zu sagen: Der Länderarbeitskreis Energie hat errechnet, dass Hessen beim CO<sub>2</sub>-Ausstoß pro Kopf das einzige aller 16 Bundesländer ist, das seit 1990 einen Anstieg der CO<sub>2</sub>-Emissionen pro Kopf zu verzeichnen hat. Im Vergleich dazu: Thüringen hat minus 53 % – dann kommen noch et-

liche andere ostdeutsche Bundesländer; das hat etwas mit dem Zusammenbruch einer völlig ineffizienten DDR-Industrie zu tun –, aber auch beispielsweise Rheinland-Pfalz minus 11 %, Bayern minus 8 %, Baden-Württemberg minus 8 %, Nordrhein-Westfalen minus 7 %, das Saarland minus 2,5 %, Bremen minus 0,3 % – und Hessen hat einen Anstieg der CO<sub>2</sub>-Emissionen pro Kopf im Vergleich zu 1990 von 3,4 % zu verzeichnen. Das ist der letzte Platz für Hessen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist ein beschämender letzter Platz.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das korrespondiert mit dem Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung, also dem Anteil des Ökostroms in den verschiedenen Bundesländern. Das sind die Zahlen von 2005. Seitdem hat sich nicht viel getan, jedenfalls nicht im Bundesland Hessen, in anderen Ländern schon. Mecklenburg-Vorpommern hat inzwischen 35 % des Stromanteils aus erneuerbaren Energien, Schleswig-Holstein 28 %, aber auch Sachsen-Anhalt 25 % – das sind die Zahlen von 2005; die sind inzwischen noch einmal sehr viel besser geworden – und Hessen 3,64 %. Schlechter als wir sind nur noch die Stadtstaaten – das kann man gut begründen, weil die flächenmäßig ein Problem haben, was Windenergie, Biomasse und Ähnliches angeht – und das Saarland. Auch dies ist ein beschämender Platz für Hessen. Wir müssen eine Aufholjagd beginnen, was die Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes angeht und was die Förderung der erneuerbaren Energien in Hessen angeht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Das ist der Grund, warum wir im Umweltausschuss über alle Fraktionen hinweg – ich habe gesagt, der 27. Januar hat vieles möglich gemacht – beschlossen haben, dass der Umweltausschuss eine Anhörung zum Thema Energie durchführt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Anhörung hat stattgefunden. Sie lief über drei Tage. Es sind insgesamt 1.000 Seiten Papier an Stellungnahmen eingegangen. Es gab viele, viele Sachverständige und Anzuhörende. Bei der Vielzahl der Stellungnahmen und der Vielzahl der Anzuhörenden gab es unterschiedliche Meinungen zu den unterschiedlichsten Dingen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eines kann man feststellen: Alle Experten – ich wiederhole: alle Experten – waren der Meinung, dass die erneuerbaren Energien ausgebaut werden müssen. Der einzige Streit ist gewesen, wie schnell und zu welchen Kosten. Unter dem Strich kann man sagen: Kein Experte hat die bisherige Energiepolitik der Regierung Koch für gut befunden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Wir haben eine große Aufgabe. Wir müssen bis zum Jahr 2020 – das hört sich weit weg an, das ist aber nicht mehr lange hin, das sind noch elf Jahre – als Bundesrepublik Deutschland unseren CO<sub>2</sub>-Ausstoß um 40 % gegenüber 1990 senken. Eine zweite Wiedervereinigung wird es nicht geben, die einen Zusammenbruch einer ineffizienten Struktur beinhaltet.

Als Land Hessen müssen wir von diesen 40 % ganz besonders viel erbringen, weil – ich hatte es schon gesagt – wir das einzige Land sind, das einen Anstieg hat. Lieber Herr Wirtschaftsminister, insofern gilt das für uns. Wenn

wir das für uns ernst meinen, müssen wir minus 43 % im Vergleich zu 1990 schaffen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Minister Dr. Alois Rhiel: Das ist lächerlich!)

– Sagen Sie nicht „lächerlich“, das ist das Ziel der Bundesregierung, verkündet von der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel. Nur damit das einmal klar ist.

Wir müssen das nicht nur als Selbstzweck sehen, sondern weil wir unseren Beitrag dazu leisten müssen, dass die Erderwärmung auf höchstens 2 °C begrenzt wird. Wenn uns dies nicht gelingt, werden wir Probleme bekommen, von denen sich heute noch niemand eine Vorstellung machen kann.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Noch eine Feststellung aus der Anhörung: Herr Rhiel, Sie sind auch Wirtschaftsminister; der Erdölpreis hat sich im Schnitt pro Fass von 30 \$ im Jahr 2003 auf 120 \$ im Jahr 2008 vervierfacht. Der Kohlepreis hat sich seit 1996 verdreifacht, mit ansteigender Tendenz.

(Zuruf der Abg. Elisabeth Apel (CDU))

Anfang 2008 hat eine Tonne Kohle 63 € gekostet, sie liegt jetzt bei ungefähr 95 €.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch wenn die Brennstoffkosten bei der Atomkraft nur einen geringen Teil ausmachen, die Kosten für Uran haben sich in den vergangenen sechs Jahren versiebzehnfacht. Dabei handelt es sich übrigens auch um einen endlichen Rohstoff – das nur nebenbei, jenseits aller Sicherheitsrisiken und Endlagerprobleme.

Es ist deshalb nicht nur ein ökologisches, sondern auch ein ökonomisches Gebot der Stunde, dass wir jetzt auf die erneuerbaren Energien umsteigen, auch im Bundesland Hessen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wir stellen als Ergebnis der Anhörung fest: Die erheblichen Potenziale in den Bereichen Energieeinsparung, Energieeffizienz und Ausbau erneuerbarer Energien sind in den letzten Jahren sträflich vernachlässigt worden. Das Land Hessen ist in den letzten Jahren von einer Vorreiterrolle in der Umweltpolitik zu einem Bremser, zu einem Land geworden, das letzte Plätze innehat.

Wir stellen fest, dass wir eine Wende in der Energiepolitik des Landes hin zu einer zukünftigen umwelt- und sozial verträglichen Energieversorgung brauchen. Wir haben uns schon in kleinen Punkten auf den Weg gemacht. Das Land Hessen wird in Zukunft seinen eigenen Strombedarf aus zertifiziertem Ökostrom decken.

(Elisabeth Apel (CDU): Wo kommt der her? – Minister Dr. Alois Rhiel: Was ändert sich CO<sub>2</sub>-mäßig?)

Lieber Herr Wirtschaftsminister, wenn Sie wissen, was ein zusätzlicher Umweltnutzen ist – das haben wir dem Staatssekretär Dr. Walter Arnold auch noch einmal ganz besonders dargelegt –, nämlich wie viel Prozent aus wie vielen Anlagen kommen müssen, die höchstens wie alt sein dürfen, dann wissen Sie, dass das CO<sub>2</sub>-mäßig etwas ändert.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wir müssen das Stromeinspar- und Wärmeschutzpotenzial, das wir haben, nutzen, und zwar durch kraftvolle Schritte auch einer Landesregierung, als Ergänzung zu den Programmen der Bundesregierung, die es bereits gibt.

Aus unserer Sicht brauchen wir im Land Hessen ein Gesetz zur erneuerbaren Wärme, damit wir endlich auch an den Altbestand herankommen. Wenn Sie einmal nach Baden-Württemberg schauen, stellen Sie fest, dass es Länder gibt, die uns dabei weit voraus sind. Das ist übrigens keine parteipolitische Frage. Sie wissen, wer in Baden-Württemberg regiert.

Liebe Kollegin Apel, wenn ich Sie da so lächeln sehe: Uns ist aufgefallen, dass unser Gesetzentwurf aus der letzten Wahlperiode zur Gebäudedämmung im Nachbarschaftsrecht, also zur Erleichterung der Dämmung bei Grundstücken mit Grenzbebauung, den wir Satz für Satz aus der baden-württembergischen Bauordnung abgeschrieben haben, der für Sie damals noch der Untergang des Abendlandes war, heute als Gesetzentwurf der Hessischen Landesregierung vorliegt. Da merken wir, es scheint ein gewisser Umdenkungsprozess in Gang gekommen zu sein. Wir würden ihn allerdings gerne beschleunigen, und zwar massiv beschleunigen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Aus unserer Sicht brauchen wir einen Vorrang für erneuerbare Energien auch im Landesentwicklungsplan. Wir wollen eine Energie- und Klimaschutzagentur des Landes, die wirklich kraftvoll vorangeht, anstatt nur auf andere Länder zu schauen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was wir nicht brauchen, ist eine Zementierung der bisherigen ineffizienten Struktur der Energieversorgung mit ineffizienten Großkraftwerken auf die nächsten 50 Jahre hinaus. Da bin ich beim Kraftwerk Staudinger.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf der Abg. Nicola Beer (FDP))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben sehr ineffiziente Kohlekraftwerke, teilweise sehr alte, ineffiziente Kohlekraftwerke. Liebe Kollegin Beer, was E.ON bei Staudinger plant, ist ein weiteres ineffizientes Kohlekraftwerk, weil es nämlich faktisch heißt, wenn Sie Wirkungsgrade von 46 bis 48 % sehen, dass weiterhin über die Hälfte der eingesetzten Energie dazu benutzt würde, den Main zu heizen und Wolken über Hanau zu produzieren. Das kann nicht richtig sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Aus Sicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird es in Zukunft auch in Hessen Mindestwirkungsgrade geben müssen, die die Kraftwerke erreichen müssen; ansonsten sind sie in Zukunft nicht mehr genehmigungsfähig. Das gilt in Zukunft, wenn E.ON nicht von selbst dazu kommt, zu merken, dass es sich auf einem Holzweg befindet.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Es handelt sich um einen Entschließungsantrag. Wir stimmen heute auch über Punkt 4 ab, nämlich über die Frage, wie der Landtag zum Thema Staudinger steht. Ich möchte noch einmal ausdrücklich Herrn Bernotat, den Vorstandsvorsitzenden von E.ON, zitieren, der auf der Hauptversammlung von E.ON am 30. April 2008 sagte:

Wenn die hessische Landespolitik, in welcher Konstellation oder in welcher zukünftigen Regierung auch immer, das Kraftwerk ablehnt, dann können wir gegen diese politische Position eben das Kraftwerk nicht bauen. Das ist meine Aussage, und die steht auch.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir finden, dass sich Herr Bernotat an diese Worte, die er in vollem Bewusstsein gesprochen hat, auch halten sollte.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Herr Kollege Hahn hat mir einen Brief geschrieben, der einen schönen Satz beinhaltet: „Ich hätte nie gedacht, dass ausgerechnet mir das einmal aus der Feder rutscht, aber ich muss Joseph Martin Fischer recht geben.“ Er spielt dort darauf an, dass sich Joschka Fischer Gedanken über die Frage macht, wie lange wir noch Kohlekraftwerke brauchen.

Lieber Herr Staatsminister Rhiel, ich sage ausdrücklich: Die GRÜNEN waren nie der Meinung, dass man existierende Kohlekraftwerke vorzeitig abschalten sollte.

(Nicola Beer (FDP): Durch effiziente ersetzen!)

Aber wir sind der Meinung, dass man keine neuen, ineffizienten Kohlekraftwerke jetzt bauen sollte, die dann für 50 Jahre die Struktur prägen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie sagen, Joschka Fischer hat recht, dann empfehle ich Ihnen das ganze Interview. Dann überlegen Sie sich vielleicht doch, ob Sie immer noch dieser Meinung sind. Ich zitiere aus dem Magazin der Deutschen Umwelthilfe:

Verschwendung und Unvernunft, mit der wir bisher gelebt haben, sind so nicht mehr haltbar.

Er sagt zur Frage, wie der Ölpreis sich entwickelt hat:

Endlich verschwinden die versteckten Subventionen, und die ökologische Wahrheit kommt in den Preisen zum Vorschein. Nur so wird sich etwas verändern.

Achtung an alle hier im Haus:

Da helfen auch keine neuen Subventionsversprechen à la Pendlerpauschale. Wenn die Lawine runterdonnert, nützt es nichts, den Regenschirm aufzuspannen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, da sollten Sie einmal sagen, Joschka Fischer hat recht. – Er sagt dann weiterhin, die entscheidenden Defizite der Atomenergie sind und bleiben ungelöst: die Sicherheitsproblematik mit dem Potenzial einer Katastrophe, das Proliferationsrisiko und die Entsorgung. Es ist doch kindisch, zu glauben, wir könnten Atommüll, der Hunderttausende von Jahren strahlt, administrativ verbuddeln. – Da sagen wir ausdrücklich, Joschka Fischer hat recht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Ob die FDP immer noch der Meinung ist, bin ich gespannt, zu hören.

Ich gucke auf die Uhr; letzter Satz, Frau Präsidentin. – Wir wollen die Hochrisikotechnologie der Atomkraft beenden. Wir wollen endlich den Einstieg in die erneuerbaren

Energien, und wir wollen keine ineffizienten Kohlekraftwerke in diesem Bundesland. Es wird Zeit, dass wir endlich damit beginnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN – Zuruf des Abg. Frank Gotthardt (CDU))

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege Al-Wazir. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Apel für die CDU-Fraktion.

**Elisabeth Apel (CDU):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Al-Wazir, Sie sprachen davon, wir müssen endlich beginnen mit den erneuerbaren Energien. – Ich kann mich gut daran erinnern, dass in den Neunzigerjahren, als Sie hier die Regierungsverantwortung gemeinsam mit der SPD hatten, in Bayern die Biogasanlagen geradezu aus dem Boden sprossen, während hier Tiefschlaf angesagt war für den Ausbau der erneuerbaren Energien.

Sie führen in Ihrem Antrag an, dass die CO<sub>2</sub>-Emissionen seit 1990 in Hessen als einzigem Bundesland angestiegen sind. Wir hatten vor der Landtagswahl schon einmal über diesen Punkt gesprochen. Sie verschweigen dabei aber, dass es Hessen als einzigem Bundesland gelungen ist, den Ausstoß der CO<sub>2</sub>-Emissionen vom Anstieg des Bruttosozialprodukts abzukoppeln.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt nicht! Bayern hat doch ein Wachstum!)

Wenn man den Energieverbrauch ins Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt setzt, dann erhält man ein Indiz dafür, wie effektiv Energie eingesetzt wird. Bei dieser Kennzahl nimmt Hessen bundesweit den vierten Platz ein. Das verschweigen die GRÜNEN aber natürlich in ihrem Antrag. Sie vergessen auch zu erwähnen, dass die energiebedingten Pro-Kopf-Emissionen in Hessen bei 7,5 t CO<sub>2</sub> liegen. Im Bundesdurchschnitt sind es 10,4 t. Das heißt, die Stromerzeugung in Hessen ist um 28 % weniger mit CO<sub>2</sub>-Emissionen verbunden als im Bundesdurchschnitt.

(Frank Gotthardt (CDU): Sehr richtig! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Woran liegt das?)

Demnach könnten die bundesweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen um 28 % reduziert werden, wenn sich der Rest der Republik an Hessen orientierte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ei, ei, ei!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt darüber hinaus noch ein deutliches Glaubwürdigkeitsproblem in Sachen Ausstieg aus der Kernenergie im Zusammenhang mit dem Klimaschutz. Der Ausbau der erneuerbaren Energien führt erwiesenermaßen eben nicht automatisch zu einer Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen. Wie unter anderem auch Prof. Janicka von der TU Darmstadt in der Anhörung ausführte, kommt es durch erneuerbaren Energien nur dann zu einer unmittelbaren Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen, wenn sie zum Ersatz von Kohlekraftwerken, nicht aber zum Ersatz des ohnehin schon emissionsarmen Atomstroms eingesetzt werden.

(Gernot Grumbach (SPD): Das ist physikalisch falsch!)

Ich will das an einer konkreten Beispielsrechnung deutlich machen. Die FH Aachen veröffentlichte vor Kurzem eine Studie, in der sie untersucht hat, wie sich im Vergleich von 2006 zu 2007 die deutsche Stromerzeugung entwickelt hat. Nach den in dieser Studie belegten Zahlen der unterschiedlichen Herkünfte der erneuerbaren Energieträger Wind, Sonne, Biomasse und Wasser und den vom Öko-Institut ermittelten jeweiligen CO<sub>2</sub>-Emissionen wurden die ca. 15 Milliarden kWh aus erneuerbaren Energien im Durchschnitt mit 46 g CO<sub>2</sub> je erzeugter Kilowattstunde Strom erzeugt, während die mehr als 25 Milliarden weggefallenen Kilowattstunden aus Kernenergie mit nur 31 g CO<sub>2</sub> je erzeugter Kilowattstunde zu Buche schlugen.

Gleichzeitig standen den ca. 3 Cent Erzeugungskosten für jede Kilowattstunde aus Atomenergie durchschnittlich 11 Cent für die Erzeugung aus Wind, Sonne, Biomasse und Wasser entgegen. Der Zuwachs des Stromanteils der erneuerbaren Energien an der Gesamtenergieerzeugung schlug nach Erhebungen der FH Aachen also allein im Vergleich von 2006 zu 2007 mit Mehrkosten von 1 Milliarde € zu Buche.

Das bedeutet, dass mit diesen Mehrkosten von 1 Milliarde € und demzufolge fast vierfach höheren Stromerzeugungskosten, die von allen Stromkunden zu zahlen sind, ein um 50 % höherer CO<sub>2</sub>-Ausstoß einherging. Angesichts dieser Zahlen müssen sich die Verfechter energiepolitischer Träumereien die Frage gefallen lassen, ob ihre Vorstellungen von heiler Welt den Grundsätzen von sozialer und ökologischer Politik entsprechen, wenn vierfach höhere Stromerzeugungskosten einen um 50 % höheren CO<sub>2</sub>-Ausstoß verursachen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wo bleibt bei einer solchen Energiepolitik der Klimaschutz? Wo bleiben die Millionen Stromkunden, die allein aus ideologischen Gründen viermal höhere Erzeugungskosten für ihre Stromrechnung bezahlen, wobei für den Klimaschutz nicht nur nichts erreicht wird, sondern ein um die Hälfte höherer CO<sub>2</sub>-Ausstoß damit einhergeht?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Aussage im Antrag der GRÜNEN, dass der Weiterbetrieb von Kernkraftwerken wirksamen Klimaschutzanstrengungen widerspreche, ist somit nicht nur sachlich unhaltbar, sondern stellt vielleicht auch eine Täuschung der Wähler dar.

Kommen wir nun zur Versorgungssicherheit. Der Bundesverband Erneuerbare Energien prognostizierte in der Anhörung bundesweit einen Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung von 35 bis 40 % bis 2020 – aber nur, wenn die geplanten Einsparungen von 11 % tatsächlich realisiert werden. Zweifel an dieser Prognose hegte unter anderem auch Prof. Schmid vom ISET, der sogar einen erhöhten Strombedarf vorhersagte.

Als Fazit kann also festgehalten werden, dass eine nicht unerhebliche Strommenge mittelfristig aus nicht erneuerbaren Quellen erzeugt werden muss. Auch wenn es nicht in Ihr Weltbild passt: Wenn wir hier von einem Anteil von 30, 40 oder 50 % erneuerbaren Energien bis 2020 oder 2030 sprechen, müssen wir uns die Frage gefallen lassen, wie der restliche Strombedarf gedeckt werden soll.

Nach der Pressekonferenz von Herrn Grumbach vor etwa zwei Wochen scheint mir mittlerweile auch in der SPD die Entwicklung eingetreten zu sein, dass man nicht mehr unbedingt an das vor der Landtagswahl propagierte Energiekonzept scheiterscher Prägung glaubt.

(Zurufe von der SPD)

Herr Al-Wazir, Sie sagten eben: Wir müssen uns die Frage stellen, wo wir stehen. – Wir müssen uns vielmehr die Frage stellen: Wo wollen wir hin?

(Dr. Thomas Spies (SPD): Die haben wir schon beantwortet!)

Sie haben eben dankenswerterweise auf das Interview mit Joschka Fischer hingewiesen. Ich will diesem Interview noch ein paar Facetten anfügen, die Sie eben nicht erwähnten.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich wusste doch, was von Ihnen kommt!)

Mit der Einwilligung der Frau Präsidentin würde ich gerne Joschka Fischer zitieren:

Wir werden aber als Übergangstechnologie auch weiter Kohle einsetzen müssen, wenn wir nicht wieder bei den mehr als zweifelhaften Segnungen der Atomkraft landen wollen. Es wäre ein Riesenfehler von GRÜNEN und Umweltbewegung, wenn sie an diesem Punkt unrealistisch sind. Ich sehe die Probleme der Kohle und beschönige nichts, aber für den Übergang kommen wir nicht ohne sie aus. An dieser Frage werden auch Wahlen entschieden. Wir können uns nicht ins Abseits manövrieren und alles ablehnen, da werden wir schnell in die sektiererische Ecke gedrückt.

Überlegen Sie bitte für einen kurzen Augenblick, welche Rolle die Kohle haben wird, wenn wir in Nahost tatsächlich einen massiven Konflikt bekommen sollten. Dann wird sie, weil sie aus politisch stabileren Regionen kommt, noch eine ganz andere Bedeutung erhalten.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mehr Fischer, weniger Apel!)

Atom oder Kohle, da bin ich eindeutig pro Kohle.

Sie werden es nicht glauben, aber das ist immer noch Originalton Joschka Fischer.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist auch gut so!)

Ich bin seit dem Krieg in Georgien mehr denn je überzeugt: Wer bei der Kohle bloß blockiert und sich nicht an die Lösung der zweifellos bestehenden Problem macht, wird die entscheidende Schlacht an der Atomfront verlieren.

(Dr. Thomas Spies (SPD): Deshalb machen wir es ja richtig!)

Da Herr Fischer kaum im Verdacht steht, sich als verlängerter Arm der Energielobby zu betätigen, stünde den GRÜNEN eine kritische Überprüfung ihrer Haltung – zumindest in der Frage der Kohle – gut zu Gesicht.

Das bereits erwähnte Glaubwürdigkeitsproblem beim Klimaschutz hinsichtlich der Behauptung, dass mit einem Anstieg des Anteils erneuerbarer Energien zwangsläufig eine Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen zu erwarten wäre, ist noch immer ungelöst, wenn wir emissionsarmen Atomstrom durch andere Formen CO<sub>2</sub>-armer Stromerzeugung oder durch erneuerbare Energien ersetzen wollen. Die Zahlen des Öko-Instituts sprechen eine deutliche Sprache. Energieerzeugung aus Fotovoltaik erzeugt einen dreifach höheren CO<sub>2</sub>-Ausstoß als Energieerzeugung als Atomspaltung. Ich kann nichts dafür. Ich habe auch keine

Veranlassung, an den Zahlen des Öko-Instituts zu zweifeln.

In den letzten Tagen ist wohl auch die Frage gestellt worden, was den Kollegen Al-Wazir von dem Kollegen Fischer unterscheidet. Herr Al-Wazir hat angefügt: „Ich bin mit meiner ersten Frau verheiratet und wiege unter 70 kg.“ – Offensichtlich gibt es darüber hinaus weitere Unterschiede.

(Heiterkeit – Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Apel. – Nächster Redner ist Herr Kollege Heidel für die FDP-Fraktion.

#### **Heinrich Heidel (FDP):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, werte Kolleginnen, werte Kollegen! Ich will als Erstes ein paar Bemerkungen zu dem machen, was wir uns in der vorletzten Woche in diesem Plenarsaal in einer Anhörung zum Thema Energie- und Klimaschutz als Umweltausschuss an Wissen haben aneignen können. Es war nach meiner Auffassung eine hervorragende Anhörung, in der sachlich und fachlich argumentiert wurde, in der politische Spielchen und Ideologien außen vor waren – in vielen Teilen.

(Florian Rentsch (FDP): Herr Scheer hat ja nicht die ganze Zeit geredet!)

Auch die Kolleginnen und Kollegen der beiden beteiligten Ausschüsse haben hervorragend argumentiert und diskutiert, ohne die besagten politischen Spielchen zu betreiben. Bei dem Kollegen Baake und dem Kollegen Scheer war ein bisschen der Ansatz, auch politisch zu argumentieren. Aber alles in allem fand ich die Anhörung eine gute Veranstaltung, die uns für die Zukunft den einen oder anderen Hinweis gegeben hat, was wir in den weiteren politischen Diskussionen einbringen können und was sicherlich von Nutzen sein wird.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Ich will auf den Antrag der CDU- und der FDP-Fraktion eingehen. Wir haben in unserem Entschließungsantrag die Forderung gestellt: keine staatliche Bevormundung im Energiebereich. Das lässt sich einfach und deutlich an einigen wenigen Punkten begründen.

Erstens. Wir wollen nichts haben, was den Menschen von oben aufgezwungen wird, sondern wir müssen die Menschen mitnehmen. Der Mensch muss verstehen, warum er etwas machen soll, warum er zum einen Energie sparen und zum andern sich Gedanken machen soll, wie die Energie erzeugt wird.

Der zweite Punkt betrifft den Gesetzentwurf der SPD-Fraktion. Da war ich schon etwas verwundert, Herr Kollege Grumbach, dass man auf einmal alle Vorranggebiete für Windkraftanlagen verschwinden lassen will. Das finde ich nicht ganz sinnvoll,

(Zuruf des Abg. Gernot Grumbach (SPD))

weil ich denke, wir sollten uns schon Gedanken darüber machen, an welchen Stellen es sinnvoll ist, Windenergie zu nutzen.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Das sehe ich auch so!)

– Da wird mir der Kollege Walter Lübcke sicher recht geben. – Ich denke, es muss hier eine gewisse Reglementierung vorgenommen werden, um an der Stelle Wildwuchs zu vermeiden.

(Beifall bei der FDP)

Der nächste Punkt geht auf das ein, was sich in der Stadt Marburg abspielt.

(Florian Rentsch (FDP): Ein Skandal!)

– Herr Kollege, das ist, zu Deutsch gesagt, ein Skandal. – Der in Marburg ausgesprochene Solarzwang hat etwas damit zu tun, dass man den Leuten vor Ort sagen will, dass sie alle etwas Gutes machen müssen. Meine sehr verehrten Damen und Herren von SPD und GRÜNEN, lassen Sie die Kirche im Dorf. Wir müssen die Menschen mitnehmen. Wir müssen ihnen verdeutlichen, dass das, was sie machen, einen Sinn hat. Dann werden sie es auch tun. Man muss doch den Menschen nicht immer alles oktroyieren und sie zwingen, etwas Bestimmtes zu tun. Das wird nicht gehen. Das wird nicht funktionieren.

Es wird auch aus einem anderen Grund nicht funktionieren. Wir müssen nämlich deutlich machen, dass Energie auch in Zukunft kein Luxusgut sein darf. Energie muss auch in Zukunft bezahlbar sein. Frau Ypsilanti, sie darf kein Luxusgut werden.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb werden wir, wie es auch in der Anhörung von den Experten gesagt worden ist, in Zukunft viel stärker zu einem Energiemix kommen müssen. Das habe ich an dieser und an anderen Stellen für die FDP immer wieder angemahnt. Diesen Energiemix werden wir beibehalten müssen, weil es bezahlbar sein muss, weil die Energie sicher und verfügbar sein muss und weil zum einen die Abdeckung der Grundlasten und zum anderen das Abfangen der Spitzenlasten gesichert sein müssen.

(Beifall bei der FDP)

Das können wir weder allein mit der Windenergie noch allein mit der Solarenergie. Wir können das in diesem virtuellen Kraftwerk erreichen, das wir mit allen Energieformen speisen können. Das ist deutlich geworden. Aber das verlangt von uns allen auch ein Umdenken in der Energienutzung und ein Umdenken im zukünftigen Umgang mit dem Thema Wärme.

Die Wärmeproduktion wird in Zukunft sicherlich ein entscheidender Faktor sein. Damit müssen wir uns auseinandersetzen. Die Kraft-Wärme-Kopplung ist in allen Bereichen ein entscheidender Punkt, der umgesetzt werden muss.

Wenn ich dann den Entschließungsantrag der GRÜNEN lese,

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da steht das in Perfektion!)

frage ich mich, warum wir eigentlich diese fast drei Tage dauernde Anhörung gemacht haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von den GRÜNEN, ich glaube, Sie haben in diesen drei Tagen vieles nicht wahrgenommen.

(Beifall bei der FDP)

Sie haben sich in Ihren Äußerungen nach der Anhörung und auch jetzt in diesem Antrag keinen Millimeter be-

wegt. Sie gehen kein bisschen auf das ein, was vorgetragen worden ist.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Nein, Sie gehen mit denselben Argumenten und Vorurteilen in die Diskussion, wie Sie es vor der Anhörung gemacht haben. Ich habe den Eindruck, die Zeit, die Sie mit der Teilnahme an dieser Anhörung verbracht haben, hätten Sie sich sparen können.

(Beifall bei der FDP – Zurufe von der SPD)

Herr Kollege Görig, die Anhörung hat aufgezeigt, dass wir die Potenziale der erneuerbaren Energien in Hessen realistisch bewerten müssen. Wir müssen einmal davon wegkommen, dass einige Fraktionen so tun, als ob sie die Einzigen wären, die Sympathien für den Ausbau der erneuerbaren Energien hätten.

(Dr. Thomas Spies (SPD): Ist doch so!)

Nein, ich glaube, es ist in diesem Haus unbestritten, dass alle Fraktionen dafür stehen, erneuerbare Energien einzusetzen und zu schauen, wie wir energieautark werden können, damit wir in Zukunft – Herr Kollege Metz ist anwesend – nicht so sehr von Gazprom und Schalke 04 abhängig sind.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Ich denke, auch das ist ein Ziel, wenn es darum geht, die Nutzung heimischer Energieträger zu forcieren.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Neben dieser Autarkie in der Energieversorgung gibt es noch einen zweiten Punkt, den ich an der Stelle ansprechen will. Herr Kollege Al-Wazir, in dem Zusammenhang war ich eben auch ein bisschen überrascht über Ihre Äußerungen; denn mit erneuerbaren Energien können wir im ländlichen Raum Wertschöpfung generieren. Wir können Wertschöpfung generieren, wir können Einkommen erwirtschaften, und wir können die Wirtschaft in diesen Bereichen ankurbeln. Deshalb fand ich Ihre Bemerkungen zu dem Thema Pendlerpauschale – das gar nicht hierhin gehört – an der Stelle nicht ganz passend.

(Beifall bei der FDP)

Herr Al-Wazir, wir alle wissen, dass die Menschen, die im ländlichen Raum weite Wege zu ihren Arbeitsplätzen zurücklegen, im Moment von der Bundesregierung – auf Deutsch gesagt – bestraft werden. Sie werden abgezockt. Deshalb fand ich das an der Stelle nicht ganz passend.

(Beifall bei der FDP)

Die FDP hat sich, neben Energieeffizienz und Energieeinsparung, in den vergangenen Jahren immer dafür eingesetzt, dass wir bei der Nutzung von Biomassen verstärkt Landesmittel in die Hand nehmen und mit Fördermitteln unterstützend wirken. Für diesen Bereich stand im hessischen Haushalt noch nie so viel Geld zur Verfügung wie derzeit.

(Beifall bei der FDP)

Wenn man sich dann hierhin stellt und sagt, es wird nichts für erneuerbare Energien getan, muss ich antworten: Ich glaube, das ist schlichtweg falsch, und es geht an den Tatsachen vorbei. – Es ist richtig – ich gebe allen recht, die das einfordern –, dass wir über die Förderprogramme nachdenken müssen. Wir müssen sie durchforsten. Wir müssen darauf schauen, ob die Art und Weise, wie wir an das

Thema herangehen, noch richtig ist. Wir müssen vor allen Dingen auf die Effizienz achten und überprüfen, was mit diesen Geldern geschieht und wie viel Energie im wahren Sinne des Wortes dabei herauskommt.

Ich meine, das ist unsere Aufgabe. Dann werden wir auch feststellen, dass Energieeinsparmaßnahmen an erster Stelle zu sehen sind. Wir diskutieren auch darüber, wie wir mit Energieeinsparmöglichkeiten, z.B. Wärmedämmungsmöglichkeiten an Gebäuden, umgehen. Das ist die schnellste Möglichkeit, um Energie einzusparen.

Dennoch, meine ich, sollten wir mit beiden Füßen auf dem Boden bleiben. Prof. Schmid vom ISET, den ich an der Stelle einmal zitieren möchte, hat nämlich gesagt, dass es in Hessen zwar möglich sein dürfte, die Energieversorgung aus erneuerbaren Energien sicherzustellen, es dann aber nicht mehr bezahlbar wäre. Das hat er im selben Atemzug gesagt. Das waren die Ausführungen, die Prof. Schmid vom ISET gemacht hat. Deshalb meine ich, dass das Verhältnis zwischen Förderung und Nutzen immer in unserem Blickfeld bleiben muss.

Ich nehme für die FDP vier Punkte aus dieser Anhörung mit:

Erstens. Die Vollversorgung Hessens mithilfe von erneuerbaren Energien ist unbezahlbar. Das ist deutlich geworden.

Zweitens. Biomasse ist die wichtigste Energieform für Hessen, weil es hier Speichermöglichkeiten gibt.

Drittens. Die größten CO<sub>2</sub>-Minderungspotenziale und Energieeinsparpotenziale sind am schnellsten durch Energieeinsparungen in Gebäuden zu heben. Das ist deutlich geworden. Das habe ich eben schon gesagt.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Das stimmt!)

Viertens. Dieser Punkt ist für mich ganz besonders wichtig. Ein hessischer Energiemix ist ohne Alternative. Der Energiemix ist die beste Möglichkeit; aber zu diesem Energiemix gehören auch Kernkraftwerke und Kohlekraftwerke.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Herr Al-Wazir hat es dankenswerterweise schon in die Diskussion eingeführt: Cem Özdemir und Joschka Fischer haben sich beide zu dem Thema Kohlekrafttechnologie geäußert. Ich bin der festen Überzeugung, dass die Verteufelung der Kohlekrafttechnologie falsch ist. Joschka Fischer sagt, es sei ein riesiger Fehler der GRÜNEN, dass sie sich mit einem Anti-Kohle-Kurs ins Abseits manövrieren. Die GRÜNEN sind hier von Joschka Fischer angesprochen. Ich bin gespannt, ob er auf Kritik innerhalb der eigenen Reihen stoßen wird oder ob er sakrosankt ist und sagen darf, was er möchte.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Es darf jeder sagen, was er möchte!)

Herr Al-Wazir, es geht nicht darum, wer den schönsten und längsten Traum von erneuerbaren Energien träumt, sondern darum, Energiepotenziale realistisch einzuschätzen. Wir als Politiker stehen bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern im Wort; denn die Energie muss bezahlbar bleiben.

Herr Kollege Grumbach, im Zuge der Anhörung hat sich auch herausgestellt, dass der selbst ernannte Energiepapst Scheer mit seiner Forderung, 3.000 neue Windräder aufzustellen, die Realitätsgrenze weit überschritten hat.

Ich möchte einmal wissen, wo diese Windkraftanlagen aufgestellt werden sollen – in der Rhön, im Upland, im Vogelsberg, wo auch immer.

Ich sehe diese Möglichkeiten und Chancen nicht. Es wird Ihnen nicht gelingen – so, wie Sie es jetzt versuchen –, uns über die Raumordnungspläne zu bevormunden.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Sie reden von der Selbstbestimmung der Kommunen, und gleichzeitig werden die Kommunen drangsaliert, damit sie hier Flächen ausweisen.

Meine Damen und Herren, wir halten nichts von staatlichen Bevormundungen bei der Energieversorgung; denn diese werden nicht von Nutzen sein und nicht lange anhalten. Vielmehr müssen wir die Menschen mitnehmen. Wir müssen ihnen deutlich machen, dass sie den richtigen Mix selbst wählen können, indem sie auf regenerative Energien setzen.

Folgendes will ich zum Abschluss sagen. Ich meine, bei dieser Anhörung ist eines deutlich geworden. Nicht nur in Hessen gibt es einen Nachholbedarf bei der Forschung. Als wir uns in dem Block befanden, in dem über die Forschung gesprochen wurde, wurde von vielen Experten angemahnt, dass da mehr getan werden müsse. Ich glaube, dass wir uns bei der Förderung mit der Frage auseinandersetzen müssen, inwieweit die Wasserstofftechnologie und Batterien für die Mobilität genutzt werden können. Wir müssen uns fragen, inwieweit auch die Solarthermieforschung und die Geothermieforschung mit eingebracht werden können, um hier etwas auf den Weg zu bringen.

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Kollege Heidel, Sie müssen zum Schluss Ihrer Rede kommen.

**Heinrich Heidel (FDP):**

Frau Präsidentin, ich komme zu meinen letzten Sätzen. – Ich will bei alledem aber auch an der guten, alten Wasserkraft festhalten. Wir haben hier in Hessen noch nicht ausgeschöpfte Potenziale, die wir nutzen könnten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf)

– Das ist gar nicht neu. – Wir sollten diese Chancen nicht leichtfertig verspielen. Deshalb lautet meine Bitte: Lassen Sie uns ideologiefrei an diese Diskussion herangehen. So war das auch in der Anhörung. Dann könnten wir gemeinsam einen Energiemix auf die Beine stellen, der sicher ist, der uns unabhängig macht und der für die Menschen vor allen Dingen auch bezahlbar bleibt. – Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Kollege Heidel, vielen Dank. – Nächster Redner ist Herr Kollege Grumbach. Er spricht für die SPD-Fraktion.

**Gernot Grumbach (SPD):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das war schon spannend. Ich habe mir drei Tage Zeit genommen. Dabei fehlen mir drei Stunden von der dreitägigen Anhö-

rung. Das gebe ich zu. Ich habe dabei vielen Experten zugehört. Nun muss ich feststellen, dass sich die Reden nicht geändert haben. Ich finde das schon ziemlich spannend.

Ich finde es vor allen Dingen spannend, wenn es um Hessen geht. Ich finde es vor allem auch spannend, weil immer nur die Schlagzeilen herangezogen werden.

Frau Apel, ich will Sie einmal als Beispiel nennen. Sie werfen Herrn Al-Wazir vor, Hessen habe doch einen niedrigen CO<sub>2</sub>-Ausstoß pro Kopf. Sie haben dabei in dem Text, der sich mit der Wirtschaftsstruktur Hessens beschäftigt, völlig überlesen, dass es in Hessen fast 10 % mehr Dienstleistung als im Durchschnitt des Bundes gibt. Das ist bekanntermaßen eine Form des Gewerbes, bei der wenig CO<sub>2</sub> ausgestoßen wird. Trotz der Tatsache, dass Hessen eine ganz moderne Dienstleistungsstruktur hat, schneidet es immer noch schlechter als andere Länder ab.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Michael Boddenberg (CDU): Den höchsten Stromverbrauch haben die Rechenzentren!)

– Herr Boddenberg verdeutlicht, worin das strukturelle Problem der CDU besteht. Er sagt, die Rechenzentren hätten die höchsten Stromverbräuche. Die hessische CDU setzt sich nur mit dem Stromverbrauch auseinander.

(Michael Boddenberg (CDU): Das habe ich gemacht, weil Sie gerade Unsinn erzählen!)

Sie tun so, als ob das Problem mit dem CO<sub>2</sub>-Ausstoß allein durch den Stromverbrauch verursacht würde und darüber gelöst werden könnte.

(Michael Boddenberg (CDU): Nein, das ist Quatsch!)

Nein, der entscheidende Punkt ist ein anderer. Das haben Sie in den fast zehn Jahren Ihrer Regierungszeit verschlafen. Andere Länder haben einen Großteil der Einsparung der CO<sub>2</sub>-Emissionen beim Wärmeverbrauch. Allein durch die Reduzierung des Wärmeverbrauchs im öffentlichen Sektor hätte einiges erreicht werden können, wenn Sie es nur getan hätten. Alle Programme, die es dazu gab, haben Sie abgebaut. Sie haben die Förderung dazu abgebaut.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Das ist schon „faszinierend“. Denn alle Szenarien, von denen Sie sagen, sie seien nicht erfüllbar, werden nicht Realität, weil Sie den dazu notwendigen Teil gar nicht unternehmen. Alle sagen: Natürlich können wir in absehbaren Jahrzehnten nicht zu 100 % nur erneuerbare Energien nutzen, wenn wir nicht auch anfangen, Energie einzusparen. Alle wissen, dass die Bundesregierung mit ihrem Programm zur Einsparung bei der Raumwärme den richtigen Weg beschritten hat. Das ist eine der wenigen Großtaten, die es auf diesem Sektor gibt. Viele wissen, dass wir im Land Hessen noch genug öffentliche Gebäude haben, die genauso gut weniger Energie verbrauchen könnten. Wer einmal in Marburg auf den Lahnbergen bei den Universitätsgebäuden stand, weiß, dass dort eine Freiluftheizung steht. Dagegen ist das mit dem Autokino wirklich eine kalte Veranstaltung. Das kann ich Ihnen sagen.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD – Frank Gotthardt (CDU): Wer hat das denn gebaut?)

– Natürlich haben wir das mit gebaut. – In den Sechziger- und Siebzigerjahren wurden Bausünden ohne Ende begangen. Daran waren Sie beteiligt. Daran waren wir beteiligt. Jeder hat geglaubt, das werde auf der Welt so weitergehen, wie es bisher war. Die GRÜNEN konnten damals noch nicht beteiligt sein. Sie gab es nämlich noch nicht.

Ich will nun versuchen, das einmal in Zahlen auszudrücken. Das werden Sie alles in den Anhörungsunterlagen wiederfinden. 70 % könnten bei der Raumwärme kurz- und mittelfristig eingespart werden. Ich rede da noch nicht von den langfristig wirkenden und teuren Möglichkeiten. Ich rede nur von den Maßnahmen, die bezahlbar sind und die über die Einsparung in vier bis fünf Jahren refinanziert werden können.

Bei der Industrie könnten 30 % in einem überschaubaren Zeitraum und 80 % mittelfristig eingespart werden.

Beim Strom wird es eher weniger Einsparungen geben. Dort werden es 20 bis 30 % sein. Denn die wichtigen Sachen können nur mittelfristig erreicht werden. Ansonsten müssten die Privaten schneller die Geräte austauschen, und in der Industrie müssten die Maschinen schneller ausgetauscht werden.

Beim Verkehr könnte eine Einsparung von 30 % erzielt werden. An all diese Bereiche müssen wir herangehen. Wer nicht anfängt, darüber zu debattieren, hat das Thema schon verfehlt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme zum zweiten Punkt. Ich bin immer wieder fasziniert, dass Frau Apel erklärt, wie schlimm das Behauptete doch sei und dass wir es nicht schaffen werden, eine Energieversorgung hinzubekommen, die genauso wenig CO<sub>2</sub> erzeugt, wie es bei den Kernkraftwerken der Fall ist. Nun gibt es zwei Sorten der Erzeugung von Strom, bei denen völlig unstrittig ist, dass sie genauso wenig CO<sub>2</sub> produzieren, wie es bei den Kernkraftwerken ist. Das ist nämlich die Stromerzeugung durch Wind und Wasser. Aber den Ausbau dieser zwei Arten der Stromerzeugung hat die hessische CDU in den letzten neun Jahren blockiert. Warum machen Sie das?

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Ich möchte jetzt auf die Aussage Heinrich Heidels mit der Gängelung der Kommunen zu sprechen kommen. Ich finde es faszinierend, was hier als Gängelung der Kommunen bezeichnet wird. Die Kommunen sollen das Recht kriegen, den Bau von Windkraftanlagen auf ihrem Gemeindegebiet zuzulassen, wenn sie das wollen. Aber es gibt Ausschlussgebiete. Auf 98 bis 99 % der Flächen des Landes ist der Bau von Windkraftanlagen verboten. Wenn das keine Gängelung ist, was dann? Das ist wirklich Gängelung. Da wird den Kommunen etwas verboten. Da wird vor allen Dingen denjenigen etwas verboten, die mit der Energiewende längst begonnen haben. Diese Landesregierung hat das verschlafen. Das ist doch völlig verrückt.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Ursula Hamann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Hier reden die Leute im Landtag darüber, dass alle diese Dinge angeblich nicht gemacht werden können, während manche Kommunen so etwas schon umgesetzt haben. Schauen Sie sich doch einmal das neue Kreishaus des

Main-Kinzig-Kreises an. Dieses Kreishaus wird fast zu 100 % mit Erdwärme geheizt. Da wird die Kühlung der Computer über einen Wärmetauscher vorgenommen. Dadurch werden 60.000 l Erdöl im Jahr eingespart. Das wirkt sich auf den CO<sub>2</sub>-Ausstoß aus.

Sie reden davon, in Hessen gebe es für Wasserkraftwerke keine Potenziale mehr. Genau neben diesem Kreishaus ist eine Wasserkraftanlage mit 0,7 MW geplant. Das ist für einen kleinen Fluss nicht gerade wenig. Sie soll in den nächsten zwei Jahren gebaut werden.

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Kollege Grumbach, entschuldigen Sie bitte die kurze Unterbrechung. Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Apel?

#### **Gernot Grumbach (SPD):**

Ich würde das jetzt gerne vortragen. Sie kann dann am Schluss meiner Rede fragen.

Reden Sie doch einmal mit den Leuten vor Ort. Gehen Sie nach Frankfurt. Frankfurt ist eine der Städte, die das mit völlig unterschiedlichen Mehrheiten geschafft hat. Das geschah mit Rot und Grün. Da haben fast alle Parteien zusammengewirkt. Schwarz und Grün haben da auch etwas unternommen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die GRÜNEN waren immer dabei!)

– Die GRÜNEN waren immer dabei.

(Michael Boddenberg (CDU): Die SPD auch?)

– Die SPD war nicht immer dabei. – Sie hat es bis heute geschafft, für eine Großstadt eine vorbildliche Energiepolitik zu machen. Wir streiten uns in der Stadt nicht darüber, welche Versäumnisse es gegeben hat. Vielmehr streiten wir darüber, was wir besser machen können. Wir befinden uns längst in dem Wettlauf.

Ich komme damit zu dem Punkt, an dem die Welt völlig auseinanderfällt. Dort baut die größte deutsche private Bank ein Hochhaus nach dem Vorbild der zweitgrößten deutschen Privatbank. Die hat nämlich ein solches in Frankfurt schon gebaut. Es wird mit Geothermie beheizt. Mit der Energieeinsparung zusammen werden faktisch 30 % – –

(Michael Boddenberg (CDU): Das ist dann auch noch eine Privatbank!)

– Ich habe nichts dagegen. Sie haben Probleme damit, dass andere vernünftig sind, nicht ich.

(Michael Boddenberg (CDU): Nein!)

Da werden Häuser gebaut, die mit einem Drittel des Energieverbrauchs auskommen. Da wird mit modernen Energien geheizt.

Sie können das im Netz nachlesen. Das können Sie aber auch erfahren, wenn Sie Norbert Walter zuhören. Die Berater dieser Bank raten ihren Kunden, in Erdwärme und Windenergie zu investieren. Denn wir alle wissen, dass die Rohstoffpreise bei den Energien so steigen werden, dass nicht nur die Privaten ein Problem haben werden, sondern auch die Volkswirtschaft darunter leiden wird, wenn wir keinen schnellen ökonomischen Umstieg in diese Energieformen haben werden. Das sagt Norbert Walter.

Das können Sie auf der Website der Deutschen Bank nachlesen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Was macht die CDU? – Sie kümmert sich nicht darum.

Meine Damen und Herren, das Problem, das wir hier haben, ist, dass Sie die Fragestellung noch heute falsch stellen. Die Fragestellung lautet nicht, was wir uns sozusagen leisten wollen, sondern die Fragestellung lautet: Wir haben in Deutschland gemeinsame Ziele beim Klimaschutz vereinbart, und wir haben gemeinsam die Verantwortung – das haben alle richtig gesagt –, dafür zu sorgen, dass die steigenden Energiepreise nicht dazu führen, dass Leute, die niedrigere Einkommen haben, z. B. ihre Heizung nicht mehr bezahlen können.

Das heißt aber, dass das bereits heute bei den steigenden Preisen nicht mehr über Subventionen zu erledigen ist, sondern nur dadurch, dass wir neue Technik einsetzen, die die gleiche Heizleistung mit weniger Energie ermöglicht. Dafür ist aber öffentliches Geld nötig, um das anzuschieben, weil wir die Geschwindigkeit der Renovierung, der Innovation ohne öffentliche Finanzierung nicht bekommen. Das ist der Punkt. Den sehen Sie nicht.

Bei Staudinger wird es noch spannender. Herr Baake hat in der Anhörung an einer Stelle ganz präzise formuliert: Ich mache einfach einmal Folgendes. Ich tue so, als bekämen wir die erneuerbaren Energien nicht schneller hoch, als wir sie in der konservativsten Schätzung haben. Zweitens tue ich so, als bekämen wir nicht mehr als 11 % Einsparungen beim Strom hin. Ich nehme alle Atomkraftwerke, alle fossilen Kraftwerke, die abgeschrieben sind und deren Laufzeiten 40 Jahre überschreiten, vom Netz. Dann bliebe mir eine Stromlücke von rechnerisch 57 Terawattstunden. Wenn ich den Kraftwerkpark mit seinem bestehenden Ausstoß betrachte, habe ich noch Luft für 21 Millionen t CO<sub>2</sub> im Jahr, um die Klimaschutzziele einzuhalten. Das bedeutet 368 g/kWh. Das ist ein Wert, der nur noch von Gaskraftwerken und erneuerbaren Energien zu erreichen ist, von Kohlekraftwerken nicht mehr.

Wer also heute ein neues Kohlekraftwerk baut, sorgt bereits dafür, dass er entweder in fünf Jahren den Autofahrern, den Industrieunternehmen und wem auch immer extreme zusätzliche Auflagen machen muss. Oder aber er nimmt heute schon in Kauf, dass die gemeinsam vereinbarten Klimaschutzziele, auf die wir uns alle geeinigt haben, bereits gerissen werden.

(Zuruf von der CDU)

Das ist die falsche Fragestellung. Das ist unverantwortlich, was Sie machen.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Meine Damen und Herren, deswegen lautet die Aufgabenstellung nicht: Was meine ich, was ich mir als politische Partei an Kurswechsel zumuten kann? Vielmehr lautet die Aufgabenstellung: Was müssen wir politisch tun, damit wir sowohl Klimaschutz zeitgerecht erreichen als auch dafür sorgen können, dass die nicht abreißen ansteigenden Energiepreise die Menschen nicht in eine Situation treiben, wo sie Energie nicht mehr bezahlen können? Das ist die zentrale Aufgabe. Der müssen wir uns stellen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann reden wir nicht über irgendwelche Maßnahmen, sondern wir reden von einem neuen Fortschritt, und wir reden nicht von einer Sparte der Energie, über die wir philosophieren. Wir reden nicht nur von Biomasse, nur von Windenergie, von Wasserkraft oder sonst was, sondern wir reden in der Tat von einer Umstellung unserer gesamten Wirtschaft. Wir reden davon, dass wir den Beispielen folgen, die es in Hessen auch gibt.

Im Landtag habe ich schon einmal erwähnt, es gibt in Darmstadt eine chemische Firma, die Merck heißt. Die produziert Enzyme, die es ermöglichen, das, was sie vor 15 Jahren gemacht hat, mit 20 % des Wassers und 25 % der Energie zu produzieren, weil sie eine andere Form der Produktion gewählt hat. Sie macht deswegen Gewinn und ist deswegen in diesem Bereich konkurrenzfähig, weil sie nämlich allen Konkurrenten bei der Frage voraus war.

Der spannende Punkt ist, was aktive Politik machen kann. Merck hat es allein gemacht. Dabei haben weder die rot-grüne noch die schwarz-gelbe, noch die ganz schwarze Landesregierung etwas dazu getan. Aktive Politik bedeutet, dass heute im Inland Vorreitermärkte geschaffen werden müssen, die wir brauchen, um die Produkte einzuführen, mit denen wir im Inland und nach außen bestehen können.

Das ist der Punkt, an dem sich aktive Politik von dem unterscheidet, einfach einmal die Kommunen und Unternehmen machen zu lassen, sondern wo wir uns selber mit ehrgeizigen Programmen und bestimmten präzisen Forderungen in die Lage versetzen, etwas zu tun.

Lassen Sie mich das Ganze schlicht in Zahlen bringen. Die Verbesserung der Energie- und der Materialproduktivität um nur 20 % – das ist das, was auch das Minimalziel der Bundesregierung ist – würde bundesweit zu einer Nettozunahme von Arbeitsplätzen in der Größenordnung von einer Million führen. Würden wir das in Hessen schaffen, wären das vielleicht 80.000, 90.000 Arbeitsplätze. Ich beschreibe nur.

Wir reden nicht davon, ob wir heute über irgendetwas nachdenken, was wir nicht tun, sondern wir reden nur noch darüber, was wir mehr tun können. Wenn wir zu wenig tun, zahlen nicht nur wir dafür. Unsere Einkommen wären vielleicht dazu in der Lage.

(Frank Gotthardt (CDU): Sie wollen, dass keine Wasserkraftwerke und Kohlekraftwerke gebaut werden!)

Unsere Kinder zahlen beim Klima, und die Menschen, die auf Energiepreise angewiesen sind, die sie zahlen können, zahlen. Ich sage: Es ist Zeit für eine Energiewende in Hessen. Die Zeit ist reif. – Danke.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege Grumbach. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Schott für die Fraktion DIE LINKE.

(Frank Gotthardt (CDU): Frau Kollegin Apel wollte noch fragen!)

– Ach so. Herr Grumbach, Frau Kollegin Apel wollte Ihnen noch eine Frage stellen. Wollen Sie die noch beantworten? Von der Zeit her könnten Sie das noch.

(Gernot Grumbach (SPD): Ich kann auch wieder zum Rednerpult kommen! Es ist zwar ungewöhnlich, aber gern!)

#### **Elisabeth Apel (CDU):**

Herr Grumbach, Sie behaupteten eben, die CDU habe den Ausbau der Wasserkraftenergiegewinnung blockiert oder behindert. Können Sie sagen, weshalb das Landesprogramm zum Ausbau der Wasserkraftanlagen in Hessen im Jahre 1997 unter Ihrer Regierungsverantwortung eingestellt wurde?

#### **Gernot Grumbach (SPD):**

Weil die Mittel nicht abgeflossen sind. Man könnte auch sagen, was man hätte machen müssen. Man hätte nämlich die Förderrichtlinie an die veränderten Bedingungen anpassen müssen. Aber das haben Sie nicht mehr gemacht. Das wissen Sie sehr genau.

(Beifall bei der SPD – Mark Weinmeister (CDU): Warum haben Sie es nicht gemacht?)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank noch einmal. – Jetzt hat aber Frau Kollegin Schott für die Fraktion DIE LINKE das Wort.

#### **Marjana Schott (DIE LINKE):**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir uns darüber einig sind, dass wir Klimaschutzziele erreichen müssen, dann, finde ich, ist es eine unserer Aufgaben, und zwar eine der wichtigsten, in unserer Bevölkerung dafür zu werben. Was wir hier tun, ist aber, eine permanente Verunsicherung zu erreichen. Immer dann, wenn ich mit Menschen darüber rede, die diese Klimafrage erörtern, höre ich: Ja, es besteht doch die Gefahr, dass irgendwann das Licht ausgeht; es besteht die Gefahr, dass der Strom so teuer wird, dass wir ihn nicht mehr bezahlen können.

Wenn ich in der Anhörung richtig zugehört habe, besteht diese Gefahr aus wissenschaftlicher Sicht nicht. Wir können sehr wohl die ganze Welt mit erneuerbaren Energien versorgen. Technisch ist es möglich. Wissenschaftler haben das gerechnet, und es ist nicht widerlegbar.

Es ist auch so möglich, dass wir uns nicht in Abhängigkeiten von einer bestimmten politischen Region begeben. Wir müssen es nur politisch wollen. Wenn wir es wollen, können wir es erreichen. Wir können es sogar relativ schnell erreichen. Auch das war zu hören.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der CDU)

Es ist hochgradig verantwortungslos, wenn wir an dieser Stelle die Bevölkerung weiterhin verunsichern und erzählen, der Strom ginge aus. Tatsächlich geht das Licht auf diesem Planeten aber endgültig aus, wenn wir uns nicht bewegen.

(Zurufe von der FDP: Ui!)

Die Auswirkungen der Klimaveränderungen können wir allenthalben sehen. Es gibt Menschen, die sie in den letzten Jahren sehr existenziell zu spüren bekommen haben und die immer wieder und auch gegenwärtig zu spüren

bekommen. Wenn uns das egal ist, dann sind wir an dem Punkt angekommen, wo es keine Umkehr mehr gibt.

(Frank Gotthardt (CDU): Sagen Sie doch einmal, wie wir es machen!)

– Da fragen Sie doch ganz einfach die Wissenschaftler noch einmal. Oder Sie hätten besser zugehört. Wir können mithilfe von Wind-, Wasser- und Solarenergie weltweit sogar steigenden Energiebedarf decken. Das ist machbar, wenn es politisch gewollt ist.

(Frank Gotthardt (CDU): Ich habe gehört, dass es da Probleme mit der Speicherung der Energie gibt!)

Wenn ich hier höre, dass die Solarsatzung etwas ganz Problematisches ist, weil sie Häuslebauer zwingt: Wir haben irgendwann Häuslebauer auch gezwungen, sich an die Kanalisation anzuschließen. Kein Mensch wird heute mehr infrage stellen, dass das sinnvoll ist. Genauso sinnvoll ist es, Neubauten entsprechend auszustatten. Es wird niemand wirtschaftlich ruiniert, denn kein Mensch muss seinen Altbau ad hoc in irgendeiner Weise umstellen.

(Frank Gotthardt (CDU): Sie demonstrieren, wie Mieten steigen! Das ist das Schöne!)

Die Satzung sagt: Immer dann, wenn etwas erneuert werden muss, muss es nach neuestem technologischen Stand erneuert werden. – Daran werden die Mieten nicht steigen.

(Frank Gotthardt (CDU): Wissen Sie, das sich die Solarsatzung nicht nur auf Neubau, sondern auf Altbauten bezieht?)

Die Nebenkosten von Mieten steigen durch die Situation ins Unermessliche, die wir im Moment haben. Das kann dem Vermieter derzeit relativ egal sein, denn der nimmt seine Miete ein. Die Leidtragenden sind an der Stelle die Menschen, die die hohen Nebenkosten zahlen müssen, weil die Häuser nicht entsprechend isoliert werden. Dem wird mit so etwas wie der Solarsatzung – der Ausdruck ist fälschlich, ich würde sie eher Umweltsatzung nennen – endlich Gerechtigkeit getan, dass nämlich dann Vermieter in Gebäude investieren müssen, in die sie es sonst vielleicht nicht würden.

Auch der Denkmalschutz ist sehr deutlich berücksichtigt. Lesen Sie die Solarsatzung noch einmal genau, dort steht es drin.

(Beifall bei der LINKEN – Frank Gotthardt (CDU): Wer bezahlt denn?)

Wer der Meinung ist, der erneuerbare Strom sei nicht bezahlbar, hat auch nicht richtig zugehört. Wir konnten alle deutlich hören, dass der Break-even-Point ziemlich nah vor uns liegt. Die Ausbeutung der Energiequellen wird immer teurer – Wind, Wasser und Sonne haben wir. Die Technologiepreise sinken. SMA in Nordhessen z. B. wird Ihnen bestätigen, dass sie in den letzten fünf Jahren und in den fünf Jahren davor die Kosten für ihre Geräte jeweils halbiert haben, und zwar aufgrund von Forschung. Sie haben das Ziel, das auch weiterhin zu tun.

An dieser Stelle werden wir sehr bald zu dem Punkt kommen, wo wir bei den Preisen ein Patt haben, und danach wird es sich andersherum auseinanderentwickeln, als Sie es hier dargestellt haben.

(Beifall des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Wenn wir über hessische Energien nachdenken, müssen wir nicht in den Grenzen von Hessen denken. Stattdessen müssen wir deutlich darüber hinausdenken. Denn dass ein relativ kleines Land das nicht immer und sofort alleine stemmen kann, ist verständlich. Wir müssen den Mix haben, einschließlich der erneuerbaren Energien. Damit schaffen wir jede Menge Arbeitsplätze – das können Sie sich in Nordhessen anschauen.

Wer immer noch am Atomstrom hängt, der soll einmal nach Asse fahren und mit den Menschen dort sprechen und ihre Ängste hören. Oder vielleicht sollte er dort leben, wenn er keine Angst vor dem hat, was dort gerade geschieht. Mir persönlich macht das unglaublich viel Angst.

In diesem Sinne ist es völlig klar, dass man nur zu einem Ergebnis kommen kann, wenn man diese Energieanhörung richtig auswertet: Wir müssen in der Bevölkerung dafür werben – und nicht Angst schüren –, dass wir erneuerbare Energien brauchen, und zwar schnell und flächendeckend.

(René Rock (FDP): Angst schüren ist Ihre Stärke!)

Die Verunsicherung muss ein Ende haben. Die Verunsicherung darf von diesem Haus gerade nicht ausgehen, sondern es muss dargestellt werden: Es ist machbar. Es muss den Ängsten immer deutlich entgegengetreten werden. Ich nehme diese Ängste der Menschen da draußen sehr ernst.

(Frank Gotthardt (CDU): Warum brauchen Sie dann in Marburg eine Solarsatzung, wenn Sie so überzeugend sind?)

Das sollten wir alle tun. Genau deshalb müssen wir uns klar positionieren und sagen: Es geht, wir müssen es wollen; und wir geben alle Anstrengungen da rein, das, was wir wollen, auch in praktisches Handeln umzusetzen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN – Frank Gotthardt (CDU): Dann sagen Sie doch einmal, was Sie praktisch tun! Alles abstraktes Gerede!)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Schott. – Nächster Redner ist Herr Kollege Möller für die CDU-Fraktion. Herr Möller, Sie haben noch vier Minuten Redezeit.

#### **Klaus Peter Möller (CDU):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Vier Minuten sind eine überschaubare Redezeit, aber es wird für eine kleine Zusammenfassung reichen.

Nachdem man alles gehört hat, was hier vorgetragen wurde, wenn man jede einzelne Aussage sehr konzentriert verfolgt, dann stellt man fest, dass wir heute immerhin so weit sind, zu unterscheiden – wenn auch nur satz- oder absatzweise – zwischen Energieeffizienz und Einsparpotenzialen auf der einen Seite und den erneuerbaren Energien bei der Stromerzeugung auf der anderen Seite.

Ich bedauere es immer, dass in der Öffentlichkeit mehr oder weniger der Eindruck erweckt wird, das hängt alles automatisch irgendwie zusammen – der CO<sub>2</sub>-Ausstoß, die Energieeffizienz, die Wärmeenergie und die elektrische Energie. Das wird alles zusammengewürfelt. So kommt die Diskussion draußen an.

Die Folge ist absehbar. Wenn wir auf die Frage der erneuerbaren Energien die Antwort diskutieren, inwiefern man den Ausbau irgendwelcher Energieträger beschleunigen kann, um das Thema der Energiekosten, die den Einzelnen auf der Straße betreffen, in den Griff zu bekommen, dann ist diese Diskussion irreführend.

Unabhängig davon, wie wir das Problem der Gewinnung des elektrischen Stroms aus erneuerbarer Energie lösen, werden wir von ganz anderen dringenden Problemen eingeholt werden: Bald haben wir Oktober, dann springen wieder die großen Heizungsanlagen an, und wir werden von einem ganz anderen Phänomen eingeholt werden. Damit kommen wir zum Thema der Energieeffizienz zurück.

Bei den galoppierenden Öl- und Gaspreisen – die haben viele angesprochen – müssen wir in der Tat ernsthaft die Frage diskutieren, fernab von jeder populistischen Gewichtung, wie wir eine Antwort auf die Frage geben können, wie zukünftig die Haushalte ihre Energiekosten tragen sollen, die es sich nicht mehr leisten können.

(Beifall der Abg. Elisabeth Apel (CDU))

Diese Frage wird nicht mit irgendwelchen Zwängen beantwortet werden können und auch nicht mit Programmen, in denen der Staat ohne Freiwilligkeit Einfluss nimmt, durch Zwang. Wir werden nicht nur die Folge erleben, dass die Wärmeenergie teurer wird, wir werden mit Maßnahmen wie der Erdkabelverlegung, Fotovoltaikanlagen und was auch immer erreichen, dass auch der Strompreis nach und nach steigen wird. So werden wir die Haushalte mehr belasten statt weniger.

Deshalb plädiere ich dafür, das, was übrigens in beiden Anträgen zu lesen ist und was in jedem Wortbeitrag zumindest marginal zu hören war, in Zukunft nicht mehr isoliert zu betrachten, sondern gemeinsam zu diskutieren. Dazu gehört die Frage, wie wir am schnellsten und effektivsten das größte Einsparpotenzial nutzen können – und das liegt in der Wärme, nicht beim Strom.

Meine Damen und Herren, dazu lade ich Sie herzlich ein. Legen Sie die Anträge nebeneinander, und Sie werden es sehen, beispielsweise Punkt 6 des Antrags der GRÜNEN.

Vor dem Hintergrund, dass wir nach den Aussagen der Verbände eine Modernisierungsrate von gerade einmal 1,5 % in der bestehenden Substanz haben, macht das deutlich, mit welchem Schneckentempo gerade diese Frage angegangen wird, in der kurzfristige Erfolge erzielt werden können.

Wir müssen die Frage diskutieren, wie wir dafür Anreize schaffen können, wie wir durch Informationen, durch die Bündelung von Angeboten auch bei Neubaumaßnahmen vorankommen können.

Diese Aufgabe kann der Staat, das Land durchaus leisten, ohne mit der großen Keule der staatlichen Verordnung zu kommen. Der Anreiz für einen jeden liegt jenseits aller Zwangsmaßnahmen einfach darin, seine Energiekosten möglichst gering zu halten und sich damit von angekündigten Preissteigerungen unabhängig zu machen, beispielsweise beim Erdgas.

Hier werden die Fragen teilweise vermengt. Sie kommen in der Regel so an, dass wir bei den Diskussionen um die erneuerbaren Energien mit der Windkraft und Ähnlichem auch diese Preisspirale in den Griff bekommen werden. Da machen wir den Menschen etwas vor. Denn wir werden die Frage, wie wir die Preissteigerung bei der Wär-

meenergie in den Griff bekommen, damit nicht beantworten können.

Die in irgendwelchen Papieren diskutierten Möglichkeiten – bis hin zu Windrädern in Landschaftsschutzgebieten, oder wo immer die vorgeschlagen werden – sind weder die Lösung für die Hauptursache von CO<sub>2</sub> und bringen uns dort kaum bis gar nicht weiter; noch sind sie die Antwort auf die Frage der Menschen, wenn demnächst die Heizkosten noch weiter steigen und in Zukunft im Verhältnis zu früher explodieren werden. Das ist auch keine Lösung für die Hauptkostenträger der privaten Haushalte.

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Kollege Möller, entschuldigen Sie bitte, aber Sie müssen zum Schluss Ihrer Rede kommen.

#### **Klaus Peter Möller (CDU):**

Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss.

Zusammenfassend ganz kurz die Botschaft: Wenn wir uns in Zukunft darauf einigen können, dass wir die verschiedenen Bereiche getrennt voneinander diskutieren, dann, glaube ich, werden wir zumindest bei der Effizienzsteigerung und bei der Einsparung relativ schnell das gleiche Ziel verfolgen. Wenn die GRÜNEN davon abgehen, in dieser Art und Weise unfreundlich zu formulieren, dann wäre dieser Weg sogar in diesem Antrag zu finden.

Deshalb hoffe ich, dass wir in Zukunft das Ganze etwas sachlicher debattieren. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege Möller. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Wissler für die Fraktion DIE LINKE. Sie haben noch neuneinhalb Minuten Redezeit.

#### **Janine Wissler (DIE LINKE):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zu Beginn möchte ich kurz etwas zu Punkt 4 im Antrag der GRÜNEN sagen.

Am 13. September sind erneut über 5.000 Menschen gegen die Erweiterung des Kraftwerks Staudinger auf die Straße gegangen. Das finde ich sehr gut und sehr erfreulich. Diese Demonstration war ein Erfolg.

Bereits am 5. Juni hat sich der Landtag eindeutig gegen den Bau von Block 6 ausgesprochen. Jetzt muss man an die Erklärung des Vorstandsvorsitzenden Bernotat erinnern, es werde keinen Ausbau des Kraftwerks Staudinger gegen den Willen der Bürgerinnen und Bürger und gegen den Willen der hessischen Politik geben.

Jetzt haben zum zweiten Mal Tausende Menschen demonstriert. Ich fand es ein ganz wichtiges Zeichen, dass alle drei Parteien, die im Hessischen Landtag vertreten sind und den Ausbau des Kohlekraftwerks ablehnen, auf dieser Demonstration zahlreich vertreten waren. Ich fand das ein wichtiges Zeichen an die Bürgerinitiative und auch an die Anwohner.

Ich denke, wir müssen fordern, dass Bernotat seinen Worten jetzt Taten folgen lässt und den Ausbau endlich ad acta legt.

(Beifall bei der LINKEN und des Abg. Gernot Grumbach (SPD))

Beim Bau von Block 6 würde sich der CO<sub>2</sub>-Ausstoß fast verdreifachen. Jetzt wurde eine neue Belastungsstudie von E.ON vorgestellt. Aus der ergibt sich, dass eigentlich alles gar nicht so schlimm ist.

Die Bürgerinitiative „Stoppt Staudinger“ kritisiert zu Recht, dass der Aussagewert dieser Messungen gegen Null tendiert, weil die Geräte zur Messung der Luftbelastung so weit abgelegen platziert waren, dass sie die Abgase des Kohlekraftwerks gar nicht mehr in der Form erfassen konnten, wie das nötig gewesen wäre, um wirklich relevante Daten zu erhalten. Deshalb unterstützen wir auch die Forderung der Bürgerinitiative, dass diese Messstellen neu platziert und dass die Messungen wiederholt werden müssen, um an relevante Daten zu gelangen.

Die Grenze der Belastbarkeit ist im Rhein-Main-Gebiet erreicht. Wir haben heute Morgen bereits über die Notwendigkeit einer Gesamtbelastungsstudie für das Rhein-Main-Gebiet gesprochen, und zwar für alle Projekte, die den CO<sub>2</sub>-Ausstoß erhöhen. Angesichts der drohenden Klimakatastrophe ist der Bau weiterer CO<sub>2</sub>-Schleudern nicht zu verantworten. Ich denke, dadurch wird eine völlig veraltete Technologie zementiert. Dieses Geld wäre anderswo besser investiert.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Zukunft liegt bei Energieeinsparung, Energieeffizienz sowie beim Ausbau erneuerbarer Energien. Wenn ich in den Antrag der CDU und der FDP schaue, in welchem vor dem „Wildwuchs zur Errichtung von Windkraftanlagen“ sowie vor der sogenannten Solarsatzung gewarnt wird, dann erwidere ich: Wir müssen verdeutlichen, dass die Energiewende möglich ist. Sie muss aber politisch gewollt sein. Dafür bedarf es politischer Mehrheiten, doch lese ich aus Ihrem Antrag heraus, dass Sie es nicht wollen.

(Zuruf des Abg. Heinrich Heidel (FDP))

DIE LINKE hält die Entmachtung der großen Energiekonzerne für nötig, weil die Energiekonzerne die Energiewende blockieren, und zwar aus Angst um ihre Profite. Die Liberalisierung des Energiemarkts hat zu immer weiteren Preissteigerungen geführt. Die Energiepreise sind für die Verbraucher mittlerweile zur zweiten Miete geworden. Daher fordern wir für die Verbraucherinnen und Verbraucher Sozialtarife.

(Beifall bei der LINKEN)

Angesichts der Rekordgewinne der Energiekonzerne ist es, so denke ich, das Mindeste, was man in diesem Zusammenhang fordern kann.

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Frau Kollegin Wissler, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Rock von der FDP-Fraktion?

#### **Janine Wissler (DIE LINKE):**

Herr Kollege, ich bin ein wenig knapp in der Zeit und möchte meine Ausführungen gern zu Ende bringen. –

DIE LINKE will, dass die Energieversorgung in die öffentliche Hand überführt wird, weil wir der Meinung sind, dass die Energieversorgung unter demokratische Kontrolle gestellt werden muss.

(Unruhe bei der CDU – Frank Gotthardt (CDU):  
Wie wollen Sie das denn machen?)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Frau Kollegin Wissler, es gibt noch eine Zwischenfrage des Kollegen Wagner für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gestatten Sie diese Zwischenfrage?

#### **Janine Wissler (DIE LINKE):**

Frau Präsidentin, ich möchte gern meine Ausführungen zu Ende bringen. Ich möchte auch anmerken, dass es sehr störend ist, wenn von der Regierungsbank bzw. von den Herren Ministern Zurufe gemacht werden. – Ich wiederhole meinen Satz. Wir, DIE LINKE, fordern, dass die Energieversorgung in die öffentliche Hand und unter demokratische Kontrolle gestellt wird.

(Beifall bei der LINKEN – Frank Gotthardt (CDU): Wie geht das denn, Frau Kollegin?)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Kollege Gotthardt, ich darf Sie bitten, sich mit Ihren Zwischenrufen ein wenig zurückzuhalten. Frau Wissler hat gerade gesagt, dass Sie den Zusammenhang gern ausführen wird. Ich denke, dies sollten wir hier auch berücksichtigen. Wir sollten die Rednerin ausreden lassen. – Herzlichen Dank.

#### **Janine Wissler (DIE LINKE):**

Frau Präsidentin, vielen Dank. – Wir sind auch der Meinung, dass eine Verstaatlichung in diesem Zusammenhang nicht ausreicht. Wir wissen, dass Vattenfall zwar ein Staatskonzern ist, doch ebenfalls nach den Kriterien der Profitmaximierung funktioniert. Wir sind daher der Meinung, dass die Rückführung der Energieversorgung in das öffentliche Eigentum ein erster Schritt sein muss. Darüber hinaus müssen wir schauen, wie wir diese Unternehmen demokratisch kontrollieren können, sodass die Energieversorgung eben nicht die Profitmaximierung zum Ziel hat, sondern gemäß den Bedürfnissen der Menschen funktioniert.

(Frank Gotthardt (CDU): Wie geht die Verstaatlichung nun, Frau Kollegin?)

Nur so können wir auch wirklich zu einer Energiewende kommen, weil dies gerade aufgrund der Profitinteressen der großen Energiekonzerne verhindert wird. Die Energieversorgung ist ein Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge, so wie auch die Gesundheitsvorsorge oder der öffentliche Personennahverkehr. Daher gehört die Energieversorgung in die öffentliche Hand.

Auch in der Bundesrepublik Deutschland waren diese Bereiche lange in öffentlicher Hand. Auch wenn Sie vielleicht anführen, dass dies keine Gültigkeit habe, entgegen ich Ihnen, dass dies in Art. 41 der Hessischen Verfassung derart beschrieben ist.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Wer hat Ihnen das denn aufgeschrieben?)

Nun kann man sagen, dass dies nicht gültig sei, doch kann man wohl auch nicht anführen, dass dies die Verfassung der DDR sei. Das ist nun wirklich nicht der Fall. Wir fordern das, weil wir nur so garantieren können, dass es eine sichere Energieversorgung gibt, dass der CO<sub>2</sub>-Ausstoß vermindert wird und dass wir dem Klimawandel vorbeugen können.

(Unruhe bei der CDU – Michael Boddenberg (CDU): Wie machen Sie das nun mit der Verstaatlichung?)

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Meine Damen und Herren! Frau Kollegin Wissler, bitte entschuldigen Sie noch einmal kurz. – Frau Wissler hat das Wort, und sie darf hier ihre Ausführungen machen. Ich bitte Sie nochmals, sie nicht weiterhin mit kontinuierlichen Zwischenrufen zu unterbrechen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

**Janine Wissler (DIE LINKE):**

Frau Präsidentin, vielen Dank. – Ich komme zum Schluss. Ich denke, dass wir dafür kämpfen müssen, dass Staat und Demokratie wieder mehr Einflussbereiche bekommen und dass die öffentliche Daseinsvorsorge gemäß den Bedürfnissen der Menschen funktioniert. Daher brauchen wir eine demokratische Kontrolle.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Frau Kollegin Wissler, vielen Dank. – Es gibt nun zwei Meldungen für Kurzinterventionen. Zunächst hat sich Herr Kollege Rock zu Wort gemeldet, dann erhält Herr Gotthardt das Wort, und Frau Kollegin Wissler erhält, wenn sie das möchte, Gelegenheit zu einer zusammenfassenden Antwort.

**René Rock (FDP):**

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Frau Wissler, ich möchte nun in dieser Form eine Frage an Sie richten, die Sie allerdings nicht zu beantworten brauchen. Dennoch möchte ich in diesem Zusammenhang noch auf etwas hinweisen: Sie haben sich gerühmt, dass Sie demonstriert hätten und dass dies wichtig gewesen sei. Ich hingegen war beispielsweise bei der öffentlichen Vorstellung der Messdaten in Bezug auf die Schadstoffbelastung der Luft, die auf dem E.ON-Gelände von unabhängigen Sachverständigen vom TÜV Süd vorgestellt worden sind. Dort habe ich Sie bzw. andere Mitglieder Ihrer Partei allerdings vermissen müssen. Sie sind immer dabei, wenn es darum geht, irgendwelche polemischen oder auch politischen Statements abzugeben, doch wenn es darum geht, Sachkunde zu erlangen sowie sich zu informieren, muss ich Sie leider immer vermissen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Kollege Rock, vielen Dank. – Herr Kollege Gotthardt, Sie erhalten das Wort.

**Frank Gotthardt (CDU):**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren. Es heißt häufig, man solle die Linkspartei nicht dämonisieren, sondern sich inhaltlich mit ihr auseinandersetzen. Das will ich gern tun.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage dies sowohl in die Richtung von Frau Schott als auch von Frau Wissler, da beide Damen vorgetragen haben, man müsste einmal; man müsste einmal; und die Energiewirtschaft solle verstaatlicht werden: Wie wollen Sie das denn machen? – Liebe Frau Wissler, ich habe immer dazwischengerufen und gefragt, wie Sie dies denn machen wollen, da ich der Meinung bin, dass Sie nämlich, so wie Sie dies machen wollen, Ihre Wähler enttäuschen werden, da Sie nach folgendem Motto ein Bild aufbauen: Das wird verstaatlicht. Beim Universitätsklinikum Marburg-Gießen behaupteten Sie ebenfalls, die Privatisierung werde rückgängig gemacht. Die SPD hat allerdings erwidert, es gebe hierfür kein Geld. Daraufhin hat ein anderer Vertreter Ihrer Fraktion gesagt: Zahlen lesen, das können wir auch. – Wie wollen Sie dies beim Universitätsklinikum Marburg-Gießen machen? Wie wollen Sie dies in Bezug auf die Energiewirtschaft machen?

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Sie reden von Verstaatlichung, und in diesem Zusammenhang gibt es entweder die Möglichkeit, zurückzukaufen – doch dann müssen Sie sagen, woher hierfür das Geld kommt –, oder Sie wollen enteignen, was ebenfalls eine sehr interessante Information wäre.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Kollege Gotthardt, herzlichen Dank. – Nun erhält Herr Dr. Rhiel für die Landesregierung das Wort.

(Unruhe bei der CDU – Axel Wintermeyer (CDU): Will Frau Wissler nicht antworten?)

– Sie meldet sich nicht. Jeder hat das Recht, auf eine Kurzintervention zu antworten oder auch nicht. Ich habe kein Signal einer Antwort erhalten, daher erhält nun Herr Wirtschaftsminister Dr. Rhiel für die Landesregierung das Wort.

(Anhaltende Unruhe bei der CDU)

**Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Frau Präsidentin! Wenn man diese Debatte nüchtern verfolgt und sich fragt, wo Gemeinsamkeiten zu erkennen sind, dann wird deutlich, dass die dreitägige Anhörung des Hessischen Landtags ihren Sinn gehabt hat.

(Heinrich Heidel (FDP): Ja!)

Bei allen Fraktionen habe ich wahrgenommen, dass es im Landtag die Überzeugung gibt: Der erste, gar der Königsweg für die CO<sub>2</sub>-Reduzierung in unserem Land ist die Effizienzverbesserung beim Energieeinsatz; und das bedeutet einen Beitrag zum weltweiten Klimaschutz.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich halte es für wichtig, dies zu unterstreichen. Denn in der Vergangen-

heit haben sich die Diskussionen im Landtag immer sehr, sehr eng auf die Frage fokussiert:

(Gernot Grumbach (SPD): Weil die Landesregierung sich darauf fokussiert hat!)

Wie können wir durch den Einsatz erneuerbarer Energien bei der Stromerzeugung einen wirksamen Beitrag leisten?

(Zuruf des Abg. Gernot Grumbach (SPD))

Herr Grumbach, das ist schon wichtig. Aber gerade bei Ihrer Rede ist mir heute sehr deutlich geworden, dass Sie einen Wechsel in der Gewichtung vorgenommen haben. Allein schon deshalb hat sich die dreitägige Anhörung gelohnt.

(Zuruf des Abg. Gernot Grumbach (SPD))

– Herr Grumbach, da Sie gerade wieder dazwischenrufen, möchte ich doch auf Ihre Rede eingehen und sagen: Wenn Sie sich schon hinstellen und eine Bewertung vornehmen, dann sollten Sie doch wenigstens bei der Wahrheit bleiben.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Insbesondere Sie sagen, diese Hessische Landesregierung habe nichts getan und habe Programme gestrichen. Daher will ich Ihnen wenigstens die wichtigsten Programme nennen, die, in dem Fall unter meiner Verantwortung, eingeführt worden sind. Wir haben das Hessische Energiegesetz entwickelt und insbesondere für die Einsparung von Energie in landeseigenen Gebäuden jährlich 3 Millionen € zusätzlich zur Verfügung gestellt. Wir haben ein neues Investitionspaket für die energetische Sanierung der sozialen Infrastruktur aufgelegt. Die positiven Beispiele, die Sie eben schon hervorgehoben haben – das möchte ich genauso positiv kommentieren –, gehen auch darauf zurück, dass mit unserem Programm in Höhe von 29 Millionen € für zwei Haushaltsjahre im Lande Hessen Schulturnhallen, Kindertagesstätten, Kindergärten, Gemeinschaftshäuser, Bürgerhäuser usw. saniert werden konnten. Das war Punkt zwei.

Punkt drei: Energieeffizienz im Mietwohnungsbau. Die privaten Wohnhäuser, Ein-, Zweifamilienhäuser, werden durch den Bund, durch die KfW-Programme – das wissen Sie genauso gut wie ich – umfassend gefördert. Wir brauchen keine Doppelförderung. Aber wir haben jährlich 30 Millionen € neu für die Wärmesaniierung und damit für die CO<sub>2</sub>-Reduzierung für den Geschosswohnungsbau zur Verfügung gestellt.

(Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wenn wir von Einsparungen reden, dann gehört hierzu genauso gut die Entwicklung des Passivhauses, das wir in mehrfacher Weise genauso wie andere Technologien gefördert haben.

(Zuruf des Abg. Gernot Grumbach (SPD))

Gerade Forschung und Entwicklung werden bei uns großgeschrieben. Ich will Ihnen nur drei Beispiele nennen. Dritter Kongress der Hessischen Landesregierung, dieser Regierung, zum Stichwort Tiefengeothermie, vorletzte Woche in Darmstadt, dritter Kongress zum Thema Nanoenergie und darüber hinaus ein Forschungsprogramm für erneuerbare Energien bei der Brennstoffzelle: all das nur als wenige Stichworte, um deutlich zu machen, dass wir genau den Weg gehen, der wichtig ist. Das heißt, wir gehen den Weg, sparsamer und effizienter mit Energie

umzugehen und erneuerbaren Energien zum Durchbruch zu verhelfen, und zwar vor allem dort, wo wir mittel- und langfristig auf eine hohe Subventionierung durch die Energiekunden verzichten können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit sind wir beim entscheidenden Punkt. Wenn wir Klimaschutzpolitik, wenn wir Energiepolitik machen, müssen wir alle drei Ziele – Herr Heidel und andere haben es gesagt – im Auge haben: Energie muss sicher verfügbar sein, Energie muss bezahlbar bleiben, und Energie muss den klimapolitischen Zielen dienen.

Schauen wir auf die CO<sub>2</sub>-Emissionen. Es ist richtig, dass sich die Bundesregierung ein sehr ehrgeiziges Ziel gesetzt hat, nämlich eine 40-prozentige Reduzierung auf der Basis von 1990. Wir haben inzwischen 20 % erreicht. Der Weg für die restlichen 20 % wird härter. Aber wir sollten uns bei der anderen Zielsetzung auch der Tatsache bewusst sein, dass in Anbetracht der Tatsache, dass wir in Deutschland mit knapp 800 Millionen t zwar sicherlich zu viel, dennoch aber nur – in Anführungszeichen; diese Zahl muss genannt werden – 2,6 % des weltweiten CO<sub>2</sub>-Ausstoßes verursachen, CO<sub>2</sub> kein regionales Thema ist, dass CO<sub>2</sub> auch kein nationales Thema ist. Meine Damen und Herren, deswegen macht es wenig Sinn, hier Maßnahmen umzusetzen, die uns wirtschaftlich in Schwierigkeiten bringen und uns damit die Kraft nehmen, das zu tun, was in Wirtschaft, in Forschung und Entwicklung notwendig ist, um auf diesem Weg einen wirklich dauerhaften Beitrag leisten zu können.

(Beifall der Abg. Elisabeth Apel (CDU))

Meine Damen und Herren, die Menschen in unserem Land – auch ich höre die Klagen von der linken Seite hier im Hause, bezogen auf die Privathaushalte – leiden ohnehin unter der Abgabenlast. Deswegen ist das Thema „mehr Netto vom Brutto“ ein hochaktuelles Thema. Aber bei der Fragestellung, was sich die Menschen von diesem ohnehin geringer gewordenen Nettoeinkommen leisten können, spielen überhöhte Energiepreise eine ganz entscheidende Rolle.

Da geht es zum einen um Wettbewerb. Das ist ein Thema für sich. Zum Zweiten geht es aber auch um die Frage, ob wir bei einer Förderung erneuerbarer Energien, die im Übermaß und dauerhaft, ohne Ende, geschehen soll, die Verbraucher zusätzlich belasten. Ich hebe nur ein Beispiel hervor: Allein die Tatsache, dass die Fotovoltaikanlagen, die bisher installiert worden sind, die Verbraucher in den nächsten Jahren 40 Milliarden € zusätzlich kosten – das heißt, jeder, der Strom aus der Steckdose bezieht, muss dies bezahlen –, macht deutlich, Herr Grumbach, dass es auch bei der Bezahlbarkeit von Energie um die Frage geht, welche erneuerbaren Energien in unserem Land die richtigen sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP – Gernot Grumbach (SPD): Begründen Sie das einmal!)

Da geht es nicht nur um die Bezahlbarkeit, sondern es geht auch um die Frage der dauerhaften Verfügbarkeit. Wie wir alle wissen, ist Windenergie eine gute Energie im Hinblick auf Umweltverträglichkeit, ja, ich sage sogar, im Hinblick auf die Einspeisevergütung, die bei 7 Cent liegt. Damit ist sie auch ökonomisch verkraftbar. Deswegen sind wir nicht gegen Windenergie.

(Demonstrativer Beifall des Abg. Torsten Warnecke (SPD))

Aber wir wissen, dass Windenergie in hessischen Breitengraden von 8.000 Stunden im Jahr gerade mal 1.500 Stunden zur Verfügung steht. Deswegen kann Windenergie als erneuerbare Energie allein die Versorgung in Hessen nicht gewährleisten.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Zurufe der Abg. Gernot Grumbach und Norbert Schmitt (SPD))

– Herr Grumbach, ich war bei der Anhörung. Auch Sie waren zeitweise dabei. – Ich möchte deshalb noch einmal auf die wirklichen Zusammenhänge zurückkommen. Schauen wir uns den Energieverbrauch in Hessen an und bewerten die Zahlen nüchtern. Es handelt sich um eine Größenordnung von 39 Milliarden kWh im Jahr. Für CO<sub>2</sub>-Emissionen sind alle Primärenergien verantwortlich, die bei ihrer Umwandlung in Nutzenergie CO<sub>2</sub> verursachen. Für die 39 Milliarden kWh Energie, die in Hessen verbraucht werden, müssen wir in Hessen Primärenergie in einer Größenordnung von 290 Milliarden kWh einsetzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das macht deutlich, dass wir bei der Frage: „Wie können wir am wirksamsten und auch am ökonomischsten CO<sub>2</sub> reduzieren?“, an die Ursache der CO<sub>2</sub>-Emissionen heran müssen. Daran wird uns deutlich, dass beim Primärenergieeinsatz nicht so sehr die eine oder die andere Energie relevant ist, sondern wir müssen erkennen, dass der größte Anteil mit insgesamt einem Drittel durch das Mineralöl verursacht wird, ein Viertel durch den Ölverbrauch, die Ölwanlung, ein Viertel durch die Kohle, und darüber hinaus ist die Kernenergie deutschlandweit mit 20 % dabei.

Dies führt uns zur nächsten Frage: Wo wird die gewandelte Energie als Nutzenergie verbraucht? Da gilt folgende Faustregel: 30 % Verkehr, 30 % in Bereich der Industrie und 30 % in den Haushalten.

Da wird deutlich, wie wir vorgehen müssen. In der Verkehrstechnologie müssen wir z. B. durch klare Vorgaben, wie viel CO<sub>2</sub>-Ausstoß noch akzeptiert werden kann, erreichen, dass die Autoindustrie entsprechende Techniken erfindet, um die CO<sub>2</sub>-Emission zu reduzieren. Wir haben eben bereits für die Industrie gehört – Herr Grumbach, Sie haben das Beispiel von Merck genannt –, dass aus Eigeninteresse der Industrie heute gewaltige Energieeffizienz- und Energieeinsparungsprogramme laufen. Das, was dem Portemonnaie nützt, nutzt auch dem Klima. Das ist die optimale Situation. Das erleben wir in häufiger Form.

Schließlich kommen wir zu den Haushalten. Dort ist es vor allem der Wärmeverbrauch. 75 % des Energieverbrauchs gehen in den Haushalten in die Raumwärme, 10 % in die Warmwasserbereitung, also insgesamt 85 % allein für die Wärme. An dem Beispiel sehen wir, wie wenig der Strom uns bei dieser Frage nutzen kann.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Deswegen kommt es darauf an, alle Potenziale zu nutzen, sowohl im Bereich der erneuerbaren Energien als auch im Bereich der Energieeffizienz, sprich: sowohl technischer Wirkungsgrad als auch Energieeinsparung, um das Ziel 40 % CO<sub>2</sub>-Einsparung zu erreichen.

Deswegen ist es wichtig, dass wir nicht nur die erdnahe Geothermie nutzen, die inzwischen in breiter Weise angewandt wird. Fragen Sie einmal, was bei Neubauten geschieht. Wir müssen das Passivhaus weiter vorantreiben.

(Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Schauen Sie sich die verschiedensten Modelle in Hessen an, die wir gefördert haben, die inzwischen auch praxistauglich sind. Schauen Sie auch auf die Energieeinsparungsprogramme, Stichwort: 30 Millionen €, die wir im Jahr zur Verfügung stellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn es uns gelingt – davon bin ich sehr überzeugt –, dass wir diese 50 % Potenziale, die wir nutzen können, in wenigen Jahren umsetzen, dann muss uns insgesamt keine Angst und Bange darum sein, dieses klimapolitische Ziel zu erreichen. Wir erleben jedenfalls derzeit einen hohen Run auf die Förderprogramme. Wir erleben derzeit, wie die Effizienz gesteigert wird. Wir erleben derzeit, dass die Quote der energetischen Sanierung von Gebäuden nach oben geht. Wenn diese Quote auf nur 2,5 % gesteigert wird, dann haben wir in gleicher Weise einen gewaltigen Innovationsschub, auch für das Handwerk in Hessen. Dann wird deutlich, dass Ökonomie und Ökologie zusammenkommen.

Diese Hessische Landesregierung hat deutlich gemacht – wir fühlen uns ausdrücklich ermuntert und bestätigt durch die dreitägige Anhörung –, dass wir keine Alternative dazu haben, die drei Ziele Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltverträglichkeit der Energieversorgung in gleicher Weise voranzutreiben.

Wir haben erkannt, dass die wichtigste, die neue Energiequelle, die erschlossen werden kann, die Energieeffizienz ist. Wir wissen, dass aufgrund des weltweiten Energiehungers der Wirtschaftsstandort Deutschland nur dann überleben kann, wenn wir ähnlich wie bei der Arbeitsproduktivität, die wir deutlich steigern konnten, auch bei der Energieproduktivität – also bei der Frage, wie viel Bruttoinlandsprodukt mit einer Einheit Energie erzeugt werden kann – eine Verdoppelung erreichen.

#### **Vizepräsident Hermann Schaus:**

Herr Minister, darf ich Sie daran erinnern, dass die Redezeit der Fraktionen zu Ende ist?

#### **Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Ich komme zum Schluss und will noch einmal erläutern, was das heißt.

Die Energieproduktivität zu verdoppeln heißt, dass wir mit der gleichen vorhandenen Energie das Bruttoinlandsprodukt verdoppeln können. Ausgehend von dem Bruttoinlandsprodukt – das ist die bessere Variante im Hinblick auf die Einsparung der Energie –, können wir dieses mit der hälftigen Energie bewerkstelligen. Damit leisten wir einen Beitrag zum Klimaschutz. Dann machen wir deutlich, dass Umweltpolitik ein integraler Bestandteil von Energie- und Wirtschaftspolitik ist. Wenn wir das begriffen haben, werden wir diesen gemeinsamen Weg erfolgreich fortführen können. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

**Vizepräsident Hermann Schau:**

Vielen Dank, Herr Staatsminister Rhiel. – Zur zweiten Runde erteile ich Frau Ursula Hammann von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

**Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Minister Rhiel, die Bilanz im Energiebereich ist doch mehr als dürrtig. Sie können sich nicht hierhin stellen als diejenigen, die schon sehr früh die Problematik erkannt haben, dass man Energie einsparen muss, dass man die erneuerbaren Energien ausbauen muss und dass man Förderprogramme erstellen kann, wenn Sie gerade in der Vergangenheit das Gegenteil getan haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben Sie immer dafür kritisiert, dass Sie die Förderprogramme eingestellt haben. Ich denke an die sehr anspruchsvollen Klimaschutzprogramme, die wir hatten. Ich denke an die sehr guten Energiesparmaßnahmen, die über das Land Hessen gefördert wurden. Sie haben die Kommunen doch erst wieder unterstützt, als Sie gesehen haben, dass der Zug der wärmetechnischen Sanierung endlich in diese Richtung gehen muss. Sie hatten damals das Förderprogramm sang- und klanglos eingestellt. Wir haben Sie doch in jeder energiepolitischen Debatte dazu getrieben, mehr zu tun als das, was Sie uns immer vorgelegt haben. Herr Minister Rhiel, das ist doch die Realität.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Ich bedauere es wirklich sehr. Wir hatten die dreitägige Anhörung, wir hatten sehr viele sehr gute Experten im Haus, die uns sehr dezidiert dargestellt haben, was man tun muss, um eine sichere Energieversorgung zu errichten, und wie man darauf achtet, dass bestimmte Maßnahmen schneller umgesetzt werden können. Ich stelle fest, wir schlagen schon wieder die alten Schlachten, ohne dass von der CDU jemand dazu bereit wäre, zu erkennen, dass es gute und strategische Vorschläge der Experten gibt, wie man den Ausbau der erneuerbaren Energien forcieren kann.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich bedauere es, dass es der CDU nicht gelingt, von ihren alten Positionen abzurücken. Es wurde ganz klar dargestellt: Der Anteil der Erzeugung elektrischen Stroms durch Atomenergie ist weltweit nur eine Marginalie, nur 2,2 %. Es wurde dargestellt, dass das Setzen auf die Energieerzeugung aus Kohle ein Irrweg ist, weil geringe Wirkungsgrade die Grundlage dafür sind und weil wir hohe CO<sub>2</sub>-Ausstöße bei Kohlekraftwerken haben. Es wurde immer wieder argumentiert, wenn man auf Kohle setzt, muss eine neue Technik bezüglich der CO<sub>2</sub>-Abscheidung mit eingebaut werden.

Jeder der Experten weiß, dass das etwas ist, was möglicherweise nur in der Zukunft einmal eine Chance haben wird. Dies würde zu unglaublich hohen Kosten führen. Keiner weiß, wo dieses abgeschiedene CO<sub>2</sub> über viele Jahrhunderte sicher gelagert werden soll. Das ist das Problem.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

**Vizepräsident Hermann Schau:**

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Boddenberg?

**Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich habe jetzt nur wenig Zeit zur Verfügung. Ich rede gerne am Ende der Plenarrunde mit Ihnen über die Themen, von denen ich schon weiß, was Sie ansprechen werden.

(Zurufe von der CDU und FDP: Oh! – Horst Klee (CDU): Das ist eine Audienz!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben immer noch die Risiken in der Atomkraft. Wir stellen fest, dass die Stromkonzerne ständig Preiserhöhungen vornehmen. Das liegt daran, dass die Risiken sozialisiert werden und die Gewinne für die Stromkonzerne realisiert werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Man ist nicht bereit, zu 100 % einen Weg einzuschlagen, der erneuerbare Energien und zukunftssichere Energieversorgung heißt.

Frau Apel, es liegt mir wirklich auf der Zunge, ich muss es heute noch einmal sagen. Sie argumentieren immer mit den CO<sub>2</sub>-Problemen bei den einzelnen Entsorgungssystemen. Dann kommt immer wieder Ihr Argument, bei Solarenergie gebe es einen hohen CO<sub>2</sub>-Ausstoß von 89 g/kWh. Da gebe ich Ihnen recht, die Atomkraft hat in der Übersicht, die von Greenpeace ausgearbeitet wurde, im Importmix einen Wert von 32 g/kWh. Sie verschweigen aber immer, dass der nachgelagerte Bereich in keiner Weise in diese Untersuchungen hineingenommen wurde. Denn dann sieht die Bilanz ganz anders aus, liebe Kollegin.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der LINKEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn man CO<sub>2</sub> wirklich einsparen will, dann findet man unglaublich viele Bereiche, in denen man etwas tun kann. Sie tun aber zu wenig. Denn zu den erneuerbaren Energien gehört insbesondere der Wind hinzu. Da sagt Frau Apel nicht, dass man über die Windenergie nur 24 g/kWh CO<sub>2</sub>-Ausstoß hätte.

(Elisabeth Apel (CDU): Das habe ich mit eingerechnet!)

Die Windenergie ist etwas, was wir in Hessen natürlich mit forcieren müssen. Auch das ist ein Ergebnis dieser Anhörung. Ich muss sagen, ich bedauere es wirklich. Ich habe diese Anhörung fast ununterbrochen besucht. Ich war die ganze Zeit da und habe mir alles angehört, was dort gesagt wurde.

Meine Damen und Herren, wir sind gezwungen, dies umzusetzen. Denn wenn wir die Klimaschutzziele erreichen wollen, wenn wir es wirklich bis zum Jahr 2020 schaffen wollen, 40 % CO<sub>2</sub> einzusparen, dann müssen wir auch in Hessen endlich in die Puschen kommen und dürfen nicht nur darüber reden und Anhörungen durchführen, die am Ende nichts bringen.

Meine Damen und Herren, die Rezepte liegen doch alle auf dem Tisch. Auch die Bevölkerung ist viel weiter, als mancher in der CDU das glaubt. Wir sehen, dass die Photovoltaikanlagen auf den Dächern immer mehr werden,

dass sich Menschen darum Gedanken machen, wie man ihre Häuser effizienter dämmen kann. Das ist der richtige Weg, und da brauchen die Menschen nicht nur eine finanzielle Unterstützung, sondern sie brauchen auch die Unterstützung der Politik, die ihnen zeigt, was machbar ist, um ihre realen Kosten zu reduzieren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der LINKEN)

**Vizepräsident Hermann Schaus:**

Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist leider zu Ende.

**Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, erlauben Sie noch eine kurze Ausführung. – Im Jahr 2007 wurden in Deutschland fossile Energieimporte im Wert von 5,4 Milliarden € durch den Ausbau der erneuerbaren Energien eingespart. Wir müssen feststellen, dass wir im Jahr 2006 alleine die deutsche Volkswirtschaft mit einer Summe von 63 Milliarden € für Energieimporte belastet haben. Das müsste Ihnen wirklich den Grund dafür liefern, in die erneuerbaren Energien zu gehen. Denn das ist etwas, was zukunftssicher ist. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

**Vizepräsident Hermann Schaus:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Hammann. – Ich rufe für die SPD-Fraktion den Kollegen Grumbach auf.

Ich möchte an dieser Stelle recht herzlich bitten, da die Geräuschkulisse ziemlich groß geworden ist, dass die Gespräche möglichst reduziert oder nach draußen verlagert werden. Vielen Dank.

**Gernot Grumbach (SPD):**

Herr Minister Rhiel, Sie haben mich schon ein bisschen provoziert. Ich rede heute deswegen zu dem Thema, obwohl bei uns demnächst ein anderer Kollege zum Thema Energie reden wird, weil ich mich an meine Reden der letzten Legislaturperiode am besten erinnern kann.

Ich kann mich sehr wohl daran erinnern, dass ich in jeder Rede eingefordert habe, dass Sie Energie einsparen, und dass Sie drei Monate vor der Landtagswahl in der Tat dieser Debatte gefolgt sind und nachgegeben haben. Das gebe ich Ihnen gerne zu: Sie haben schon vor der Wahl einen ersten Schritt getan. Aber alles das, was Sie beschrieben haben, haben Sie sehr spät eingeleitet.

Aber bringen Sie es an dieser Stelle ein bisschen auf den Punkt. Da finde ich schade, dass Sie nicht in der Anhörung waren. Sie sind auf dem Stand der Debatte vor fünf Jahren.

(Zuruf: Eine Stunde!)

– Nicht lange genug. – Ich beschreibe es einmal. Sie bringen hier das alte Argument von den 1.500 Betriebsstunden bei der Windenergie. In der Anhörung ist deutlich gesagt worden von denen, die diese Dinge bauen: Wir bauen keine mehr, die weniger als 2.500 Stunden haben, auch im Binnenland nicht. Wir bauen sie eher dichter an 2.900 Stunden, weil das ökonomisch viel tragfähiger ist, wie sich

jeder ausrechnen kann. Hätten Sie zugehört, hätten Sie die Debatte nicht so geführt, weil wir an den hessischen Standorten – wir haben alle den Vergleich der erneuerbaren Energien bei Küstenstandorten und Mittelgebirgsstandorten – die Besonderheit haben, dass wir völlig andere Windausbeuten haben als im flachen Land, wenn wir das an die richtige Stelle bauen. Schauen Sie es nach, lesen Sie es bei den Anlagen nach, die es heute schon gibt, die in den letzten zwei Jahren gebaut wurden. Sie sind auf dem Stand von vor fünf Jahren, und genau das ist ein Teil des Problems.

Der zweite Punkt betrifft den Energiepreis. Sie haben hier eine Fantasierechnung aufgestellt. Ich habe zwischengerufen: Argumentieren Sie einmal, statt nur zu behaupten. – Der Energiepreis hängt von der teuersten Kraftwerksleistung ab. Er hängt überhaupt nicht von den Gesteigungskosten ab. Das heißt, die Debatte, die Sie hier führen, ist eine Phantomdebatte.

Ich sage Ihnen ein Beispiel. Windkraft ist in vielen Fällen durchaus teurer als Kernenergie. Das ist unstrittig. Trotzdem hat die Windkraft in den letzten zwei Jahren nach Berechnungen des Konzerns E.ON – mit Verlaub, das ist nicht mein Lieblingskronzeuge – dazu geführt, dass der Gesamtstrompreis gesunken ist; denn die Windkrafteinpeisungen haben dazu geführt, dass teure Kraftwerke nicht ans Netz gehen müssen.

(Zuruf des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Der dritte Punkt kommt hinzu, auch das kommt aus der Anhörung. Ich möchte bitten, dass Sie einfach aus den alten Gräben heraussteigen. Denn die Debatte zur Grundlast ist beendet. Mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz gilt der Vorrang für erneuerbare Energien. Das heißt, alle anderen Kraftwerke bis zum Atomkraftwerk werden als Steuerungskraftwerke eingesetzt. Das Grundlastkonzept stammt aus einer anderen Energiezeit. Wenn Windenergie 100 % Strom liefert, dann werden auch Atomkraftwerke abgeschaltet. Die Grundlastidee gibt es nicht mehr. Damit werden sie teurer, und damit werden Kohlekraftwerke unwirtschaftlicher.

Der letzte Punkt betrifft CCS, die Abscheidung von CO<sub>2</sub>. Originalzitate aus der Anhörung: Ja, wir glauben, dass es möglich ist. – Ich teile das in der Folge, ich will nicht debattieren. Aber es wird technisch nicht vor dem Jahr 2020 realisierbar sein.

Was heißt das? Unsere Reduzierung von CO<sub>2</sub> um 40 % ist bis zum Jahr 2020 gerechnet. Wer also heute auf eine Technik wartet, die dann noch gar nicht zur Verfügung steht, der weiß, dass er die Klimaschutzziele reißt.

Also kommen Sie aus den Gräben vor fünf Jahren heraus. Bringen Sie sich durch Nachlesen der Unterlagen auf den neuesten Stand. Dann können Sie als Opposition eine neue Landesregierung gut kritisieren. – Danke.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN – Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

**Vizepräsident Hermann Schaus:**

Vielen Dank, Herr Kollege Grumbach. – Für die Landesregierung erhält Herr Staatsminister Rhiel das Wort.

**Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Abg. Grumbach, ich will kurz auf zwei Dinge eingehen.

Erstens. Bei der erneuerbaren Energie Fotovoltaik beträgt die Einspeisevergütung – das wollen Sie nicht leugnen – 47 Cent/kWh. Selbst die überhöhten Preise, die die Konzerne zur konventionellen Energie liefern, liegen derzeit bei 7 Cent/kWh. Den Unterschied zwischen 47 Cent und 7 Cent muss jeder Stromkunde zahlen. Ich habe darauf hingewiesen, dass allein die bis jetzt installierte Leistung eine Zusatzfinanzierung für die Stromkunden von 40 Milliarden € in den nächsten Jahren bedeutet.

Zweitens möchte ich das Stichwort Grundlast aufgreifen, damit wir auch hier den Menschen keinen Sand in die Augen streuen. Natürlich ist es richtig, was Sie sagen, dass durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz derjenige, der eine Anlage zur Produktion erneuerbarer Energie hat, wann immer er Strom erzeugt, diesen absetzen kann – das ist der große Vorteil –, und zwar immer zu einem garantierten Preis. Das ist marktwirtschaftlich eine tolle Ausnahmesituation, die ich nicht kritisieren will.

Aber damit räumen Sie nicht das Problem aus dem Weg, ob wir nun 1.500 Stunden bei der Windkraft haben oder 2.000, dass in den restlichen 6.000 Stunden die Windenergie nicht die Energie liefern kann, die wir als Standort brauchen, die beispielsweise das Krankenhaus bei Notoperationen braucht, die jedes Hightechunternehmen braucht. Das ist doch das Problem.

Deswegen war ich erstaunt, dass Sie das Thema nicht schlüssig dargestellt haben. Ich bin durchaus dafür, dass wir so viel erneuerbare Energie wie nötig installieren. Deswegen müssen wir überlegen, wie wir gerade in den Zeiten, in denen die Sonne nicht scheint – das sind 7.000 Stunden im Jahr –, und in den Zeiten, in denen der Wind nicht weht, durch andere erneuerbare Energien eine möglichst hohe Kompensation schaffen können.

Nun zitiere ich hier Herrn Baake, und das ist aus meiner Sicht kein verdächtiger Zeuge. Auf die Frage, wie es realistisch aussieht und er es sich vorstellen kann in der berühmten absehbaren Zeit, hat er gesagt: Wenn wir bei der erneuerbaren Energie auf einen Anteil von 30 % kommen, dann haben wir ein hervorragendes Ergebnis.

Dieses Ziel möchte ich unterstreichen. Wenn wir das gemeinsam erreichen, dann hätten wir viel erreicht. Also konzentrieren wir uns auf das, was möglich ist.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Hermann Schaus:**

Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Ich erteile Herrn Al-Wazir für die Fraktion der GRÜNEN das Wort.

**Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Staatsminister, das kann so nicht stehen bleiben. Ich halte fest: Für die Solarstromförderung zahlt ein durchschnittlicher Haushalt in der Bundesrepublik Deutschland mit durchschnittlichem Verbrauch heutzutage 1 € im Monat. Die Mehrwertsteuererhöhung, Herr Staatsminister, der Sie im Bundesrat zugestimmt haben, macht bei derselben Stromrechnung übrigens 1,50 € pro Monat aus. Das nur nebenbei.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Gleichzeitig haben wir GRÜNEN das Erneuerbare-Energien-Gesetz durchgesetzt

(Zuruf der Abg. Andrea Ypsilanti (SPD))

– ja, liebe Andrea, gegen Müller, Clement und Tacke, wenn du es genau wissen willst –, das die erste Subvention in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist, die Jahr für Jahr sinkt. Wenn wir das bei der Steinkohle geschafft hätten, wäre uns viel erspart geblieben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das jährliche Sinken der Subvention sorgt dafür, dass die Anlagen wirklich jedes Jahr effizienter werden. Das führt dazu, dass wir im Jahr 1995, als die ersten Fotovoltaikanlagen – Solarsteinzeit im Vergleich zu heute – auf den Markt kamen, einen Preis von 2 DM/kWh hatten und bei den modernsten Anlagen inzwischen bei einem Preis von 33 Cent/kWh sind. Wenn man innerhalb von 13 Jahren in anderen Bereichen ähnliche Effizienzsprünge hinbekommen hätte, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann würde es uns allen besser gehen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Wirtschaftsminister, im Übrigen hat diese Subvention nicht dafür gesorgt, dass Gazprom oder sonst wer reicher geworden ist, sondern dass 40.000 Arbeitsplätze in Deutschland entstanden sind. Unser Land, das keinen einzigen Hersteller von Fotovoltaikanlagen mehr hatte, als wir 1998 an die Regierung kamen, ist bei dieser Technologie inzwischen Weltmarktführer. Wer an die Firma SMA denkt, der weiß, dass sich das auch in Hessen abspielt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb finde ich es nicht gut, dass ein Wirtschaftsminister, von dem wir erwarten können, dass er auch langfristig denkt, hier so tut, als seien quasi das letzte halbe Jahr und auch die Anhörung spurlos an ihm vorübergegangen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich finde, dieses Haus sollte aus der Energieanhörung, die wir gemeinsam gemacht haben, mehr lernen, als in den Redebeiträgen der Abgeordneten der CDU und der FDP sowie des Vertreters der Landesregierung gerade zum Ausdruck gekommen ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

**Vizepräsident Hermann Schaus:**

Vielen Dank, Herr Kollege Al-Wazir. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich rufe zunächst den Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Energieanhörung zeigt: Hessen muss endlich mit der Energiewende beginnen, Drucks. 17/648, auf. Wer dem Entschließungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Dann stelle ich fest, dass der Entschließungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN angenommen wurde. Dagegen gestimmt haben die Fraktionen von CDU und FDP.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend keine staatliche Bevormundung im Energiebereich, Drucks. 17/528. Wer diesem Entschließungsantrag die Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Dann stelle ich fest, dass der Entschließungsantrag abgelehnt ist. Zugestimmt haben die Fraktionen von CDU und FDP, dagegen gestimmt haben die Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN.

Ich rufe nunmehr **Tagesordnungspunkt 46** auf:

**Antrag der Fraktion der SPD betreffend Hessen braucht einen Kassensturz – Drucks. 17/652 –**

Dazu werden die **Tagesordnungspunkte 43 und 50** aufgerufen:

**Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Missachtung der Beschlüsse des Landtags durch die Landesregierung zur Verschleierung des Haushaltsdesasters – Drucks. 17/647 –**

**Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Haushalt konsolidieren – das schafft man nicht mit links – Drucks. 17/656 –**

Als erstem Redner erteile ich dem Kollegen Kahl für die SPD-Fraktion das Wort.

**Reinhard Kahl (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Im „Stadtgespräch“ des Hessischen Rundfunks vom 16. September dieses Jahres bezog Bruder Paulus Stellung zur Finanzpolitik. In der Zusammenfassung des Hessischen Rundfunks heißt es:

... Bruder Paulus forderte die Politik auf, „die Karten auf den Tisch zu legen“ und den Bürgern klar zu sagen, was tatsächlich finanzierbar sei. „Wir brauchen einen Kassensturz“. Viele Menschen hätten das Vertrauen in die Politik verloren und gingen deswegen nicht mehr wählen.

(Michael Boddenberg (CDU): Er hat aber die LINKEN gemeint!)

Aber auch das Vertrauen in Wirtschaft habe gelitten. „Es geht der Glaube verloren, dass für das Gemeinwohl gewirtschaftet wird“, sagte Bruder Paulus.

Den Aussagen und dem Vorschlag von Bruder Paulus können wir nur nachdrücklich zustimmen.

(Beifall bei der SPD – Michael Boddenberg (CDU): Sie haben die Sendung nicht gesehen, sonst hätten Sie die Hände über dem Kopf zusammengeschlagen!)

Jetzt kommen wir zurück zu Hessen. Die Informationspolitik des Finanzministers ist, um es nett auszudrücken, sehr selektiv. Wenn er in seiner Pressemitteilung vom 17. September sagt, er habe „heute erneut die Mitglieder des Haushaltsausschusses detailliert über die aktuelle Finanz- und Haushaltslage Hessens informiert“, so ist dies noch nicht einmal die halbe Wahrheit. Mitgeteilt hat der Finanzminister lediglich das Ergebnis der Hochrechnung der Steuereinnahmen auf der Basis des Monats August, wobei er selbst immer wieder betont hat, dass dies eigentlich nur auf der Basis des steuerstarken Monats September seriös möglich ist. Nach Angaben des „Handelsblat-

tes“ gehen die Steuerschätzer davon aus, dass gegenüber der Mai-Steuerschätzung das Steueraufkommen für dieses Jahr weiter steigt, und zwar um insgesamt rund 9 Milliarden €.

Wie ist die Situation? Alle anderen Bundesländer vermelden deutlich höhere Steuereinnahmen, nur Hessen hat ein Minus. Dies allein mit der Krise der Banken in Frankfurt zu erklären, ist nicht möglich. Während die Gewerbesteuererinnahmen in Frankfurt deutlich sprudeln, waren die Banken auch in den letzten Monaten und Jahren nicht die stärksten Steuerzahler. Deshalb muss man bezüglich des Steueraufkommens schon die Frage stellen: Warum steht Hessen so schlecht da?

Außerdem: keine Aussagen des Finanzministers zu weiteren Einnahmerisiken, keine Aussagen zu der Ausgabeentwicklung, dafür aber – ich kann es nur so nennen – mystische Aussagen zur Haushaltssperre, die noch im Juli wegen der Besoldungsanpassung erlassen wurde, von der es jetzt heißt:

Die aktuelle Entwicklung bei den Steuereinnahmen in Hessen belege eindrucksvoll, dass „wir einmal mehr das richtige Gespür hatten, als wir bereits im Juli eine Haushaltssperre ausgesprochen haben.“

Gespür, das scheint zu den Kriterien der Finanzpolitik in Hessen zu gehören.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der LINKEN)

Meine Damen und Herren, finanzpolitisch rächt sich nun, dass die CDU mit absoluter Mehrheit einen Haushalt für 2008 verabschiedet hat, der schon bei leichten Veränderungen zusammenbricht. Wer allein aufgrund der Mehrausgaben für die Besoldungsanpassung im Juli eine Haushaltssperre erlassen muss, beweist, dass sein Haushalt ein schlechter Haushalt ist.

Neben den vielen Ungereimtheiten zum derzeitigen Haushalt muss auch auf die gezielte Verschleppungsstrategie bei der Vorlage des Haushaltsentwurfs 2009 hingewiesen werden. Statt wie in der LHO festgelegt, den Entwurf im September vorzulegen, wird hier bewusst eine Verzögerungsstrategie betrieben, um die Fakten eben nicht auf den Tisch legen zu müssen.

Der Finanzplan der Regierung erweist sich wieder einmal als finanzpolitisches Märchenbuch, weil die darin verkündete Reduzierung der Neuverschuldung von 550 Millionen € im Jahr 2009 und 300 Millionen € in 2010 auf null Euro im Jahr 2011 nur durch globale Mehreinnahmen und globale Minderausgaben in Höhe von sage und schreibe insgesamt 1,45 Milliarden € möglich würde. 1,45 Milliarden €: Weiß man nicht, wie man sie einsparen soll oder wie sie zusätzlich eingenommen werden können? Das ist Ihre Realität.

(Beifall bei der SPD)

Mit einer solch unseriösen Finanzpolitik – das muss man sagen – bleibt sich der Finanzminister zum Schaden des Landes Hessen treu. Diese Landesregierung hinterlässt einen wahren finanzpolitischen Scherbenhaufen. Die Bilanz der Finanzpolitik ist verheerend und durch folgende ganz klare Fakten gekennzeichnet.

Erstens. Diese Landesregierung hat das Vermögen des Landes in großem Stil verschleudert.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Das Vermögen des Landes wurde durch massive Verkäufe geschmälert. Die Gebäude müssen für dreistellige Millionensummen pro Jahr zurückgemietet werden, weil sie noch gebraucht werden. Über 2 Milliarden € werden durch Leo I und Leo II sowie weitere Verkäufe für verdeckten Schuldenerlösen. Mit den Verkaufserlösen werden eben keine Haushaltslöcher gestopft. Hessens Mietbelastung im Jahr 2008 ist gegenüber 1998 um mehr als 240 Millionen € angestiegen.

Damit ich nicht falsch verstanden werde: Den Verkauf unrentabler oder nicht mehr benötigter Immobilien gab es schon immer. Das ist im Einzelfall absolut vernünftig und begründbar. Roland Koch hat daraus allerdings einen Wettbewerb gemacht, bei dem es darum geht, möglichst schnell möglichst viele Gebäude auf den Markt zu werfen. Unter Roland Koch begann der Räumungsverkauf. Wenn auch noch das Immobilienpaket Leo III weg ist, hat das Land Hessen überhaupt kein nennenswertes Immobilienvermögen mehr.

Das ist unzweifelhaft eine verdeckte Neuverschuldung, die uns noch sehr teuer zu stehen kommen wird. Was – das frage ich – ist aus dem Grundsatz „Vermögen gegen Vermögen“ geworden? Daraus ist ein Ausverkauf mit hohen Mietkosten geworden. Das ist die Realität.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Zweitens. Diese Landesregierung steht für eine Rekordverschuldung nach der anderen und instrumentalisiert den Länderfinanzausgleich, um von den eigenen finanzpolitischen Fehlern abzulenken. Hessen hat derzeit etwa 33 Milliarden € Schulden zu tragen. Mehr als 10 Milliarden € gehen auf das Konto von Koch und Weimar.

Die drei höchsten Nettoneuverschuldungen – 2002 bis 2004 – gehen ganz klar ebenfalls auf das Konto dieses Finanzministers. In dem Zusammenhang kommt dann wieder die Mär von den hohen Zahlungen in den Länderfinanzausgleich

(Lachen des Ministers Karlheinz Weimar)

– hören Sie bitte genau zu – als Ursache für die hohen Schulden.

(Minister Karlheinz Weimar: Ich höre ja genau zu! Deswegen muss ich lachen!)

– Sie haben schon, als ich „Mär“ gesagt habe, aufgehört, zuzuhören.

(Minister Karlheinz Weimar: Da habe ich schon angefangen, zu lachen!)

Diese Mär ist falsch. Die Zahlungen in den Länderfinanzausgleich – das kann man Ihnen nur immer wieder sagen – korrelieren nicht positiv mit den Schuldenerlösen.

Was heißt das? Es ist festzuhalten, dass die Verschuldung nach oben ging, wenn die LFA-Zahlungen geringer waren, und umgekehrt. Das ergibt auch einen Sinn, da überdurchschnittlich hohe Steuereinnahmen zu hohen LFA-Beiträgen führen. Die Beiträge sind also hoch, wenn es dem Land relativ gut geht. Die hohen LFA-Beiträge Hessens müssen als Entschuldigung für die verfehlte Haushaltspolitik der Landesregierung herhalten. Das ist die Realität.

(Beifall bei der SPD)

Keiner will bestreiten, dass die Belastungen des Landes Hessen durch die Zahlungen in den Länderfinanzausgleich enorm sind und man sich als Hesse wünscht, einen

großen Teil des Steuerkuchens, der im Land eingenommen wird, behalten zu können. Nur, meine Damen und Herren, dann muss man auch etwas dafür tun. Wir haben in diesem Zusammenhang ganz konkrete Vorschläge gemacht, die wir umzusetzen versuchen.

Drittens. Diese Landesregierung hat den wiederholten Verfassungsbruch zur finanzpolitischen Realität gemacht. Der Verfassungsbruch als finanzpolitisches Mittel zum Zweck: Fünfmal in Folge schoss unter Minister Weimar die hessische Verschuldung durch die Decke, die die Verfassung als Schuldenobergrenze vorgibt.

Dann wird getrickst und getäuscht – wir kennen das bereits –, um zu begründen, dass alles doch noch seine Ordnung hat. Keine noch so finftenreiche Umdefinierung des Investitionsbegriffs und auch nicht die Zuhilfenahme des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes täuschen darüber hinweg, dass Sie, Herr Minister Weimar, dafür gesorgt haben, dass sich Hessen verfassungswidrig bis über beide Ohren verschuldet hat.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Das Handeln dieser Landesregierung steht für eine ungebremste Ausgabenpolitik. Sie haben bei den Ausgaben des Landes viel zu oft zugelassen. Sie haben sich immer wieder über die Vorgaben des Finanzplanungsrats hinweggesetzt, der sagt, wie hoch die Ausgabensteigerung eines Bundeslandes pro Jahr sein sollte.

Von wegen Einsparungen – um es noch einmal ganz konkret zu sagen –: Zwischen 2001 und 2007 sind die Verwaltungsausgaben um 26,6 % gestiegen. Selbst nach Abzug der allgemeinen Teuerungsrate – das ist die Inflationsbereinigung – verbleibt ein Plus von 14,9 %. Dies zeigt deutlich, dass Hessen unter Ihrer Verantwortung auch ein Ausgabenproblem hat.

(Beifall bei der SPD)

Dies lässt sich eigentlich nur durch den Spruch „Nach uns die Sintflut“ charakterisieren.

Diese Landesregierung ist für das Millionengrab SAP und für die Pannen bei LUSD und DOMEA verantwortlich. Gegenüber dem Haushaltsausschuss wurde im September 2007 als Kosten für das Gesamtprojekt NVS im Zeitraum bis 2010 eine Gesamtsumme von 670 Millionen € genannt. Wir dürfen getrost von deutlich höheren Kosten ausgehen; denn die Aufwendungen für die gleich zu Beginn gescheiterte Schulsoftware LUSD und das gegenwärtig immer noch nicht zufriedenstellend laufende Dokumentenmanagementsystem kommen hinzu.

Herr Finanzminister, mit 8 Millionen € darf wohl gerechnet werden. Der Austausch Ihres dafür zuständigen Staatssekretärs vor einigen Monaten spricht doch Bände. Auch er ist schlichtweg gescheitert.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Letzter Punkt dieser Bilanz. Diese Landesregierung hat die Staatskanzlei in unverantwortlicher Weise zum Machtzentrum für Roland Koch aufgebläht, in dem die Grenzen zwischen dem Land Hessen und der CDU immer mehr verwischt werden, nach der CDU-Devise: Das Land gehört uns.

Diese Landesregierung ist dafür verantwortlich – ich habe schon darauf hingewiesen –, dass der Entwurf für den Haushaltsplan 2009 erst zum Ende dieses Jahres eingebracht wird. Über Monate hat die geschäftsführende Lan-

desregierung die Arbeit am Haushalt 2009 schlichtweg verweigert.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Der Haushalt wird der parteipolitischen Taktik von Herrn Koch untergeordnet und gestaltet sich immer mehr zum schwarzen Loch der Landesregierung. Zu Beginn der Legislaturperiode propagierte der Herr Ministerpräsident eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Regierung und Parlament. Meine Damen und Herren, das war alles nur Schau.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Die Informationen des Finanzministers beschränken sich auf wiederholte Hinweise auf die Finanzplanung, die im Übrigen schon älter als ein Jahr ist. 500 Millionen € soll die Neuverschuldung für das kommende Jahr betragen. Als nicht belegtes „Defizitdelta“ – um mit den Worten des Herrn Ministers zu sprechen – kommen 750 Millionen € dazu.

250 Millionen € globale Minderausgaben haben Sie formal belegt. Aber ein deutlicher Griff in die Rücklage ist das Gegenteil einer Einsparung. Vielmehr ist das ein Verschieben von Lasten auf die Zukunft.

Die große Luftbuchung aber ist Ihre ausgewiesene globale Mehreinnahme in Höhe von 500 Millionen €. Sie beschäftigt uns schon seit einigen Monaten. Keine der Nachfragen, einschließlich des Briefwechsels zwischen unserer Fraktionsvorsitzenden und Ihnen, Herr Weimar, hat dazu geführt, dass die Regierung auch nur den kleinsten Hinweis gegeben hat, wie diese Einnahmen realisiert werden sollen – und dies im Hinblick auf die aktuelle negative hessische Steuerentwicklung. Woher sollen denn die Steuermehreinnahmen kommen, wenn Sie selbst bei der aktuellen Entwicklung von Steuermindereinnahmen reden? Das ist genau das Gegenteil von Transparenz.

In diesem Zusammenhang nur eine schnell nachvollziehbare Rechnung: Ohne eine Realisierung der globalen Mehreinnahmen für das kommende Jahr liegt die tatsächliche Neuverschuldung oberhalb der Verfassungsgrenze. Daher spricht sehr viel dafür, dass der Zwischenabschluss des Haushaltsentwurfs 2009, nach dem Referentenentwurf, schon verfassungswidrig ist – und dies noch vor den Anforderungen in den Chefgesprächen.

Deshalb hat sich der Herr Minister, standhaft, wie er ist, geweigert, die Zwischenbilanz der Haushaltsaufstellung zu nennen. 670 Millionen € statt 500 Millionen €: Herr Minister, das ist die Neuverschuldung, die Sie schon im Juli zugegeben haben.

(Zurufe von der Regierungsbank)

– 670 Millionen € – das dürfte wohl klar sein, Herr Staatssekretär.

Mit den nicht belegten globalen Mehreinnahmen liegt die Nettoneuverschuldung mit rund 1,2 Milliarden € deutlich oberhalb dessen, was nach der Verfassung zulässig ist. Falls das nicht der Fall sein sollte, sagen Sie doch, woher die 500 Millionen € kommen sollen. Dann könnten wir darüber diskutieren. Aber Sie sagen es nicht.

Unter klarer Verantwortung Ihrer Regierung wird für Hessen wieder ein verfassungswidriger Haushalt realisiert. Das zeigt das komplette Scheitern Ihrer Finanzpolitik. Deshalb können wir nur sagen: Ein Kassensturz ist dringlicher denn je.

Erinnern wir uns ganz kurz. Zu Beginn Ihrer Regierungszeit hieß es immer wieder bei der Vorlage Ihrer Haushaltsentwürfe, dies sei die niedrigste Nettoneuverschuldung aller Zeiten. Dann kam es für Hessen knüppeldick. Ein Schuldenchaos folgte dem anderen.

Jetzt spricht der Minister von ausgeglichenem Haushalt. Natürlich brauchen wir bald einen ausgeglichenen Haushalt. Ich sage aber: Er muss auf einer realistischen Grundlage stehen. – Meine Damen und Herren, Ihre Finanzplanung geht nicht einmal für das Jahr 2011 von einem ausgeglichenen Haushalt aus.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Darüber reden Sie. Sie tun aber nichts dafür. Es sind auch weiterhin Defizite vorgesehen.

**Vizepräsident Hermann Schaus:**

Herr Kollege Kahl, ich darf Sie an Ihre Redezeit erinnern.

**Reinhard Kahl (SPD):**

Wir wissen sehr genau, dass die Umsetzung unserer politischen Schwerpunkte – dies sind: bessere Bildung, die Energiewende und eine intakte soziale Infrastruktur – vor dem Hintergrund Ihrer desaströsen Finanzpolitik eine sehr schwierige Aufgabe sein wird. Im Interesse der Zukunftsfähigkeit unseres Landes werden wir uns dieser Aufgabe mit großem Engagement stellen. Die notwendige Voraussetzung dafür aber ist ein Kassensturz. – Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN sowie der Abg. Frank-Peter Kaufmann und Mürvet Öztürk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

**Vizepräsident Hermann Schaus:**

Herr Kollege Kahl, vielen Dank. – Das Wort erhält nun Herr Kollege Milde für die Fraktion der CDU.

**Gottfried Milde (Griesheim) (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe ein bisschen den Eindruck, dass hier noch einmal versucht wurde, alte Schlachten mit alter Rhetorik und altem Vokabular zu führen. Ich habe mir den Antrag und die Entschließungsanträge durchgelesen, die hier vorgelegt wurden. Sie hätten durchaus anderes vermuten lassen.

Herr Kollege Kahl, ich glaube, es bringt uns allen nichts, wenn wir versuchen, uns gegenseitig manches vorzuwerfen und das mit Daten aus Statistiken zu belegen. Vielmehr sollten wir versuchen, das zu machen, was eigentlich alle Finanzpolitiker Deutschlands in den letzten zwei, drei Jahren beschlossen haben.

Erst im Juni dieses Jahres haben hier übrigens alle Fraktionen, also inklusive der Fraktion der LINKEN, beschlossen, dass wir uns das ganz ehrgeizige Ziel setzen, bis zum Jahre 2011 dazu zu kommen, in Hessen einen Haushalt ohne neue Schulden aufzustellen. Wir sollten uns das nicht nur wünschen. Vielmehr sollte das ein fester Vorsatz sein. Wir sollten uns das nicht nur zum Ziel machen. Vielmehr sollten wir an diesem Ziel auch tatsächlich festhalten. Das lässt sich aber in Hessen und in Deutschland nicht mit den Forderungen vereinbaren, die in den letzten

Monaten aus den Reihen der Partei DIE LINKEN kamen.

(Beifall bei der CDU)

Ich will nur ein paar Sätze zu dem sagen, was Herr Kollege Kahl gerade auch zum Schluss seiner Rede gesagt hat. Es ist schon ein bisschen irrsinnig, zu hören, dass Sie dem Finanzminister vorwerfen, er habe eigentlich deswegen vor, den Entwurf des Haushalts erst im Dezember 2008 vorzulegen, weil er einen Haushalt mit einer verfassungswidrigen Neuverschuldung einbringen müsse und dies klammheimlich tun wolle.

Es ist noch keine drei Monate her, dass Sie von der gleichen Stelle aus dem Finanzminister und dem Ministerpräsidenten vorgeworfen haben, dass sie den Entwurf des Haushalts deswegen erst im Dezember 2008 einbringen, weil man dadurch zu Neuwahlen im Juni 2009 kommen könnte. Ich frage Sie ganz im Ernst: Glauben Sie wirklich, wenn man zum Ziel hat, nach Vorlage des Haushaltsentwurfs zu Neuwahlen zu kommen, dass man dann direkt vor der Neuwahl den Entwurf eines Haushalts vorlegen möchte, bei dem eine verfassungswidrige Neuverschuldung eingeplant ist? Das passt vorne und hinten nicht zusammen.

Im Übrigen ist es doch so: Die Art und Weise, wie der Finanzminister den Haushaltsausschuss in den letzten Wochen und Monaten über die Entwicklung der Finanzen des Landes und über die Planung für die nächsten Jahre informiert hat, entspricht fast schon der Vorlage eines Haushaltsentwurfs.

(Zuruf des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Herr Kahl, es ist doch so. Ich bin schon etwas überrascht, wie locker Sie als Finanzexperte über die Entwicklung der Einnahmen aus der Körperschaftsteuer in diesem Jahr hinweggehen.

(Reinhard Kahl (SPD): Ich gehe gar nicht locker darüber hinweg! Das Gegenteil ist der Fall!)

Sie sagen, die Banken seien eigentlich nicht die hauptsächlichen Zahler der Körperschaftsteuer, ergo könnten sie auch nicht für den Ausfall verantwortlich sein. Sie sollten sich die momentane Situation der Weltwirtschaft einmal ganz genau anschauen. Sie sollten sich dabei anschauen, wo primär die größten Risiken zu erkennen sind. Da sind die Banken als Allererstes zu nennen. Denn dort entstehen die höchsten Abschreibungen.

Unabhängig davon, ob sie die größten Steuerzahler waren oder nicht, werden es jedenfalls die sein, die uns im nächsten Jahr die höchsten Abschreibungen präsentieren werden. Logischerweise werden sie deswegen in diesem Jahr die höchste Reduzierung der Steuervorauszahlungen vornehmen.

Dazu kommen – das hat der Finanzminister auch deutlich gemacht – weitere Steuerrückzahlungen an die Großindustrie und die Banken. Ein Unternehmen hat nun einmal das Ziel, über viele Jahre möglichst gleichmäßige Bilanzen vorzulegen. Deswegen wird in den Jahren, in denen die Einnahmen nicht mehr so sonderlich hoch sind, versucht, außerordentliche Erträge zu realisieren. Wenn man außerordentliche Erträge bei der Steuer erzielen kann, dann macht man das in so einem Jahr. Genau das passiert dieses Jahr. Die Unternehmen und Banken holen sich die Steuerrückerstattungen, die sie möglicherweise auch im nächsten oder übernächsten Jahr erst hätten realisieren

können. Insofern müssen wir den Gesamtkomplex der wirtschaftlichen Entwicklung betrachten.

(Reinhard Kahl (SPD): Für Bayern und Baden-Württemberg gilt das nicht!)

Ich sage Ihnen: Wir wissen noch gar nicht, wie es weitergeht. – Aber angesichts des gesamten Komplexes dieser wirtschaftlichen Entwicklung hat der Finanzminister neulich in einem Gespräch mit einem Redakteur der „Frankfurter Rundschau“ und anschließend auch direkt im Haushaltsausschuss deutlich gemacht, welche dramatische Entwicklung uns da blühen könnte. Er hat dabei nur davor gewarnt, hier im Landtag weitere Ausgabenwünsche umzusetzen und den Haushalt damit weiter zu belasten.

Ich muss Ihnen sagen: Es steht die Zahl im Raum, dass wir am Ende netto 150 Millionen € weniger haben könnten, als für dieses Jahr eingeplant waren. Das könnte eintreten. Bei uns müssten doch deswegen alle Alarmglocken angehen. Wir alle, die wir hier zusammen Haushaltspolitik machen, müssten uns doch zumindest vornehmen, dass wir die Ausgaben nicht steigern. Das war das Hauptziel. Der Finanzminister hat versucht, das den Finanzpolitikern im Haushaltsausschuss und der Öffentlichkeit über die Presseerklärung zu verdeutlichen.

Meine Damen und Herren, Sie sagen, wir hätten auch ein Problem bei den Ausgaben und nicht nur eines bei den Einnahmen. Diese Schlacht haben wir in der Tat über mehrere Jahre geschlagen. Ich muss Ihnen dazu Folgendes sagen: Wir, die Mitglieder der CDU, waren in den letzten Jahren unterwegs und haben dabei mit Vertretern der Verbände, mit Lehrern, mit Vertretern der Gewerkschaften und mit anderen Zahlungsempfängern des Landes gesprochen. Ich habe dabei nicht viele gesprochen, die uns erklärt haben, dass sie eigentlich zu viel Geld haben und dass das Land zu viel Geld ausgibt. Ich kenne in der Tat nur Aussagen von Vertretern der Verbände, die uns erklären, dass sie zu wenig Geld erhalten.

Wenn wir es als Politiker ernst mit unserer Aussage gemeint haben, die allerhöchste Priorität in Deutschland müsse auf der Bildung liegen, wenn wir das wirklich ernst gemeint haben, dann haben wir es in den letzten Jahren verdammt richtig gemacht. Wir haben alle Mehrausgaben im Sektor der Bildung gehabt.

Gestern habe ich in irgendeiner Rede eines Vertreters der Opposition gehört, der Bildungsetat sei sogar gesunken. Niemals wurde in Hessen so viel Geld für Bildung ausgegeben wie in diesem Jahr. Im nächsten Jahr wird es wieder mehr sein. In jedem der letzten Jahre wurde es sukzessive mehr. Insgesamt gibt es 4.000 zusätzliche Lehrer.

(Beifall bei der CDU)

Es ist also viel mehr geworden. Der Bildungsetat in Hessen wurde seit Amtsantritt des Finanzministers Karlheinz Weimar und der damaligen Kultusministerin Karin Wolff um nahezu 50 % erhöht. Das haben wir für die Schulen in Hessen geleistet. Wer dann davon redet, dass wir in Hessen tatsächlich ein Problem bei den Ausgaben hätten, der darf wirklich nicht durch die Lande laufen und in den Grundschulen erklären, die Klassen seien zu groß.

Wenn wir das Ziel ernst nehmen, die Bildung in den Vordergrund zu stellen, dann werden dort weitere Ausgaben notwendig sein. Daran habe ich überhaupt keine Zweifel.

(Beifall bei der CDU – Reinhard Kahl (SPD): Das bestreitet doch niemand!)

Wir werden dann in der Tat in anderen Bereichen zurückfahren müssen. Deswegen haben wir gestern Abend zusammen mit den GRÜNEN das beschlossen, was die Beamtenbesoldung betroffen hat. Das hat uns wirklich wehgetan. Wir haben darüber lange diskutiert. Aber angesichts der Situation, die wir dieses Jahr bei den Steuereingängen vorfinden werden, angesichts der Ausgabenwünsche bei der Bildung und angesichts dessen, was wir für die Referendare schon zugesagt haben, muss ich sagen, dass für andere Bereiche keine Ausgabenspielräume mehr da sind.

Dann muss man über einen solchen Vorschlag, der von den GRÜNEN kam, was die Einsparung bei der Beamtenbesoldung angeht, ernsthaft nachdenken. Ich finde es nicht fair, dass Sie als Allererstes zu den Gewerkschaften rennen und in die Öffentlichkeit gehen und erzählen, wir hätten denen etwas weggenommen. Die Wahrheit ist, dass wir denen unter den Beamten im Lande, denen es etwas besser geht, ihr Gehalt erhöhen, das sie von uns wortgetreu bekommen, dies aber erst drei Monate später geben, und denen, die im unteren Einkommensbereich der Beamten sind, das von Anfang an geben. Dadurch sparen wir 40 Millionen €. Meine Damen und Herren, das ist ein richtiges Signal in der Finanzpolitik.

(Beifall des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Kollege Kaufmann, ich danke Ihnen recht herzlich.

(Heiterkeit)

Sie haben davon gesprochen, dass wiederholt verfassungswidrige Haushalte vorgelegt wurden. Ich erinnere daran, dass der Staatsgerichtshof zum Haushalt 2005 ein klares Urteil gefällt hat. Das haben Sie anders erwartet. Aber der Staatsgerichtshof hat eindeutig den Haushalt 2005 für verfassungskonform erklärt. Die Haushalte, die wir vorgelegt hatten, waren in der Summe verfassungskonform.

(Zurufe von der SPD)

Ich gebe Ihnen gerne noch einmal die Zahlen, weil es immer falsch ist, in einer solchen Debatte, die auf der einen Seite ein Stück weit von Polemik geprägt ist, auf der anderen Seite nicht mit Sachargumenten zu kommen. Ich will Ihnen einmal sagen: Ihr Argument, dass wir in den Jahren seit 1999 die Schulden über 10 Milliarden € in Hessen erhöht haben, fällt angesichts der Situation, die wir in diesem Zeitraum bundes-, europa- und weltweit hatten, hinten herunter. Wenn ich mir überlege, dass wir in den Neunzigerjahren eine deutlich bessere Konjunktur-entwicklung in Deutschland als in den zehn Jahren danach hatten

(Reinhard Kahl (SPD): Das stimmt doch gar nicht!)

und es in dieser Zeit geschafft haben, in Hessen eine ganz genauso hohe Nettoneuverschuldung Jahr für Jahr hinzulegen, wie es in den Jahren seit 1999 notwendig war, als wir die deutlichsten Einnahmeausfälle nach dem Zweiten Weltkrieg hatten,

(Norbert Schmitt (SPD): Waigel!)

dann hinkt Ihr Vergleich. Die Zahlen muss man in Vergleich setzen. Während Rot-Grün zwischen 1991 und 1999 etwa 9 Milliarden € Schulden gemacht hat

(Reinhard Kahl (SPD): 8 Milliarden €!)

– 8 Milliarden € Schulden gemacht hat, wurden in dieser Zeit rund 9 Milliarden € in den Länderfinanzausgleich gezahlt. Bei einer etwa gleich hohen Nettoneuverschuldung in den darauf folgenden acht Jahren, die man etwa miteinander vergleichen kann,

(Norbert Schmitt (SPD): Sie haben es mit den Verkäufen!)

wurden dagegen über 18 Milliarden € in den Länderfinanzausgleich gezahlt. Das zeigt nicht nur,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Einnahmen waren viel höher!)

dass in der Zeit der Regierung Koch und Weimar die Konjunktur in Hessen, wenn auch nicht die Finanzentwicklung, besser gelaufen ist, sondern es zeigt auch, dass wir insgesamt eine wesentlich höhere Belastung zu tragen hatten, als Sie es mussten, und dafür eine im Bundesvergleich extrem niedrige Neuverschuldung erreicht haben.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, vielleicht sollte man sich das einmal in Erinnerung rufen. Wir liegen in der Gesamtverschuldung – das sind Zahlen, mit denen ein Normalbürger gar nichts anfangen kann – bei 31, 32, 33 Milliarden €. Das ist jenseits jeder Vorstellungskraft. Man muss das herunterbrechen auf eine Pro-Kopf-Verschuldung, um eher auf eine Zahl zu kommen, die man wahrnehmen und mit der Verschuldung in Deutschland vergleichen kann.

In Deutschland liegen wir bei der Nettoneuverschuldung in all den letzten Jahren immer auf Platz 3 bis Platz 4. Man kann vor uns nur Sachsen aus den neuen Bundesländern und Bayern und Baden-Württemberg aus den alten Bundesländern nennen. Das hat natürlich damit zu tun, wie viel Schulden vorher aufgebaut wurden, weil ein Land, das weniger Schulden aufgebaut hat, weniger Zinsleistungen zu erbringen und es deswegen leichter hat, weniger neue Schulden zu machen. In dieser Zeit ist es uns gelungen, immer diesen Spitzenplatz in Deutschland zu halten, und zwar einen positiven Spitzenplatz – Platz 3 in Deutschland unter allen anderen Bundesländern.

(Zuruf des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

– Herr Kahl, das kann ich Ihnen auch mit meiner zurückhaltenden sachlichen Art nicht ersparen: Wir sind damit auf Platz 3 mit Bayern und Baden-Württemberg; wenn Sie Sachsen dazunehmen, sind es vier Bundesländer, die alle CDU-regiert waren. Alle SPD-regierten Länder sind hinter uns in der Verschuldung in Deutschland.

(Beifall bei der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Da müsst ihr die Verkäufe hinzurechnen!)

Man muss einmal überlegen, was auf uns zukommt. Die Vorschläge, die die LINKEN in den letzten Tagen und Wochen gemacht haben, summieren sich auf rund zweieinhalb Milliarden €. Das sind teilweise Einmalzahlungen, wenn man überlegt, dass man das Klinikum Gießen zurückkaufen will. Das sind aber auch Zahlungen, die im Wesentlichen jedes Jahr wieder kommen würden.

Allein die 25.000 sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse, die Sie im öffentlichen Dienst in Deutschland schaffen wollen, kosten uns, wenn man nur den Mindestlohn, den Sie fordern, zugrunde legt, rund 640 Millionen €. Ich kann mir nicht vorstellen, dass wir im öffentlichen Dienst nur Stellen im Mindestlohnbereich schaf-

fen. Aber nur das gerechnet, hätten wir 640 Millionen € Ausgaben.

Das Ziel unseres Antrages war es, dass sich alle Fraktionen in diesem Hause einmal klar überlegen, wohin sie in den nächsten Jahren in der Finanzpolitik wollen. Wollen Sie wirklich eine Chance haben, im Jahre 2011 trotz der von Karlheinz Weimar angedeuteten Entwicklung bei den Steuereinnahmen das Risiko einzugehen, in einer Koalitionsvereinbarung Zusagen zu machen, die uns jenseits dieser Grenze – 2011 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen – katapultieren, oder wollen Sie mit uns zusammen weiter gemeinsam den Weg gehen, ab 2011 keine neuen Schulden mehr in Hessen zu machen?

Das ist die Frage, die Sie beantworten müssen. Ich sage ganz deutlich, Begriffe wie „Kassensturz“ sind eine allgemeine Finanzrhetorik. Wenn eine Opposition nicht mehr weiter weiß, ruft sie immer: Wir brauchen einen Kassensturz.

(Reinhard Kahl (SPD): Das habe ich schon einmal gehört!)

Wer einen Haushalt richtig lesen kann – das unterstelle ich einmal bei Ihnen, insbesondere Kollegen Kaufmann, aber ich brauche nicht zu verschweigen, dass auch Kollege Schmitt und Kollege Kahl in der Lage sind, einen Haushalt zu lesen –, der braucht keinen Kassensturz, weil er im Haushalt genau sieht, wo wir stehen und welche Ausgaben in den nächsten Jahren jedenfalls in groben Bereichen auf uns zukommen.

(Minister Karlheinz Weimar: Und die monatlichen Steuereinnahmen!)

– Sie bekommen monatlich die Steuereinnahmen mitgeteilt. Das ist ein guter Hinweis vom Finanzminister.

#### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Herr Kollege Milde, ich darf Sie doch darauf aufmerksam machen, die vereinbarte Redezeit ist abgelaufen.

#### **Gottfried Milde (Griesheim) (CDU):**

Vielen Dank. – Wir haben hier eindeutig festzustellen, dass wir in einer Form Transparenz haben, dass man schon – Kollege Kaufmann –, wenn man ehrlich ist, beide Augen zumachen muss, wenn man behaupten will, dass wir hier keine Transparenz haben, was die Information über die aktuelle Haushaltslage angeht.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Kollege!)

Herr Präsident, ich bitte, mir das noch zu gestatten. – Ich will nur abschließend eines sagen, weil so oft davon geredet wird, dass man die Einnahmen im Jahr noch einmal erhöhen kann. Neulich hat Herr Dr. Wilken in dem „Stadtgespräch“ mit Michael Boddenberg gesagt: Wir hatten doch unter Helmut Kohl einen Spitzensteuersatz von 56 %. Das war doch auch kein Sozialist. Wenn wir dahin kommen, haben wir schon wieder hohe Einnahmen. – Ich muss Ihnen sagen, dass wir nicht nur stolz darauf sind, dass wir die Bürger in dieser Zeit entlastet haben, woran sich Rot-Grün deutlich beteiligt hat.

Man muss einmal vergleichen, wo wir in der Zeit, als wir in Deutschland einen Spitzensteuersatz von 56 % hatten, europaweit gelegen haben. Dann muss ich sagen, wenn wir diesen Spitzensteuersatz heute noch hätten, wären wir

in der wirtschaftlichen Entwicklung Europas auf dem letzten Platz.

(Michael Boddenberg (CDU): Das Steueraufkommen ist gestiegen!)

Dann bräuchten wir über einen ausgeglichenen Haushalt in diesem Jahrhundert jedenfalls nicht mehr zu reden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Leif Blum (FDP))

#### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Herzlichen Dank. – Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Herrn Kaufmann das Wort.

#### **Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir in Hessen eine Landesregierung hätten, die ihrerseits Respekt vor dem Parlament hätte, wenn also die Ankündigungen des Ministerpräsidenten in seiner Erklärung anlässlich der konstituierenden Sitzung des Landtages der 17. Wahlperiode am 5. April zutreffend gewesen wären, dann müssten wir die Debatte hier und heute nicht führen, Herr Kollege Milde.

Wir durchliefen ein geordnetes und gesetzmäßiges Haushaltsaufstellungsverfahren, und wir hätten die Einbringungsreden des Finanzministers für einen Haushalt des Jahres 2009 und für den Nachtragshaushalt 2008 bereits gehört und die Daten zur Kenntnis genommen.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es! – Michael Boddenberg (CDU): Sind wir an einem Durcheinander der SPD schuld?)

Herr Kollege Milde, so ist aber die Lage leider nicht. Die geschäftsführende Landesregierung sucht den Konflikt mit dem Parlament. Sie hat es vorgezogen, die Beschlüsse des Landtags schlicht zu ignorieren und so zu tun, als müssten sie die Vorgaben des Haushaltsgesetzgebers überhaupt nicht interessieren.

Wir haben noch nicht einmal einen Widerspruch oder eine ablehnende Aussage der Landesregierung zu den Beschlüssen des Landtagsplenums vom 5. Juni gehört. Nach der Beschlussfassung passierte – schlicht gar nichts mehr. Man hat es noch nicht einmal für nötig befunden, dem Parlament wenigstens mitzuteilen, dass man seinen Beschluss missachten wolle, oder sich bemüht, irgendwelche Gründe zu nennen. Nein, gar nichts.

Herr Finanzminister, so, wie es sich darstellt, hat man bei der Landesregierung offensichtlich einfach keine Lust mehr, seine Arbeit zu erledigen, sondern man ist lieber in die Ferien gefahren.

(Widerspruch bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, eine solche Situation hatten wir in der Geschichte Hessens noch nicht. Die Respektlosigkeit der Landesregierung gegenüber dem Landtag ist in den letzten Jahren der absoluten Mehrheit der CDU sowieso schon deutlich gewachsen; aber was wir jetzt erleben, ist nochmals eine erhebliche Steigerung. Aus meiner Sicht ist die Grenze zur Unverschämtheit, was die Umgangsformen angeht, deutlich überschritten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Herr Ministerpräsident – er ist nicht da –, Herr Finanzminister, nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass eine Ablehnung eines Antrags durch die CDU-Fraktion im Landtag nicht mehr automatisch bedeutet, dass der Beschluss nicht zustande kommt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Die Zeiten, in denen allein die CDU bestimmt hat, was in Hessen geschieht, sind gottlob vorbei. Die hessischen Wählerinnen und Wähler haben sie beendet.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Und selbst wenn die FDP in geübter Weise bei der CDU mitkuschelt, reicht das immer noch nicht für einen Mehrheitsbeschluss.

Die faktische Weigerung, die Beschlüsse des Haushaltsgesetzgebers umzusetzen, halten wir für einen eindeutigen Rechtsbruch, begangen von der geschäftsführenden Landesregierung. Das Ignorieren der Beschlüsse geschah nicht rein zufällig oder aus Versehen, etwa fahrlässig in der Alltagshektik des Regierens.

Meine Damen, meine Herren, heute Morgen haben wir schon einmal im anderen Zusammenhang über das Thema Rechtsbruch gesprochen. Vielleicht sollten Sie Ihre Regierung einmal fragen, warum sie denn hier Rechtsbruch begeht und die Beschlüsse des Landtags in Haushaltsangelegenheiten schlicht missachtet.

(Zuruf von der SPD)

Meine Damen und Herren, aus der Anhörung im Haushaltsausschuss der vergangenen Woche zum Gesetzentwurf von SPD und GRÜNEN zur Änderung der Landeshaushaltsordnung konnte vieles Lehrreiche mitgenommen werden, manches war auch kontrovers. Eindeutig aber war nach Meinung aller Experten die Feststellung, dass – übrigens in völliger Übereinstimmung mit dem Bundesverfassungsgericht – der Haushaltsgesetzgeber die Vorlage eines Nachtragshaushalts von der Landesregierung schon verlangen kann.

Genau dies haben wir mit Beschluss vom 5. Juni 2008 getan. Und wie hat die Landesregierung hierauf reagiert? – Gar nicht.

(Reinhard Kahl (SPD): Sie ist in Deckung gegangen!)

Meine Damen und Herren, hätte die Landesregierung, anstatt totale Arbeitsverweigerung zu üben, ihre Pflichten erfüllt, dann könnten wir heute die Finanzlage des Landes anhand der zusammen mit dem Haushalt vorzulegenden Daten beurteilen. Werter Herr Kollege Milde, dann müsste man auch nicht – völlig zu Recht – einen Kassensturz fordern, denn dann hätten wir die Daten auf dem Tisch.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das wäre jedenfalls eine deutlich höhere Transparenz, als wir sie im Augenblick haben, da wir allein auf die blumigen Geschichten aus dem weimarschen Märchenbuch angewiesen sind.

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Man sollte kurz daran erinnern: Herr Kollege Milde, aufgrund eines Antrags von uns GRÜNEN gab es eine Zusage der Regierung, im Haushaltsausschuss einen Finanzstatusbericht vorzulegen. Damals haben wir dieses Angebot akzeptiert und nicht auf einer Beschlussfassung be-

standen – um uns anschließend deutlich getäuscht zu fühlen. Denn was wir Mitte Juni mit der Unterschrift des Finanzministers erhielten, war kein Statusbericht, sondern bestenfalls gute weimarsche Lyrik oder auch eine Kurzgeschichte über die Schönheit des Deltas – ohne jegliche konkrete Aussage oder belastbare Daten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Wenn dies, was uns damals berichtet wurde, die gesamte Kenntnis des Finanzministeriums zur aktuellen Situation der hessischen Finanzen nach der Mai-Steuerschätzung und zum Halbjahresultimo darstellt, dann wäre das in der Tat höchst bedenklich.

Glücklicherweise ist es aber nicht so, und man weiß im Ministerium sehr viel mehr. Die Hausspitze weigert sich nur, diese Informationen an den Landtag weiterzugeben.

Genauso übel wie uns GRÜNEN mit der Forderung nach einem Finanzstatusbericht ist es übrigens – der Kollege Kahl hat das bereits erwähnt – den Kolleginnen und Kollegen der SPD ergangen. Die schriftliche Antwort des Finanzministers auf das Schreiben der SPD-Fraktionsvorsitzenden an den Ministerpräsidenten, in dem ebenfalls Auskünfte über die Finanzsituation und die Haushaltsaufstellung 2009 erbeten wurden, wurde mit einem inhaltlich völlig indiskutablen Antwortschreiben beantwortet.

(Norbert Schmitt (SPD): Ohne Worte!)

Dort lesen wir solche Sätze wie – ich zitiere –:

Entscheidend für den Landeshaushalt ist daher immer nur die Gesamtsumme der Steuereinnahmen, die dem Haushalt nach dem Länderfinanzausgleich zur Verfügung steht.

Ja, meine Damen und Herren, das ist nun wirklich eine völlig neue Erkenntnis.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Weimar, meinen Sie nicht, dass man sich beim Lesen solcher Ausführungen in Ihren Schreiben doch etwas auf die Schippe genommen fühlt?

(Zuruf des Ministers Karlheinz Weimar)

Haben die Steuereinnahmen des Landes jetzt tatsächlich etwas mit dem Haushalt des Landes zu tun? Es ist wirklich gut, dass uns das endlich einmal jemand deutlich gesagt hat.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke!)

Meine Damen und Herren, eine zweite Spitzenleistung der Formulierungskunst sei noch dargebracht. Ich zitiere nochmals:

Im Übrigen werden wir

– so schreibt Weimar –

im Haushaltsaufstellungsverfahren alle sonstigen verbleibenden Optionen auf ihre Eignung prüfen, die notwendigen Mehreinnahmen zur Erreichung des Haushaltsziels zu erbringen.

Ob der bestechenden Klarheit dieser Aussage ist man wirklich beinahe sprachlos. Herr Weimar, ist es denn bei Ihnen ansonsten die Regel, ungeeignete Optionen zur Erzielung von Mehreinnahmen heranzuziehen?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Norbert Schmitt (SPD): Ja!)

– Der Kollege Schmitt sagt Ja. Offensichtlich hat er schlechte Erfahrungen gemacht.

Ein Finanzminister, der nicht mehr als diese Formulierungen zu bieten hat, sollte sich heftig schämen und so tiefrot werden wie seine Haushaltszahlen.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Das wird er nicht!)

Herr Kollege Milde, wie Sie wissen, arbeiten wir doch nicht erst seit gestern daran, eine nachhaltige Haushaltswirtschaft zu etablieren. Immer wieder sind wir dafür eingetreten. Glauben Sie denn, dass wir unpopuläre Vorschläge wie den, über den wir gestern entschieden haben, so locker formulieren? Das geschieht doch aus der Sorge und der Verantwortung heraus, dass wir eine nachhaltige Haushaltswirtschaft betreiben müssen.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Das machen wir doch nicht aus Jux und Tollerei – und dann müssen wir uns so etwas gefallen lassen: Wenn wir uns um Daten und Aussagen bemühen, erhalten wir derartige Antworten.

Meine Damen und Herren, nach der Sommerpause lasen wir das mittlerweile schon berühmte Interview von Herrn Finanzminister Weimar in der „Frankfurter Rundschau“ vom 11. September mit der ebenso dreisten wie wahrheitswidrigen Schutzbehauptung – der Kollege Milde hat es noch einmal wiederholt –, Rot-Grün hätte vor Jahren fast genauso viele Schulden gemacht, wie er, Weimar, als Finanzminister zu verantworten hat.

(Michael Boddenberg (CDU): Richtig! – Gegenruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD): Schlicht falsch!)

Meine Damen und Herren, natürlich hat sich Weimar dabei auf falsche Zahlen bezogen. Unter anderem vergaß er dabei, dass er selbst im Jahr 1999 im Rahmen des Doppelhaushalts noch nachträglich für 1998 die Kreditsumme erhöhte. Das lässt sich nun schwerlich den Rot-Grünen in die Schuhe schieben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD) – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Herr Kollege Milde, wenn man das zusammennimmt und einen Strich darunter zieht, dann ist zwischen der weimarschen Behauptung und den Fakten immerhin das klitzekleine Wahrheitsdelta von 780 Millionen € – ein ganz ordentlicher Betrag, wie ich finde.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD) – Reinhard Kahl (SPD): Niemals wieder!)

Da fragt man sich doch, ob es die übrigen Aussagen in diesem Interview mit der Wahrheit genauso halten und auf welche Zahlen wir uns tatsächlich einstellen müssen.

Meine Damen und Herren, es ist leider zu erwarten, dass es dem Finanzminister vor allem darauf ankam, sich selbst aus der Verantwortung zu stehlen. Denn schließlich, um noch ein Beispiel aus diesem Interview zu nennen, ist auch seine Behauptung, die anteilige Finanzierung der abgeschafften Studiengebühren bedürfe einer Haushaltssperre – er hat die locker damit einbezogen –, ebenfalls schlicht die Unwahrheit. Die seinerzeit von uns gemachten und vom Finanzministerium bestätigten Finanzie-

rungsvorschläge waren sauber gerechnet; für den Ausgleich dieser Einnahmeausfälle brauchte man ganz gewiss keine Haushaltssperre.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Die braucht man ganz offensichtlich, weil das Haushaltsdesaster so ist, wie es ist, und weil man heftig dabei etwas zu vernebeln hat. Der Kollege Kahl hat schon einige Daten genannt. Ich darf sie nur einmal nach Planungsstand für das Jahr 2009 – der Haushaltsentwurf hätte ja eigentlich schon auf den Tisch gehört – zusammenzählen. Nach dem Finanzplan, den die Landesregierung vorgelegt und den wir hier im Zusammenhang mit dem letzten Haushalt auch beraten haben, geht man von 608 Millionen € zusätzlicher Steuereinnahmen aus und von einer neuen Nettokreditaufnahme von 500 Millionen € sowie von 500 Millionen € einer globalen Mehreinnahme, von der niemand weiß, woher sie kommt, und von 250 Millionen € globaler Minderausgaben. Das ergibt ein strukturelles Defizit von über 1,8 Milliarden €. Diese Daten stehen in der Finanzplanung.

Die Finanzplanung dieses Finanzministers war niemals seriös, niemals verlässlich und einzig darauf aufgebaut, es möge Manna vom Himmel regnen. Dieses Erlebnis hat aber zumindest in diesem Hause bisher noch niemand gehabt, ich glaube, auch nicht der Finanzminister.

Daher ist es verantwortungslos, auf so etwas zu setzen. Das Manna ist ausgeblieben, doch sollen plötzlich irgendwelche Finanzrisiken, linke Mehrheiten, der Länderfinanzausgleich und alles andere daran Schuld haben, nur die Landesregierung, die mit ihrer Finanzplanung völlig danebengelegt hat, ist angeblich nicht daran schuld. So etwas nennt man auch eine Täuschung der Wählerinnen und Wähler.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, es bleibt dabei: Die weimarsche Haushaltswirtschaft ist trotz aller Versuche, sie mit Unwahrheiten schönzureden, von Rekordneuverschuldungen, Verfassungsverletzungen und gravierendem Vermögensverzehr gekennzeichnet, insbesondere durch den Verkauf von Immobilien, obwohl die Gebäude vom Land noch benötigt werden. Die Verkaufserlöse, es lohnt sich kaum, dies noch zu erwähnen, wurden anschließend nicht neu investiert – Herr Kollege Kahl hat bereits darauf hingewiesen –, sondern wurden schlicht in den Konsum gesteckt.

Diese Politik macht Hessen ärmer. Was in vielen Jahren aufgebaut wurde, ist verkauft worden, und die Einnahmen wurden nicht investiert, sondern verfrüht. Das ging erst vier Jahre lang mit der CDU/FDP-Regierung so; und in den letzten fünf Jahren hat dies die CDU allein gemacht. In Bezug auf die Verkäufe konnte sie allerdings immer mit der parlamentarischen Unterstützung der FDP rechnen. Sie haben gemeinsam die desaströse Haushaltswirtschaft zu verantworten. Daher empört es mich erheblich – ich finde, dafür könnte man Verständnis haben –, dass ausgerechnet die CDU und die FDP wieder mit einem Antrag kommen – Herr Kollege Milde hat diesen angesprochen –, der so tut, als wären die CDU und die FDP zuverlässige und sparsame Haushälter.

(Frank Gotthardt (CDU): Moment mal, Herr Kaufmann!)

Der Titel Ihres Antrags lautet: „Haushalt konsolidieren – das schafft man nicht mit links“.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Genau!)

Dieser soll den Eindruck erwecken, als spräche hier jemand aus Erfahrung. Wenn CDU und FDP eine Konsolidierung des Haushalts fordern, dann spricht hier der sprichwörtliche Bock, der zum Gärtner gemacht worden ist. Eher legt der ebenfalls sprichwörtliche Mops einen Würstovorrat an, als dass Herr Weimar und seine politischen Freunde solide haushalten. Ich hätte wirklich nicht gedacht, dass die berühmte Beschreibung der weimarschen Haushaltswirtschaft von Adolf Kühn doch noch einmal zu Ehren kommen muss. Sie erinnern sich: „Solide und transparent, wahr und klar, wie Haushaltswirtschaft zu sein hat, ist das nicht, sondern sprunghaft, windig, wirr, unüberlegt und nicht ganz seriös.“

Meine Damen und Herren, da die Behauptung im Antragstitel doppelsinnig ist – Haushaltskonsolidierung schaffe man nicht mit links –, kann ich nur feststellen: Das ist schlichtweg falsch. Eher stimmt das Gegenteil. Ich stelle als Frage in den Raum, ob es mit rechts überhaupt eine sparsame Haushaltswirtschaft gibt. Es liegen beispielsweise aktuelle Anträge der FDP-Fraktion vor, die seitens des Landes mehr Geld ausgeben wollen, wie bei den Reisekosten und der Pendlerpauschale, doch lässt sich dies mit nichts anderem begründen als mit dem Wunsch, die eigene Klientel zu bedienen.

Ich will meine Aussage, dass eine Konsolidierung des Haushalts mit links durchaus gelingt, beweisen. Das ist nicht so ganz einfach. Das einzige Bundesland, in dem DIE LINKE eine Regierungsverantwortung trägt, ist das Land Berlin, welches von unserem Finanzminister – das wissen wir – immer gern gescholten wird.

(Zurufe von der FDP: Oh!)

Schauen Sie sich die Daten genauer an, denn dann werden Sie feststellen, dass die haushaltswirtschaftlichen Katastrophen in Berlin unter der Ägide von Eberhard Diepgen und damit der CDU geschehen sind. Das kann niemand bestreiten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich bin weit davon entfernt, die Kolleginnen und Kollegen der Fraktion DIE LINKE in den Himmel zu loben. Ich muss aber auch feststellen, dass die Haushaltskonsolidierung, die in Berlin allemal dringend nötig war, tatsächlich erst stattfindet, seitdem DIE LINKE mitregiert. Seit dem Jahre 2007 werden in Berlin tatsächlich Schulden getilgt; und es werden keine neuen Schulden mehr gemacht. Meine Damen und Herren, ich warne davor –

#### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Herr Kollege Kaufmann, ich darf Sie bitten, zum Schluss zu kommen.

#### **Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, ich komme zum Schluss. – Die CDU und die FDP wären, wenn wir in Hessen bereits beim Schuldentilgen angekommen wären, ganz doll drauf. Es wird Sie daher nicht verwundern, dass wir den Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP ablehnen werden. Wir werden dem Antrag der SPD zustimmen; und ich werbe

warmherzig dafür, dass Sie das bei unserem Antrag auch tun. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

#### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Herzlichen Dank. – Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Krüger das Wort.

#### **Fritz-Wilhelm Krüger (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte den Versuch unternehmen, darauf zurückzukommen, weshalb die Fraktionen der CDU und der FDP den Antrag gestellt haben. In diesem Zusammenhang möchte ich kurz darauf hinweisen, dass Punkt 2 unseres Antrags wie folgt lautet und sich auf einen einstimmigen Beschluss dieses Hauses vom 5. Juni 2008 bezieht. Dieser besagt schlicht und ergreifend, dass der Landtag einstimmig das Ziel unterstützt, bis zum Jahre 2011 zu einem ausgeglichenen Haushalt ohne Neuverschuldung zu kommen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich habe dieser Debatte sehr interessiert zugehört, doch habe ich mich sowohl bei dem Antrag der SPD als auch bei dem der GRÜNEN die ganze Zeit über krampfhaft gefragt, weshalb keine Aussage zur Beamtenbesoldung gemacht worden ist, da gestern insbesondere die GRÜNEN bei der Diskussion über die Beamtenbesoldung die Lippen spitzten und die Aussage gefallen ist, dass dies der Einstieg in eine strukturelle Haushaltskonsolidierung sein solle. Das ist hier öffentlich gesagt worden.

Stattdessen müssen wir uns eine rückwärtsgewandte Diskussion anhören – das müsste man eigentlich anders bezeichnen, doch möchte ich mir keinen Ordnungsruf des Präsidenten einholen –, bei der wir mit irgendwelchen Anschuldigen überschüttet werden und gefragt wird, wer in der Vergangenheit was verbrochen und wer die Schulden auszubaden habe.

Meine Damen und Herren, ich frage mich aber, was uns dies in Bezug auf eine Haushaltskonsolidierung bringt. Hierzu ist seitens der SPD und der GRÜNEN bis zu diesem Moment von diesem Pult aus kein einziges Wort gefallen.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Michael Bodenberg (CDU))

Im Grunde genommen kann man bereits jetzt, da man diese bisherige Debatte über sich hat ergehen lassen, folgenden Schluss ziehen – ich darf Sie, Herr Kollege Kaufmann, folgendermaßen interpretieren –: Sie haben hier mit dem Wunsch gestanden, dass morgen hoffentlich Manna vom Himmel fallen möge, damit wir alle unsere schönen Programme – einschließlich die der LINKEN – finanzieren können.

Meine Damen und Herren, was ist denn Sache? – Sie haben zum Schluss selbst gesagt, und das wissen Herr Kahl sowie jeder hier im Hause, dass wir im Haushalt für das Jahr 2009 ein strukturelles Defizit – ich bin relativ großzügig – von 1,5 bis knapp 2 Milliarden € haben. Dies kann jeder nach seiner Methode errechnen.

Ich gehöre diesem Hause seit dem Beginn dieses Jahres an. Seit dieser Zeit kenne ich diese Zahl. Daher frage ich

Sie: Wozu nützt dieses weinerliche Beklagen Ihrerseits aufgrund irgendwelcher Vergangenheitsgeschichten, irgendwelcher Äußerungen und nicht erfüllter Wünsche? Ich verstehe sogar, dass Sie darüber sauer sind, dass Ihnen keine detaillierten Informationen geliefert werden, damit Sie Ihre Pläne erfüllen können. Dafür habe ich eine gewisse Sympathie; das gebe ich zu.

Ich habe auch Sympathien dafür, dass sich Herr Kaufmann darüber aufregt, dass die Anträge von seiner Seite auf Vorlage des Haushalts bereits im September nicht erfüllt worden sind. Das ist alles Schnee von gestern, und hierüber haben wir bereits im Juni diskutiert. Darüber haben wir nun erneut gesprochen, sodass ich Sie frage: Was hat das mit dem Thema Haushaltskonsolidierung zu tun?

(Beifall bei der FDP)

Wir brauchen also diese weinerlichen Geschichten nicht. Ich würde mir wünschen, dass Sie noch einmal alle an dieses Podium kommen, um dann konkret damit zu beginnen, Lösungen dafür zu finden, wie das strukturelle Defizit zu beseitigen ist.

Es dürfte allen klar sein, dass wir über eine sicherlich nicht ganz leichte Aufgabe reden. Ich will aber noch auf das Rezept der FDP zurückkommen. – Wir sind auch keine Könige, und auch bei uns fällt kein Manna vom Himmel, dennoch muss man die Aufgabe, ein strukturelles Defizit zu beseitigen, direkt angehen. Bevor ich das aber mache, erlaube ich mir mit der Genehmigung des Präsidenten, aus dem neuesten Bericht der Europäischen Zentralbank vom September dieses Jahres, Seite 91 des Berichts, zu zitieren. Ich spare mir den Eingang:

... zeigt die Erfahrung, dass die Länder des Euro-raums ihre angekündigten Haushaltsziele schon häufiger aufgrund von Ausgabenüberschreitungen verfehlt haben. Daher sollten die Bemühungen auf glaubwürdigen, klar umrissenen mittelfristigen Strategien und einer strengeren Ausgabenkontrolle gegründet sein.

Meine Damen und Herren, das, was die EZB den Ländern des europäischen Raumes ins Stammbuch schreibt, gilt natürlich auch für die Haushalte der Länder innerhalb der Bundesrepublik.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Da hilft es absolut nicht, wenn man sich hier in weit-schweifigen Klagen ergeht, sondern dann heißt es, dass man diese Dinge auch verfolgt. Was heißt denn dann eigentlich eine nachhaltige Haushaltspolitik? – In erster Linie heißt das Verlässlichkeit. Meine Damen und Herren, das heißt unter anderem auch: Verlässlichkeit hat sich an den Einnahmen auszurichten und nicht an den Ausgaben. Das zieht sich wie eine rote Linie durch. Da kann man es einfach nicht vermeiden, auf die Pläne der LINKEN hinzuweisen. Seit wir diese Diskussion führen, warte ich eigentlich auf den Aufschrei der Sozialdemokraten zu diesen Plänen.

(Beifall bei der FDP – Florian Rentsch (FDP): 25.000! – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Ich hatte heute früh das Vergnügen – die Geschichte muss ich einfach erzählen, weil sie so schön ist –, dort oben mit dem Kollegen Wilken, der jetzt nicht da ist, bei einer Schulklasse zu sitzen. Aus der Schulklasse wurde an den Kollegen Wilken die Frage gestellt: Können Sie mir erklären, wozu Sie 25.000 Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor

schaffen wollen, wenn Sie gleichzeitig gegen die Schaffung von 60.000 Arbeitsplätzen beim Frankfurter Flughafen sind?

(Norbert Schmitt (SPD): Da ist was dran! – Zuruf des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Meine Damen und Herren, wenn das 20 junge Leute unisono fragen, dann ist das eigentlich ganz schön. Aber über das, wie Herr Wilken reagiert hat, will ich hier nicht reden.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Erzählen Sie einmal!)

Denn er war nicht in der Lage, diesen Widerspruch aufzuklären. Insofern endete das wie das berühmte Hornberger Schießen, bis auf den Punkt, dass das eine sehr präzise Frage ist.

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Wenn wir schon bei dem Thema sind, dann lassen Sie mich das genau machen. Aus den ursprünglichen 31 Punkten der LINKEN, bei denen Sie vonseiten der SPD nicht aufgeschrien haben, sind, wie wir wissen, heute 5 Punkte geworden. Es ist interessant, wie schnell sich das zwischen dem 25. August und dem 3. September geändert hat. In der ursprünglichen Version waren das 25.000 sozialversicherungspflichtige und tariflich entlohnte Arbeitsplätze im öffentlichen Beschäftigungssektor. Wenn man das heute liest, liest man nur noch: 25.000 sozialversicherungspflichtige, tariflich entlohnte Arbeitsplätze, damit Menschen wieder von ihrer Arbeit leben können.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch Folgendes zu diesem speziellen Thema sagen: Ich behaupte nicht, dass ich besser rechnen kann als die Landesregierung. Aber 640 Millionen € reichen dazu nicht. Denn auch Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor verursachen Kosten des Arbeitsplatzes. Diese Aktion kostet irgendwo in der Größenordnung zwischen 650 Millionen und einer knappen Milliarde €. Meine Damen und Herren, ich würde Sie vonseiten der SPD und auch vonseiten der GRÜNEN bitten, unter diesem Stichwort – im Übrigen unverzichtbare Bedingung der LINKEN für eine Tolerierung – noch einmal hierher zu kommen und zu sagen, wie Sie Haushaltskonsolidierung betreiben wollen.

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Lassen Sie mich noch einen zweiten Punkt ansprechen, der auch sehr wundersam ist. Zum Thema Mindestlohn. Ich kann vieles verstehen, aber man muss auch einmal sagen, wie flüchtig das ist. Vielleicht sollten Sie von den GRÜNEN und der SPD sich das merken. Ich weiß nicht, ob Sie sich damit beschäftigen. Wir tun das. Ich kann Ihnen nur sagen: Auch die Forderung der LINKEN nach einem Mindestlohn hat sich vom 25. August auf den 3. September auf wundersame Weise, offensichtlich durch Tarifierhöhung, von 844 auf 871 € geändert.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist mir auch aufgefallen!)

Oder es hängt damit zusammen, dass Herr van Ooyen in Frankreich war und da erfahren hat, dass der Mindestlohn in Frankreich 871 € beträgt. Das passt aber wiederum nicht dazu, dass Herr Wilken sagt: Das bezieht sich auf die Pfändungsgrenze für Nettoeinkommen in Deutschland. – Meine Damen und Herren, mir geht es nicht darum, das ins Lächerliche zu ziehen. Mir geht es darum, dass dermaßen ernste Dinge diese alte traditionsbewusste Sozialdemokratie, wie ich sie kenne, eigentlich nachdenklich machen müssten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, ich erwarte von Ihnen, dass Sie an dieses Pult gehen und endlich einmal erklären, wie Sie Haushaltskonsolidierung für morgen, für übermorgen betreiben wollen, und dass Sie nicht weiterhin diesen Wunschträumen erliegen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich das bitte noch sagen. Sie setzen noch einen drauf beim Thema Wiedereintritt in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder. Es ist wieder interessant, wie sich die GRÜNEN dazu verhalten. Etwas, was wir gemeinsam beschlossen haben, und wozu alle stehen sollten, was im Übrigen etwas mit dem FDP-Konzept zu tun hat, Referenzbereiche zu schaffen und damit zu entscheiden, wo in Zukunft eigentlich mehr ausgegeben werden soll und in welchen Bereichen es Einsparungen geben soll: Da sind wir Gott sei Dank zumindest im breiten Konsens, dass beim Thema Bildung, Stichwort: Referendare, Geld zu investieren ist. Das verantworten wir auch mit, wenn es denn umgesetzt wird. Da kann man auch gleich wieder den Kreis schließen, daran anknüpfen und sagen: Was soll das Herumwühlen in den Wunden, im Schnee, oder wo auch immer, der Vergangenheit, wie Sie das getan haben? Sie sind nicht in der Lage oder wollen es nicht sein – das ist eigentlich das, was ich vermute: nicht sein wollen –, hier heute zu erklären, wie Sie die Haushaltskonsolidierung, die wir gemeinsam beschlossen haben, realisieren wollen.

Zum Abschluss sage ich das noch einmal: Ich bin im Übrigen sehr gespannt darauf, wie Sie hier vorgehen und die anderen Patentrezepte erklären wollen, die Sie sich von den LINKEN einreden lassen.

Lassen Sie sich dazu nur zwei, drei Punkte sagen. Wir haben mehrfach öffentlich gehört: „Wenn es keinen ausgeglichenen Haushalt gibt, müssen die Steuern erhöht werden.“ Wenn man so etwas hört, kann man nur sagen: Ökonomie-Klippschule.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Da muss man wirklich noch mehr Geld in den Bildungssektor investieren.

(Zuruf des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Selbst der Vorturner Lafontaine kann es nicht erklären, wenn er auf der einen Seite Steuern oder Abgaben erhöhen will und auf der anderen Seite schreit, dass die Kaufkraft erhöht werden muss. Das ist doch in sich alles völlig un schlüssig.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Deswegen müssen Sie mir gestatten – ich liebe den Ausdruck auch nicht –, dass dieser Ausdruck für die ökonomischen Kenntnisse dort anzusetzen ist.

Meine Damen und Herren von der SPD und auch von den GRÜNEN, auch wenn Sie da schmunzeln und das gut finden, wünsche ich Ihnen möglicherweise – gegessen ist das noch lange nicht – relativ viel Vergnügen bei zwei Dingen: bei der Tolerierung durch die LINKEN und bei der Umsetzung der Haushaltskonsolidierung. Viel Vergnügen mit den LINKEN, die in einer solchen Geschwindigkeit, vom 25. August bis zum 5. September, ihre 31 Punkte auf 5 re-

duzieren, deren Zahlen sich, wie ausgeführt, verändern und sie so locker formulieren, dass sie den öffentlichen Bereich gar nicht gemeint haben. Das sei ein Irrtum gewesen. Jetzt reden sie nur noch über 25.000 Arbeitsplätze.

Meine Damen und Herren, damit ist eigentlich das geschehen, was hier geschehen soll: Die „Verlässlichkeit“ Ihres Tolerierungspartners hat sich für die Öffentlichkeit bestätigt. Sie hat sich für uns bestätigt. Die Einzigen, die offensichtlich noch die Augen davor verschließen und darauf warten, dass ihnen das Glück hilft und das Manna vom Himmel fällt, wie es Herr Kaufmann so gerne hätte, bleiben Sie. Sie werden mit Sicherheit nicht erwarten können, dass man Ihren weinerlichen Anträgen von gestern und vorgestern – –

(Reinhard Kahl (SPD): Weinerliche Anträge?)

– „Kassensturz“ und das andere sind doch alle weinerlich. Herr Kahl, kommen Sie doch hierher, und sagen Sie, wie Sie die Haushaltskonsolidierung betreiben wollen.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Dann beschweren Sie sich doch nicht, wenn ich dazu sage, dass das weinerliche Anträge sind.

(Reinhard Kahl (SPD): Sie müssen die Zahlen kennen!)

Ich habe hier doch nichts anderes gehört, als dass der eine mit dem Finger auf den anderen gezeigt hat – wir sind auch mit dabei –, dass in der Vergangenheit Schulden gemacht worden sind. Das ist also der Beitrag der SPD zur Haushaltskonsolidierung.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Toll. Vermutlich, weil Sie nicht aus Ihrer Haut heraus können und schon im Kopf haben, dass man das so weitermachen will, falls Sie das Sagen haben. Dazu werden Sie unsere Hand natürlich nicht bekommen. – Meine Damen und Herren, ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP – Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben nicht mitregiert!)

#### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Herzlichen Dank, Herr Kollege Krüger. – Für eine Kurzintervention erteile ich Herrn Kaufmann das Wort.

#### **Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Krüger, Ihren Beitrag zur Haushaltskonsolidierung hätten Sie als Erstes nennen können – man geht ja immer mit gutem Beispiel voran. In dieser Plenarrunde sehe ich nur einen gegenteiligen Antrag, nämlich einen Gesetzentwurf, die Reisekosten zu erhöhen. Darin steht zum Finanzbedarf: 2 Millionen € mehr, diese Finanzmittel seien im nächsten Haushalt bereitzustellen. – Das ist Ihre Haushaltskonsolidierung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Nun mag man sagen, 2 Millionen € sind nicht der Rede wert. Herr Krüger, wer so mit dem Geld umgeht, sollte

sich nicht hierhin stellen und mit dem Finger auf andere Leute zeigen. Wissen Sie, warum der Haushalt so schwierig ist? Wir zahlen Jahr für Jahr 1,5 Milliarden € Zinsen. In den letzten neun Jahren unter Weimar – wir haben es gehört – sind rund ein Drittel der hessischen Schulden, d. h. 500 Millionen € Zinslasten angefallen. Insoweit ist das kein Blick zurück, sondern nach vorne, nämlich zur Belastung.

Wenn man den Haushalt konsolidieren will, muss man als Allererstes damit aufhören, das Loch immer größer zu machen. Man muss aufhören, weitere Schulden zu machen, die immer wieder zu weiteren Zinskosten führen. Deswegen ist das der erste Schritt, der notwendig ist.

Wir haben es nicht nötig, das, was wir einstimmig beschlossen haben, zu wiederholen. Sie hätten es nötig, Ihren Gesetzentwurf zurückzuziehen und zu sagen, wie Sie sparen wollen. Die FDP ist bisher immer im Wort groß, sie wolle keine Steuererhöhungen, aber de facto ist sie immer dabei, wenn sie passieren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Florian Rentsch (FDP): Das sagt der Richtige!)

#### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Herzlichen Dank. – Zur Erwidern, Herr Kollege Krüger.

#### **Fritz-Wilhelm Krüger (FDP):**

Herr Kollege Kaufmann, Ihr Beitrag hat mir wunderbar gefallen. Wissen Sie, warum? Weil er mir Gelegenheit gibt, noch einmal öffentlich die Frage zu stellen:

(Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Gegenruf des Abg. Florian Rentsch (FDP): Lassen Sie ihn doch erst einmal ausreden!)

Wie stehen Sie in einer zukünftigen Tolerierung und Regierung zu den Arbeitsplätzen?

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Antworten Sie doch auf meine Frage!)

Wie stehen Sie zu dem Thema Rückkauf des Klinikums? Wie stehen Sie zu dem Thema der Lehrereinstellung? – Das machen wir gemeinsam, hoffe ich wenigstens. – Wie stehen Sie zu den anderen Themen, die die Finanzen weiter belasten?

(Beifall bei der FDP)

Wir sind uns über das Defizit von 1,5 Milliarden € einig. Rechnen Sie es so oder so herum, dann sind es 1,6 Milliarden oder 1,8 Milliarden €, wie auch immer.

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Die Aufforderung, der Sie sich heute entziehen und entziehen wollen, ist die Beantwortung der Frage: Wie stehen Sie zu diesen Programmpunkten?

(Zuruf des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Wie stehen Sie zu der Hessencard? Wie stehen Sie zu anderen Themen? Dann frage ich Sie noch: Wie habe ich Ihren gestrigen Antrag zu verstehen, zu dem Ihr Fraktionsvorsitzender oder Ihr parlamentarischer Geschäftsführer gesagt hat: Das ist für uns GRÜNE der Einstieg in eine

strukturelle Haushaltsveränderung und -konsolidierung? Dazu schulden Sie eine Antwort.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was habt ihr denn gemacht? Ihr habt euch enthalten!)

Dazu schulden Sie nach wie vor eine Antwort. Die Antwort schuldet auch die SPD. Im Übrigen lade ich Sie ein, noch einmal eine Frage zu stellen, weil Sie mir damit helfen, den Finger darauf zu legen, dass Sie kein Rezept für eine Konsolidierung dieses Haushalts haben.

(Beifall bei der FDP – Norbert Schmitt (SPD): Blamabel! – Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

#### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Herzlichen Dank. – Zu einer Kurzintervention, Herr Kollege Leif Blum.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das geht nicht!)

– Entschuldigung, wir hatten schon einen Beitrag der FDP-Fraktion. Damit ist der Beitrag für die FDP-Fraktion erledigt. – Ich erteile Herrn van Ooyen für die Fraktion DIE LINKE das Wort.

#### **Willi van Ooyen (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Krüger, wir hatten angenommen, dass die französischen Verhältnisse vielleicht zu übertragen wären. Wir hatten nach einer Frankreichreise angenommen, dass der jetzt dort auszuzahlende Mindestlohn von 8,71 € eine sinnige Veranstaltung wäre für das, was wir hier diskutieren.

Der Finanzminister hat in einem Zeitungsinterview mitgeteilt – der Artikel ist schon mehrfach zitiert worden –, dass das Land Hessen einen gigantischen Steuereinbruch von mehr als 2,3 Milliarden € vor der Nivellierung des Länderfinanzausgleichs bei der Unternehmen- und Kapitalsteuer zu verkraften hat. Damit fehlen dem Land 700 Millionen €, die nur bedingt durch Mehreinnahmen aus der Besteuerung von Arbeit und Konsum gegenfinanziert werden können.

Die fehlenden Millionen belasten den hessischen Haushalt immens. DIE LINKE kann nur eines feststellen: Das Land hat ein deutliches Einnahmeproblem, das seine Ursachen in folgenden Bereichen hat.

Zunächst einmal in der Finanzkrise. Die weltweite Finanzkrise hat zu einem Verlust von ca. 2 Billionen \$ an Börsenwerten geführt. Und täglich geraten die ehemaligen Heilsbringer des Finanzkapitalismus an den Abgrund oder sind sogar wie die Firma Lehman Brothers pulverisiert worden.

Diese Krise des Turbokapitalismus ist Ausdruck eines Systems, das im Grunde genommen immer wieder neu auf Werte setzt, die virtuell sind. Wo waren denn die Finanzregulierungsbehörden und die hoch bezahlten Ratingagenturen während der letzten Jahre? Welche Politiker und Nationalstaaten haben mit immenser Energie und unerschrockener Forschung wider besseres Wissen und gegen die Widerstände Tausender von Menschen die Deregulierung von Finanz- und Kapitalmärkten vorangetrieben?

Massive Leistungskürzungen im Bereich der gesetzlichen Sozialversicherungen, eine Steuerpolitik, die systematisch Unternehmensgewinne und größere Vermögen privilegierte, und eine rückläufige Reallohnentwicklung haben hierzulande in besonderem Maße dazu geführt, dass der private und öffentliche Konsum dramatisch eingebrochen sind. Damit wurden realwirtschaftlich geprägte Investitionen zunehmend unattraktiver, während sich die Verwalter großer Vermögensmassen mangels Alternativen zunehmend zu hoch spekulativen Anlagestrategien verleiten ließen. Die Auswirkungen des globalen Versagens von politischen und wirtschaftlichen Eliten sowie Entscheidungsträgern baden diese leider nur selten selbst aus. Während die Profite auf den Konten der Investmentbanker landeten, darf der Steuerzahler die Verluste tragen.

(Beifall bei der LINKEN)

Diesen Sozialismus für Kapitalisten und Kapitaleigner lehnen wir ab.

(Clemens Reif (CDU): Wer hat Ihnen denn das aufgeschrieben?)

Diejenigen schreien laut nach dem Staat, die vorher die Ketten des Staates sprengen wollten.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Koch, auch Sie sollten sich fragen lassen, wie weit der Verkauf der mit bis zu 11 Milliarden € subventionierten IKB an einen amerikanischen Finanzinvestor Verscherbeln öffentlichen Eigentums ist.

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Als sich die IKB verspekulierte, waren vorwiegend Private, wie der Exvorstandschef von Thyssen und der Vorstandschef von E.ON, der frühere Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie und die Chefs mehrerer mittelständischer Unternehmen wie Tchibo und Rodenstock, also eine staatstragende Mannschaft in der Privatwirtschaft, eine gereifte Mannschaft in der Leitungsebene.

DIE LINKE hat dazu alternative Vorschläge in die politische Debatte eingebracht. Hiernach soll vonseiten des Staates neben der Stärkung der Finanzaufsicht und der stärkeren Eigenkapitalbeteiligung von Börsengeschäften, in Ergänzung zu den bestehenden Einlagensicherungssystemen, ein Fonds eingerichtet werden. Dieser Fonds soll durch eine Sonderabgabe des privaten Finanzsektors finanziert werden. Dieser Fonds rettet gefährdete Institute, indem er auf Zeit nicht werthaltige Aktiva übernimmt und im Gegensatz dazu Liquidität bereitstellt; dies aber nur dann, wenn es die aktuelle Situation des Finanzsektors erfordert. Erzielen die geretteten Institute wieder Gewinne, so sind sie verpflichtet, die vom Sicherungsfonds erworbenen Aktiva zurückzuerwerben.

Zu den Unternehmensteuerreformen noch ein Satz. Die Reform der Unternehmensteuer hat die Einnahmesituation der öffentlichen Kassen weiterhin belastet. Während die Verbraucher, Angestellten und Arbeiter über die Erhöhung von Verbrauchsteuern, Krankenkassenbeiträgen und Preiserhöhungen belastet wurden, gewährt eine Koalition der neoliberalen Kräfte den Kapitalgesellschaften Milliarden nachlässe. Die Steuern auf Unternehmensgewinne wurden seit Jahren kontinuierlich gesenkt, zuletzt zum 1. Januar 2008. Allein die seit 1999 umgesetzten Senkungen des Körperschaftsteuersatzes von 45 bzw. 30 % auf heute 15 % kostete die Steuerzahler jährlich rund 21

Milliarden €. Begründet werden diese Steuerentlastungen mit der Schaffung von Arbeitsplätzen bei einer niedrigen steuerlichen Belastung und mit der Herstellung sogenannter internationaler Wettbewerbsfähigkeit.

(Michael Boddenberg (CDU): Es ist völliger Blödsinn, was Sie da erzählen!)

Der Praxistest zeigt: Es gab keine neuen Arbeitsplätze. Steuerdumping schuf weder in den vergangenen Jahren noch aktuell reale Arbeitsplätze.

Sich dann wie Finanzminister Weimar hinzustellen und zu konstatieren, dass man leider nicht mehr tun kann, als einzusparen und höhere Mächte des Marktes zu beweinen, ist scheinheilig.

Fazit: Wir bleiben dabei, wir LINKEN fordern ein faires, soziales und leistungsrechtes Steuersystem. Während auf Bundesebene die Große Koalition von SPD und CDU auch noch die Erbschaftsteuer durch Nichtstun infrage stellt, setzen wir uns für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer ein.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Korrektur der Unternehmensteuer und die Novellierung der Erbschaftsteuer muss jetzt angegangen werden. Wir nehmen nicht hin, dass Deutschland ein Schlusslicht in der Besteuerung von Vermögen ist.

Mit solchen Einnahmen ist auch ein sozialer und humaner Staat zu machen und kann nach dem von Prof. Bofinger beschriebenen – Prof. Bofinger ist immerhin einer der Wirtschaftsweisen – Jahrzehnt der Entstaatlichung ein progressives Wachstum des Staates zugunsten von Investitionen in Bildung, Umwelt und Soziales als Zukunftsinvestition folgen.

Haushaltskonsolidierung geht nicht mit links, aber Haushalt ruinieren geht wohl mit rechts.

#### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Herr Kollege van Ooyen, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Herrn Milde?

#### **Willi van Ooyen (DIE LINKE):**

Nein, ich möchte jetzt zu Ende reden.

(Clemens Reif (CDU): Haben Sie Angst?)

– Nein, ich habe nie Angst. Pazifisten haben nie Angst.

Trotz aller solidarischer innerparteilicher Diskussion um die Bezahlung des öffentlichen Dienstes weiß DIE LINKE in Verantwortung um die Bedeutung von Staatsausgaben und um die wirtschaftlichen und ökonomischen Notwendigkeiten.

(Helmut Peuser (CDU): Wie in der DDR, da weiß man das!)

Aber was macht eigentlich die Koch-Regierung? Auf Bundesebene und im Scheinwerferlicht agiert sie als Sparkommissar, im Land Hessen geht sie mit der Gießkanne an willfähige Institutionen oder lebt die Privatisierung als Dogma aus. Seit 2002 hat Hessen die mit Abstand größte bereinigte Ausgabensteigerung der westlichen Flächenländer.

(Norbert Schmitt (SPD): Das stimmt!)

Ausweislich des Finanzstatus des Niedersächsischen Finanzministeriums liegt sie 16 % höher, also dreimal stärker, als der bereinigte Ausgabenzuwachs von Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Sie beträgt sogar das Achtfache des Saarlandes. Wo ist das Geld geblieben?

(Helmut Peuser (CDU): Ja, das stimmt!)

Es wurden die Miet- und Pachtausgaben seit 2002 von 100 Millionen € auf 300 Millionen € erhöht. Auch bei dem Verfassungsschutz wurden alleine seit 2006 Ausgabensteigerungen um mehr als 4 Millionen € vorgenommen.

(Michael Boddenberg (CDU): Gegen den haben Sie ja schon immer etwas gehabt!)

In der Staatskanzlei sind die Personalkosten seit 1998 um 5 Millionen € gestiegen. Wo hat man gespart? Man hat gespart beim Personal. Dort wurden 700 Millionen € --

#### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Herr Kollege van Ooyen, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

#### **Willi van Ooyen (DIE LINKE):**

Nein, ich möchte wirklich zu Ende reden. – Es wurden Einsparungen von jährlich etwa 700 Millionen € beim Personal vorgenommen, vor allem bei den Beamten, die nach dem Beschluss von gestern wieder leiden müssen. Dies steht im Personalbericht 2007 der hessischen Regierung, dort ist es nachzulesen. Es hat kein konsequentes Armutsbekämpfungsprogramm in Hessen gegeben. Die Verantwortung wird hier durch schlecht konstruierte Programme an die Kreise delegiert. Das ist keine Perspektive für arme Menschen in Hessen.

(Beifall bei der LINKEN)

Es wurde öffentliches Eigentum verscherbelt durch Privatisierung. Dazu gehört natürlich die Uniklinik. Aber auch die ganzen Leo-Programme, die in den letzten Jahren aufgelegt wurden, haben dazu geführt, dieses Land arm zu machen.

Die geschäftsführende Landesregierung krallt sich an der Macht fest wie ein Betrunkener an der Straßenlaterne. Statt sich um die eigentlichen Probleme zu kümmern, nämlich das Wegbrechen der Steuereinnahmen durch Finanzkrise und selbst verschuldete Steuerreformen anzugehen, das Anwachsen der Einkommensschere, das Sinken der Reallöhne und den Ausbau prekärer Arbeitsverhältnisse zu bekämpfen, ergeht man sich für die künftigen Haushaltsberatungen in der Darstellung von Haushaltsszenarien, die überhaupt nicht konkret sind.

Das Sozialministerium schmeißt wöchentlich Nebelkerzen durch bewusst missinterpretierte und einfach nur laienhafte Berechnungen durch das Land, statt die gesundheitsgefährdenden Umstände durch Lohndumping und Personalabbau beispielsweise in den privaten Universitätskliniken aufzuklären und zu unterbinden. CDU und FDP wittern hinter jeder kritischen Stimme einen links-extremistischen Hintergrund, statt sich mit den realen Problemen im Lande auseinanderzusetzen.

(Michael Boddenberg (CDU): Nur bei Ihnen, Herr Kollege, und den LINKEN!)

Die politische Debatte und Umgangskultur wird durch den dauerhaften Ausnahmezustand des politischen Skandalisierens von CDU und FDP nachhaltig beschädigt.

(Michael Boddenberg (CDU): Es ist schon ein Skandal, was Sie hier teilweise reden!)

Der Antrag der CDU und der FDP stellt sich in eine Reihe mit den letzten kulturlosen Skandalisierungsversuchen eines längst überfälligen Politikwechsels.

(Beifall bei der LINKEN)

Diese Landesregierung hat keine Ideen und versucht auch nicht, Antworten auf die gesellschaftlichen Fragen zu finden.

(Florian Rentsch (FDP): Sie haben die aber?)

Ich sage nur: Der Politikwechsel muss her. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

#### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Vielen Dank. – Zur Kurzintervention, Herr Blum.

#### **Leif Blum (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es zwingt mich doch, die Zeit auszunutzen, um auf zwei Punkte einzugehen.

Herr van Ooyen, zum einen machen Ihre Ausführungen relativ deutlich, insbesondere die Ausführungen zur Steuer- und Abgabepolitik, dass Sie immer noch nicht verstanden haben, wie Wirtschaft funktioniert. Wir brauchen in diesem Land für die Unternehmerinnen und Unternehmer eine moderate Steuer- und Abgabepolitik; denn nur so haben die Unternehmen in diesem Land Luft zum Atmen, um in einem globalisierten Wettbewerb hier Arbeitsplätze zu erhalten und zu schaffen. Wenn Ihre Steuerpolitik in Hessen oder anderswo in diesem Lande Wirklichkeit wird, dann brauchen wir bald mehr als nur 25.000 öffentlich geförderte Beschäftigungsverhältnisse, weil wir dann all das kompensieren müssten, was im freien und ersten Arbeitsmarkt verloren geht.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Zweitens, und das passt zu den Ausführungen von Herrn Kaufmann. Sie haben relativ breit die internationale Finanzmarktkrise beweint. Der Kollege Kaufmann hat gefragt, wie wir die 2 Millionen € finanzieren wollen, die im Zusammenhang mit der Erhöhung der Reisekostenpauschale stehen. Dazu sage ich Ihnen: Das müssen wir uns von Ihnen nicht anhören. Wir müssen uns einmal überlegen, welches Gesetzgebungsvorhaben Sie als Allererstes in diesem Landtag betrieben haben.

(Zuruf des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Sie haben die Studiengebühren abgeschafft. Das bedeutet 20 Millionen € Belastung des Haushaltes in diesem Jahr und gut 100 Millionen € für das nächste Jahr. Der Gegenfinanzierungsvorschlag war, dass Sie diese Beträge in der Krise der internationalen Finanzmärkte erzocken wollten. Von so jemandem lassen wir uns nicht sagen, wie wir unseren Haushaltskonsolidierungsbeitrag zu leisten haben.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

**Vizepräsident Dieter Posch:**

Herr van Ooyen? – Das ist nicht der Fall. Dann erteile ich Herrn Staatsminister Weimar das Wort.

**Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Rückwärtsge- wandt, hat einer gesagt. Das ist so. Ich werde mich bemü- hen, in wesentlichen Passagen in dieser Frage vorwärtsge- wandt zu sein, auch wenn es Ihnen nicht gefällt. Ich habe es schon im Haushaltsausschuss erlebt, dass Sie latent dazu neigen, den Boten der schlechten Nachricht erschla- gen zu wollen. Ich sage, ich vermag zu verstehen, wenn Sie so reflexhaft reagieren. Aber richtig ist es natürlich nicht.

Trotzdem will ich ein paar Bemerkungen machen, um das nicht unwidersprochen im Protokoll stehen zu lassen, was Sie gesagt haben. Herr Abg. Kaufmann, bei aller Notwen- digkeit der Auseinandersetzung: In den Achtziger- und Neunzigerjahren, als Rot-Grün an der Regierung war, ha- ben Sie den Haushaltsplanentwurf siebenmal Mitte No- vember vorgelegt und dem Parlament teilweise nur vier Wochen Zeit gegeben, über den Haushaltsentwurf zu be- raten und zu beschließen. Sie sollten also im Hinblick auf die Frage, wann man einen Haushaltsplanentwurf vorlegt, ganz vorsichtig sein. Eine Situation wie in diesem Jahr hat- ten wir nachweislich noch nicht, dass es ein entsprechen- des Wahlergebnis gab, dass es nach den entsprechenden Ankündigungen normalerweise eine neue Regierung ge- geben hätte, dass das alles zusammengebrochen ist und man von vorne beginnen musste. Meine Damen und Her- ren, das ist doch alles naheliegend. Hören Sie auf, zu er- klären, dass das etwas Besonderes sei.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Zweitens. Herr van Ooyen hat gesagt, wir hätten das Per- sonalkostenniveau um 700 Millionen € gesenkt. Der Rest der Truppe von LINKEN, Roten und GRÜNEN sagt, wir würden den Haushalt ruinieren. Ich finde es eigentlich eine beachtliche Leistung, in einem Haushalt das Niveau der Personalkosten innerhalb weniger Jahre um 700 Milli- onen € zu reduzieren. Das haben wir geschafft, und ich finde, darauf kann man im Hinblick auf das Ziel, den Haushalt vernünftig unter Dach und Fach zu bringen, durchaus stolz sein.

(Beifall bei der CDU)

Zu der Frage der Immobilienveräußerung sage ich es noch einmal: Wir haben diese Immobilien hoch rentierlich verkauft. Alle Gutachter, alle, die sich damit beschäftigt haben – bis hin zum Rechnungshof –, haben uns attestiert, dass das für das Land Hessen ein positives Geschäft ist.

(Zurufe von der SPD)

Ich komme zum zweiten Punkt bei der Sache, und da wird es ärgerlich. Wir haben im Jahr 1999 die Regierung über- nommen. Damals waren die hessischen Hochschulen in einem Zustand, dass ein Hund heulen könnte, wie man bei uns sagt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Da ist nichts gebaut worden, das waren die ältesten Ge- bäude weit und breit, in desolatem Zustand. In Hessen wurden keine Straßen mehr gebaut, weil Sie den Straßen- bauetat praktisch gegen null gefahren haben. Mit den paar Kröten, die noch im Haushalt waren, konnten Sie ge- rade noch die Schlaglöcher zumachen, aber keine Straßen mehr bauen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, wir haben zwischenzeitlich Milliarden Euro in diesen Bereich investiert. Das Geld muss irgendwo herkommen. Wenn man Immobilien ren- tierlich verkaufen kann, sodass das Land Hessen davon keinen Nachteil hat, und das Geld dazu nimmt, Investiti- onen in Hochschulen, Schulen usw. zu tätigen, dann ist das positiv.

(Zuruf des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Gehen Sie doch einmal nach Frankfurt. Schauen Sie sich an, wie die neue Universität am Campus West aussieht. Gehen Sie zu den anderen Universitäten, wo große Bau- maßnahmen durchgeführt worden sind und durchgeführt werden, damit Hessen endlich auf das Spitzenniveau in der Forschung kommt, wo wir hinkommen müssen.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schauen Sie sich an, welche Gemeinden Umgehungsstra- ßen bekommen haben und wo die Infrastruktur verbes- sert worden ist.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Erlöse aus den Immobilienverkäufen sind hierfür ver- wendet worden. Wir brauchen uns dafür nicht zu ent- schuldigen, und wir brauchen uns schon gar nicht Kritik von Leuten anzuhören, die betriebswirtschaftlich offen- kundig keine Ahnung haben, aber behaupten, wir hätten ein schlechtes Geschäft für das Land Hessen gemacht. Wir haben ein hervorragendes Geschäft gemacht, und wir ha- ben das Geld in die Zukunft dieses Landes gesteckt. Des- halb sollten Sie froh und dankbar sein, dass wir so agiert haben, denn es wird dem Land Hessen noch in Jahrzehnten zugute kommen, was wir in den letzten Jahren inves- tiert haben.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kahl, wenn Sie sagen, die Sachkosten seien gestie- gen, muss ich Ihnen antworten: Die Sachkosten sind ge- stiegen, aber darin sind z. B. die IT-Infrastrukturkosten enthalten. Ich erinnere Sie daran, dass der Vertragsab- schluss mit SAP noch unter der rot-grünen Regierung 1998 beschlossen worden ist.

(Widerspruch des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Damals ist sogar gefragt worden, ob man den Vertrag in der Zeit zwischen Wahl und Regierungsübergang noch unterzeichnen dürfe.

(Reinhard Kahl (SPD): Falsch!)

Dieses Geld ist ebenfalls sinnvoll investiert. Wir haben 7.000 Stellen in der öffentlichen Verwaltung, in der Kern- verwaltung weniger. Sie können diese 7.000 Leute doch nicht dadurch ersetzen, dass Sie sagen: Die schaffen alle viel zu wenig, deswegen können wir sie raussetzen. – Das ist doch nicht wahr. Durch die Verbesserung der Infra- struktur und der Arbeitsbedingungen unserer Verwaltung war es überhaupt erst möglich, die Personalkosten an der Stelle zu reduzieren. Ich nenne Ihnen Beispiele: Alle Poli- zisten haben neue Laptops und Computer bekommen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Finanzverwal- tung haben allesamt neue Laptops und Computer sowie die entsprechende Infrastruktur bekommen – jeder Ein- zelne, und zwar revolvierend angelegt. Das ist Verwal-

tungsmodernisierung. Die muss sein. Das müssen wir den Bürgerinnen und Bürger bieten. Deswegen lasse ich es nicht zu, dass hier so getan wird, als sei Geld verschleudert worden. Wir haben an diesem Punkt vernünftig und ausgesprochen erfolgreich gewirtschaftet.

Jetzt kommen Sie mit der Forderung nach einem Kassensturz. Ich habe es Ihnen mehrfach gesagt. Der Verwaltungshaushalt bzw. der Teil des Haushalts, der die Ausgabe Seite betrifft, läuft völlig normal. Ich muss keinen Nachtragshaushalt machen, wenn der Haushalt völlig normal läuft. Wir liegen sehr gut im Korridor. Ich war sogar in der Lage, für die Dinge, die vom Parlament erbeten worden sind, eine Gegenfinanzierung zu erbringen. Was ist also das Problem? Zu der Frage, wie die Steuerentwicklung zum Jahresende sein wird, muss ich sagen: Ich bin kein Hellseher; wenn ich Hellseher wäre, würde ich mein Geld anders verdienen.

(Heiterkeit bei der CDU)

Ich kann Ihnen aber sagen, wie der Stand Ende August ist. Den habe ich Ihnen mehrmals gesagt, und ich sage ihn Ihnen heute wieder. Wir wollen in diesem Jahr ein Defizit von 547 Millionen € anstreben. Das wäre ein bedeutender Schritt in Richtung Null-Verschuldung im Jahr 2011. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass wir eine Chance haben, das zu erreichen.

Positiv ist, dass die Einnahmen aus der Lohn- und Einkommensteuer, der Zinsabschlag- und der Umsatzsteuer bis Ende August um 550 Millionen € gestiegen sind. Negativ ist, dass die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer statt 1,5 Milliarden € im vorigen Jahr bis Ende August dieses Jahres nur 137 Millionen € betragen. Wir haben also 1,36 Milliarden € weniger eingenommen. Sie sagen: Der Finanzminister kann nichts, er hat 1,36 Milliarden € weniger an Körperschaftsteuer eingenommen. – Sie müssen einfach einmal die Begrenztheit der Tragfähigkeit Ihrer Argumentation an der Stelle sehen, wenn Sie sich klar machen, dass der Banken- und Wirtschaftsstandort Frankfurt bzw. Hessen aufgrund der Volatilität der Märkte in vollem Umfang an der internationalen Entwicklung teilnimmt. Ich sage dazu gleich noch etwas, denn manche Punkte, die Herr van Ooyen angesprochen hat, teile ich. Ich handle nicht nach dem Motto „Die LINKEN haben das gesagt, also kann man es nicht mehr ansprechen“. Im Gegenteil, ich bin der Meinung, dass man auf die eine oder andere Sache durchaus den Finger legen muss.

Bei der Körperschaftsteuer kommen wir, nach Verrechnung in jede Richtung, derzeit saldiert auf ein Minus von 200 Millionen €. Bei der Verrechnung muss man aber sehen, dass möglicherweise weitere Einbrüche bei der Körperschaftsteuer höhere Belastungen mit sich bringen.

Die Einnahmen aus nicht veranlagten Steuern vom Ertrag, also aus Ausschüttungen, Dividenden der Unternehmen, sind um 480 Millionen € zurückgegangen. Das heißt, wir haben, wenn wir diese beiden Positionen zusammennehmen, insgesamt um ungefähr 700 Millionen € geringere Steuereinnahmen.

(Reinhard Kahl (SPD): Das war immer gegenläufig!)

Somit haben wir derzeit ein Minus von 150 Millionen €, und wir haben 1,4 % weniger Steuern eingenommen als im vorigen Jahr bis Ende August. Wir sind das einzige Bundesland, das weniger Steuern eingenommen hat. Im Vergleich dazu hat Bayern ein Steuerplus zwischen 10 und 15 %. Wir haben weniger Steuern eingenommen und

dementsprechend etwa 300 Millionen € weniger in den LFA gezahlt, sodass wir im Moment 170 Millionen € im Plus sind. Wir müssen aber, um den Ansatz zu erreichen, zum Jahresende ein Plus von 550 Millionen € haben. Das wird knapp. Das kann ich jetzt schon sagen. Das hängt natürlich in erheblichem Umfang von den September-Steuerereinnahmen ab. Die laufen im Moment einigermaßen, kann man sagen, und es hängt natürlich auch vom steuerstarken Monat Dezember ab, wo man überhaupt nichts mehr steuern kann.

Warum ist das so? Der erste Grund ist, dass die internationale Bankenkrise auch bei uns ankommt, und zwar im Moment noch nicht einmal durch geringere Körperschaftsteuerzahlungen oder durch eine entsprechende Anpassung der Höhe der Vorauszahlungen. Die sind erstaunlicherweise relativ hoch. Wir hatten einen Rückgang von 40 % auf 20 bis 25 % erwartet, aber die Zahlungen liegen im Moment höher. Es wird aber im Moment von den großen Unternehmen, nicht nur den Banken, alles hereingeholt, was man an Guthaben beim Fiskus hat, während man sonst die Dinge gelegentlich ein bisschen gestreckt hat, um eine gleichmäßige Bilanzierung betreiben zu können. Es liegt auf der Hand, warum das so ist. Die Banken sind natürlich jederzeit über Eigenkapital froh, weil sie damit ein Geschäft machen können. Die ganze Sache ist aus deren Sicht hochgradig logisch.

Wir werden deshalb bis zum Jahresende auch noch einige Erstattungen haben. Sie werden verstehen, dass ich an der Stelle nicht darüber reden kann, weil dies das Steuergeheimnis berührt. Aber in toto muss man davon ausgehen, dass dort noch Erstattungen in beachtlicher Höhe zu erwarten sind. Die haben wir allerdings in unseren Überlegungen zum Jahresende mit eingerechnet.

Der zweite Punkt betrifft die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag. Ich habe gesagt, dass die Zinsschranke an der Stelle wahrscheinlich eine beachtliche Rolle spielen wird. Die Zinsschranke zwingt nämlich dazu, Eigenkapital aufzubauen, damit man keine Probleme bekommt. An dieser Stelle verkürze ich jetzt das Motiv für die Steuerrechtsänderung.

Das ist offenkundig gut gelungen. Es wird versucht, Kapital aufzubauen, um nicht unter die 30-prozentige Zinsschranke zu fallen. Das heißt, dass die Ausschüttungen an der Stelle offensichtlich niedriger sind.

Zudem haben wir in Wiesbaden einen sehr großen Steuerzahler verloren – das ist kein Steuergeheimnis –: Ein großes Unternehmen ist weggegangen. Viele Firmen kaufen im Moment eigene Aktien zurück, sodass die Ausschüttungen auch aus diesem Grund zurückgehen. Von daher ist also alles erklärbar. Aber es ist ärgerlich, dass es so kommt.

Nur, es gibt etwas, was einen an dieser Stelle stören muss. Ich sage Ihnen von diesem Pult aus: Vor etwa eineinhalb Jahren habe ich in Frankfurt vor Hedgefondsmanagern gesprochen. Ich habe gesagt: Seien Sie bitte vorsichtig; die Gier wird Sie noch umbringen. – Das stand sogar in der Zeitung. Mancher ist gekommen und hat erklärt: Das kannst du doch nicht sagen.

Meine Damen und Herren, an der Stelle müssen wir aber feststellen, dass wir alle darüber reden müssen, dass diejenigen, die gelegentlich nicht nur den Politikern, sondern auch anderen gegenüber total überheblich aufgetreten sind und nicht genug bekommen konnten, jetzt dastehen und einen Teil der vorhandenen Probleme auf uns abla-

den. Das möchte ich an der Stelle einmal ganz nüchtern sagen.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Ein weiterer Punkt gehört dazu. Diese Menschen desavouieren die erfolgreiche marktwirtschaftliche Ordnung, und sie sorgen mit ihrem Verhalten gerade dafür, dass der Staat auf das, was passiert, in einer Weise reagiert, dass eine gute geschäftliche Entwicklung später wahrscheinlich nicht mehr in dem Maß möglich ist, wie sie es eigentlich sein müsste. Wir reagieren also aus unserer Situation heraus, indem wir sie – ja, wie soll ich es sagen? – so an die Kandare nehmen, dass die Dynamik und die Entwicklung an dem Punkt zum Teil nicht mehr möglich sind. An der Stelle müssen wir übrigens sehr aufpassen.

(Norbert Schmitt (SPD): Na ja!)

Man muss wirklich darüber reden; denn es kann nicht sein, dass so etwas passiert. Dass wir ein massives Interesse daran haben, Banken, Versicherungen und Gelddienstleister in Frankfurt zu halten und dass wir sie mit allen Kräften unterstützen, ist eine ganz andere Sache.

Aber eine der Schwierigkeiten besteht tatsächlich darin, dass man feststellen muss, dass dem Buchgeld keine Leistung entgegensteht. Das Geld ist nur etwas wert, wenn ein anderer bereit ist, dafür eine Leistung zu erbringen. Wenn ich immer mehr Nullen an die Zahlen hänge, ist irgendwann keiner mehr da, der dafür eine Leistung erbringt, und dann gibt es ein Problem. So einfach ist die Sache, und so grob ist an der Stelle das missachtet worden, was passiert.

Zu den IFRS. Ich sage seit zwei Jahren, dass die IFRS große Probleme haben. Muss das sein? Ist es richtig, dass sich die Wirtschaftsprüfer dieser Welt in London treffen und erklären, es müsste alles anders gemacht werden? Dann übernehmen erst Amerika und anschließend die EU diese Regelung, und das gute alte deutsche HGB wird aus den Bilanzen geworfen. Es wird gesagt, es werde alles transparenter und besser.

Ich halte einmal fest: Wer heute die „FAZ“ gelesen hat, der wird gesehen haben, dass dort etwas über eine Untersuchung der Universität Bochum steht. Das, was sie festgestellt haben, ist trivial, aber wichtig. Die IFRS tragen nämlich im Moment durch die Art der Buchung dazu bei, dass die Entwicklung immer weiter ins Negative, sozusagen spiralförmig nach unten getrieben wird. Denjenigen, der das vor ein oder zwei Jahren gesagt hat, hat man als einen Ewiggestrigen betrachtet, der keine Ahnung hat – erst recht, wenn er aus der Politik kam.

#### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Herr Finanzminister, darf ich Sie darauf hinweisen, dass die vereinbarte Redezeit abgelaufen ist?

#### **Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:**

Ja, ich weiß, aber ich wollte das an der Stelle einmal sagen.

(Allgemeine Heiterkeit und Beifall)

#### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Ich habe Sie ja auch gelassen.

(Allgemeine Heiterkeit und Beifall)

#### **Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:**

Danke, Herr Präsident. – Wissen Sie, wenn Sie das den kleinen Leuten erklären wollen, die jeden Morgen um 5 Uhr aufstehen, arbeiten gehen, mit ihrem Geld gerade so auskommen und auch noch am Wochenende schaffen und machen, damit es klappt, haben Sie ein Problem.

Ich möchte, ehrlich gesagt, auch nicht, dass DIE LINKE etwas daraus macht; denn die Ansätze, die sie bringen, sind völlig falsch.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der LINKEN)

– Was diesen Punkt betrifft, sehe ich das so. Die Lösungsansätze sind völlig falsch.

Aber ich will nicht, dass unsere solidarische Gesellschaft auseinanderfällt, weil die Leute auf der einen Seite das sehen, was ich beschrieben habe, und auf der anderen Seite sehen müssen, wie sie herumkommen. Ich denke, es ist des Schweißes der Edlen wert – „Nachhaltigkeit“ ist an der Stelle ein mutiger Begriff –, darüber zu reden, wie nachhaltig eine Gesellschaft zu organisieren ist.

Nur, eines müssen wir auch sehen: Über das meiste, worüber wir in dem Zusammenhang reden, hat weder der Hessische Landtag noch der Deutsche Bundestag zu entscheiden. Aber wir haben möglicherweise darüber zu entscheiden, wenn wir vernünftig und in solidarischer Weise darüber reden, wie man diese Punkte voranbringen kann, und wenn wir tatsächlich versuchen, sie an der einen oder anderen Stelle zu thematisieren und zum richtigen Zeitpunkt mit den richtigen Lösungen zu kommen. Hier ist nicht der Ort, um darüber zu reden. Aber ich denke, das muss sein.

Wir haben Risiken bei der Steuerentwicklung. Ich habe Ihnen gesagt, dass es um 550 Millionen € geht. Ein Gut haben in Höhe von 170 Millionen € haben wir im Moment. Über Leo III verhandeln wir. Ich meine, wir sind auf einem sehr guten Weg. Wir müssen sehen, ob wir das hinkriegen.

Beihilfe und Versorgung sind ein Problem. Die Kosten für die Beihilfe steigen enorm. An der Stelle kann man nichts machen. Das muss man eben bezahlen, Punkt, aus.

Insgesamt gesehen, bin ich jedoch optimistisch und glaube, dass wir noch eine ordentliche Chance haben, den Haushalt so zu fahren, wie wir es bei der Aufstellung tatsächlich wollten.

Was das Jahr 2009 betrifft, so ist die Sache relativ einfach. Wir haben gesagt, die Verschuldung soll 500 Millionen € betragen. Es sollen Mehreinnahmen in Höhe von 500 Millionen € hinzukommen. 250 Millionen € Minderausgaben werden einkalkuliert. Die Mehreinnahmen waren klar. Dieser Plan ist Mitte 2007 gemacht worden. Damals hatten wir im dritten Jahr hintereinander mehr Steuereinnahmen zum Jahresende. Es war auch klar, dass aufgrund der allgemeinen Entwicklung Frankfurt, das Rhein-Main-Gebiet und Hessen in steuerlicher Hinsicht sehr begünstigt würden, sodass wir schon, ohne es zu etatisieren, erwartet haben, dass wir dort mehr Steuereinnahmen haben würden.

Meine Damen und Herren, ich muss sagen, das zerrinnt wie Wasser im Wüstensand. Diese 500 Millionen € Mehreinnahmen sind realistisch nicht mehr einzuplanen. Der November-Steuerschätzung sehe ich mit großer Sorge entgegen. Die letzte Steuerschätzung fand nämlich auf der Basis eines Wirtschaftswachstums von 1,2 % statt, und wenn wir es im nächsten Jahr mit 0,6 oder sogar nur 0,5 %

Wachstum zu tun haben, bedeutet das weitere beachtliche Steuerausfälle.

Für die Minderausgaben in Höhe von 250 Millionen € sorgen wir, sodass wir mit den 170 Millionen € aus dem Jahr 2008 für die Lohnerhöhungen, für die 650 Referendare und für die fehlenden Studienbeiträge, die wir 2008 gedeckt haben und 2009 – als Dauerlast sozusagen – decken müssen, im Haushaltsaufstellungsverfahren, ohne dass wir sonst irgendetwas machen, bei einer Summe von ca. 1,2 Milliarden € sind. Die enge hessische Verfassungsgrenze liegt bei 937 Millionen €.

Sie sehen also, wir haben noch etwas zu tun. Ich bin dabei, mit den Kolleginnen und Kollegen darüber zu sprechen, und werde die Chefgespräche in Kürze abgeschlossen haben. Ich gehe davon aus,

(Unruhe)

– hören Sie zu, Herr Kahl –, dass wir noch einmal eine beachtliche Sparrunde bestreiten müssen. Eines ist nämlich auch klar: Ich will diese 670 Millionen € – also die 500 Millionen € plus die 170 Millionen € – für das nächste Jahr auf jeden Fall erreichen.

Ich sage Ihnen schon heute: Wenn nicht bei der November-Steuerschätzung etwas Gewaltiges passiert, werde ich die 670 Millionen € am Ende erreichen. Aber das bedeutet noch ein bisschen Arbeit. Das heißt, bei den Blüten träumen, die hier zu all dem, was man macht, herum schwirren, werden wir noch eine ganze Menge abstreichen müssen, um zu diesem Ergebnis zu kommen.

Es wird dann spannend sein, zu sehen, wie Sie darauf reagieren. Sie behaupten nämlich, wir würden den Haushalt nicht gut fahren und würden zu viele Schulden machen. Dazu sage ich: freundliche Grüße, die Nagelprobe wird kommen.

Die Risiken für den Haushalt 2009 sind offenkundig. Die Steuerschätzung weist schlechtere Werte auf. Das wird vermutlich auch bei der Steuerschätzung im Mai 2009 so sein. Es hat hohe Lohnabschlüsse gegeben. Außerdem wurden im Bund weitere Leistungsgesetze beschlossen. Hinzu kommen die Beschlüsse des Landtags, die zu vermehrten Geldausgaben führen. Das haben wir schmerzhaft erlebt.

Sie werden am 4. Oktober 2008 die Entscheidung zu treffen haben, was Sie machen wollen. Sie müssen beschließen, ob Sie Koalitionsverhandlungen führen wollen. Die SPD-Fraktion will, dass der Entwurf eines Doppelhaushaltes verabschiedet wird. Das wäre dann eine völlig neue Lage.

Ich werde mir, je nachdem, wie die Entscheidung am 4. Oktober 2008 ausfällt, überlegen, wie mit dem Haushalt des Landes Hessen weiter zu verfahren ist.

Insgesamt gesehen, kann ich sagen: Ich bin sehr stolz darauf, was wir in den letzten Jahren im Land aufgebaut haben und wie wir über die Krise gekommen sind.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden diesen Weg auch weiterhin beschreiten. Es geht nicht, hier im Landtag zu beschließen, im Jahr 2011 einen ausgeglichenen Haushalt haben zu wollen, jetzt zur Kenntnis zu nehmen, wie die Situation ist, und trotzdem den Leuten zu versprechen, was man alles machen will. Meine Damen und Herren, im Moment können Sie gar nichts machen. Wenn Sie eine seriöse Haushaltspolitik betreiben wollen, dann werden Sie zumindest schon für das

nächste Jahr 200 Millionen € bis 300 Millionen € aus dem Haushalt herausnehmen müssen, um zu einer einigermaßen vernünftigen Größenordnung der Verschuldung zu kommen. Da darf bei der Steuerschätzung im November noch nicht einmal etwas Negatives passieren.

Ich arbeite daran. Ich bin mir sicher, ich bekomme das auch hin. Das wird aber verkündet, wenn es fertig ist. – Meine Damen und Herren, vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Herr Staatsminister Weimar, herzlichen Dank. – Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erhält nun Herr Kollege Wagner das Wort.

#### **Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir, die Vertreterinnen und Vertreter der Fraktionen, ringen gemeinsam um eine nachhaltige Finanzpolitik. Wir ringen um das Ziel, einen ausgeglichenen Landeshaushalt, also einen Landeshaushalt ohne neue Schulden, hinzubekommen.

Herr Finanzminister Weimar, Sie haben in Ihrer eben gehaltenen Rede viel Bemerkenswertes gesagt. Eines finde ich besonderes bemerkenswert. Denn diese Information ist neu. Sie haben gesagt, Sie können das in der Finanzplanung der Landesregierung festgehaltene Ziel nicht einhalten, 500 Millionen € globale Mehreinnahmen im Jahr 2009 zu erzielen.

Sie haben damit erstmals den Hessischen Landtag darüber informiert, dass Ihre Planungen in einem zentralen Punkt der Finanzpolitik dieser Landesregierung nicht werden realisiert werden können. Herr Finanzminister, Sie sagen, die 500 Millionen € Mehreinnahmen werden nicht realisiert werden können. Ich bitte Sie, zu sagen, wie Sie das dann für den Landeshaushalt 2009 entstehende Delta schließen wollen.

Welche Konsequenzen zieht die Landesregierung daraus, dass sie die Mehreinnahmen gemäß Ihrer Planung nicht wird erzielen können? Werden Sie eine höhere Verschuldung vornehmen? Wollen Sie das durch Einsparungen im Landeshaushalt 2009 finanzieren? Herr Finanzminister, ich finde, der Haushaltsgesetzgeber, also der Hessische Landtag, hat ein Anrecht darauf, von Ihnen hier und heute Antworten auf diese Fragen zu bekommen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Finanzminister, ich möchte Sie dann auch noch etwas Weiteres fragen. Das geschieht immer unter der Voraussetzung, wir haben das gemeinsame Ziel, zu einem ausgeglichenen Haushalt, also zu einem Haushalt ohne neue Schulden, zu kommen.

Welche Bedeutung hat die Information, die Sie heute hier gegeben haben, der zufolge die globalen Mehreinnahmen in Höhe von 500 Millionen € im Jahr 2009 nicht erzielt werden können? Welche Bedeutung hat das für das Ziel, im Jahr 2011 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu wollen? 500 Millionen €, das ist kein Geld kleiner Größenordnung. Herr Finanzminister, ich bitte Sie, hier zu sagen, ob Sie der Meinung sind, dass das Ziel, im Jahr 2011 zu einem ausgeglichenen Haushalt zu kommen, ange-

sichts der Information, die Sie heute hier gegeben haben, noch zu halten sein wird. Ich fordere Sie auf, zu sagen, wie Sie dieses Ziel angesichts dieser Situation erreichen wollen.

Auf diese relativ einfachen Fragen erhoffe ich mir von Ihnen einfache und klare Antworten. Ich denke, die Mitglieder des Hessischen Landtags haben darauf ein Anrecht. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

**Vizepräsident Dieter Posch:**

Herzlichen Dank. – Herr Kollege Kahl, Sie haben das Wort.

**Reinhard Kahl (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Was für eine Informationspolitik des Finanzministers erleben wir hier wieder? Wir haben während der Sitzung des Haushaltsausschusses Fragen gestellt. Wir haben gefragt, wie denn derzeit die Situation bezüglich der Aufstellung des Entwurfs des Haushaltsplans für das Jahr 2009 aussieht. Die Antwort des Finanzministers lautete: Ich sage nichts. – Das war das Ergebnis der Befragung letzten Mittwoch.

Jetzt stellen wir Folgendes fest: Wir haben Ihnen vorgechnet, dass Sie nicht belegen können, woher die 500 Millionen € kommen. Jetzt haben Sie eine Zahl in Vorbereitung des Entwurfs für den Haushaltsplan 2009 genannt, die beinhaltet, dass es kein Defizit von 500 Millionen € sein wird, also keine Neuverschuldung in dieser Höhe, sondern dass es schlicht mehr als das Doppelte sein wird.

Wenn das kein Offenbarungseid ist, was ist es dann? Sie müssen jetzt zugeben, dass die ganzen Diskussionen, hin zu einem ausgeglichenen Haushalt zu kommen, schon in der ersten Stufe wertlos sind. Wie es im Moment aussieht, wird es zu mehr als einer Verdoppelung der vorgesehenen Neuverschuldung kommen. Mit diesem Defizit wird die Hürde gerissen.

Herr Finanzminister, ich fordere Sie deswegen auf, uns nicht immer nur das zu sagen, was wir Ihnen schon vorgechnet haben. Vielmehr sollten Sie endlich die volle Wahrheit sagen und die Unterlagen zu der finanziellen Situation auf den Tisch legen. Angesichts der Äußerungen, die Sie jetzt gemacht haben, kann ich nur sagen: Der Kassturz ist notwendiger denn je.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

**Vizepräsident Dieter Posch:**

Herr Kollege Kahl, herzlichen Dank. – Mir liegen zu diesen Initiativen keine Wortmeldungen mehr vor.

Es geht um Tagesordnungspunkt 46, das ist der Antrag der Fraktion der SPD. Außerdem geht es um den Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und den Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP. Da sich die Entschließungsanträge auf den zuerst eingebrachten Antrag beziehen, frage ich Sie: Sind Sie damit einverstanden, dass wir sämtliche Initiativen dem Haushaltsausschuss überweisen?

(Axel Wintermeyer (CDU): Ja!)

– Das ist der Fall. Dann wird so verfahren.

Ich rufe nunmehr **Tagesordnungspunkt 5** auf:

**Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion DIE LINKE für ein Gesetz zur Änderung der Hessischen Gemeindeordnung und der Hessischen Landkreisordnung – Drucks. 17/516 –**

Das Wort erteile ich Herrn Kollegen Schaus.

**Hermann Schaus (DIE LINKE):**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Präsident!

(Unruhe)

Ich hoffe, dass ich noch Aufmerksamkeit für einen, wie ich finde, nicht unwesentlichen Gesetzentwurf unserer Fraktion erhalte.

Meine Fraktion hat in den letzten Wochen zwei parlamentarische Initiativen in dieses Haus eingebracht, die beide dasselbe Ziel verfolgen, nämlich weiteren bisher in der Politik außen stehenden Teilen unserer Bevölkerung demokratische Mitspracherechte zu gewähren. Beide Initiativen könnten zu mehr Demokratie beitragen, wo wir sie am dringendsten brauchen, nämlich in den hessischen Städten und Gemeinden, also dort, wo die Menschen ihren Lebensmittelpunkt haben und sich im Sinne eines lebendigen und demokratischen Gemeinwesens am besten einbringen können und wollen.

Unser Antrag fordert die Unterstützung einer Bundesratsinitiative, mit der das Kommunalwahlrecht auch jenen Mitbürgerinnen und Mitbürgern zugesprochen werden soll, die zum Teil vor vielen Jahren oder Jahrzehnten aus Staaten, die nicht der Europäischen Union angehören – –

(Unruhe)

**Vizepräsident Dieter Posch:**

Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, die Gespräche einzustellen und Herrn Schaus zuzuhören.

**Hermann Schaus (DIE LINKE):**

Danke schön. – Auf unseren Antrag zur Unterstützung einer Bundesratsinitiative, mit der das kommunale Wahlrecht auch jenen Mitbürgerinnen und Mitbürgern zugesprochen werden soll, die zum Teil vor vielen Jahren oder Jahrzehnten aus Staaten, die nicht der Europäischen Union angehören, zu uns nach Deutschland gekommen sind, möchte ich an dieser Stelle nur kurz hinweisen. Ich verbinde das mit der Hoffnung, dass der Antrag hier im Haus große Zustimmung von möglichst allen Parteien findet, damit es dann durch Entscheidungen im Bundestag und im Bundesrat zu einer entsprechenden Änderung des Grundgesetzes kommt.

Zum vorliegenden Gesetzentwurf, mit welchem auch jungen Menschen in Hessen ab dem 16. Lebensjahr das kommunale Wahlrecht gegeben werden soll, möchte ich zunächst auf Folgendes hinweisen. Es ist allgemein festzustellen, dass es aus Sicht der LINKEN keine belastbaren Gründe gibt, warum jungen Menschen das kommunale Wahlrecht nicht gegeben werden sollte. Junge Menschen sollten ihre Interessen ebenso selbstständig wie ältere ver-

treten können. Erlauben Sie mir den Hinweis, es gibt schließlich auch keine Wahlaltersobergrenze.

In einer älter werdenden Gesellschaft dürfen die Interessen der Jugend nicht unberücksichtigt bleiben und müssen einen hohen Stellenwert behalten. Jugendliche müssen für die Demokratie gewonnen werden, indem sie daran unmittelbar teilnehmen und das hohe Gut des demokratischen Gemeinwesens schätzen lernen. Jugendliche müssen die Demokratie gewinnen, damit unser Gemeinwesen lebendig bleibt und die politischen Prozesse nicht nur reine Formsache sind.

Die meisten Jugendlichen verlassen heutzutage lange vor ihrer ersten Wahlentscheidung die Schule. Doch gerade im Unterricht könnte unter der Voraussetzung eines Wahlrechts ab 16 Jahren ein wesentlicher Beitrag zur politischen Bildung geleistet werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Lassen Sie mich an dieser Stelle ein oft bemühtes Vorurteil aufgreifen, dass nämlich junge Menschen die Tragweite einer Wahlentscheidung noch nicht im vollen Umfang ermessen könnten. Viele junge Menschen, die sich in ihrem sozialen Umfeld durch Familie und Freundeskreis mit Politik auseinandersetzen, können politische Entscheidungen oftmals besser beurteilen, als viele unterstellen.

Entscheidend ist mitnichten das Alter eines Menschen, als vielmehr sein Interesse und sein Engagement für Politik. Dies spricht aus Sicht meiner Fraktion umso mehr dafür, Jugendliche möglichst früh für Politik zu interessieren, und zwar – wie könnte dies besser erreicht werden? – durch die mögliche Teilnahme an Wahlen in der eigenen Stadt oder in der eigenen Gemeinde.

Zudem kann das Vorurteil, Jugendliche wären geradezu politikunfähig, durch die langjährige Praxis in anderen Bundesländern und die dort gemachten Erfahrungen widerlegt werden. Seit Ende der Neunzigerjahre werden in Berlin, in Mecklenburg-Vorpommern, in Niedersachsen, in Nordrhein-Westfalen, in Sachsen-Anhalt und in Schleswig-Holstein die Wähler im Alter ab 16 Jahren zu den Urnen gerufen, ohne dass es zu politisch vollkommen wirren Wahlentscheidungen gekommen wäre.

Zu Hessen lässt sich an dieser Stelle bedauerlicherweise sagen, dass auch bei uns die damalige rot-grüne Landesregierung das kommunale Wahlrecht ab 16 Jahren eingeführt hatte. Doch bevor dies ein einziges Mal zum Tragen gekommen wäre, wurde die progressive neue Regelung mit dem Wahlsieg der Konservativen durch die sich anschließende CDU/FDP-Regierung 1999 unmittelbar wieder abgeschafft. Es sei der Hinweis gestattet, dass die CDU/FDP-Regierung in Nordrhein-Westfalen mit ihrer Machtübernahme im Jahre 2005 weitaus klüger damit umgegangen ist und das Wahlrecht in diesem Punkt nicht angetastet hat. Vernünftige Entscheidungen im Sinne der Demokratie sind also auch jenseits von Parteilinien woanders – möglicherweise außerhalb Hessens besser – möglich.

Meine Damen und Herren, wir beraten in Gremien des Hessischen Landtags eine ganze Reihe von Gesetzentwürfen und Anträgen, mit denen das Ziel von mehr Demokratie verfolgt wird – Gesetzentwürfe für Volksinitiativen und Volksbegehren, für mehr wirtschaftliche Beteiligung der hessischen Kommunen, für mehr Demokratieteilnahme der Einwohner und mit unseren Initiativen auch für mehr Beteiligung der Jugend und von Migrantin-

nen und Migranten aus Nicht-EU-Staaten mit dauerhaftem Lebensmittelpunkt in Hessen.

**Vizepräsident Dieter Posch:**

Herr Kollege, die vereinbarte Redezeit ist herum.

**Hermann Schaus (DIE LINKE):**

Herr Präsident, ich komme zum Ende. – Ich bin zuversichtlich, dass die neue Parlamentsmehrheit darin ein gemeinsames Anliegen sieht und unsere Auffassung mehrheitlich getragen wird. Lassen Sie mich dennoch den Wunsch äußern, dass auch die Fraktionen von CDU und FDP dem Näherreten wollen und können. Lassen Sie uns gemeinsam bei der sich immer weiter reduzierenden Wahlbeteiligung im kommunalen Bereich auch an dieser Stelle ein Angebot für mehr Demokratie machen. – Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsident Dieter Posch:**

Herzlichen Dank. – Für die FDP-Fraktion Herr Kollege Greilich.

**Wolfgang Greilich (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Schaus, Sie haben uns mit einem Pathos Ihr Grundanliegen erklärt, das offensichtlich überhaupt die Grundlage für demokratische Verhältnisse hier sein soll. Gehen wir einmal ein Stück von diesem Pathos herunter und schauen uns die Fakten an. Ich räume Ihnen gern ein, dass es den einen oder anderen 16-Jährigen, vielleicht auch den einen oder anderen 14- oder 15-Jährigen oder die eine oder andere 14- oder 15-Jährige geben mag, die so manches hier besser beurteilen können als Menschen, die älter sind, die Wahlrecht haben und 18 Jahre alt sind, die 30, 40, 50 Jahre oder wie alt auch immer sind, vielleicht auch besser als mancher, der auf der linken Seite in diesem Hause sitzt.

Aber wo Sie diese Grenze ziehen – warum eigentlich nicht bei 14, 16 oder 18 Jahren? –, das ist letztlich immer eine willkürliche Festlegung. Irgendwo muss dieser Schnitt gemacht werden. Dann müsste man sehr genau überlegen, welche Aspekte man als relevant ansieht und welche nicht. Ich will Ihnen nur drei Punkte nennen.

Zum einen ist das, was Sie uns vorgelegt haben, schlichtweg inkonsequent. Sie beantragen die Herabsetzung des aktiven Wahlalters, lassen aber das passive Wahlalter unangetastet. Wenn es Ihnen ernst ist, wenn Sie der Meinung sind, dass 16-, 17-Jährige genauso gut politisch beurteilen und handeln können wie die 18-Jährigen, warum wollen Sie ihnen dann das passive Wahlrecht verweigern? Damit – das könnte man so sagen – degradieren Sie die 16- und 17-Jährigen zum bloßen Stimmvieh, das nur mitstimmen darf, aber nicht die Chance zur echten Mitwirkung hat. Insofern sind Sie inkonsequent.

Als zweiten Punkt möchte ich Ihnen das Gesamtsystem unserer Rechtsordnung nennen, das z. B. an die Volljährigkeit, an die Geschäftsfähigkeit anknüpft. Wenn Sie die Geschäftsfähigkeit unter dem Gesichtspunkt des Jugendschutzes auch noch herabsetzen wollten – das habe ich bis jetzt allerdings nicht gehört –, müssten wir uns darüber

auch unterhalten. Aber ich finde es nach wie vor erstens richtig, dass 16- und 17-Jährige im Rechtsverkehr noch etwas besser als Erwachsene geschützt sind.

Ich bin zum Zweiten der Auffassung, wenn der Jugendliche nicht in der Lage ist, weil wir es ihm mit der Rechtsordnung nicht erlauben, sein sprichwörtliches Moped allein zu kaufen oder seinen Berufsausbildungsvertrag ohne Mitwirkung der Eltern zu unterschreiben, dann ist es inkonsequent, zu sagen: Das Wahlrecht ist so eine Kleinigkeit; das geben wir einmal vorab.

Meine Damen und Herren, aus Sicht der Kommunen ist besonders wichtig: Was Sie hier machen, ist, dass Sie ein Wahlrecht zweiter Klasse einführen, nämlich das Kommunalwahlrecht.

(Minister Volker Bouffier: So ist das!)

Wir haben das Wahlalter für den Landtag und den Bundestag an das 18. Lebensjahr geknüpft. Das wollen Sie offenkundig unangetastet lassen. Das ist auch gut so. Dann dürfen Sie aber nicht das kommunale Wahlrecht abqualifizieren als Wahlrecht zweiter oder gar dritter Klasse.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, wenn Sie meinen, eine andere Möglichkeit für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an den Entscheidungen gebe es nicht, darf ich Sie darauf hinweisen, einfach einmal in die Hessische Gemeindeordnung zu schauen. Dort ist das längst geregelt. In § 4c ist unterhalb der Schwelle des Wahlrechts in der Hessischen Gemeindeordnung vorgeschrieben, wie heißt es so schön:

Die Gemeinde soll bei Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen betreffen, diese in angemessener Weise beteiligen.

Da sind unterschiedlichste Möglichkeiten gegeben – ob das Beiräte sind, ob das Kinder- und Jugendparlamente sind, wie es die in verschiedenen Städten gibt. Die Beteiligungsmöglichkeiten sind durchaus da. Dazu müssen Sie nicht das Wahlrecht in einer unangemessenen Art und Weise angreifen.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, Mitte der Neunzigerjahre gab es in Hessen eine Volksabstimmung über eine Verfassungsänderung. Sie war auch mit von der FDP initiiert. Damals wollten wir das passive Wahlalter für den Hessischen Landtag, das immer noch bei 21 Jahren liegt, auf 18 Jahre absenken.

(Zuruf des Ministers Volker Hoff)

Das Interessante an dieser Volksabstimmung war das Ergebnis: 70 % der hessischen Bürgerinnen und Bürger, die sich an dieser Volksabstimmung beteiligt haben, haben klar abgelehnt, was der damalige Landtag ihnen zur Abstimmung vorgelegt hat.

(Minister Volker Hoff: Einstimmig vorgelegt!)

– Wie ich gerade höre, durch einstimmigen Beschluss. Ich habe es nicht nachgelesen, aber wenn Sie das sagen, Herr Kollege, wird das stimmen.

70 % der Hessen haben sich damals gegen die Veränderung des Wahlrechts, gegen eine solche Absenkung der Altersgrenze ausgesprochen. Warum wollen Sie dann heute an das Kommunalwahlrecht gehen und es verändern?

Ich komme zum Schluss. Meine Damen und Herren, hören Sie auf den Souverän, auf das Volk. Lassen Sie die Finger vom Kommunalwahlrecht. Lassen Sie es, wie es ist, so ist es gut.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

#### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Vielen Dank, Herr Kollege Greilich. – Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Koch das Wort.

(Günter Rudolph (SPD): Eine positive Rede!)

#### **Patrick Koch (Otzberg) (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! In diesem Hause haben wir schon mehrfach über das kommunale Wahlalter gesprochen. Im Januar 1998 hat die damalige rot-grüne Mehrheit dieses Landtags einen Gesetzentwurf eingebracht, der vorsah, das aktive Wahlalter auf kommunaler Ebene von 18 auf 16 Jahre zu senken. Diesem Gesetzentwurf wurde auch stattgegeben, aber nach dem Regierungswechsel 1999 hat die CDU/FDP-Landesregierung dieses Gesetz wieder rückgängig gemacht und ist den beschrittenen Weg wieder zurückgegangen.

(Wolfgang Greilich (FDP): Aus gutem Grund!)

Für die SPD-Fraktion ist dies ein wichtiger Schritt, den wir hier gehen, ein Schritt in Richtung mehr Demokratie, den auch schon viele Länder zuvor gegangen sind. Herr Schaus hat einige aufgezählt: Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern oder auch Sachsen-Anhalt.

Wir sind der Meinung, dass wir diesen Weg wieder weitergehen sollten. Hessen war da einmal vorne dran, und jetzt sind wir das nicht mehr.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Mit 16 Jahren verdienen viele Jugendlichen bereits ihren eigenen Lebensunterhalt. Sie beteiligen sich am gesellschaftlichen Leben im Ehrenamt, erfüllen ihre ersten staatsbürgerlichen Pflichten, und im Fall einer Beschäftigung zahlen sie auch schon Steuern.

(Minister Volker Bouffier: Mit 16 Jahren Steuern?)

Ab 14 Jahren sind sie straf- und religionsmündig. Deshalb spricht für uns als SPD nichts dagegen, ihnen auch einen Teil des staatsbürgerlichen Rechts, zu wählen, zumindest auf kommunaler Ebene, zuzubilligen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Insbesondere bedeutet das ein richtiges und wichtiges Signal für mehr Bürgerbeteiligung, um auch junge Menschen stärker für Politik zu interessieren. Der vielfach beklagten Politikverdrossenheit kann so vielleicht auch ein Stück weit entgegengewirkt werden. Junge Menschen können auf diese Weise besser erleben, welche Chancen das Wählen hat, welche Chancen in der Demokratie stecken. Sie können an der Demokratie teilhaben.

Deswegen ist das ein wichtiger Schritt zu mehr Mitverantwortung auch für junge Menschen. Die SPD-Fraktion wird diesem Gesetzentwurf zustimmen. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

**Vizepräsident Dieter Posch:**

Herzlichen Dank, Herr Kollege Koch. Das war die erste Rede des Kollegen Koch. Herzlichen Glückwunsch.

(Allgemeiner Beifall)

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Bellino das Wort.

**Holger Bellino (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Gesetzentwurf der LINKEN sieht die Absenkung des aktiven Wahlalters bei Kommunalwahlen und bei Wahlen zu Ausländerbeiräten auf 16 Jahre vor. Die CDU-Fraktion wird diesem Ansinnen nicht folgen. Wir halten das für inhaltlich nicht begründet und für rein populistisch.

(Beifall bei der CDU)

Die Probleme der beobachtbaren und eben auch angesprochenen Wahlverdrossenheit haben doch nichts oder nur ganz wenig mit dem aktiven Wahlalter zu tun. Die Wahlverdrossenheit hat mehr damit zu tun, wie die Politiker – ob ehren- oder hauptamtlich – vor Ort aufklärend unterwegs sind, ob die politisch Verantwortlichen präsent sind, und damit, ob sie niemals nachlassen, aufzuzeigen, welche Konsequenzen eine geringe Wahlbeteiligung hat. Das Verhindern einer geringen Wahlbeteiligung ist genauso wichtig wie das Anbieten vielfältiger Partizipationsmöglichkeiten.

Das wissen wir doch alle: Wenn die Wahlbeteiligung hoch genug ist, haben weder am rechten noch am linken Rand Menschen eine Chance, in die Landtage, in die Parlamente einzuziehen, bei denen man sich fragt, ob sie noch auf dem Boden der Verfassung stehen – Parteien und Gruppierungen, die mit den Rezepten von vorgestern die Probleme von heute oder morgen lösen wollen. Unseres Erachtens liegt hier die wahre Aufgabe der demokratischen Parteien.

Den Kollegen von der SPD darf ich daran erinnern, dass die SPD beim Wahlrecht alternierend vorzugehen scheint: Einmal stimmt sie zu – Rot-Grün –, einmal lehnt sie es ab – damals, als hier die CDU mit der FDP regiert hat –, und jetzt stimmt man dem wieder zu.

(Patrick Koch (Otzberg) (SPD): In anderen Ländern gibts das doch auch!)

Wir möchten beim Wahlrecht mit 18 Jahren bleiben. Warum? Mit 18 Jahren erreicht man – darauf hat der Vertreter der FDP bereits hingewiesen – die volle Geschäftsfähigkeit. Mit 18 Jahren müssen sich die jungen Männer entscheiden, ob sie zur Bundeswehr gehen oder einen Zivildienst absolvieren. Mit 18 Jahren ist man bei allen Landtagen, beim Bundestag und auch beim Europaparlament wahlberechtigt. Da stellt sich dann für uns die Frage: Ist das kommunale Wahlrecht zweitklassig? Sind die Wahlen zu den Ausländerbeiräten eher unwichtig, damit man da einmal üben kann? Will man damit die in den Kommunalparlamenten oder den Ausländerbeiräten ehrenamtlich Tätigen abwerten? – Wir sind hier anderer Auffassung als die Redner der LINKEN, der SPD und wahrscheinlich auch der GRÜNEN.

Viel wichtiger als die populistische Absenkung des Wahlalters ist unseres Erachtens, dass man gemeinsam nach Lösungen sucht, wie die §§ 4c der HGO und der HKO mit Leben erfüllt werden können – wie es tatsächlich vor Ort gelingt, Kinder und Jugendliche bei Planungen, die sie betreffen, in geeigneter Weise zu beteiligen. Wo immer das

geht, werden wir da in Zukunft die Kommunen unterstützen.

Seien Sie doch ehrlich: Dort, wo man das Wahlalter abgesenkt hat, ist es gar nicht zu einem gesteigerten Interesse an der Wahlbeteiligung gekommen. Das zeigt, dass hier kein Zusammenhang besteht.

In Richtung der LINKEN darf ich sagen: Bleiben Sie sich doch treu. Sie als LINKE sind gegen die Anwendung des Erwachsenenstrafrechts auf 18-Jährige und wollen das Jugendstrafrecht bis zum 21. Lebensjahr verlängert haben. Sie wollen, dass das Jugendstrafrecht bis zum 21. Lebensjahr angewendet wird, weil die Betroffenen noch nicht reif genug seien. Aber mit 16 sollen sie wählen gehen? Ich finde, hier sollten Sie zu einer einheitlichen Lösung kommen.

Einige werden sich daran erinnern: Die Kommunalen Spitzenverbände waren immer gegen die Absenkung des Wahlalters – wie 1999 auch die Fraktionen der SPD, der FDP und der CDU.

Wir werden im Innenausschuss und dann auch hier im Plenum, wenn es zur Abstimmung kommt, sehen, wie sich dieses Mal die Mehrheitsverhältnisse gestalten. Für die CDU-Fraktion darf ich sagen, dass wir beim Wahlalter mit 18 Jahren bleiben werden. – Besten Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Dieter Posch:**

Schönen Dank, Herr Kollege Bellino. – Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Öztürk das Wort.

**Mürvet Öztürk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Sehr verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! DIE LINKE hat heute ein Thema aufgegriffen, das uns in diesem Hause schon bekannt ist, die Herabsetzung des Wahlalters von 18 auf 16 Jahre. Dieses Thema hat uns in der Vergangenheit mehrmals beschäftigt, und mir scheint, es wird uns auch in Zukunft öfter beschäftigen. Wir GRÜNE haben dieses Thema in der Vergangenheit mehrmals aufgegriffen, und es freut mich, dass es noch heute spannend und aktuell ist.

Meine Damen und Herren, wenn ich mir die Debatte heute anschau und die Protokolle der Debatten von 1998 – als es eingeführt wurde – und von 1999 – als es wieder abgeschafft wurde –, dann sehe ich fast dieselben Argumente. Nichts hat sich geändert.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Schon damals ging es um die angebliche Verfassungswidrigkeit, die Neuartigkeit, die Rechtsprechung, es war schon damals die Rede vom Zwei-Klassen-Wahlssystem. Wie wir aber gerade gehört haben, ist dieses Recht heute in mindestens sechs deutschen Bundesländern eingeführt worden. Es funktioniert und wird praktiziert. Warum also die Aufregung?

Daher spricht eigentlich nichts dagegen, Jugendlichen ab 16 Jahren das Wahlrecht auf kommunaler Ebene einzuräumen. Damit würden wir die Beteiligung dieser jungen Menschen stärken, damit würden wir vor allen Dingen die parlamentarische Demokratie stärken.

Meine Damen und Herren, wir reden immer vom demografischen Wandel. Wir sagen, es werden immer weniger Kinder geboren, und die Gesellschaft altert. Aber wir wollen uns keine konkreten Gedanken darüber machen, wenn es darum geht, wie wir Jugendliche früher an die Politik, wie wir sie behutsamer an die parlamentarische Politik heranführen können. Denn gerade durch die Beteiligung der jungen Leute würde nach meiner Meinung die parlamentarische Demokratie mit Leben erfüllt werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und des Abg. Patrick Koch (Otzberg) (SPD))

Daher finde ich diesen Ansatz wichtig und richtig. Ich muss als GRÜNE aber hinzufügen, dass wir bei unseren Gesetzentwürfen, die wir zur Änderung der HGO und der HKO vorgelegt haben, bisher immer eine umfassende Änderung vorgezogen haben. Wir haben in den Debatten gesehen, dass es nicht nur darum geht, das Recht zur Wahlbeteiligung auf 16 Jahre herunterzusetzen, denn allein damit würde man die Politikverdrossenheit natürlich nicht abbauen, sondern man muss die verschiedenen Baustellen, die es gibt, einfach angehen.

Daher stelle ich fest, dass sich in den HGO-Entwürfen der SPD einige unserer Ansätze wiederfinden. Auch im Gesetzentwurf der LINKEN findet sich nun einer unserer Ansätze. Wir, die GRÜNEN, wollten dies nicht punktuell, sondern komplett ändern. Nichtsdestotrotz werden die Ansätze weiterhin verfolgt, und daher freue ich mich auf die Anhörung, die es hierzu geben wird, meine Damen und Herren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Minister Bouffier: Es ist spät!)

– Ja, es ist spät. Trotzdem müssen wir uns die Zeit nehmen.  
– Ich glaube ebenfalls, dass bereits alle Argumente, auch seitens meiner Vorredner, ausgetauscht worden sind. Diese will ich auch gar nicht wiederholen, sondern darauf hinweisen, dass es unsere gemeinsame Pflicht ist, da wir in der Tat über Politikverdrossenheit sprechen, was ich für ein sehr wichtiges Thema halte, hieran etwas zu ändern. Wenn ich mir das Bild vergegenwärtige, das wir hier abgeben, dann stelle ich fest, dass ich mir manchmal nicht so ganz sicher bin, ob wir dieser Verdrossenheit eher zu- oder abträglich sind.

Daher möchte ich, ohne weitere Kommentare anzuführen, als GRÜNE sagen: Gespannt verfolgen wir die Gesetzentwürfe sowie die Debatten hierzu. Wir unterstützen diesen Ansatz. Wir wollen aber auch die anderen Gesetzentwürfe, die es zur Änderung der HGO gibt, am 1. Oktober gemeinsam in der Anhörung debattieren. Das ist heute die erste Lesung, und es wird nicht die letzte sein. Daher freue ich mich, dass die Themen, die die GRÜNEN immer wieder zutage gebracht haben, aufgegriffen werden. – Danke sehr.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

#### Vizepräsident Dieter Posch:

Herzlichen Dank. – Für die Landesregierung erhält Herr Staatsminister Bouffier das Wort.

#### Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Kollegin Öztürk, Sie haben völlig recht damit, dass wir die Argumente bereits in den Jahren 1998 und 1999 ausgetauscht haben; und es gibt Dinge, über welche unterschiedlich geurteilt wird. Das, was im Jahre 1998 falsch war, bleibt heute noch genauso falsch. Das, was damals richtig war, ist heute ebenfalls richtig.

(Axel Wintermeyer (CDU): Richtig!)

Daher bleibt mir nur, zu sagen: Das Ganze macht keinen Sinn. Junge Menschen wollen ernst genommen werden, und ich finde, das sollte sich die Politik hinter die Ohren schreiben. Wir sollten die jungen Menschen ernst nehmen, und zwar unabhängig davon, ob diese 15, 16 oder 17 Jahre alt sind. Wenn man junge Menschen ernst nimmt, dann durchschauen diese sehr schnell, dass dies nicht lediglich eine „Nummer“ ist, bei der gesagt wird: Wir wollen uns, da es uns nichts kostet, modern geben, da wir hoffen, ein paar Wähler zu finden.

Meine Damen und Herren, liebe Frau Öztürk, ich will mich sehr kurz halten, da ich finde, dass die Kollegen Greilich und Bellino dies derart vorgetragen haben, dass sich die Landesregierung nur nahtlos anschließen kann. Daher möchte ich nur eine kurze Überlegung vortragen.

Herr Kollege Koch, meinen Glückwunsch zu Ihrer ersten Rede. – Nun aber zum Inhalt.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

– Lieber Herr Kahl, ein parlamentarischer Geschäftsführer hat gelegentlich schwierige Aufgaben zu erfüllen, das weiß auch ich. – Wenn wir die jungen Leute aber ernst nehmen, und das sollten wir, dann müssen Sie mir einmal erklären, wie Sie einem jungen Mann oder einer jungen Frau Folgendes klarmachen wollen: Bei allen Fragen, die für dich ganz wichtig sind, wie beispielsweise dein Ausbildungsvertrag, die Frage, ob du bei einem Fitnessstudio einen Vertrag abschließen kannst oder ob du dir eine DVD-Sammlung kaufen kannst oder nicht, haben wir immer betont: Pass auf, du bist noch nicht so weit, dass du dies wirklich vernünftig beurteilen kannst. Das ist der Grund, weshalb man erst mit 18 Jahren geschäftsfähig ist.

Das ist der einzige Grund. Man macht dies nicht, um die Menschen zu ärgern, sondern man sagt: Pass auf, du bist noch nicht in der Lage, völlig zu übersehen, was das bedeutet. – Das sollen Sie einem jungen Menschen erklären. Das halte ich für richtig, und zwar nicht nur von Berufs wegen. Sie müssen ihm aber gleichzeitig sagen: Pass auf, bei all den Dingen, die dein tägliches Leben bedeuten und dir so wichtig sind, wie beispielsweise dein Handyvertrag – das ist der Klassiker –, wollen wir dir nicht die Chance geben, dass du selbst entscheidest, da du noch nicht so weit bist. Das Wahlrecht, also die Beantwortung der Frage, wie du und deine Mitbürger nun auch auf kommunaler Ebene in wichtigen Fragen der Zukunft entschieden haben wollen, kannst du allerdings wahrnehmen.

Ich gebe Ihnen dies mit Brief und Siegel, da es derart durchsichtig und unrealistisch, aber auch nicht wirklich wahrhaftig ist, und rate Ihnen, dies in jeder Schulklasse zu diskutieren, denn die meisten jungen Leute werden sehr deutlich sagen: Das durchschauen wir. Nehmt uns dann so ernst, wenn wir mit 16 Jahren wählen sollen, dass wir auch die Geschäftsfähigkeit erhalten, und sagt uns bei allen anderen Fragen, die uns interessieren, nicht: Pass auf, du bist noch nicht so weit, daher müssen wir dich ans Händchen

nehmen, aber wählen sollst du können. – Das ist unlogisch und falsch. Das ist bereits im Jahre 1998 falsch gewesen, und es darf nicht dazu kommen.

(Beifall bei der CDU)

Das ist schlichter und billiger Populismus. Dieser hat Ihnen noch nie etwas gebracht, doch der größte Clou ist die Bürgerbeteiligung sowie der Kampf gegen die Politikverdrossenheit. Aus Zeitgründen möchte ich Ihnen dies aber nicht alles vorbeten. Schauen Sie sich die Nachbetrachtungen zu den Wahlen an. Vergleichen Sie die Länder, in welchen die Beteiligung dieser Altersklasse eingeführt wurde, mit Hessen. Dann werden Sie feststellen, dass dies gar nichts gebracht hat. Das liegt auf der Hand, denn die meisten 16-Jährigen interessieren sich überhaupt nicht für das Wahlrecht, sondern wollen ernst genommen werden. Ich nehme sie ernst, indem ich sowohl hier als auch gegenüber jeder Klasse, von der ich hierzu befragt werde, sage: Ich möchte, dass Verantwortung, Chancen und Pflichten gleich gehalten werden. Das heißt: mit 18 Jahren bitte voll dabei, alles andere sind lediglich Schauanträge.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Vielen Dank. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Es ist vereinbart worden, den Gesetzentwurf zur Vorbereitung der zweiten Lesung dem Innenausschuss, federführend, sowie dem Sozialpolitischen Ausschuss, beteiligt, zu überweisen. Wird dem widersprochen? – Das ist nicht der Fall, dann wird so verfahren.

Die parlamentarischen Geschäftsführer haben sich darauf verständigt, dass nun auch Tagesordnungspunkt 6 aufgerufen werden soll, allerdings mit der Maßgabe, dass der Tagesordnungspunkt nur kurz eingebracht wird und dass keine weitere Aussprache erfolgt. Dieser soll gleich an die Ausschüsse überwiesen werden. Wird dem widersprochen? – Das ist nicht der Fall.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

#### **Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP für ein Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Reisekostenvergütung für die Beamten und Richter im Lande Hessen (Hessisches Reisekostengesetz – HRKG) – Drucks. 17/627 –**

Gleiches soll für den Tagesordnungspunkt 7 gelten – also ohne Aussprache der Fraktionen. Dieser soll ebenfalls gleich an die Ausschüsse überwiesen werden.

(Zuruf von der CDU: Petitionen?)

– Petitionen, ja. – Da wir uns darauf verständigt haben, dass der Gesetzentwurf ohne Aussprache eingebracht und gleich an die Ausschüsse überwiesen wird, erteile ich nun Herrn Greilich für die Fraktion der FDP zur Einbringung des Gesetzentwurfs in der von mir dargestellten kurzen Art und Weise das Wort.

#### **Wolfgang Greilich (FDP):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das bedeutet, dass ich auf die Begründung verzichte und lediglich den Gesetzentwurf einbringe, derart war es wohl besprochen. – Es geht um das Gesetz zur Änderung des Hessischen Reisekostengesetzes und damit um die Wegstreckenent-

schädigung für die Angestellten und Beamten im öffentlichen Dienst, die ihren privaten Pkw für Dienstfahrten – also nicht für Fahrten zwischen der Wohnung und der Arbeitsstätte, sondern für Fahrten im Interesse des Arbeitgebers – nutzen.

Hierzu sieht der Gesetzentwurf vor, die Wegstreckenentschädigung für Strecken, die mit dem eigenen Pkw zurückgelegt werden, von 30 auf 40 Cent je Kilometer anzuheben. Die Entschädigung bei der Nutzung eines zweirädrigen Kraftfahrzeugs soll auf 18 Cent je Kilometer erhöht werden. Außerdem sieht der Gesetzentwurf eine Änderung für Dienstreisende, die ein Fahrrad benutzen, vor – derart, dass die Differenzierung zwischen den Strecken, die über die Gemeindegrenzen hinausführen, und solchen, die innerhalb einer Gemeinde zurückgelegt werden, aufgehoben werden soll. Die Einzelheiten sowie die Gründe werden wir in der zweiten Lesung zu beraten haben. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

#### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Herzlichen Dank, damit ist der Gesetzentwurf eingebracht worden.

Es ist vereinbart worden, diesen an den Innenausschuss, federführend, sowie an den Haushaltsausschuss, mitberatend, zu überweisen. – Dem wird nicht widersprochen, also wird derart verfahren.

Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 7** auf:

#### **Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Aufhebung von Rechtsvorschriften in den Geschäftsbereichen des Hessischen Sozialministeriums und des Hessischen Ministeriums für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz sowie zur Verlängerung der Geltungsdauer des Hessischen Krankenhausgesetzes 2002 – Drucks. 17/641 –**

Ich erteile Frau Staatsministerin Lautenschläger das Wort. Bitte schön.

#### **Silke Lautenschläger, Sozialministerin:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde es ganz kurz machen. Die Rechtsvorschriften, die aufgehoben werden sollen, haben sich im Rahmen der Normenprüfung als überflüssig erwiesen. Außerdem soll die Geltungsdauer des Hessischen Krankenhausgesetzes verlängert werden, da gleichzeitig auf Bundesebene noch über die Frage der Investitionsfinanzierung der Krankenhäuser diskutiert wird. Das soll insgesamt angepasst werden. Wir sind daher der Meinung, dass eine Verlängerung Sinn macht.

Für weitere Fragen und die Beratung weiterer Details stehe ich gerne im Ausschuss zur Verfügung. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Herzlichen Dank. – Damit ist auch der Gesetzentwurf eingebracht.

Er wird entsprechend den Vorabsprachen an den Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen. Wird dem widersprochen? – Das ist nicht Fall. Dann wird so verfahren.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 66** auf:

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen –  
Drucks. 17/583 –**

Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Wer der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist der Beschlussempfehlung zugestimmt worden.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Beratungen des heutigen Tages. Ich wünsche Ihnen noch einen angenehmen Abend bei den entsprechenden Veranstaltungen. Wir sehen uns morgen früh um 9 Uhr wieder. – Vielen herzlichen Dank.

(Schluss: 19.01 Uhr)